



Klaus Beck, Klaus Mertsching (Hg.)

Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität.

Ausgewählte Reden von Michael Sommer

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Klaus Beck · Klaus Mertsching (Hrsg.)

Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität.

Ausgewählte Reden von

Michael Sommer

Eine Publikation der



Herausgegeben von: Klaus Beck, Klaus Mertsching

Kostenloser Bezug bei: Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
E-Mail: Eva.Vary@fes.de

Die Publikation steht auch zum kostenlosen Download bereit:
<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10745&ty=pdf>

© 2014 by Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Klaus Mertsching, Hubert Woltering

Gestaltung und Satz: Kempken DTP-Service |
Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung (Marburg)

Druck: bub – Bonner Universitäts-Buchdruckerei (Bonn)

Erste Auflage
Printed in Germany, 2014

ISBN 978-3-86498-872-1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Kurt Beck	5
Einleitung der Herausgeber	7
 A Einheitsgewerkschaft – ein starker Bund	10
Festakt des DGB „60 Jahre Einheitsgewerkschaft“, 16.03.2005	11
75. Jahrestag der Zerschlagung freier Gewerkschaftsarbeit. Zentrale DGB-Gedenkfeier in der Gedenkstätte Sachsenhausen, 02.05.2008	17
Festakt zu 60 Jahre DGB: „Der DGB – ein starker Bund seit 1949. Die Zukunft der Solidarität“, 05.10.2009	23
DGB-Gedenkveranstaltung „80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933“, 02.05.2013	31
Jubiläumsfest der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen „40 Jahre AfA“, 31.08.2013	34
 B Gewerkschaftspolitik	42
17. Ordentlicher Bundeskongress des DGB, 27.–31.05.2002	43
16. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft NGG, 11.11.2013	61
6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, 24./25.11.2013	66
20. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB NRW, 13./14.12.2013	73
7. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Sachsen, 01.02.2014	87
 C Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik	104
Kundgebung „Reformen Ja! Sozialabbau Nein danke!“, 24.05.2003	105
Zentrale Kundgebung des DGB zum 1. Mai 2005, 01.05.2005	112
Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976. Mehr Demokratie in der Wirtschaft“, 29./30.08.2006	117
Symposium „60 Jahre Tarifvertragsgesetz – Zukunft der Tarifautonomie“, 24.04.2009	120
DGB-Kundgebung im Rahmen der Herbstaktionen der Gewerkschaften, 06.11.2010	130
Tagung „60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Erfolgsmodell Mitbestimmung“, 17.10.2012	137

D Wirtschafts- und Finanzkrise	144
Kapitalismus-Kongress des DGB, 14./15.05.2009	145
a) Eröffnungsrede am 14. Mai 2009	145
b) Schlusswort am 15. Mai 2009	148
Demonstration zum Europäischen Aktionstag „Die Krise bekämpfen! Auf nach Berlin!“, 16.05.2009	152
Transformationskongress „Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken“, 08./09.06.2012	156
E Europapolitik und europäische Gewerkschaftspolitik	160
Europäischer Aktionstag „Aufstehen, damit es endlich besser wird!“, 03.04.2004	161
Zentrale Kundgebung des DGB zum 1. Mai 2004, 01.05.2004	166
EGB-Demonstration „Gemeinsam für Europa! Gemeinsam gegen Sozialdumping!“, 19.03.2005	171
Zentrale Kundgebung des DGB gegen die geplante europäische Dienstleistungsrichtlinie, 11.02.2006	173
Vorschlag des DGB „Ein Marshallplan für Europa“, 24.04.2013	176
F Internationale Gewerkschaftspolitik	190
Gründungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), 01.11.2006	191
Sozialpartnerkonsultationen anlässlich des Treffens der Arbeitsminister der G-20-Staaten, 26./27.09.2011	193
G Allgemeine Politik	196
Militärische Weiterbildung „Innere Führung. Politische und ethische Haltungen und Orientierungen für Offiziere“, 08.03.2011	197
Anti-Atom-Demonstration „Atomenergie stoppen – sichere Energieversorgung schaffen!“, 26.03.2011	209
Antikriegstag 2012, 01.09.2012	212
FES-Wanderausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“, 04.06.2013	220
Editorische Anmerkungen	232
Bildrechte	232

Vorwort

Das Archiv der sozialen Demokratie bewahrt das kollektive Gedächtnis der Arbeiterbewegung und wirkt an der historischen Identitätsbildung sowie am öffentlichen Diskurs über die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit. Hier befinden sich sowohl der Aktenbestand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wie auch die Unterlagen seiner Vorsitzenden. Damit liegt es nahe, dass wir eine Auswahl herausragender Reden des scheidenden DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in einer Edition veröffentlichen. Die Reden, ausgewählt und ediert von Klaus Beck und Klaus Mertsching, zeigen die inhaltliche Bandbreite und die vielfältigen Aufgabengebiete Michael Sommers. In den zwölf Jahren seiner Amtszeit hat er dabei nicht nur gezeigt, wie stark der DGB auch in schwieriger Zeit die Interessen seiner Mitglieder mit Forderungen z. B. nach dem Mindestlohn auf die Tagesordnung zu setzen vermag. Auch als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat er für das Ziel einer gerechten Gesellschaft mit einer menschenwürdigen Arbeit gekämpft.

Michael Sommer hat sich auch immer wieder mit besonderem Gespür für gesellschaftliche und geschichtspolitische Themen aber auch im Kampf gegen Rechts vernehmbar zu Wort gemeldet. Insbesondere die historische Identität der Gewerkschaften als demokratische Aufgabe für Morgen lag ihm dabei am Herzen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung freut sich darüber, dass Michael Sommer in ihrem Vorstand als stellvertretender Vorsitzender mitwirkt.

Die hier abgedruckten Reden spiegeln wider, wie sehr sich Michael Sommer mit den Themen identifiziert und sich auch persönlich einbringt. Ich wünsche der gelungenen Edition seiner Reden daher eine breite Leserschaft.

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung

Aus Anlass der Verabschiedung Michael Sommers nach zwölf Jahren Amtszeit als DGB-Vorsitzender wurde eine Auswahl seiner Reden zusammengestellt. Die Auswahl haben wir gemeinsam mit Michael Sommer treffen können – sie spiegeln in den sieben Themenbereichen: Einheitsgewerkschaft, Gewerkschaftspolitik, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik, Wirtschafts- und Finanzkrise, Europapolitik und europäische Gewerkschaftspolitik, internationale Gewerkschaftspolitik und allgemeine Politik das breite Spektrum der Arbeit von Michael Sommer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wider. Sie reichen von der erfolgreichen Reform des DGB als Bund der in ihm vereinigten Gewerkschaften, über die Frage des DGB und seiner Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft in aktueller und historischer Dimension über die aktuellen Themen gewerkschaftlich geprägter sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Politik bis hin zu wichtigen internationalen und europäischen Problemstellungen.

Die Auswahl kann nur einen Bruchteil dessen aufzeigen, was Michael Sommers gewerkschaftliches und gesellschaftspolitisches Engagement widerspiegelt.

Die hier dokumentierten Reden sind nur selten identisch mit den gehaltenen Reden, da Michael Sommer häufig die freie Rede – orientiert an seinen Stichpunkten – gehalten hat.

In diesen Fällen konnten bzw. mussten wir auf Redeprotokolle zurückgreifen, zum Teil handelt es sich um Mitschriften der Reden, die nachträglich für deren Veröffentlichung erstellt wurden. Der größere Teil sind jedoch die originalen Redemanuskripte.

Michael Sommer hielt seine Reden oft frei und auf den Kreis der Zuhörenden bezogen, unterstützt von seinen eigenen handschriftlichen Notizen. als Beispiel seien hier die Notizen für seine Rede auf der CDA-Bundestagung am 25. Mai 2013 in Münster dokumentiert (☛ siehe Faksimile, S. 8).

Michael Sommer | DGB-BVV | Henriette-Herz-Platz 2 | 10178 Berlin

CDA - Bundesstiftung

(1) frei

Danke für die gute Zusammenarbeit.
- AN-Datenschutz

(2) Parteien und Gew.

Gew.-Interessenvertretung von Arbeit
nehmenden: - sprechen nach politischem
Macht

AN der Parteien - haben viele Brückenfunktion
nehmen Koordinationsfunktion auf ->

Sind aber Teil der Parteien ->

x können Themen wie Mindestlohn voran
drücken gegen Widerstand von Arbeitgeber und
Gewerkschaften -> aber

x wie der Wahlkampf zeigen zeigt.

Spezifisch an Parteien über Wahlergebnisse
bedingten Gew. aus politischer Sicht

(3) die Gew. im Ausland sind aus hist.
gründen Einheitsgewerkschaften

-> 80 Jahre Festschlagung

-> 60 Jahre nach 17. Juni

man kann das auch anders organisieren
aber nicht so erfolgreich

(4) Gew. haben grundsätzlich drei

Einflusswege -> TVA

-> Mitbestimmung

-> Einfluss auf Politik

Abschließend bedanken wir uns bei der Sekretärin von Michael Sommer, Biggi Fritsche, ohne deren Hilfe wir nicht die auf den folgenden Seiten abgedruckten Redetexte hätten dokumentieren können.

Klaus Mertsching/Klaus Beck

A Einheitsgewerkschaft – ein starker Bund



DGB-Gedenkveranstaltung: „80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933“.

Festakt des DGB „60 Jahre Einheitsgewerkschaft“

16.03.2005, Aachen

Der Festakt des DGB zur Gründung der Einheitsgewerkschaft fand am 16. März 1945 in der Aula Carolina in Aachen statt. Neben Michael Sommer waren weitere Festredner der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) und Gesine Schwan (SPD).

*Verehrte Frau Schwan,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

„Aus der Asche, die aus den letzten zwölf Jahren verblieben ist, soll die neue Gewerkschaft neu entstehen. Wir wollen nie mehr den Weg beschreiten, der die Arbeiterschaft auseinanderreißt.“

Mit diesen bewegenden Worten eröffnete Heinrich Hollands als Ältester am 18. März 1945 die Gründungsversammlung der Aachener Gewerkschaften. Wir gedenken heute hier dieses historischen Ereignisses: der ersten Gründung freier Gewerkschaften auf deutschem Boden, und zwar noch vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und dem endgültigen Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Diktatur. Aachen war ja bereits im Oktober 1944 von den US-Truppen befreit und besetzt worden. Und nach einigem Zögern hatte die Militärregierung, nachdem die US-Truppen bei Remagen den Rhein überschritten hatten, den Aachener Gewerkschaften gestattet, am 18. März 1945 ihre Gründungsversammlung abzuhalten

Die Geschichte der Wieder-, der Neugründung von Gewerkschaften in Deutschland seit 1945 ist facettenreich und vielfältig – und ich kann sie hier nicht im Einzelnen wiedergeben. Aber es gibt auch einige Elemente, die sich bei vielen Gründungen, die ja zunächst meist nur lokal möglich waren, wiederfinden und eben auch schon in Aachen prägend waren:

Da ist zunächst der ausgeprägte Wille zur organisatorischen Einheit. Die überlebenden ehemaligen Funktionäre waren ebenso überzeugt wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass die organisatorische Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ganz wesentlich zu ihrer Niederlage 1933 beigetragen habe. Der Wille zur Einheit war deshalb überall ausgeprägt und dominierend.

Sodann war die Tendenz sehr verbreitet, dass diese Einheitsgewerkschaft zentralistisch organisiert sein sollte. Für die verschiedenen Gewerbe, Berufe, Industrien sollte es also keine selbstständigen Organisationen mehr geben, sondern lediglich Abteilungen innerhalb der Zentrale.

Schließlich sahen viele Neugründungen vor, dass sie parteipolitische und religiös „neutral“ sowie unabhängig von Parteien, Staat und Unternehmen zu sein hätten und dass sie Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichermaßen zu organisieren hätten.

In der Rückschau erkennen wir, dass wesentliche Teile dieses Gründungskonzepts, wie sie bereits in Aachen formuliert und gefordert wurden, Wirklichkeit geworden sind.

Sie haben der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit eine Stabilität und eine Wirksamkeit ermöglicht, die in unserer eigenen Geschichte einmalig ist, aber auch im internationalen Vergleich fast einzigartig dasteht. Zunächst allerdings musste hier in Aachen, wie überall anderswo auch, angepackt werden, musste Schutt weggeräumt, mussten Betriebe in Gang gehalten und gebracht werden, mussten Lebensmittel beschafft, Wohnungen notdürftig hergerichtet werden, musste so etwas wie Gesundheitsversorgung organisiert werden.

Wer kümmerte sich um all dies – sehr oft waren es die Betriebsräte, die anpackten, organisierten, aufbauten, und zwar weit über den betrieblichen Rahmen hinaus. Sie haben die Räder am Laufen, die Schornsteine am Rauchen gehalten in einer Zeit, in der von den einst allmächtigen Industriellen und Bossen wenig zu sehen und zu hören war. Die hatten sich, nachdem viele von ihnen sich gefährlich mit der Diktatur eingelassen hatten, unauffällig zurückgezogen, waren von den Alliierten verhaftet oder von Belegschaften und Betriebsräten entlassen und bestraft worden. Diese einzigartige Aufbauleistung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte hat immer noch, 60 Jahre danach, Bestand und wir sind stolz auf sie. Wir sind stolz auf die vielen tausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sie vollbracht haben.

Es war nicht zuletzt diese historische Leistung, die die englische Besatzungsmacht später dazu veranlasste, den Betriebsräten im Montanbereich

weitreichende Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Ich empfehle all denen, die Mitbestimmung für unzeitgemäß, für überflüssig, für hinderlich halten, sich diese Zusammenhänge zu vergegenwärtigen. Mitbestimmung ist nämlich keineswegs theoretischer Konstrukt oder passgenaue Programmatik, sie ist historisch begründet und durch Leistung legitimiert! Und sie bleibt unser Anspruch: Nur wenn die Arbeitnehmerschaft auch Teilhabe am Sagen, am Entscheiden hat, kann der Kapitalismus sozial gezähmt werden.

So haben es übrigens damals auch CDU-Politiker gesehen, wie der frühere Ministerpräsident dieses Landes, Karl Arnold, ich zitiere:

„Die Mitbestimmung soll kein lästiges Dazwischenreden sein, sondern die große innere Bereitschaft der Millionen Werktätigen, an den fundamentalen Lebens- und Zukunftsaufgaben des deutschen Volkes gleichrangig mitzuarbeiten.“

Soweit Karl Arnold. Dem ist höchstens hinzuzufügen: Hätten wir heute doch mehr, viel mehr Politikerinnen und Politiker vom Schlage eines Karl Arnold, die in den Volksparteien – und gerade auch in denen mit dem Namensbestandteil: christlich – das Soziale, die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Rechte offensiv vertreten. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, gäbe es eine Chance, dass die menschliche Arbeit, dass das Wohlergehen der Vielen, die von ihrer Arbeit zu leben haben, nicht zu lästigen Anhängseln eines wirtschaftlichen Neoliberalismus verkommen. Eine Union im Geiste Karl Arnolds wüsste, dass der Mensch im Mittelpunkt von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu stehen hat und nicht der Geldsack.

Und das es der anderen großen Volkspartei gut ansteht, die Traditionslinien zu Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer oder Herbert Wehner nicht abreißen zu lassen, will ich auch nicht unerwähnt lassen.

Dass der Mensch im Mittelpunkt steht, so haben es Jakob Kaiser und Karl Arnold, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler gesehen, als sie über die neu aufzubauenden Strukturen nachgedacht und geschrieben haben – und das hat nicht von seiner Gültigkeit eingebüßt.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Kaiser und Arnold, Leuschner und Böckler waren es auch, die – zusammen mit vielen anderen – früh erkannt haben, dass die neu aufzubauenden Gewerkschaften in Deutschland Einheitsgewerkschaften sein müssten. Dass also die fatalen religiösen, parteipolitischen, ideologischen Spaltungen, die die Gewerkschaften während der Weimarer Republik geschwächt hatten, überwunden werden

mussten. So haben es die vielen Neugründer ebenfalls gesehen, zuerst hier in Aachen, und so ist es dann ja auch geschehen. Und als der DGB dann 1949 in München gegründet wurde, konnte dessen Gründungsvorsitzender Hans Böckler mit Stolz sagen, dass die Gewerkschaften „alles früher Trennende“ zurückgestellt hätten und sich in jener Eintracht zusammenfanden, „die allein die Garantie des Sieges gibt.“

Ja, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Einheitsgewerkschaft hat in den Jahren und Jahrzehnten seitdem viel, sehr viel erreicht. 13 Richtlinien hat die Aachener Gründungsversammlung beschlossen. Auch solche Ziele, die damals nur „auf lange Sicht hin“ erreichbar schienen, konnten im Laufe der Jahre von den Gewerkschaften erreicht, erstritten und erkämpft werden. Ich nenne

- die „Wiedereinführung des Arbeitsrechts“,
- die „Regelung der Lohnfragen und der Ferien“,
- die „Wiedereinführung des Achtstunden-Tages beziehungsweise der Vierzig-Stunden-Woche“,
- die „Wiedereinführung des Streikrechts“ sowie
- „1. Mai, gesetzlicher Feiertag“.

Viele von uns, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, viele unserer Mitglieder nehmen es als beinahe selbstverständlich hin, dass all das erkämpft werden konnte.

Vielleicht ist es menschlich, die Anstrengungen der vielen, die das möglich gemacht haben, die Rückschläge und Niederlagen, zu vergessen. Eine solche Stunde wie diese ist auch dazu da, an die Mühen, die Auseinandersetzungen, die Kämpfe all derer zu erinnern, die uns so weit gebracht haben, auch und gerade an die vielen, deren Namen viel zu selten genannt werden und in deren Schuld wir doch alle stehen.

Hier in Aachen waren das in der Gründungszeit unter anderem:

- Matthias Wilms und Klaus Haaß,
- Peter Spiegelmacher und Anna Braun-Sittarz,
- Johann Allelein, Nikolaus Kreitz und Heinrich Hollands.

Sie und all ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter im ganzen Land haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland eine Erfolgsgeschichte geworden ist! Heute, 60 Jahre nach Gründung der Einheitsgewerkschaft hier in Aachen, stehen wir vor Problemen von ähnlichen Dimensionen wie sie die Gründer von damals vor sich sahen. Zwar

sind sie glücklicherweise nicht durch einen Weltkrieg oder einer ähnlich verheerenden Katastrophe verursacht. Heute gibt es die neue Herausforderung durch Globalisierung, durch Terrorismus und immer noch durch Massenarbeitslosigkeit.

Dennoch: Wir werden, wie damals, all unsere Kraft, all unsere Phantasie, all unsere Solidarität brauchen, um diese Herausforderung zu bestehen und um zu erreichen, was die neuen und alten Nöte auflösen hilft. Ich bin überzeugt davon, dass wir nicht alle unsere Ziele neu bestimmen, nicht alle unsere Werte neu definieren, nicht alle unsere Mittel neu erfinden müssen. Manchmal hilft sogar ein Blick zurück, eine Besinnung. Ich habe von der Einheitsgewerkschaft gesprochen. Sie bleibt die überlegene Organisationsform – auch für die nachindustrielle Gesellschaft oder wie man sie immer bezeichnen mag. Lasst uns also an ihr festhalten, lasst sie uns zukunftsgerecht machen!

Als Einheitsgewerkschaft der Frauen und Männer, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, weltanschaulich neutral, parteipolitisch unabhängig, tolerant gegenüber jedem Demokraten und unbeugsam gegen Neofaschisten, und Menschenverächtern – das ist und bleibt das prägende Bild der Einheitsgewerkschaft.

Dazu brauchen wir Menschen, die ihre Entstehung, ihren Wert, ihren Nutzen kennen. Es ist an uns, diese Erfahrungswerte weiterzugeben – an die kommenden Generationen. Denn: Auch das Beste versteht sich nicht für alle Zeiten von selbst!

Aber wir brauchen natürlich auch Politiker, die die Einheitsgewerkschaft in ihren Parteien aktiv vertreten und verteidigen. Und wir brauchen ein Selbstverständnis, dass wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Parteien wirken und nicht als Parteisoldaten in den Gewerkschaften. Wir brauchen aber auch mehr Politiker der Tat, die für soziale Gerechtigkeit, für Arbeitnehmerrechte und für Mitbestimmung offensiv werben und kämpfen.

An einem Tag wie diesem will ich aber auch betonen, dass die Gewerkschaften alles tun werden, den Sozialstaat zu verteidigen und ständig auf dem neuesten Stand zu halten. Da gibt es manches zu modernisieren und vieles schlicht und ergreifend zu verteidigen. Auf funktionierende soziale Sicherungssysteme können wir ebenso wenig verzichten wie auf einen (auch finanziell) handlungsfähigen Staat.

Und Mitbestimmung und Tarifautonomie sind soziale und historische Errungenschaften, die wir nie aufgeben werden – genauso wenig wie das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, der erste Punkt der Aachener „Richtlinien“ von 1945 lautete: „Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt.“

Sicher, das war ein Reflex auf die verheerende internationale Isolation, in die das verbrecherische Naziregime Deutschland getrieben hatte. Aber es war auch eine Anknüpfung an eines der ältesten Motive der Arbeiterbewegung: die internationale Solidarität. Wir wissen: Sie wurde oft beschworen und konnte – gerade in Schicksalsmomenten – doch nicht konkret befolgt werden.

Wir wissen aber auch:

- Sie ist für uns, sie ist für die Gewerkschaften bedeutungsvoller denn je.
- Wir befinden uns in einem dynamischen Prozess der europäischen Einigung.
- Wir müssen erreichen, dass sich in diesem Prozess wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Partizipation ergänzen.
- Wir müssen erreichen, dass die Arbeitsbedingungen durch Mindeststandards gegen Abwärtsspiralen geschützt werden.
- Wir müssen eine europäische Tarifkoordination anstreben, die einem Unterbietungswettlauf Einhalt gebietet.
- Und wir müssen Organisationsstrukturen und Organisationskulturen europäisieren.

Alles in allem: Wir müssen die ökonomische und soziale Teilhabe der Arbeitnehmer, ihre politische und kulturelle Gleichberechtigung zum festen Bestandteil einer gesamteuropäischen Gesellschaft machen.

Damit ist eine große und ehrgeizige Zielsetzung ins Auge gefasst, genau wie es vor 60 Jahren hier in Aachen erstmals geschehen ist. Es war ein Aufbruch in eine bessere Zukunft.

Nehmen wir uns dasselbe, hier im europäischen Aachen, für die kommenden Jahrzehnte vor.

75. Jahrestag der Zerschlagung freier Gewerkschaftsarbeit. Zentrale DGB-Gedenkfeier in der Gedenkstätte Sachsenhausen

02.05.2008, Sachsenhausen

Die DGB-Gedenkfeier am 2. Mai 2008 im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg zum 75. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 bot den Rahmen vorliegender Rede. Michael Sommer enthüllte einen Gedenkstein für die verfolgten und ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Weitere Redner waren Charlotte Knobloch (Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland), Franz Müntefering (SPD) und Norbert Blüm (CDU), der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) und der Leiter der Gedenkstätte Professor Günter Morsch.

*Sehr geehrte Frau Knobloch,
sehr geehrter Professor Morsch,
lieber Franz Müntefering,
lieber Norbert Blüm,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Matthias Platzeck,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, liebe Petra Pau,
sehr geehrter Vizepräsident des Deutschen Bundestages, lieber Wolfgang Thierse,
sehr geehrte Damen und Herren,*

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie heute zu unserer zentralen Mahn- und Gedenkveranstaltung aus Anlass des 75. Jahrestages der Stürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazihorden nach Sachsenhausen gekommen sind.

Es ist gut, wenn Repräsentanten des Staates und der demokratischen Parteien gemeinsam mit uns der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gedenken, die unter den Nazis gelitten haben, die von ihnen verfolgt wurden. Die ermordet wurden.

Bei allen tagespolitischen Gegensätzen zeigen wir mit dieser Gedenkveranstaltung, dass demokratische Parteien und freie Gewerkschaften zum Wohle unseres Landes und zum Wohle der Arbeitnehmerschaft zusammenwirken müssen.

Und ich freue mich sehr, dass auch Sie, sehr geehrte Frau Knobloch, gekommen sind und unser Gedenken teilen.

In Sachsenhausen wird an die vielen Menschen erinnert, die aus sehr unterschiedlichen Gründen Opfer der Nationalsozialisten wurden, an sowjetische, polnische oder französische Kriegsgefangene, an politische Häftlinge und jüdische Gefangene, an katholische Priester genauso wie an eine von den Nazis zerstörte christlich-jüdische Ehe und nun, mit diesem neuen Mahnmal, mehr als 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, auch an die ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Ihr gemeinsames Opfer und das der anderen Menschen und geschundenen Völker, denen wir hier in Sachsenhausen gedenken, mahnt uns, den Widerstand gegen alte und neue Nazis gemeinsam zu organisieren. Dabei dürfen wir nicht vergessen, wie systematisch die Nazis damals vorgegangen sind, um Massenmord und Weltkrieg vorzubereiten. Erst warfen sie die Kommunisten und Sozialdemokraten in die Gefängnisse und die ersten KZs, dann beseitigten sie mit der sogenannten Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat sowie dem Ermächtigungsgesetz die demokratische Staatsordnung der Weimarer Republik.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums markiert die erste Etappe der organisierten Judenverfolgung. Und mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften zerstörten die Nazis eines der letzten Bollwerke, das ihrer absoluten Machtergreifung noch hätte im Weg stehen können.

Niemand hat das treffender und präziser formuliert als Martin Niemöller:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Juden holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.“

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als die Gewerkschaften nach der Befreiung vom Faschismus in Deutschland wieder gegründet wurden und wir schließlich 1949 den Deutschen Gewerkschaftsbund als Dachverband und Bund der freien deutschen Gewerkschaften ins Leben riefen, hatten unsere Vorväter und -mütter noch die letzten, bewegenden Worte von Wilhelm Leuschner im Ohr:

„Morgen werde ich gehenkt. Schafft die Einheitsgewerkschaft.“

Diese Mahnung haben uns alle Widerstandskämpfer aus den Gewerkschaften mitgegeben. Einer von ihnen war Hans Steldinger. Er war Mitglied und Funktionär im Verband der Fabrikarbeiter im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und wurde bereits 1933 hier in Oranienburg inhaftiert. Auf der Rückseite des Gedenksteins haben wir seine persönliche Botschaft zur Gewerkschaftseinheit für künftige Generationen festgehalten.

Der Ruf nach Einheit war das zentrale gemeinsame Anliegen all derer, die unter den Nazis gelitten haben, ob sie aus der freiheitlich-sozialistischen Gewerkschaftsbewegung kamen, den christlichen Gewerkschaften oder ob es kommunistische oder liberale Gewerkschafter waren. Sie alle haben ihre persönliche Verfolgung durch die Nazis sehr unterschiedlich erlebt. Sie alle haben auch sehr unterschiedlich in der Zeit der Machtergreifung agiert. Sie alle wurden in der Endphase der Weimarer Republik weniger vom Gedanken der Solidarität und Einheit als von Organisationsegoismen geleitet.

Einige mögen die Nazis auch unterschätzt haben. Und traurige Tatsache ist, dass die Arbeiterbewegung so zersplittert war, dass sie nicht in der Lage war, den Nazis organisierten Widerstand entgegen zu setzen. Deshalb haben sie uns alle das Vermächtnis der Einheitsgewerkschaft mit auf den Weg gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist bereits viel über historischen Auftrag und historisches Versagen gesprochen worden. Schülerinnen und Schüler haben uns die Biografien von Opfern näher gebracht, von führenden Gewerkschaftern, die hier in Sachsenhausen gelitten haben. Unsere Erinnerung an die Gräueltaten der Nazis, unser Entsetzen über die Millionen Opfer, unsere Abscheu und Empörung über die Untaten von SA, SS, Waffen-SS und Wehrmacht wach zu halten, ist erste Demokratenpflicht.

Doch mindestens zweierlei muss hinzukommen. Zum einen dürfen wir die gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Helfershelfer nicht vergessen, ohne die die Nazis in Deutschland nicht an die Macht gekommen wären.

Und zum anderen müssen wir Lehren aus der Geschichte ziehen – auch 75 Jahre danach. Die Hans-Böckler-Stiftung hat gemeinsam mit uns eine sehenswerte Ausstellung zur Geschichte der Stürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 erstellt. Sie wird in diesen Tagen an mehr als 150 Orten in der Bundesrepublik gezeigt und sie geht über das notwendige Gedenken hinaus. Sie ordnet ein: die Rolle der Schwerindustrie und rechtsnationaler Zeitungen, die Kriegszielpolitik der deutschen Wirtschaft und das Demokratie zerstörende Handeln von Ludendorff bis Hugenberg. Sie spart aber auch nicht historische Fehler und Versäumnisse der Führungen der demokratischen und freien Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Nazis vor der Machtergreifung und in den Wochen danach aus.

Bei alledem gebe ich zu bedenken, dass es schwierig ist, aus der heutigen Perspektive das damalige Handeln unserer Kolleginnen und Kollegen zu beurteilen – gar zu verurteilen. Heute wissen wir, man kann und man darf den Pakt mit dem Teufel nicht schließen. Und diejenigen, die damals geirrt haben, haben sehr bitter dafür bezahlt – übrigens auch die, die sich nicht geirrt haben und sofort in den aktiven Widerstand gegangen sind. Umso wichtiger ist, dass wir die Lektion nie vergessen und uns immer wieder bewusst machen: Otto Wels hatte Recht. Man kann eine Organisation nicht retten, wenn man ihre Idee verrät. Man darf sich nicht gemein machen mit den Feinden von Demokratie und Menschenwürde. Und Gewerkschaften haben nur dann den Namen verdient, wenn sie frei und unabhängig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sachsenhausen ist ein Ort, der vor allem denjenigen gewidmet sein soll, die in diesem Konzentrationslager gelitten haben und unter erbärmlichsten Umständen gestorben sind. Mit unserem Gedenkstein wollen wir nun beides tun: Unseren Opfern gedenken, die hier zu Tode gekommen sind. Und zugleich daran erinnern, dass es viele tausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gab, die in anderen Konzentrationslagern ermordet wurden, die von den Nazis hingerichtet wurden, in Zuchthäusern gequält und ins Exil getrieben wurden.

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, Erinnerungsarbeit zu leisten. Zumal bald keiner mehr leben wird, der das alles erlitten und überstanden hat. Aber es geht um mehr: Es geht darum, den Schwur von Buchenwald: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ Tag für Tag zur zentralen Handlungsmaxime unseres demokratischen Gemeinwesens zu machen. Gestern – heute und morgen.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns in den Gewerkschaften geht es nun wieder darum, auch mit unserer

Organisation auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Und natürlich ist nicht jede Tradition unveränderbar. Doch es gibt Lehren, die zwar alt sind, aber sie bleiben doch ewig richtig. Dazu gehören Solidarität und Gewerkschaftseinheit.

Dazu gehören Demokratie und Freiheit. So richtig es ist, dass Gewerkschaften die demokratische Freiheit wie die Luft zum Atmen brauchen, so wichtig ist es auch, dass diese demokratische Luft nicht verpestet werden darf. Das ist der Grund, warum wir überall und an jedem Ort alten und neuen Nazis die Stirn bieten. Das ist der Grund, warum wir das Verbot aller neofaschistischen Organisationen und die sofortige Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD fordern.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die größte demokratische Errungenschaft des deutschen Volkes. Wir werden die Grundrechte, von der Menschenwürde bis zur Versammlungsfreiheit, von der Gleichberechtigung der Männer und Frauen bis zu den Arbeitnehmerrechten, also Tarifautonomie und Streikrecht, mit allen Mitteln schützen. Wir meinen es ernst, wenn wir hier und heute bekräftigen, was in allen Satzungen der DGB-Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes steht: Wir werden unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen jeden verteidigen, der es unternimmt, sie zu beseitigen. Der demokratische und soziale Rechtsstaat, in dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, in dem die Grund- und Menschenrechte geachtet werden, in dem demokratische Parteien, freie Gewerkschaften und Religionsfreiheit ebenso garantiert sind wie die Verpflichtung zur Sozialstaatlichkeit ist das, was unsere Mütter und Väter als Antwort auf die Nazis formuliert haben:

Statt Menschenverachtung und Tyrannei – Menschenwürde und Demokratie. Wir geloben: Wir werden das Widerstandsrecht des Artikels 20 unseres Grundgesetzes, wenn es Not tut, aktiv wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab alleine im ADGB 52 Mitgliedsorganisationen. Es gab aber auch noch andere Gewerkschaftsbünde, die mit dem ADGB nichts zu tun hatten, von demokratischen Beamtenorganisationen oder speziellen Frauengewerkschaften über die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition bis hin zu christlichen Gewerkschaften.

Stellvertretend für sie alle haben wir uns zwar für das Emblem des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dem Gedenkstein entschieden, nicht aber für den Schriftzug ADGB. Zumal dieses Symbol sehr typisch ist für die Arbeiterbewegung dieser Zeit. Ich hoffe, dass viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hier in Sachsenhausen Gelegenheit finden

werden, ihrer Kolleginnen und Kollegen zu gedenken und möglicherweise gleich uns Kränze niederzulegen an diesem Gedenkstein mit der Inschrift:

„Die ermordeten und geschundenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verpflichten uns zum Eintreten für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde.

Deutscher Gewerkschaftsbund – nach bitterer Erfahrung der einheitliche Dachverband der deutschen Gewerkschaften.“

Festakt zu 60 Jahre DGB: „Der DGB – ein starker Bund seit 1949. Die Zukunft der Solidarität“

05.10.2009, Berlin

Der Festakt des DGB fand am 5. Oktober 2009 im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt statt. Weitere Redner waren Bundespräsident Horst Köhler und die Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Sharan Burrow.

*Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Prof. Köhler,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Frau Dr. Merkel,
lieber Ernst Breit, lieber Dieter Schulte, liebe Sharan Burrow,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste aus dem In- und Ausland,*

Bei Ihnen allen bedanke ich mich im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der in ihm vereinigten Gewerkschaften für die Glückwünsche zum 60. Geburtstag der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Wir vertreten Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamten, und dies unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, wo sie herkommen, ob sie Mann sind oder Frau, ob religiös gebunden oder weltanschaulich geprägt. Unser Organisationsprinzip lautet: ein Betrieb, eine Gewerkschaft. Und so haben sich in den vergangenen 60 Jahren unter dem Dach des DGB moderne Branchengewerkschaften zusammengeschlossen und weiterentwickelt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen 60 Jahren haben wir fürwahr einen großen und wichtigen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet. Nach Faschismus und Krieg haben wir mitgeholfen, unser Land sozialer, menschlicher und damit lebenswerter zu machen und unsere Gesellschaft demokratischer und gerechter zu gestalten. Wir haben unseren Beitrag geleistet, Deutschland wieder zu einem geachteten Teil der Völkergemeinschaft zu machen, der sich dem vereinten Europa und dem Frieden der Welt ebenso verpflichtet fühlt wie der Durchsetzung der Menschenrechte und der Achtung von Arbeitnehmerrechten.

Wir haben die Kolleginnen und Kollegen, die als Gastarbeiter zu uns gekommen sind, die vielen Migrantinnen und Migranten in den Betrieben und Unternehmen wesentlich wirkungsvoller und besser integriert, als dies unserer Gesellschaft als Ganzes gelungen ist.

Und nicht zuletzt kämpfen wir für Demokratie und Freiheit, gegen alte und neue Nazis, gegen Antisemitismus und Fremdenhass.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, am 29. September 1944 wurde Wilhelm Leuschner in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Ich erinnere an ihn stellvertretend für viele andere Männer und Frauen, auf deren Erbe wir aufbauen. Wilhelm Leuschner ist einer der wichtigsten geistigen Gründungsväter der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung und immer noch Vorbild vieler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wilhelm Leuschner leistete schon in der Weimarer Republik aktiven Widerstand gegen die Nazis, als Verteidiger einer demokratischen Republik. Er war als Landesinnenminister Verfasser der hessischen Denkschrift zum Verbot der NSDAP. Als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft bei der Internationalen Arbeitsorganisation verteidigte er die demokratische Gewerkschaftsbewegung gegen den Machtanspruch der Nazis.

Er weigerte sich bis 1934, den Gewerkschaftssitz in dieser wichtigen internationalen Organisation der faschistischen Deutschen Arbeitsfront zu überlassen. Er gehörte wie viele andere auch zum Kreis der gewerkschaftlichen Widerstandskämpfer gegen völkischen Wahn, Rassenhass und Krieg. Und nicht zuletzt gehörte er zum Widerstand des 20. Juli. Am Tag vor seiner Hinrichtung appellierte Leuschner an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die Lehre aus Zersplitterung und Zerschlagung der Arbeitnehmerbewegung zu ziehen. Er mahnte: Schafft die Einheit!

Und als sich die Männer und Frauen, die die Barbarei überlebt hatten, zum DGB-Gründungskongress im Oktober 1949 in München trafen, da machten sie Leuschners Traum wahr. Sie schufen die Einheit. Ihnen war gleich, ob sie früher im ADGB organisiert oder im Zentrum aktiv waren, ob sie aus den Hirsch-Dunckerschen Verbänden kamen oder aus den demokratischen Beamtenorganisationen, ob sie in Weimar noch der RGO angingen oder Sozialdemokraten und Sozialisten waren. Sie alle hatten ihre Lektion gelernt: Sie wussten, dass sie sich gemeinsam den Nazis wirkungsvoller hätten entgegen stellen können. Nur geeint hätten sie die Unterjochung der Arbeiterschaft durch die Deutsche Arbeitsfront und die Durchsetzung des Führerprinzips in den Unternehmen verhindern können. Und nur zusammen hätten sie dem

verhängnisvollen Bündnis von Kapital und Faschismus machtvoll entgegen-treten können

60 Jahre später haben wir diese Lehre nicht vergessen. Wir wissen: Nur wenn wir unsere Gegensätze überwinden, können wir unserem eigentli-chen Auftrag gerecht werden. Und dieser Auftrag ist nicht mehr und nicht weniger als die sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen umfassend und wirksam zu vertreten.

Nur Einigkeit macht stark. Nur so können wir angesichts des Interessen-gegensatzes von Kapital und Arbeit im Kampf um die materielle, soziale und gesellschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen bestehen. Dass wir in diesem Kampf bestehen können, haben wir in den vergangenen 60 Jahren immer wieder bewiesen. Mal waren die ökonomischen und poli-tischen Bedingungen besser, mal waren sie schlechter, aber immer wieder haben wir unseren Auftrag mit aufrechtem Gang erfüllt. Und das wird auch künftig so sein und zwar dann, wenn wir gemeinsam agieren. Ich warne eindringlich davor, diese Einheit infrage zu stellen, oder einer erneuten Zer-splitterung Vorschub zu leisten.

Genauso, wie wir an unserem Organisationsprinzip festhalten, müssen wir unsere Errungenschaften verteidigen. So haben Hans Böckler und viele andere die Mitbestimmung gegen den erbitterten Widerstand von Kapital und Regierung Anfang der 50er Jahre durchgesetzt. Die Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen hat weder der deutschen Wirtschaft geschadet noch den einzelnen Betrieben. Im Gegenteil: Der beispiellose Aufschwung nach dem Krieg wurde erst mit der Partizipation der Arbeit möglich und dauerhaft. Unser deutsches Mitbestimmungssystem ist ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal Deutschlands in den Industrienationen. Sie ist ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor und unverzichtbarer Teil einer Marktwirtschaft, die sich zu Recht sozial nennt. Mitbestimmung ist nicht von gestern und hat sich auch im vereinten Europa nicht überlebt.

Im Gegenteil: Gerade die Krise des Finanzmarktkapitalismus und das bis-her durchaus achtbare gemeinsame Bemühen von Arbeitgebern, Regierung, Gewerkschaften und Betriebsräten, die Krise zu dämpfen, die Krisenfolgen zu überwinden und die arbeitenden Menschen vor existenzieller Not zu be-wahren, sind Beleg dafür, wie wichtig die Emanzipation der Arbeitnehmer-schaft und ihre gleichberechtigte Mitbestimmung sind.

Ich kann nur warnen: Wer aus Gier und Geiz jetzt auch noch ein Stück praktizierte Demokratisierung der Wirtschaft schleifen will, der zerstört das Fundament, auf dem soziale Balance und wirtschaftlicher Erfolg gleicherma-

Ben gebaut sind. Wir werden diese soziale, ökonomische und gesellschaftliche Errungenschaft genauso entschieden verteidigen wie die anderen Elemente unseres Sozialstaates und der sozial verfassten Marktwirtschaft. Dieser selbstbewusste Hinweis gilt gleichermaßen für die Tarifaufonomie und das Streikrecht. Die Tarifaufonomie ist unsere Kernkompetenz. Sie war, ist und bleibt Garant für unzählige Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen. Für alle die, die immer noch nicht ihre Lektion gelernt haben, sage ich: Wer auch immer, wo auch immer und mit welchen Mitteln auch immer versucht, die Tarifaufonomie und das mit ihr untrennbar verbundene Streikrecht auszuhöhlen, wird bei uns auf Granit beißen. Vergleichbar bedeutend sind für uns die sozialen Sicherungssysteme, also die paritätisch finanzierte und selbst verwaltete Arbeitslosenversicherung, die Systeme der gesetzlichen Rente, der Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ich füge hinzu: In unserem Verständnis sind ein funktionierender öffentlicher Dienst und ein gutes öffentliches Bildungssystem, das wirklich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, ebenso Bestandteil eines funktionierenden Sozialstaates wie die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge – von der Bahn über das Gesundheitswesen bis zur Altenpflege. All das ist nicht zuletzt erreicht worden durch die Leistung der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften in den vergangenen 60 Jahren in Deutschland.

Darauf sind wir ebenso stolz wie auf die vielen Fortschritte, die wir im betrieblichen Kampf und mittels Tarifverträgen erreichen konnten. Vom Lohn und Gehalt zum Entgelt, von der Absicherung im Krankheitsfall, dem Rationalisierungsschutz oder der Weiterbildung, vom Urlaub und der Arbeitsplatzgestaltung bis zum Kündigungsschutz, von der Fünf-Tage-Woche bis zum 13. Monatsgehalt reicht der Katalog. Und er ließe sich noch um viele, viele Punkte ergänzen.

Spätestens seit Beginn der 80er Jahre war und ist unsere Arbeit geprägt von der Massenarbeitslosigkeit. Ich erinnere nur an den Streik für die Wochenarbeitszeitverkürzung und die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit, an die Vereinbarungen über Vorruhestand, Altersteilzeit und an sehr, sehr viele betriebliche und tarifliche Initiativen zum Schutz vor Entlassungen und zur ökonomischen Sicherung der Unternehmen.

Auf die Phase des Aufbaus und der gesellschaftlichen Reformen folgten Erhalt und Sicherung des Erreichten. Auch an unserer Geschichte ist nachzuvollziehen, dass die gewerkschaftliche Arbeit immer dialektisch geprägt

ist: von Sozialpartnerschaft und Gegenmacht, von Schutz und Gestaltung, von Offensive und Verteidigung, von Erfolg und Niederlage. Übrigens auch von Versagen. Auch heute will ich nicht verschweigen, dass zu unserer Geschichte auch die Neue-Heimat-Krise gehört. Und damit der Niedergang der Gemeinwirtschaft. Vielfach werden ja Erfolge hochgejubelt und Niederlagen schamhaft bemäntelt. Das haben wir nicht nötig. Wir haben uns den Problemen gestellt. Und wir haben sie meistens gelöst.

Ich füge hinzu: In den vergangenen 60 Jahren haben wir viel erreicht, aber wir mussten auch schmerzhaft Kompromisse machen – und Niederlagen einstecken. Wir wurden verunglimpft und diffamiert. Wir wurden als Dinosaurier des Industriezeitalters abgeschrieben. Andere wollten uns als ewig Gestrige politisch beerdigen. Es hat nicht funktioniert. Um den Titel eines deutschen Nachkriegsfilmes zu zitieren: Hurra, wir leben noch! Weniger ironisch formuliert: Wir wussten immer, Solidarität hat Zukunft. Und ohne organisierte Solidarität, ohne Gewerkschaft kann es keine gute Zukunft für arbeitende Menschen geben.

Sicher: Wir haben nicht zuletzt in Folge der Massenarbeitslosigkeit seit Anfang der 80er Jahre viele Mitglieder verloren, aber wir haben die Trendwende eingeleitet. Sicher: Wir sind in Großbetrieben besser vertreten als im Friseurladen um die Ecke. Sicher: Unsere Bindekraft in den klassischen Industriebereichen ist wesentlich höher als in manchen modernen Branchen des Internetzeitalters. Sicher: Auch bei uns sind noch wesentlich mehr Männer als Frauen in Führungspositionen, und das Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleibt auf der Tagesordnung – für Männer und Frauen, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Sicher: Auch wir unternehmen viel Anstrengungen, für junge Menschen attraktiver zu werden. Sicher: Auch wir müssen zusätzlich Antworten auf die stetig wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors und der Veränderung der Wirtschaftsstruktur finden.

Nicht zuletzt was die Verteilung von Einkommen und Vermögen angeht, sind wir in den vergangenen Jahrzehnten nicht wesentlich vorangekommen. Verteilungsgerechtigkeit herzustellen bleibt ein Ziel, an dem wir festhalten. Aber niemand täusche sich. Es gehört zum Wesen von Gewerkschaften, dass wir immer dann, wenn wir Probleme benennen, zugleich damit beginnen, sie zu lösen. Das war in der Vergangenheit so und das wird auch künftig so sein. Denn Solidarität hat Zukunft.

In den vergangenen 60 Jahren haben sich der DGB und seine Gewerkschaften verändert. Waren wir bei unserer Gründung 16 Gewerkschaften, die Gewerkschaft der Polizei kam später dazu, so ist der DGB heute nach

vielen Fusionen der Bund von acht Mitgliedsgewerkschaften. Und mit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft im Jahr 2001 wurde ein schwerwiegender Mangel der Gründungsphase – nämlich die Abspaltung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft von der Deutschen Gewerkschaftsbewegung – behoben. Dies zeigt, dass wir auch organisationspolitisch auf der Höhe der Zeit geblieben sind und bleiben müssen – das gilt übrigens auch für die innere Organisation des Dachverbandes selbst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, dieser Tag ist ein stolzer Tag für die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Bei unserer heutigen Feier wollen wir nicht vergessen, dass die deutsche Teilung auch uns stark belastet hat. Es waren glückliche Stunden, als vor fast genau 20 Jahren die Mauer fiel und wir binnen eines Jahres die Gewerkschaftseinheit organisieren und praktizieren konnten. Dabei war immer klar: Wer sich schuldig gemacht hatte, muss dafür gerade stehen. Aber bei uns hat es in keiner Sekunde seit der Einheit Gewerkschaftsmitglieder erster und zweiter Klasse gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, wir fühlen uns geehrt durch Ihre Anwesenheit, ist sie doch auch ein Zeichen für die Bedeutung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen aus Europa und vielen anderen Teilen der Welt nach Berlin gekommen sind. Hier wird in den nächsten Tagen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagen. Wir repräsentieren gemeinsam Gewerkschaftsorganisationen in mehr als 160 Staaten dieser Erde. Wir sind zuversichtlich, dass die Idee der freien, demokratisch verfassten und unabhängigen Gewerkschaften auch in den wenigen Ländern dieser Erde Fuß fassen wird, in denen (dezent gesagt) Arbeitnehmerorganisationen heute noch in einer anderen Beziehung zu Staat und Arbeitgebern stehen als freie Gewerkschaften.

Dass die freie Gewerkschaftsbewegung in der Welt an Stärke und Bedeutung gewonnen hat, hat nicht zuletzt unser Auftreten beim G-20-Gipfel in Pittsburgh vor wenigen Tagen gezeigt. Nun wird es darauf ankommen, die gemeinsamen Positionen durchzusetzen

- zur wirksamen Regulierung der Finanzmärkte,
- zu einer einheitlichen weltweit gültigen Finanztransaktionssteuer
- zur Bekämpfung der drohenden globalen Beschäftigungskrise
- und vor allem für menschenwürdige Arbeit überall in der Welt.

Es freut mich sagen zu können: Der DGB hat in den vergangenen 60 Jahren einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, die Gewerkschaftsbewegung in der Welt zu einen und sie schlagkräftiger zu machen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, der DGB und seine Gewerkschaften, blicken selbstbewusst auf unsere Geschichte seit der Befreiung vom Faschismus zurück. Jede Gewerkschaft hat auf ihre Weise und entsprechend der Herausforderungen ihres Organisationsbereiches Großes geleistet für die wirkungsvolle Wahrnehmung der Mitgliederinteressen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation aller abhängig Beschäftigten in diesem Land. Es gilt als Grundweisheit, dass man nur dann so bleibt, wie man ist, wenn man sich ändert. Dabei wird oftmals Modernität mit Modernismus verwechselt. Veränderungen sind niemals Selbstzweck.

Denn auch dies gilt: Man bleibt nur so, wie man ist, wenn sich nicht alles ändert. Man muss nur bereit sein, sich ehrlich zu fragen, ob man noch auf der Höhe der Zeit ist. Und deshalb sage ich: Wir werden sehr prinzipielle Formen und Mittel unserer Arbeit nicht ändern. Weder wird sich die Bedeutung der Betriebsarbeit für die Mitgliederbindung ändern, noch lassen wir an unseren Kernkompetenzen rütteln, also der Tarifpolitik und der Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen.

Im Übrigen, es bleibt dabei, wir haben ein grundsätzlich positives Verhältnis zum technischen Fortschritt, zum Industriestandort Deutschland, aber auch zur Notwendigkeit, Arbeit und Umwelt wesentlich enger zu verzahnen. In anderen Bereichen aber mussten und müssen wir aufgrund der Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch bei Arbeitgebern und ihren Verbänden, unsere Forderungen und Strategien ergänzen. Ich erinnere beispielhaft an die Notwendigkeit, die Tarifaufonomie dort, wo sie nicht greift, durch Mindestlöhne, einen gesetzlichen Mindestlohn zu flankieren, um Armutslöhne in Deutschland abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Deutsche Gewerkschaftsbund versteht sich als gesellschaftlicher Motor, als Bündnispartner für Demokratie, Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt. Wir sind der politische und der gesellschaftliche Arm der deutschen Gewerkschaften. Als solcher sind wir Partner von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, von Glaubensgemeinschaften und Sozialverbänden, von außerparlamentarischen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Wir bringen Arbeitnehmerinteressen auf jeder Ebene des Staates ein – ob in den Städten und Gemeinden, bei Länderregierungen und Parlamenten oder im Bund. Überall prägt uns das gleiche Selbstverständnis. Wir sind von

Parteien, Arbeitgebern und vom Staat unabhängig. Wir wollen mit jeder demokratisch gewählten Regierung konstruktiv zusammen arbeiten. Das aber heißt mitnichten, dass wir jede Politik mittragen. Unsere Messlatte sind allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihr Wohlergehen, ihre Wünsche und Hoffnungen, ihre Interessen. Deshalb wollen und werden wir uns niemals mit einer von uns für falsch gehaltenen Politik abfinden. Das gilt für jeden und jede, die dieses Land regiert.

Nach 60 Jahren neuerer Gewerkschaftsgeschichte blicken wir mit Realitätssinn, aber auch Zuversicht in die Zukunft. Denn eins bleibt gewiss. Die Gewerkschaften und ihr DGB sind das stärkste, was die Schwachen haben.

DGB-Gedenkveranstaltung „80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933“

02.05.2013, Berlin

Am 80. Jahrestag gedachten DGB und Hans-Böckler-Stiftung auf einer Gedenkveranstaltung unter dem Motto „1933: Zerschlagung der Gewerkschaften – 2. Mai 2013: Wir stärken Freiheit, Demokratie und Solidarität“ im Deutschen Museum in Berlin (Schlüterhof) der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1933. Gastredner war Bundespräsident Joachim Gauck.

*Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
meine sehr geehrten Damen und Herren aus den demokratischen Parteien
und aus der Zivilgesellschaft,
liebe aktive und frühere Mitglieder des DGB-Bundesvorstands,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Ich freue mich sehr, dass Sie der Einladung zu unserer Gedenkveranstaltung gefolgt sind. Wir haben es eben im Film gesehen und gehört: Wir sind an einem Tag zusammen gekommen, der für die schwerste Niederlage der freien deutschen Gewerkschaften steht. Nur wenige Monate nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 wollten die Nazis auch die Gewerkschaften vernichten – und mit ihnen alle, die sie trugen, sowie die Ideen, für die sie standen. Denn für die Nazis waren die freien Gewerkschaften eine Gefahr. Hatten unsere Vorläuferorganisationen doch bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1933 fast drei Viertel der Stimmen erhalten und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation eine deutliche Niederlage erteilt.

Die Rache folgte schnell und brutal: Nur Stunden, nachdem die Nazis den 1. Mai als „Feiertag der nationalen Arbeit“ inszeniert hatten, besetzten und

verwüsteten SA-Kommandos Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Viele Gewerkschafter wurden, sofern sie nicht schon untergetaucht oder ins Exil gegangen waren, verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt, gefoltert, und nicht wenige wurden ermordet.

Wir gedenken ihrer heute in Dankbarkeit für ihren Wagemut, ihre Risikobereitschaft, ihren Widerstand. Denn ihnen verdanken wir nicht mehr und nicht weniger als unser Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit, ohne das die Gewerkschaften nicht existieren und kämpfen können. Auch deshalb bekennen wir uns ausdrücklich in unseren Satzungen dazu, von dem im Grundgesetz geschützten Widerstandsrecht Gebrauch zu machen, wenn Freiheit und Demokratie in ihren Grundfesten gefährdet sind oder angegriffen werden. Auch das ist eine Lehre aus den Ereignissen im Frühjahr 1933.

Zur freiheitlichen Demokratie gehören für uns nicht nur die Notwendigkeit von Parteien und das System der direkten, vor allem aber der repräsentativen Demokratie. Für uns heißt Demokratie auch, dass sie nicht an den Werkstoren oder vor den Büropalästen enden darf. Deswegen ist für uns die Mitbestimmung ein zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft und zugleich Ausdruck des Demokratieprinzips in der Arbeitswelt. Dabei vergessen wir nicht, dass die betriebliche Mitbestimmung ihren Ursprung in der Weimarer Republik hatte, dort von den Arbeitern gelebt, vom Kapital bekämpft und von den Nazis zerschlagen wurde.

Nicht zuletzt bekennen wir uns zur Freiheit. Die Achtung und Verteidigung der Menschenwürde, der Grundrechte und der Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes sind für uns Verpflichtung. Und natürlich treten wir aktiv ein für den Erhalt und Ausbau unseres Sozialstaates. Unsere unmittelbaren Freiheitsrechte sind festgeschrieben im Artikel 9. Abs. 3. unseres Grundgesetzes. Nur mit Vereinigungsfreiheit und Koalitionsrecht, Tarifautonomie und Streikrecht können wir dem Kapital auf Augenhöhe entgegen treten. Dies ist die Grundlage unserer Gestaltungsfähigkeit – auch die Basis für eine soziale Partnerschaft

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand kann heute ermessen, wie schwer die Lage für unsere Kolleginnen und Kollegen 1933 war. Und niemand sollte im Nachhinein über sie richten, über sie urteilen, sie vielleicht sogar verurteilen. Sicher, manche haben sich schnell angepasst – doch in der großen Mehrheit nicht aus Überzeugung, sondern um ihre Organisationen zu retten. Sie wussten sich angesichts des Terrors, auch angesichts der Zustimmung der Schwerindustriellen für die neuen Machthaber, nicht mehr anders zu helfen.

Wer von uns kann für sich in Anspruch nehmen, er oder sie hätte anders gehandelt, wäre mutiger gewesen, hätte mehr riskiert? Es war eben nicht das Versagen Einzelner, das dem Zusammenbruch der Organisationen vorausging. Es war das Versagen der Organisationen selbst, ihr strukturelles Problem, noch dazu in einem zutiefst demokratiefeindlichen Umfeld. Denn die deutschen Gewerkschaften waren seit Jahren zersplittert, sie waren uneinig, sie waren sich selbst die größten Feinde. Ihnen fehlte eine gemeinsame, auch geistige, Basis, um sich mit der nötigen Entschlossenheit den Nazis entgegenzustellen. 1920, beim Kapp-Putsch, konnten sie diese Gemeinsamkeit noch aufbringen. Gut zehn Jahre später sollte das unmöglich sein.

Zentrales Vermächtnis derer, die aus Zersplitterung und Streit in der Weimarer Republik gelernt haben, ist die Gewerkschaftseinheit. Sie war der wichtigste Auftrag, den uns die Häftlinge der Konzentrationslager und Nazigefängnisse auf den Weg gaben: Schafft die Einheit! Dieser Gedanke trägt uns und ist lebendig wie damals: Frauen und Männer, Jung und Alt, Beamte, Arbeiter und Angestellte, in einer Gewerkschaft – frei von Rassismus und tolerant untereinander, unabhängig von Parteien, Kirchen oder weltanschaulicher Bindung. Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, keine Tarifkonkurrenz, keine Organisationskonkurrenz.

Einig, nur dem Wohl der arbeitenden Menschen verpflichtet – in einer freien und demokratischen Gesellschaft. Das ist der Kern der Lehren, die wir gezogen haben. Es ist eine Erkenntnis, die ihre Strahlkraft nicht verloren hat. Sehr geehrter Herr Bundespräsident, wir freuen uns sehr, dass Sie uns heute die Ehre geben und zu uns sprechen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Jubiläumsfest der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen „40 Jahre AfA“

31.08.2013, Duisburg

Das Jubiläumsfest des Bundesvorstandes der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) fand am 31. August 2013 in der Duisburger Innenstadt statt. Nach der Begrüßung durch Klaus Bartel (AfA-Bundesvorsitzender) und Rainer Bischof (AfA-Vorsitzender Duisburg) sprachen Michael Sommer und Klaus Wiesehügel (Bundesvorsitzender IG BAU).

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Genossinnen und Genossen,
Sehr geehrte Damen und Herren,*

Wir sind mitten in der heißen Phase des Wahlkampfs, das ist klar. Manch einer fragt sich vielleicht, warum geht der DGB-Vorsitzende als Vertreter der Einheitsgewerkschaft gerade jetzt zum AfA-Jubiläum? Ich komme ganz bewusst zu euch, liebe Genossinnen und Genossen.

Erstens war ich im Mai auch bei der Bundestagung der Christlichen Arbeitnehmerschaft. Übrigens war ich auch dort als Einheitsgewerkschafter, wenn auch einer mit einem SPD-Parteibuch! Das habe ich Karl-Josef Laumann auch ganz klar gesagt: Der DGB gehört nicht zu einer bestimmten Partei. Der DGB ist parteipolitisch unabhängig! Wohl ergreifen wir aber Partei für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Gleichwohl machen der DGB und ihr Vorsitzender weder eine Wahl- noch eine Koalitionsempfehlung.

Zweitens habe ich Klaus Barthel versprochen, bei eurem Jubiläum dabei zu sein. Es war ja – sagen wir mal bis vor zwei Jahren – nicht mehr so ganz klar, ob Arbeitnehmerfragen und Gewerkschaftsinteressen in der SPD immer noch ganz oben auf der Prioritätenliste standen. Viele Wählerinnen und Wähler wussten in den letzten Jahren auch nicht mehr so ganz, wofür die SPD bei der Rente mit 67 und bei Hartz IV stand.

Ich weiß um die Kämpfe, die nicht nur, aber auch die AfA zu führen hatte und zum Teil auch noch führt. Ich bin mir voll bewusst, dass die Abspaltung

der WASG im Westen und späteren Fusion zur Linkspartei die Arbeiterbewegung insgesamt geschwächt hat. Ich finde nur, dass man heute als Gewerkschafter wieder sagen kann: Ja, die SPD ist wieder die Partei der kleinen Leute! Schaut euch das Wahlprogramm an!

Eines bin ich mir ganz sicher: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen durchaus konkrete Antworten von den Parteien auf die Fragen: Wie haltet ihr es mit dem Mindestlohn, wie mit der Leiharbeit und mit Minijobs? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, eine gute Absicherung im Alter, die Sicherung ihres Lebensstils! Das sind übrigens die im ARD-Deutschlandtrend genannten wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung! Gute Arbeit und sichere Rente!

Übrigens bringt das auch die neueste IG Metall Umfrage bei 500.000 Beschäftigten, Rentnern und Arbeitslosen zum Ausdruck:

- 97 % wollen den Erhalt und die Sicherung des Sozialsystems und es ist ihre wichtigste Anforderung an die Politik.
- 94 % wollen gleiche Bildungschancen.
- 90 % wehren sich gegen die Absenkung des Rentenniveaus und wollen, dass die Rente mit 67 zurückgenommen wird.
- 90 % wollen einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen ganz klar die Unterschiede in den Wahlprogrammen. CDU und CSU erkennen zwar mittlerweile an, dass vieles im Argen liegt – im Niedriglohnbereich, bei der Leiharbeit, bei Werkverträgen. Und CDU/CSU und FDP erklären in ihren Wahlprogrammen, dass die Tarifautonomie ein hohes und schützenswertes Gut ist. Aber sie wollen sich als Gesetzgeber heraushalten und alle Regelungen den Tarifparteien überlassen. Das geht nicht, finde ich. Das spielt genau den Arbeitgebern in die Hände, die sich seit Jahren tariflichen Verhandlungen verweigern. Und die FDP will sowieso alles dem Markt überlassen. Das geht schon gar nicht!

Ich finde auch: Wir brauchen eine gestärkte Tarifautonomie! Ja! Aber was heißt das? Die Betonung muss auf Tarif liegen und nicht auf Autonomie. Weil nur noch 53% der Betriebe in Westdeutschland und 37% der Betriebe in Ostdeutschland tarifgebunden sind, brauchen wir den Gesetzgeber. Der Gesetzgeber muss sagen: Die von den Tarifpartnern ausgehandelten Tarife gelten über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die ganze Branche! Um Lohndumping und Schmutzkonzurrenz zu verhindern! Die Erosion der Tariflandschaft ist unsere Hauptsorge und ohne den Gesetzgeber können

wir sie nicht stoppen! Und die Politik ist doch maßgeblich verantwortlich für den verwahrlosten Zustand am Arbeitsmarkt. Sie hat die schützenden Deiche eingerissen und den Arbeitsmarkt mit Minijobbern, Soloselbstständigen und Hartz-IV-Aufstockern geflutet. Sie hat den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen ermöglicht. Nachdem man sich jahrzehntelang an den Bedürfnissen des Marktes orientiert hat, ist es an der Zeit, sich den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuzuwenden.

Sie sind genauso Wählerinnen und Wähler. Die Stärkung ihrer Position am Arbeitsmarkt stärkt auch die Demokratie. Es waren vielfach die Niedriglöhner und Erwerbslosen, die nicht mehr an die Wahlurne gingen, weil sie ihre Interessen nicht mehr vertreten sahen.

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen in Deutschland und Europa eine „Neue Ordnung der Arbeit“. Wir brauchen Regelungen, die den Wert und die Würde von Arbeit wieder ins richtige Lot bringen. Die „Neue Ordnung“ ist nichts Statisches, es wird immer darum gehen Regelungen neu zu justieren, sie anzupassen.

Wir brauchen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro! Von dem Geld kann vielleicht nicht jeder gut leben. Das wissen wir. Und es ist nicht soviel, dass ein Leben ohne Sorgen in Rente schon gesichert ist. Auch das wissen wir. Aber die 8,50 Euro sind die unterste gesellschaftlich akzeptierte Haltelinie. Darunter arbeiten zu müssen ist Ausbeutung! Diese Ausbeutung muss endlich mit einem Mindestlohngesetz geächtet werden! Um noch eine Umfrage zu zitieren: 83 % aller Deutschen sind laut einer Forsa-Umfrage für die Einführung eines bundeseinheitlichen und branchenübergreifenden Mindestlohns! Und auch bei Forsa wurde erhoben, dass sich 57 % der Führungskräfte in Deutschland für einen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen. Wir erwarten, dass die nächste Regierung einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in den ersten 100 Tagen umsetzt!

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, wir erwarten von der nächsten Regierung endlich den Missbrauch in der Leiharbeit einzudämmen! Es müssen gesetzliche Regelungen umgesetzt werden, die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beim Entgelt und allen anderen Arbeitsbedingungen mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb gleichstellen. Und zwar vom ersten Tag an.

Das Synchronisationsverbot muss wieder wiederhergestellt werden. Das Gesetz muss den Streikbrechereinsatz verbieten und die Überlassungsdauer auf eine klar bestimmte Zeit begrenzen.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert den Missbrauch von Werkverträgen zum Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. Mindestens muss sichergestellt werden, dass Werkvertragsnehmer die gleichen Löhne erhalten wie die Beschäftigten des Auftraggebers. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Vergabe von Werkverträgen müssen gestärkt werden.

Wir erwarten von der nächsten Regierung einen Arbeitsschutz, der den heutigen Realitäten gerecht wird. Das heißt auch Antistressmaßnahmen, Maßnahmen gegen Burnout und Mobbing.

Wir erwarten von der nächsten Regierung gesetzliche Regelungen für selbstbestimmte Arbeitszeiten, eine besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Entgeltgleichheit für Frauen. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Teilzeit, das Recht auf Aufstockung auf Vollzeit und eine Geschlechterquote.

Wir erwarten von der nächsten Regierung ein faires Vergaberecht für öffentliche Aufträge. Im Bund fehlt es noch ganz. Was unter anderem dazu führt, dass im Deutschen Bundestag zu Dumpinglöhnen und unwürdigen Arbeitsbedingungen Dienstleistungen erbracht werden.

In vielen Bundesländern haben wir Tariftreue- und Vergabegesetze. Vor dem Hintergrund verschiedener Vergabeskandale in der Vergangenheit ist das nicht nur politisch ärgerlich, sondern sehr bitter für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ausgebeutet und in ihrer Würde angegriffen werden. Wir brauchen die Möglichkeit, bei der öffentlichen Auftragsvergabe soziale Kriterien zu berücksichtigen. Tariftreue, Mindestlohn, Gleichstellung von Männern und Frauen müssen gesetzlich verankert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen sichere Renten. Ich bin froh, dass die SPD erkannt hat, dass Altersarmut mit Arbeitsarmut zusammen hängt. Und dass eine Rente mit 67 Jahren ein reines Rentenkürzungsprogramm ist, solange die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Rentenalter gar nicht erreichen kann.

Wir brauchen ein soziales Europa. Die Krise Europas ist eben vornehmlich keine Staatsschuldenkrise, wie es landauf landab behauptet wird. Sie ist viel mehr. Mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 50-60 % in den südlichen europäischen Ländern ist es eine soziale Katastrophe! Sie ist eine Krise der Legitimität der Finanzmarktvorherrschaft. Sie ist eine Krise der sogenannten „Wettbewerbs-Wirtschaft“ um den billigsten Standort und den billigsten Preis. Dabei sparen sich die „Südländer“ zu Tode. Wir verurteilen die Troika-Eingriffe und ihre sogenannte „Wettbewerbs-Politik“, weil sie die Tarifautonomie der hilfebedürftigen Länder beschneidet.

Sie ist eine Krise der Demokratie. Das Konzept der „Marktkonformen Demokratie“ der Bundeskanzlerin ist ein überaus bedenkliches Konzept. Es gefährdet nicht nur die sozialen, sondern auch die rechtstaatlichen Fundamente Deutschlands, der Mitgliedstaaten und Europas insgesamt. Es ist eine Krise auch der Wachstumslogik mit allen Folgen für Klima, Gesundheit und nachfolgende Generationen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erwarten von der nächsten Bundesregierung einen Politik- und Wertewandel und nicht mehr Wettbewerbsfähigkeit durch noch mehr Lohndumping, Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Standards.

Die europäische Idee braucht wieder eine Zukunftsvision, konkret einen Marshall-Plan für Europa, der die Menschen, die Jungen und die Älteren, wieder in Arbeit bringt und sinnvolle Innovationen befördert anstatt zwanghaft zu sparen. Nur dann können wir die Idee und den Wert Europas als Demokratie-, Wirtschafts- und Sozialraum retten. Das ist dringender denn je, denn in Europa machen sich bereits wieder Faschisten, Nationalisten und Populisten breit:

- in Griechenland verschafft die Krise der rechtsradikalen Partei „Goldene Morgenröte“ Aufwind,
- in Ungarn wird Antisemitismus wieder salonfähig,
- in Großbritannien gewinnen rechtsextreme Parteien viele Stimmen, die gegen Migrantinnen und Migranten Stimmung machen,
- und in Italien sind es die Populisten.

Übrigens war es die SPD, die in den 1920er Jahren entgegen den faschistischen Nationalisten, wie Mussolini in Italien, im Heidelberger Programm den Gegenentwurf einer „europäischen Wirtschaftseinheit“, die „Vereinigten Staaten von Europa“, befürwortete. Eine Idee, die dann erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zu Beginn des Kalten Krieges aufgegriffen wurde. Damit war die Hoffnung verbunden: „Wer sich wirtschaftlich und freundschaftlich verbindet, fällt nicht übereinander her.“

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mich machen die rechtsextremen Anschläge durch den Nationalsozialistischen Untergrund in Deutschland sehr betroffen. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat ja letzte Woche ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Die Anschläge galten uns allen! Der offenen, solidarischen, demokratischen Gesellschaft! Wir müssen alles dafür tun, damit so etwas nicht wieder passiert! Mich hat es sehr beeindruckt, als der sozialdemokratische norwegi-

sche Ministerpräsident Jens Stoltenberg nach den rechtsextremen Anschlägen in Oslo und Utøya 2011 gesagt hat: „Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Auch genau dafür brauchen wir einen aktiven Staat, der innere Sicherheit, aber vor allem auch Bildung und Infrastruktur und sozialen Wohnungsbau gewährleisten kann und dafür die notwendigen Mittel bekommt. Wir leben in einem reichen Land, in dem aber die Ungleichheit stetig wächst. Dabei wissen wir: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

In dem Zusammenhang ist ein Blick nach Großbritannien und auf die Programme der konservativ-liberalen Regierung einer Erwähnung wert. Was machen die dort? Erstens machen sie eine schädliche Steuerpolitik durch Steuersenkungen. Sie würgt das Wachstum ab, das führt zu hoher Arbeitslosigkeit und zu drastischen Kürzungen in den öffentlichen Haushalten. Zweitens werden immer mehr staatliche Aufgaben im Gesundheits- und Sicherheitswesen privatisiert. Nach der Devise: „There is no alternative“ werden das staatliche Gesundheitswesen und sogar Polizeiaufgaben dem sogenannten Wettbewerb und der privatwirtschaftlichen Konkurrenz unterworfen. Da werden massiv Stellen abgebaut, Arbeitsverträge zum Nachteil der Beschäftigten übergeleitet, Löhne eingefroren, Urlaube gekürzt usw.

Mir wird in dem Zusammenhang ganz bang, wenn ich die deutsche Bundeskanzlerin von möglichen Steuersenkungen und mehr Wettbewerb in der kommenden Legislaturperiode reden höre. Der DGB sagt hier ganz klar: Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit um die wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können. Die Steuern müssen für jene erhöht werden, die so wohlhabend und vermögend sind, dass sie es verkraften können. Wir sind deshalb dafür, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, die Erbschaftssteuer umzubauen, dass sie tatsächlich greift und es muss die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Auf europäischer Ebene brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer.

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, weder für AfA noch den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist der Kampf für diese politischen Forderungen nur im Wahlkampf ein Thema. Wir alle, jeder an seinem Platz, ringen täglich um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wissen, wie wichtig die Beteiligung an demokratischen Wahlen ist.

Das Wahlrecht war die erste und wichtigste Forderung am Beginn der Deutschen Arbeiterbewegung vor 150 Jahren. Und die Verteidigung der De-

mokratie war über die sehr wechselvollen und zum Teil auch sehr schmerzvollen Jahrzehnte immer eines der Herzstücke, das die Sozialdemokratie ausgemacht hat. Nicht als Selbstzweck oder Machtbeschaffungsmittel, sondern aus der Überzeugung heraus, den Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Stimme zu geben und damit dem Staat selbst erst seine Legitimation. Deswegen rufen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bei dieser Bundestagswahl auch wieder auf, wählen zu gehen. Die Bundestagswahl ist eine Chance, um für einen Politikwechsel zu sorgen.

Unser Land braucht eine gerechtere Politik anstelle einer einseitigen Sparpolitik. Diese Sparpolitik trifft am Härtesten die Beschäftigten, die Rentnerinnen und Rentner sowie die Arbeitslosen. Sie haben die Zeche dafür zu bezahlen, wenn die Armut in unserem reichen Land trotz sinkender Arbeitslosigkeit immer größer wird. Es gibt Alternativen – ich habe sie benannt.

Wir wissen, der 22. September ist ein wichtiges Datum, aber entscheidend ist auch, was nach dem 23. September daraus gemacht wird. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich einmischen und wir wissen die AfA in der SPD auf unserer Seite!

In diesem Sinne: Glück auf, AfA, alles Gute zum 40-jährigen Jubiläum!

B Gewerkschaftspolitik



19. Ordentlicher DGB-Bundeskongress vom 15. bis 20. Mai 2010 in Berlin.

17. Ordentlicher Bundeskongress des DGB

27.–31.05.2002, Berlin

Der 17. Ordentliche Bundeskongress des DGB fand vom 27. bis 31. Mai 2002 in Berlin statt. Hier hielt Sommer sein Grundsatzreferat am 28. Mai 2002, nachdem er als Nachfolger von Dieter Schulte zum DGB-Vorsitzenden gewählt worden war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich erst noch einmal in meinem eigenen Namen und natürlich auch im Namen meiner gewählten Kolleginnen und Kollegen für euer Vertrauen bedanken. Wir werden alles tun, es in den nächsten vier Jahren zu rechtfertigen. Eure Stimmen geben uns doch den notwendigen Rückhalt, wirklich den Laden insgesamt nach vorne zu bringen. Ich bedanke mich dafür ausdrücklich. *(Vereinzelt Beifall)*

Zweiter Punkt: In jedem guten Laden gibt es auch mal Pannen – und dafür wird auch niemandem der Kopf abgerissen. Es war eigentlich nicht geplant, dass die Grundsatzrede verteilt wird, bevor sie gehalten wird. *(Heiterkeit)* Jetzt könnt ihr natürlich beurteilen, ob ich das richtig intonieren kann oder nicht. Ihr müsst allerdings immer aufpassen, ob ich vom Text weggehe. Nichtsdestotrotz hoffe ich, ich habe euch einiges zu sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Auftakt des IG-Metall-Streiks haben sich Reinhard Göhner, BDA, Ludwig-Georg Braun, DIHK, und Michael Rogowski, BDI, zur konzertierten Reaktion vereint. Dabei haben sie – nimmt man es genau – das „Bündnis für Arbeit“ aufgekündigt.

Was die genannten Herren da über die Presse lanciert haben, ist schlicht und ergreifend eine Provokation. Sie wollen uns ihre Vorstellungen für ein „Bündnis für Arbeit“ aufdrücken. dpa meldete am 12. Mai 2002 – ich zitiere:

„Die Arbeitgeber wollen Schröder vor dem nächsten Treffen eine Liste mit Bedingungen vorlegen. Es müsse eine Vereinbarung geben, wonach die Löhne sich an der Produktivität in der Gesamtwirtschaft orientieren und/oder Arbeitskämpfe ohne vorangegangene Moderation ausgeschlossen seien.“

Kolleginnen und Kollegen! Das ist eindeutig eine klare Kampfansage; denn das heißt nichts anderes als Tarifdiktat und Zwangsschlichtung.

Im Übrigen nehmen diese Arbeitgebervertreter doch offenbar ihre eigene Propaganda nicht mehr ernst; denn bisher haben sie immer den Flächentarif madig gemacht mit dem fadenscheinigen Argument, sie brauchten nicht branchenspezifische, sondern unternehmensbezogene Tarife, besser noch betriebsbezogene Tarife. Und jetzt sind sie plötzlich für eine bundesdeutsche Einheitstariferhöhung in Höhe der gesamtwirtschaftlichen Produktivität? Natürlich ohne Ausgleich der Inflation, vermute ich. Kolleginnen und Kollegen! Ich gestatte mir die Anmerkung: Auch den Herren von der anderen Seite sei empfohlen, künftig vor dem Sprechen einmal nachzudenken. *(Beifall)*

Aber ich will es gar nicht auf einen persönlichen Angriff konzentrieren, sondern viel grundsätzlicher sagen: Wir werden auf solche Bedingungen natürlich nicht eingehen. Wir sind starke, selbstbewusste Gewerkschaften. Dieses Land lebt von hoch qualifizierten, selbstbewussten und auch kampfstarken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und die haben doch keine Gewerkschaften, die sich zu kollektiven Bittstellern degradieren lassen, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Und trotzdem sage ich, und ich weiß, wir werden im Kongress darüber noch diskutieren: Wir brauchen das „Bündnis für Arbeit“, und zwar eines, das nur eine Aufgabe hat, nämlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das ist dann ein Bündnis für Arbeit und kein Bündnis für Arbeitgeber. Kolleginnen und Kollegen! Das Bündnis ist weder ein Ersatzparlament, noch das Zentrum oder gar der einzige Ort für eine sozial gerechte Modernisierung unserer Gesellschaft. *(Beifall)*

Ja, die deutschen Gewerkschaften sind stark, sind selbstbewusst und sind auch zukunftsfähig. Ja, wir haben nicht nur eine große Vergangenheit, vor uns liegt auch eine erfolgreiche Zukunft, da bin ich gewiss. Ich sage dies vorweg, weil ich mich nun mit einigen Schwächen befassen will. Ja, wir haben Schwächen, Schwächen in der Zusammenarbeit untereinander, Schwächen in der Mitgliederwerbung, Schwächen in der Kommunikation nach innen und außen, Schwächen in der Selbstdarstellung, und jeder und Jede von euch könnte diese Liste sicherlich noch ein wenig verlängern.

Aber niemand sollte sich täuschen. Wir sind entschlossen, diese Schwächen anzugehen. Mein Ziel ist es, dass wir gemeinsam sagen können: Wir haben den Trend der Mitgliederentwicklung gedreht, wir haben wieder mehr Mitglieder. Mein Ziel ist es, sagen zu können: Der politische Einfluss der Gewerkschaften in Deutschland und Europa ist stärker geworden. Mein Ziel

ist es, sagen zu können: Wir brauchen keine Angst mehr davor zu haben, langsam zu vergreisen; denn die Jugend ist bei uns. *(Beifall)*

Ist das jetzt lautes Pfeifen im dunklen Wald? Nein, das ist eine Aufforderung an uns, noch entschlossener gemeinsam zu handeln, unsere Kräfte zu bündeln, und da sind wir auf einem guten Weg. Wir haben uns endlich daran gemacht, nach 10, 20 Jahren teilweise erbittert geführter Auseinandersetzungen um unsere Organisationsbeziehungen diese auf eine neue Grundlage zu stellen. Denn wir haben gemeinsam erkannt: Der gegenseitige Kampf um Mitglieder hat uns nicht einen Schritt weitergebracht, nicht einen einzigen. Ich glaube, niemand von uns hat Mitglieder gewonnen, im Gegenteil.

Nun sollten wir allerdings alles daran setzen, die von allen Gewerkschaftsvorsitzenden unterzeichneten Grundsätze für die Organisationsbeziehungen tatsächlich zu praktizieren. Dazu gehört das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“, dazu gehört aber auch eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit Tarifkooperation und Branchenarbeitskreisen.

Liebe Delegierte! Wir haben seit Jahren wunderbare Anträge zur Stärkung des DGB. Lasst uns doch einfach anfangen, sie zu leben! Ich sage euch eines: An der Beschlusslage liegt es nun wahrhaftig nicht. Es ist vielmehr so: Der eine muss wohl auch tatsächlich wollen, und die anderen müssen auch tatsächlich lassen, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)* Und das nicht gegeneinander. Unsere Aufgabe muss es vielmehr sein, die Arbeit von DGB und Gewerkschaften so zu verzahnen, so miteinander abzustimmen, dass unser Einfluss größer, unser Ansehen besser und unsere Durchsetzungskraft stärker wird. Gewollte und gelebte Arbeitsteilung heißt hier das Zauberwort, und das nehme ich sehr ernst. *(Beifall)*

Ich nehme auch sehr ernst, dass die Gewerkschaften ihre Politik, insbesondere die Tarifpolitik, eigenständig bestimmen. Das gilt genauso für die Berufspolitik, die Betriebs- und Unternehmenspolitik, die gesamte mitgliedernahe Arbeit. Da ist die Aufgabe des DGB doch vor allem die Verbesserung der wechselseitigen Information und Abstimmung, also der internen – ich betone: internen – Kommunikation.

Der DGB als Bund der Gewerkschaften hat wiederum die Aufgabe, die Politik seiner Mitglieder so zu verallgemeinern, ja zu einen, ja, auch Motor zu sein für neue Themen, die alle angehen, die aber nicht jeder einzeln bearbeiten muss oder auch nicht einzeln bearbeiten kann. Wir haben ja in diesem Bund kleine, mittlere und große Organisationen, und der DGB ist für sie alle da.

Ich denke hier vor allem auch an Europa. Europäische Politik ist ja schon lange Innenpolitik. Immer mehr wird in Brüssel und in Straßburg entschieden und nicht mehr in Berlin. Deshalb müssen wir den DGB gegenüber den europäischen Institutionen gemeinsam stärken. Lasst mich einen Vergleich wählen: Mir persönlich hat es noch nie eingeleuchtet, warum einige Bundesländer glauben, dass ihr Einfluss stärker wird, wenn sie ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten und eine Lobbyarbeit betreiben, die entweder mit der Bundesregierung nicht abgesprochen oder gar gegen ihre Politik gerichtet ist, Kolleginnen und Kollegen. Ich bin da ganz altmodisch und gehe immer noch von dem Gedanken aus, dass man dann stärker ist, wenn man gemeinsam handelt und nicht jeder für sich allein. Das gilt gerade auch für Gewerkschaften. Dazu gehört im Umkehrschluss allerdings auch, dass der DGB das Vertrauen seiner Mitglieder in seine Kompetenz und in seine ehrliche und gute Interessenwahrnehmung rechtfertigen muss, und zwar für jede Mitgliedsgewerkschaft, ganz egal, ob klein, mittel oder groß.

Überhaupt muss in der alltäglichen Arbeit stets aufs Neue von uns, vom DGB, bewiesen werden, dass der Bund auch das Geld verdient, das er bekommt. Ich sage das sehr bewusst, denn ich kenne ja auch interne Diskussionen aus den Gewerkschaften, in denen gefragt wird, ob das Geld denn gut angelegt ist. Deswegen sage ich noch einmal: Wir müssen beweisen, dass der Bund auch das Geld verdient, das er bekommt. Das gilt nicht nur für die Rechtsschutz GmbH oder die internationale Gewerkschaftsarbeit. Der DGB hat eine Flächenorganisation, die in den vergangenen Jahren im Zuge der DGB-Reform neu strukturiert wurde.

Lasst uns anfangen, diese neue Struktur mit neuem Leben zu erfüllen. Lasst uns gemeinsam die ehrenamtliche Arbeit der vierten Ebene vor Ort stärken. Und die Aufgabe des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden einer DGB-Region kann sich doch nicht auf die Vertretung der Gewerkschaften bei der AOK reduzieren, so wichtig das auch ist.

Ich will die Kampagnenfähigkeit des DGB stärken. Ich will deutlich machen, dass die Flächenorganisation DGB auch ein politischer Arm der Gewerkschaften ist. Dazu ist es allerdings notwendig, den Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort das Vertrauen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder gewonnen haben, den notwendigen Respekt zu zollen. Ich will sie in die Gestaltung der DGB-Politik mit einbeziehen, denn sie sind ein wichtiger Teil unserer Durchsetzungsmacht.

Ich will dies an einem Beispiel erläutern. Unmittelbar nach meiner Nominierung durch den Bundesvorstand im März habe ich gesagt, wir müs-

sen endlich ernst machen mit der Gleichstellung der Geschlechter. Dazu gehört für mich auch die Integration von Familie und Beruf. Wir brauchen ein Mehr an Zeitsouveränität für Menschen mit Kindern. Mit Blick auf die gesellschaftliche Realität sage ich, wir brauchen heute vor allem für Frauen mit Kindern ein Mehr an Zeitsouveränität. Da ist die Ganztagesbetreuung eine ganz wichtige Schlüsselstelle. *(Beifall)*

Das haben übrigens auch die Arbeitgeber erkannt, die auch nicht auf die Qualifikation ihrer gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen verzichten wollen. Denn wir wissen doch alle: Wer einmal raus ist, kommt so schnell nicht wieder rein und dessen beziehungsweise deren Qualifikation ist schnell veraltet.

Kolleginnen und Kollegen! Ganztagesbetreuung heißt die Parole, bezahlbare Ganztagesbetreuung, und nicht Familiengeld. *(Beifall)*

Nicht Familiengeld, denn unser Frauenbild ist nicht das vom Heimchen am Herd. *(Beifall)*

Im Übrigen: Wie lange will es sich dieses Land eigentlich volkswirtschaftlich noch leisten, Mädchen und Frauen teuer auszubilden, nur um sie dann – wenn sie sich für Kinder entscheiden – an den Rand des Erwerbslebens zu schieben?

Wer solches ändern will, muss in die Offensive gehen, zum Beispiel mit einer Kampagne des DGB für qualitativ gute, bezahlbare und überall vorhandene Ganztageseinrichtungen, insbesondere Ganztagsschulen. Ein solches Projekt aber kann doch der DGB-Bundesvorstand in Berlin nicht alleine stemmen, denn über Öffnungszeiten für Kindertagesstätten wird in den Kommunen entschieden und die Entscheidung über Schulformen liegt bei den Ländern. Für diese Kampagne brauchen wir also die DGB-Regionen, die DGB-Kreis- und Ortsverbände, die Landesbezirke und Bezirke!

Dieses Beispiel macht deutlich: Wir müssen nicht nur die Arbeit der Gewerkschaften untereinander und mit dem DGB verzahnen, sondern auch die Arbeit der DGB-Ebenen. Der alte Spruch gilt noch: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Deshalb werde ich noch im Juni die Vorsitzenden der DGB-Regionen, die Vorsitzenden der Bezirke und Landesbezirke zu einer gemeinsamen Tagung mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand einladen, um mit ihnen gemeinsam eine bessere Verzahnung der Politik des DGB voranzutreiben. *(Beifall)*

Ich bin der festen Überzeugung, wenn man es besser machen will, muss man es anders machen. Wir müssen manches anders machen, wenn wir es besser machen wollen. Dafür müssen wir sehr viel mehr miteinander statt nebeneinander arbeiten.

Kolleginnen und Kollegen! Lasst uns die Dienstleistungsfunktion des DGB für die Gewerkschaften stärken, und dies mit konkreten Projekten wie Basisaufnahmeschein, gemeinsamer Mitgliedsausweis oder auch wirklich attraktive Gewerkschaftshäuser.

Und lasst uns gemeinsame Erfahrungswerkstätten einrichten. Vorrangig für die Mitgliederwerbung. Wir tun gut daran, schlechte Erfahrungen kritisch aufzuarbeiten und von guten Beispielen zu lernen, die besten Beispiele zu verallgemeinern – unsere Werbearbeit zu professionalisieren.

Wenn ich professionalisieren sage, meine ich auch professionalisieren. Und dass wir uns dabei nicht an Waschmittelwerbung orientieren, das versteht sich von selbst. Denn wofür wir werben, das ist die Idee von Gewerkschaft, die Idee von Solidarität, das Streben nach Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Das sind gute Werte für arbeitende Menschen. Das ist unser Ruf nach Gerechtigkeit, nach sozialer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Sicherheit.

Wir kämpfen für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, damit die Menschen die Freiheit haben, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Merke: Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Und wenn wir von Freiheit reden, dann tun wir das in einem ganz anderen Sinne als die blau-gelbe Gaga-Partei mit ersten Tendenzen zu Haider-Methoden. *(Beifall)*

Die Grundvoraussetzung von Freiheit ist es doch, dass die Menschen frei sind von Armut und Not. Sie sollen frei sein von Angst, zum Beispiel vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Wir wollen eine menschliche Arbeitsgesellschaft, in der Ältere und Jüngere, Frauen und Männer, Deutsche und Migranten ihren Platz haben, Arbeit haben, Zukunftsperspektiven haben, kurz, als Menschen wie Menschen leben können.

Dazu gehört vor allem auch eines: ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen. Also Erwerbsarbeit. Weil wir dies wissen, werden wir uns mit Arbeitslosigkeit, mit Massenarbeitslosigkeit niemals abfinden. Das ist keine Phrase, Kolleginnen und Kollegen. Denn eines dürfen wir nie vergessen: Hinter 13,4 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union steckt 13,4 Millionen Mal eine sehr persönliche, meist sehr schlimme Geschichte.

Dahinter stecken Existenzsorgen und geplatzte Träume, stecken Familien und Partner, die ihrerseits auch die Folgen der Arbeitslosigkeit spüren. 13,4 Millionen Mal schwere menschliche Schicksale, teilweise geprägt vom fälschlichen Gefühl des persönlichen Versagens oder gar von Hoffnungslosigkeit. Und deshalb wehre ich mich dagegen, direkt oder indirekt diese Menschen als Faulenzer zu denunzieren oder sie gar in dieser Zweidrittel-

gesellschaft als das letzte Drittel abzuschreiben, das auf Dauer ausgegrenzt wird und das keiner mehr haben will. *(Beifall)*

Kolleginnen und Kollegen! Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit hatte und hat für uns absoluten Vorrang. Und deshalb plädiere ich mit Nachdruck dafür, unsere Vorschläge für die Schaffung neuer Arbeit zum einen noch entschiedener in die Öffentlichkeit zu tragen und zum anderen unseren Forderungskatalog – ich sage es einmal nonchalant – zu modernisieren. Nicht jeder Oldie ist ein Hit.

Zu einer positiven Erweiterung unserer Initiativen für neue Arbeit gehört für mich übrigens auch, dass Flexibilisierung von uns gewollt ist, wenn sie sozial- und arbeitsrechtlich geregelt und tarifpolitisch gestaltet ist, wenn sie also den Menschen ein Stück mehr Freiheit in der Arbeit bringt. Wir lehnen sie allerdings ab, wenn sie das Vehikel für den Abbau tariflicher und sozialer Standards ist. *(Beifall)*

Zu einer positiven Erweiterung unserer Initiative für neue Arbeit gehört weiter, dass wir uns von den Arbeitgebern nicht das Denken und Reden verbieten lassen. Ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird die Arbeitszeitverkürzung bleiben. *(Beifall)*

Und zwar eine kürzere Arbeitszeit mit einem existenzsichernden Einkommen und eine kürzere Arbeitszeit, die den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenkommen muss.

Mit wirklich großem Interesse habe ich den Antrag des Bundesvorstandes zur Zukunft der Arbeit gelesen, weil er richtige Lösungsansätze selbstbewusst bündelt und auf neue Fragen ein paar ganz kluge Antworten, ja, Denkanstöße gibt.

Er beweist zugleich, dass wir unser Arbeitsrecht weiterentwickeln müssen, mehr noch, eine neue Arbeitsverfassung brauchen, die das Tarif- und Arbeitsrecht so miteinander verschränkt, dass sie den neuen Arbeitsverhältnissen den notwendigen Schutz und Gestaltungsrahmen gibt, ohne – ich füge ausdrücklich an – die Tarifautonomie anzutasten.

Ich sage dies auch mit Blick auf den Forderungskatalog der BDA, den Herr Hundt im Zusammenhang mit einer Renovierung der Arbeitsverfassung vorgelegt hat. Mit der habe ich nichts gemein – und ihr auch nicht, Kolleginnen und Kollegen! *(Beifall)*

Nein, unsere Arbeitsverfassung muss so modernisiert werden, dass alle Erwerbstätigen wirklich Chancen auf ein menschenwürdiges Leben haben – ganz gleich, ob sie in einem Großbetrieb arbeiten, mit guten Tarifverträgen und klasse Betriebsräten, oder ob sie zum Beispiel als Freie auf den nächsten

Auftrag hoffen und geregelte Arbeitszeiten nun wirklich nicht kennen, im Zweifel ohne Ende arbeiten.

Es ist doch eine Tatsache, dass es neben dem traditionellen sogenannten Normalarbeitsverhältnis mittlerweile alles andere als normal zugeht. Rund ein Drittel aller bestehenden Arbeitsverhältnisse sind inzwischen atypisch.

Zwar ist die Zahl derer, die einer unbefristeten, sozial geschützten Vollzeitbeschäftigung nachgehen, von 1980 bis heute faktisch konstant geblieben. Das heißt allerdings auch: Viele der in den vergangenen 20 Jahren neu eingegangenen Arbeitsbeziehungen sind entweder befristete oder Teilzeitverhältnisse, manchmal beides, allzu oft prekär. Meistens reicht das daraus erzielte Arbeitseinkommen allein zum Leben nicht.

Die Zahl der freiberuflich Tätigen ist stark gestiegen – das Problem der Scheinselbstständigkeit und der 325-Euro-Jobs ist ja Gott sei Dank von der rot-grünen Bundesregierung angegangen worden. Aber ständig wächst die Bedeutung der Erwerbsarbeit außerhalb des Betriebes, auch der Telerbeit, der Teleheimarbeit, der mobilen Arbeit. Das gilt auch für Arbeitsverhältnisse, bei denen der Arbeitende sein eigener Arbeitgeber ist – sogenannte Arbeitskraftunternehmer.

Was lehrt uns das alles? Zum Beispiel, dass sich die Arbeitswelt grundlegend verändert, wesentlich differenzierter und heterogener geworden ist. Unsere gewerkschaftlichen Gestaltungsaufgaben für die arbeitenden Menschen sind also breiter geworden.

Natürlich bleiben die Gewerkschaften Schutzmacht und Gegenmacht. Aber moderne, attraktive Gewerkschaften sind mehr: Sie bieten auch guten Service, passgenaue Qualifizierungsangebote und eine umfassende und kompetente Beratung. Dann sind wir übrigens auch wirklich interessant für Menschen in neuen Berufen, neuen Arbeitsverhältnissen, neuen Branchen.

Die Anforderungen an uns steigen also. Neben unserer traditionellen Vertretungsarbeit müssen wir neue Formen entwickeln, und zwar nicht anstatt, sondern zusätzlich. Ich glaube, manchmal herrscht doch tatsächlich die Meinung, das wäre anstatt. Nein, es ist zusätzlich, und damit werden unsere Aufgaben breiter; ich wiederhole es bewusst.

Manchmal, Kolleginnen und Kollegen, frage ich mich, warum es uns nicht gelingt, in unserer Gesellschaft deutlich zu machen, was wir hier schon alles geleistet haben. Mehr als 50.000 Tarifverträge Jahr für Jahr sind doch nicht nur Ausdruck von Schutz und Sicherheit, sondern geben auch vielfach differenzierte und moderne Antworten auf die Veränderungen in den Betrieben und Unternehmen.

Denn wo überall gestalten wir mit? Bei Zielvereinbarungen, bei der Telearbeit, beim Arbeitnehmerdatenschutz, bei Arbeitszeitkonten, bei Qualifizierungen im Betrieb, bei Gruppenarbeit und, und, und.

Jede Gewerkschaft kann viele Beispiele dafür liefern, wie wir die Veränderungen in der Arbeitswelt, veränderte Erwerbsbiografien oder neue Formen der Arbeitsorganisation produktiv aufgegriffen und gestaltet haben. Insbesondere unsere Tarifpolitik hat hier viel, viel mehr geleistet, als die meisten Arbeitgeber öffentlich zugeben wollen.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen laut darüber reden, was wir wirklich tun. Ja, wir müssen selbstbewusst in die Öffentlichkeit tragen, was wir schon an Modernisierungen auf den Weg gebracht haben, wie kreativ wir sind bei der Gestaltung des Arbeitslebens und dass wir diesen Weg weitergehen wollen, ja weitergehen müssen. Das ist die eine Seite.

Andererseits werden wir uns immer dann stur stellen, wenn bestimmte Arbeitgeberfunktionäre und ihre Vordenker jede, aber auch jede Norm, die jemals zum Schutz arbeitender Menschen vereinbart und zum Teil hart erkämpft worden ist, aushöhlen oder aufheben wollen.

Kolleginnen und Kollegen! Diesen Zeitgeistern, die inzwischen jede Scham verloren haben, sollte dieser Kongress eine deutliche Botschaft schicken: *(Leichter Beifall)* Wer den Kündigungsschutz aushöhlen, die Mitbestimmung wieder einschränken, das Tariftreuegesetz verhindern oder die Tarifaufonomie kippen will, der wird richtig Ärger kriegen, Kolleginnen und Kollegen. *(Lebhafter Beifall)*

Ich füge mit Blick auf unsere Gäste – obwohl sie jetzt nicht unmittelbar, eigentlich überhaupt nicht betroffen sind, aber mit Blick auf mögliche potenzielle Gäste – hinzu: Das gilt für Unternehmer und für Politiker, für beide. *(Starker Beifall)*

Kolleginnen und Kollegen, jeder muss wissen: Wer Tarifnormen dadurch aushöhlen will, dass gegen tarifvertragliche Bestimmungen Betriebsräte oder gar einzelne Belegschaften auf ihren tarifvertraglichen Mindestschutz verzichten sollen, der legt die Axt an die Grundfesten vernünftiger sozialer Beziehungen. *(Beifall)*

Kolleginnen und Kollegen, das kann man nicht hart genug sagen. Und jeder, der das will, muss sich sicher sein: Unsere Antwort wird nicht ausbleiben, und sie kann doch nur lauten: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt, Kolleginnen und Kollegen! *(Anhaltender lebhafter Beifall)*

Eine funktionierende Tarifaufonomie ist eine der wichtigsten Grundlagen für den sozialen Frieden. Wir, die Gewerkschaften und ihr Bund, wir wollen

sozialen Frieden, ein vernünftiges und faires Miteinander. Gerade wer wie wir den arbeitenden Menschen mehr Freiheit geben will, muss die Initiative ergreifen.

Ich fordere alle auf, die es wirklich ernst meinen mit ihrem Engagement für Deutschland und Europa, die es gut meinen mit den Menschen, einen neuen, einen modernen Sozialkontrakt, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen.

Wir haben doch unendlich viel Reformbedarf in diesem Land. Ihn zu stillen brauchen wir einen modernen Sozialkontrakt. Ein moderner Sozialkontrakt muss den Rahmen bieten für notwendige Reformen in unserer Gesellschaft, und zwar für Reformen, die diesen Namen wirklich verdienen, und nicht für solche, bei denen sich die Menschen vor lauter Angst sofort die Taschen zuhalten, wenn sie dieses Wort nur hören.

Und wir haben in diesem Land unendlich viel Nachholbedarf, und zwar in Sachen Gerechtigkeit. Ist es gerecht, die Hälfte der Menschheit vielfach als Menschen zweiter Klasse zu behandeln? Nein, gerecht, wirklich gerecht ist unsere Gesellschaft erst dann, wenn Frauen wie Männer in dieser Erwerbsgesellschaft gleiche Chancen haben. *(Starker Beifall)*

Gerecht ist unsere Gesellschaft erst dann, wenn auch Frauen ganz selbstverständlich Führungspositionen besetzen und wir Projekte und Entscheidungen ständig daraufhin überprüfen, welche Auswirkungen sie auf beide Geschlechter haben. *(Beifall)*

Gerecht, wirklich gerecht, ist unsere Gesellschaft erst dann, wenn wir alles daran setzen, das eine Drittel, das aus dem sozialen Zusammenhalt heraus zu fallen droht, eben nicht zu deklassieren, sondern aufzufangen und mitzunehmen in die Zukunft. *(Beifall)*

Gerecht, wirklich gerecht, ist dieses Land erst dann, wenn die ökonomische und soziale Spaltung zwischen Ost und West überwunden wird und wir alles daran setzen, dass aus Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt eben nicht der Mezzogiorno Deutschlands wird, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Lasst es mich anders sagen: Wir müssen – übrigens auch mithilfe des Solidarpaktes – verhindern, dass anstelle blühender Landschaften im Osten Deutschlands menschenleere Einöden entstehen. Und ich füge hinzu, dass wir nicht nur die soziale Veränderung der deutschen Einheit wollen. Wir wollen auch eine europäische Union unter Einbeziehung der Staaten Mittel- und Osteuropas schaffen. Auch die dort lebenden Menschen sollen in ihrer Heimat eine lebenswerte Zukunft haben, ein Leben mit Arbeit und in Gerechtigkeit.

In Brüssel übrigens tagt derzeit ein Konvent, der einen neuen europäischen Vertrag vorlegen soll, eine europäische Verfassung. Der neue Vertrag muss die grundlegenden sozialen Rechte garantieren, die sozialen Grundrechte, Arbeitnehmerrechte auf Information und Mitwirkung sichern und ausbauen und die öffentliche Daseinsvorsorge zu einem Grundpfeiler der Gemeinschaftspolitik machen. Denn eines muss klar sein: Ohne eine ganz starke soziale Komponente wird das europäische Einigungswerk nur ein Stückwerk bleiben.

Gerecht, wirklich gerecht ist unsere Gesellschaft doch auch erst dann, wenn wir hier und überall mit dem Glauben aufräumen, dass der Markt schon alles richtet. Diese Irrlehre muss ja mittlerweile schon für alles herhalten, auch für den Ausverkauf des Staates. Mittlerweile drohen alle Dämme zu brechen. Private Gefängnisse, private Schulen, private Autobahnen, private Polizei und, und, und.

Kolleginnen und Kollegen! Privatisierung ist kein Allheilmittel und die meisten Versprechungen gehen auch nicht auf. *(Beifall)*

Entstaatlichung bringt nicht automatisch besseren Service oder nachhaltige Versorgung. Sie bringt auf Dauer weder niedrigere Preise noch zusätzliche Arbeitsplätze. Wer wirklich mehr Gerechtigkeit will, der braucht einen leistungsfähigen, modernen öffentlichen Dienst. *(Beifall)*

Und in den Bereichen, die ich übrigens auch kenne, auch aus persönlichem Erleben, in denen Modernität, Kundenfreundlichkeit und Leistungsfähigkeit noch ein bisschen zu wünschen übrig lassen, muss man eben ran. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Nicht Ausverkauf – Bürgernähe heißt die Parole, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Gerecht, wirklich gerecht wird unsere Gesellschaft erst dann, wenn jeder und jede in jeder Lebenslage ein menschenwürdiges Leben führen kann: wer lernt, wer eine junge Familie zu ernähren hat, wenn sie arbeitslos wird, wenn er krank wird, wenn er oder sie sich weiterbilden wollen, wenn beide alt sind.

Gerecht, wirklich gerecht wird diese Gesellschaft erst dann, wenn wir von lebensbegleitendem Lernen nicht nur reden, sondern es möglich machen, und zwar so, dass jeder, der sich weiterbilden will, materiell nicht durch den Rost fällt, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Das gilt übrigens auch für Menschen, die sich zum Zwecke der Weiterbildung oder wofür auch sonst, ein Sabbatical angespart haben und deren Firma Pleite geht. Es ist doch nicht gerecht, dass ihre erarbeitete Freizeit im Zweifel nicht insolvenzgeschützt ist, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Gerecht, wirklich gerecht wird unsere Gesellschaft doch erst dann, wenn jeder junge Mensch eine echte Chance auf Ausbildung und Arbeit hat. Wie viele junge Menschen sind in unserem Land schon um ihre Chance betrogen worden?

Warum diskutieren wir die daraus resultierenden gesellschaftlichen Zerreißproben eigentlich nur dann, wenn wir fassungslos vor Hass und Gewalt stehen? Warum regen wir uns über Politikverdrossenheit oder die Wahlerfolge von Rechtsradikalen und Rechtspopulisten nur an Wahlabenden auf und vergessen das dann relativ schnell?

Kolleginnen und Kollegen! Ich sage: Wir dürfen nicht locker lassen. Wir dürfen kein Pardon kennen bei unserem Ziel, den jungen Menschen eine qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung zu geben. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben. *(Beifall)* Denn über Erfolg oder Misserfolg im Leben wird auch in der Schule und in der Ausbildung entschieden. Ergo: Ein zentrales Politikfeld der Gewerkschaften muss der Kampf gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit bleiben. So froh wir sind, dass es hier in den vergangenen vier Jahren echte Fortschritte gegeben hat, so wachsam bleiben wir, damit es weiter nach oben geht.

Kolleginnen und Kollegen! Gerecht, wirklich gerecht wird unsere Gesellschaft erst dann, wenn auch die Älteren nicht mehr ausgegrenzt werden aus dem Arbeitsleben. Warum sollen Menschen auf der Parkbank sitzen, die noch arbeiten wollen und arbeiten können? Warum verweigert man ihnen befriedigende und verkraftbare Tätigkeiten, die es ihnen trotz jahrzehntelanger Belastungen ermöglichen, sich weiter zu engagieren? Das wäre übrigens nicht nur volks- und betriebswirtschaftlich sinnvoll, sondern hat auch sehr viel mit Menschenwürde zu tun. *(Beifall)*

Kolleginnen und Kollegen! Gerecht, wirklich gerecht wird unser Leben auch dann, wenn es gelingt, im Bündnis mit den internationalen Gewerkschaftsbünden und Nichtregierungsorganisationen, den NGOs, aber auch durch Initiativen fortschrittlicher Regierungen und aufgeschlossener Politiker Kinderarbeit weltweit abzuschaffen, Zwangsarbeit weltweit abzuschaffen, weltweit Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte durchzusetzen. *(Starker Beifall)* Es ist ein großes Ziel, aber wir können es gemeinsam schaffen, wenn wir das wollen, was wir wollen, nämlich anständige Arbeit zur Weltnorm zu machen. *(Beifall)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lade alle ein, die in diesem Land – wie wir – Verantwortung tragen, mit uns einen modernen Sozialkontrakt zu gestalten; denn wir wollen eine Trendwende in Sachen sozialer Gerechtigkeit.

keit. Ich lade alle ein, mit uns darüber zu diskutieren, was wir über die Punkte hinaus, die ich genannt habe, in einem solchen Vertragswerk regeln wollen, sollen oder müssen.

Ich lade alle ein, mit uns darüber zu diskutieren, welche Voraussetzungen dafür notwendig sind. Für mich gehört dazu unter anderem, dass wir uns nicht allein der Logik von Markt, Wettbewerb und Dax unterordnen, sondern der Politik wieder ihre Gestaltungskraft zurückgeben. Ich halte das für eine ganz wichtige Geschichte.

Ich will es noch einmal deutlich machen: Für mich sind ein neuer Sozialkontrakt und die Forderung danach kein modischer Gag für eine Antrittsrede. Der DGB und seine Gewerkschaften wollen tatsächlich Chancen nutzen, die uns die neue Zeit gibt. Deshalb wollen wir Mittler und Motor sein für die Diskussion über eine sozial gerechte Modernisierung unserer Gesellschaft.

Genau dafür brauchen wir einen modernen Sozialkontrakt. Das muss einer sein, der mehr ist als unverbindliche Verabredungen in Gesprächsrunden. Das muss ein Sozialkontrakt sein, in dem das Verhältnis von Geben und Nehmen klar ist. Das muss ein Sozialkontrakt sein, der für alle Beteiligten verbindlich ist, der nicht beliebig aufgekündigt werden kann. Das muss ein Sozialkontrakt sein, der Transparenz zur Grundlage hat und Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten klar benennt und Teilhabe garantiert. Und das muss ein Sozialkontrakt sein, in dem alle, die Verantwortung für Arbeit und soziale Gerechtigkeit tragen, ihren Beitrag nach dem leisten, was sie tatsächlich können.

Dieser Sozialkontrakt wäre ein Rahmen für viele Teilprojekte, die sich aus der Änderung der Arbeitswelt ergeben, Projekte, die wir brauchen wegen der sich verändernden Ansprüche der Menschen an ihr Leben, wegen der Hoffnungen der Jugend auf eine gerechte Welt und eigene Lebenschancen, ja auch wegen der Defizite, die unser Land unbestreitbar hat. Nicht nur die Ergebnisse der Pisa-Studie treiben uns alle um.

Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen doch eine Verzahnung von tarifpolitischen Initiativen und gesetzlichen Regelungen, von Bundesgesetzen und Ländergesetzen, von Betriebsvereinbarungen und Initiativen gegenüber der Europäischen Union, um diese Teilprojekte stemmen zu können. Dazu brauchen wir natürlich einen Dialog, den Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften, den Dialog zwischen Parlament und Gewerkschaften, den Dialog zwischen Parteien und Gewerkschaften, den Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften, den Dialog zwischen sozialen Bewegungen

und Gewerkschaften, den Dialog zwischen Kirchen und Gewerkschaften, den Dialog zwischen Verbänden und Gewerkschaften, ja, auch den Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Ich glaube sogar, dass wir insbesondere für die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung neuer Arbeit auch die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank mit in den Dialog einbinden müssen. Ich halte nichts davon zu meinen, die könnten außen vor stehen und zum Schluss für die anderen negative Rahmenbedingungen schaffen. Die sollen mit rein. *(Beifall)*

Ich sage allerdings auch: Ein moderner Sozialkontrakt setzt voraus, dass niemand mit uns ein unehrliches Spiel treibt. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Steilvorlage dafür liefern, dass das Arbeitsrecht noch weiter dereguliert, die Arbeitnehmerrechte eingeschränkt oder wir geschwächt werden.

Deswegen werden wir, werden die Gewerkschaften mit dem DGB sehr konkret verabreden müssen, welche Projekte wir angesichts eines größeren Ziels, nämlich einer sozial gerechten Modernisierung unseres Landes, zuerst angehen wollen. Wir müssen die Nagelprobe machen. Will man uns über den Tisch ziehen oder setzt endlich Vernunft ein?

Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es mit Otto Rehhagel: Ich bin für kontrollierte Offensive! *(Lebhafter Beifall)* Natürlich wird es Widerstände geben. Und ich höre schon die skeptischen Fragen, ob der neue DGB-Vorsitzende tatsächlich glaubt, dass dieses Langzeitprogramm verwirklicht werden kann. Ja, das tut er. Denn ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen können. Ich bin sogar davon überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen müssen, wenn wir unser Land für die arbeitenden Menschen, die hier leben, wirklich voranbringen wollen.

Die nächste Frage wird sein: Wer soll das bezahlen? Und die Frage ist richtig. Meine Antwort darauf lautet: Wir sind nicht überall Spitze, aber wir leben doch in einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt. Wir können uns die Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft leisten – vor allem dann, wenn alle, die Steuern zahlen müssten und könnten, auch tatsächlich wieder Steuern zahlen. *(Anhaltender lebhafter Beifall)* Ich freue mich zu sehen, wer alles geklatscht hat, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Und noch eines: Um Menschen in den verschiedenen Lebensphasen von Arbeit und Familienzeiten, von Ausbildung und Qualifizierung finanziell abzusichern, brauchen wir nach meiner Einschätzung eine soziale Grundsicherung. Die Menschen müssen finanziell abgesichert werden, damit Lücken in ihrer Erwerbsbiografie nicht zur Verarmung und zu sozialem Absturz führen.

Sie müssen sich Auszeiten für lebensbegleitendes Lernen, Erziehung und Ehrenamt, für bürgerschaftliches Engagement auch leisten können. Mehr noch: Wir können und wir dürfen es uns nicht leisten – ich wiederhole es bewusst zum dritten Mal –, dauerhaft ein Drittel unserer Gesellschaft auszugrenzen und abzuschreiben. Den betroffenen Menschen – dazu gehören übrigens auch eine Million Kinder, die von Sozialhilfe leben – eine neue Lebensperspektive zu geben, ihnen Chancen zu eröffnen, dazu bedarf es eben auch finanzieller Sicherheit.

Wenn ich die Idee einer sozialen Grundsicherung zur Diskussion stelle, dann müssen wir über Anspruchsvoraussetzungen und Ausgestaltung reden, auch über die Einpassung eines solchen Konzeptes in das Gesamtsystem der sozialen Sicherung, ja vor allem auch über seine Finanzierung. Das ist ein Projekt, über das man sehr ausführlich und sehr genau reden muss.

Woher soll das Geld für eine Grundsicherung kommen? Geht das beitragsbasiert, etwa durch die Einbeziehung aller Erwerbstätigen – auch der Selbstständigen wie in der Schweiz? Oder wollen wir sie aus Steuern finanzieren, unter anderem auch dadurch, dass die Vermögensteuer wieder eingeführt wird, Steuerschlupflöcher gestopft werden, Steuerhinterziehung energisch bekämpft und aus der Kapitalertragsteuer wieder eine Steuer gemacht wird? (*Lebhafter Beifall*)

Oder müssen wir – auch nach den ersten Diskussionsbeiträgen, die wir auf diesem Kongress hatten – angesichts der drohenden Verarmung der Kommunen, fehlender Steuereinnahmen und der notwendigen Verbreiterung der Einnahmenseite nicht auch darüber nachdenken, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, also zum Beispiel – ich wiederhole dieses Wort sehr bewusst, und ich weiß, was dann passiert – eine Wertschöpfungsabgabe oder eine Bit-Steuer? (*Beifall*) Können wir es eigentlich weiter zulassen, dass Wertschöpfungsprozesse in digitalen Netzen wie dem Internet, das E-Business und E-Commerce fast völlig von der Steuer verschont bleiben, dafür aber der Faktor Arbeit für fast alles erhalten muss, Kolleginnen und Kollegen? Ich meine nicht. (*Lebhafter Beifall – Bravo-Rufe*)

Ich weiß, manch einer wird jetzt auf solche Gedanken mit Killerphrasen wie Maschinensteuer antworten wollen – oder gar mit dem alten Standortgejammer. Nein, solche Ideen bedrohen den Standort Deutschland nicht, ebenso wenig wie eine vernünftig gestaltete Tobinsteuer Devisentransaktionen unmöglich machen würde. (*Zustimmung*)

Nein, Killerphrasen bringen uns nicht weiter. Was uns wirklich weiterbringen könnte, wäre, auch über alternative Finanzierungsmöglichkeiten und

eine wirkliche Erneuerung der Steuergesetzgebung, die die Einnahmeseite – ich wiederhole dies bewusst – verbreitert, als Teil eines modernen Sozialkontraktes vorurteilsfrei zu diskutieren. Ich betone: vorurteilsfrei!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahlkampfzeiten sind politische Zeiten. Und wir tun gut daran, sie für unsere Ziele zu nutzen. Ihr wisst, morgen wird Gerhard Schröder zu uns kommen. Wir erwarten auch Edmund Stoiber, Fritz Kühn, Guido Westerwelle und Gabi Zimmer. Wir geben ihnen bewusst Gelegenheit, sich vor den deutschen Gewerkschaften zu präsentieren. Ihr werdet euch ein Bild machen, wie unsere Mitglieder übrigens auch. Und ihr werdet am 22. September euer Kreuz an den Wahlvorschlag machen, der euch am meisten überzeugt. So werden es auch unsere Mitglieder halten. Sie sind mündige Bürger und sie brauchen keine Wahlempfehlung – auch von uns nicht. Ich wiederhole allerdings: Wahlkampfzeiten sind politische Zeiten. Und deshalb müssen wir sehr laut und sehr vernehmlich den Politikern und den Parteien sagen, was wir wollen und was wir nicht wollen, Kolleginnen und Kollegen. *(Lebhafter Beifall)*

Und ich will das in sechs Punkten tun. Wir wollen erstens, dass die Arbeitnehmerrechte gesichert und erweitert werden, Kolleginnen und Kollegen; denn Tarifautonomie und Mitbestimmung sind Grundpfeiler unseres sozialen Gefüges. Und wer sie antastet, muss wissen: Er macht sich eindeutig zu unserem Gegner. *(Lebhafte Zustimmung)*

Wir wollen zweitens, dass die Handlungsfähigkeit des Staates verbessert wird. Dazu braucht der Staat mehr Einnahmen. Ich wiederhole es. Und deshalb sollte unter anderem auch die Unternehmenssteuerreform auf den Prüfstand gestellt werden; denn eines wissen wir doch alle: Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten – wir nicht. *(Lebhafte Zustimmung)*

Wir wollen drittens, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Zentrum der Politik steht. Wir wollen eine Beschäftigungsoffensive und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss die Hauptaufgabe der Bundesanstalt für Arbeit bleiben, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Viertens. Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Systems der sozialen Sicherung – aber nicht nach dem Motto „mehr Privatisierung“; im Gegenteil: Wir wollen, dass die solidarische Grundstruktur unseres Gesundheitssystems erhalten bleibt und alle Versicherten eine gute medizinische Versorgung bekommen. Wir lehnen einen Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung ebenso ab wie eine Zweiklassenmedizin, die nach Regel- und Wahlleistungen unterscheidet. *(Lebhafter Beifall)*

Wir wollen fünftens bessere Bildung für alle. Das ist eine Schlüsselstelle für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Und wir wollen sechstens, dass die Integration von Familie und Beruf sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern entscheidend vorankommen. *(Beifall)* Dazu gehören auch belastbare Regelungen für die Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft, ein Gleichstellungsgesetz. *(Lebhafter Beifall)*

Was fehlt jetzt noch? Ach ja, die sattem bekannte Frage: Wie hältst du es denn mit den Kandidaten? Ihr werdet Verständnis dafür haben, dass ich mich nur zu zweien äußere. *(Beifall)* Dabei ist die Frage, bist du für Gerhard Schröder oder für Edmund Stoiber, natürlich Teil der Wahlkampfstrategien der Parteien selbst. Und diesen Strategien sollten wir nicht auf den Leim gehen.

Ich wiederhole bewusst: Unsere Mitglieder sind erwachsen und können sich auch ohne eine Empfehlung von uns entscheiden. Sie tun das Gleiche wie wir: Sie beurteilen Programme und Personen; sie vergleichen Anspruch und Realität. Wenn sie das nach den Kriterien tun, nach denen auch wir handeln, dann wissen sie, wie sie sich zu entscheiden haben.

Ich füge allerdings eines hinzu: Ich vergleiche nicht nur Programme und Personen, ich vergleiche auch Erfahrung. Ich vergleiche 16 Jahre Helmut Kohl mit vier Jahren Gerhard Schröder. Und da fällt mein Urteil eindeutig aus: Die vergangenen vier Jahre haben für uns, haben für die Arbeitnehmer wesentlich mehr gebracht als die 16 Jahre zuvor. *(Lebhafter Beifall)*

Zum Schluss. Das Motto unseres Kongresses lautet: „Neue Zeiten. Neue Chancen.“ Ja, wir sollten, wenn wir an neue Zeiten denken, über Chancen reden. Wir sollten nicht das Bild von Gewerkschaften zeichnen lassen, dass die Deregulierer und Marktradikalen für die Utopien und wir für die Befürchtungen und Probleme zuständig sind. *(Vereinzelt Beifall)* Manchmal helfen wir allerdings selbst mit, dass solche Zerrbilder von uns gezeichnet werden.

Johannes Rau hat einmal gesagt, er kenne genügend Leute, die würden sich immer ein neues Stück Tunnel besorgen, wenn sie Licht am Ende des Tunnels sähen. *(Heiterkeit)* Solche kenne ich auch. Die reden sich dann meistens mit dem Hinweis heraus, es handele sich um das Licht einer heranbrausenden Lokomotive.

Ich kenne aber viel mehr Kolleginnen und Kollegen, die wissen: Unsere Gewerkschaftsbewegung lebt davon, dass wir Utopien haben, dass wir Visionen haben und dass es unsere Aufgabe ist, diese Visionen, diese Utopien Wirklichkeit werden zu lassen. Schritt für Schritt, Stück für Stück, aber konsequent.

Ja, das sollte von diesem Kongress aus unsere Botschaft an unsere Mitglieder, an alle arbeitenden Menschen sein: Wir sehen in den neuen Zeiten neue Chancen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Lasst sie uns nutzen! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Lang anhaltender lebhafter Beifall – die Delegierten und das Präsidium erheben sich von ihren Plätzen)*

16. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft NGG

11.11.2013, Berlin

Auf dem 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft NGG (11. bis 14. November 2013) in Berlin wurde Michaela Rosenberger als Nachfolgerin von Franz-Josef Möllenberg gewählt. Gastredner waren neben Michael Sommer auch Ursula von der Leyen (CDU), Sigmar Gabriel (SPD) und Harald Wiedenhofer (Generalsekretär der IUF).

*Liebe Delegierte,
lieber Franz-Josef, liebe Michaela, lieber Claus-Harald,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,*

Ich freue mich sehr, Euch die Grüße der Gewerkschaftsfamilie zu Eurem 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag zu überbringen. Fünf Jahre harter Arbeit liegen hinter Euch. Fünf Jahre voller Mühen, vieler Sorgen, aber auch vieler Erfolge, nicht wenige davon hart erkämpft. Ihr könnt stolz darauf sein, was Ihr gemeinsam erreicht habt.

Ihr habt gezeigt, dass Ihr Kampagnenfähigkeit und Durchsetzungskraft in Euren Branchen, Unternehmen und Betrieben organisieren könnt und dass Erfolg nicht zwingend von der Größe der Gesamtorganisation abhängt. Und dies, obwohl Ihr sowohl im industriellen als auch im Dienstleistungsbereich organisiert, es teilweise mit einer sehr, sehr kleinteiligen Betriebsstruktur zu tun habt und gerade viele Bereiche Eurer Branchen von manchen Unternehmern als Eldorado für Armutslöhne, Verhinderung von Betriebsräten und tariffreie Räume auserkoren worden sind. Ihr habt Euch erfolgreich gewehrt, und Ihr wehrt Euch weiter, von Gate Gourmet bis zu Burger King. Ihr könnt stolz sein auf Euch und auf das, was Ihr leistet, und wir sind stolz auf Euch, weil wir sehen, dass die Gewerkschaften wieder an Stärke gewonnen haben. Und dass sie einen Mitgliederzuwachs verzeichnen.

Kolleginnen und Kollegen, vor zehn Jahren galten die Gewerkschaften in diesem Land als ewig gestrig, als Verlierer der Globalisierung, als Über-

bleibsel eines untergehenden Industriezeitalters. Und tatsächlich, wir hatten Probleme. Wir hatten interne Probleme aufgrund der Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit. Wir hatten Probleme, weil sich der neoliberale Zeitgeist auch bei Freunden und Bündnispartnern immer breiter machte, weil sich die Unternehmerpropaganda

- vom nicht wettbewerbsfähigen Standort Deutschland,
- von zu hohen Lohnkosten,
- vor allem zu hohen Lohnnebenkosten
- und von einem nicht mehr finanzierbaren Sozialstaat

politisch immer stärker durchsetzte. Diese Entwicklung begann sicherlich nicht erst in diesem Jahrtausend. Das begann schon mit der geistig-moralischen Wende der 80er und 90er Jahre, fand aber in der Agenda 2010 ihren Höhepunkt. Die politischen, sozialen und ökonomischen Folgen sind allgemein bekannt.

Und auch wir hatten zugegebenermaßen Schwierigkeiten, uns auf diese Herausforderung strategisch neu einzustellen. Zu unterschiedlich wurde die Situation in den einzelnen Branchen, zu sehr drückte das Auseinanderklaffen von florierendem Exportsektor und ausbeutungsintensivem Dienstleistungssektor. Die stolzen deutschen Gewerkschaften mussten sich mit einem zentralen Problem herumschlagen: Einerseits wollten und mussten wir unser stärkstes Mittel, unsere Kernkompetenz, nämlich die Tarifpolitik absichern. Andererseits mussten wir in den Bereichen wirksam werden, in denen sich aufgrund von Arbeitgeberverhalten, mangelnder Organisationskraft und politischer Schützenhilfe Armutslöhne ausdehnten wie ein Krebsgeschwür. Wir haben einige Zeit gebraucht, um unsere Strategie weiterzuentwickeln und dies in Einigkeit zwischen den Gewerkschaften, was auch nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist. Dabei sind wir dem neoliberalen Zeitgeist nicht auf den Leim gegangen, sondern wir haben erfolgreich daran gearbeitet, den Zeitgeist zu drehen.

Zum Beispiel mit der von Euch und der Gewerkschaft ver.di in den DGB hineingetragenen Kampagne für einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Ohne diese Kampagne wäre es doch gar nicht denkbar gewesen, dass heute 85 % der Bevölkerung diese Forderung unterstützen und wir kurz vor ihrer Verwirklichung stehen. Ohne diese Beharrlichkeit, ohne die Konzentration der Gewerkschaften auf das Thema Arbeit, auf das Thema „Gute Arbeit“, wären wir nie so weit gekommen. Wir können zufrieden sein, dass es in den vergangenen Jahren gelungen ist, die Gewerkschaften auf vier politische Hauptthemen zu konzentrieren: nämlich die

„Gute Arbeit“, die „Sichere Altersversorgung“, ein „Soziales Europa“ und einen „Handlungsfähigen Sozialstaat“.

Seit Jahren predigen wir diese Themen rauf und runter, sodass sie uns schon aus den Ohren quellen. Und erst jetzt ist es bei der Mehrheit der Bevölkerung angekommen. Es war richtig, sich auf diese Themen zu konzentrieren. Es ist doch kein Zufall, dass genau diese Fragen und unsere Antworten darauf den Wahlkampf geprägt haben. Und jetzt auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen sind. Darüber hat soeben Frau von der Leyen gesprochen, und darüber wird morgen Sigmar Gabriel sprechen. Natürlich sind wir Gewerkschaften mit beiden Seiten im Gespräch. Und wir werden sehr genau darauf achten, ob es Fortschritte für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt und ob nicht nur die Überschriften stimmen, sondern auch das Kleingedruckte. Wenn ich soeben sagte, mit beiden Seiten, dann füge ich hinzu: Es war und bleibt richtig, dass wir in den vergangenen Jahren unser Profil als Einheitsgewerkschaft geschärft haben. Bei uns soll jeder mitmachen, egal, in welcher demokratischen Partei er oder sie ist. Und wir tragen unsere Ideen gemeinsam in die Parteien und in die Gesellschaft.

Verehrte Delegierte, natürlich wissen wir sehr genau, mit welchem Wahlergebnis die Bundestagswahl am 22. September ausgegangen ist. Wir wissen, dass wir bei vielen Themen noch nicht die Meinungsführerschaft erobert haben. Beim Thema Arbeit sind wir sicherlich am weitesten. Beim Punkt der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Sozialstaates stoßen wir nach wie vor auf die größten Widerstände.

Steuergerechtigkeit, Steuerehrlichkeit, das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen müssen bei der Finanzierung des Staates als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und die sozial Schwachen, ist noch lange nicht Allgemeingut in der politischen Debatte. Mehr noch: Gerade in der Steuerpolitik ist der neoliberale Zeitgeist noch nicht besiegt. Wahrscheinlich auch, weil Menschen sich von unseren Forderungen betroffen fühlen, obwohl sie gar nicht gemeint sind. Wenn wir über die Vermögenssteuer, die Reichensteuer, einen höheren Spitzensteuersatz oder eine adäquate Erbschaftssteuer sprechen, dann meinen wir doch nicht der Oma ihr klein Häuschen, dann denken wir doch nicht an die Hotelkauffrau oder den Bierbrauer. Sondern dann meinen wir Spitzenmanager, Höchstverdiener, die Superreichen in diesem Lande, die ihr Vermögen eben nicht im Interesse der Allgemeinheit einsetzen oder sich für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verantwortlich fühlen. Wir meinen die Generation Steuerhinterziehung, die sich über der Gesellschaft wähnt, außerhalb des Rechts und abseits der Solidarität.

Und machen wir uns nichts vor: Auch in europapolitischen Fragen sind wir noch lange nicht durch. So richtig es war und ist, für ein soziales Europa zu kämpfen, den Euro als gemeinsame Währung zu verteidigen und unser Europa vor Spekulantentum und Marktradikalismus zu schützen, so sehr wissen wir, wie wenig wir bislang mit unseren Vorstellungen politisch durchgedrungen sind. Es ist leider keine Selbstverständlichkeit in unserem Land, das sich Jeder und Jede entschieden populistischen, chauvinistischen, nationalistischen und rechtsliberalen Gedankengut in der Europapolitik entgegen stellt und sich für Solidarität mit den Armen und Arbeitslosen engagiert. Gerade mit Blick auf die Europawahl müssen wir gegenhalten. Wir haben gute Vorschläge, ich denke da zum Beispiel an unsere durchgerechnete Idee eines Marshall-Planes für Europa, aber wir sehen auch, wie weit wir noch von unserem Ziel entfernt sind. Wenn wir verhindern wollen, dass dieses Europa sozial und politisch zerbricht, wenn wir verhindern wollen, dass in vielen Ländern Europas durch die unglaublich hohe Jugendarbeitslosigkeit eine Generation ohne Hoffnung heranwächst, wenn wir es schaffen wollen, dass dieses Europa ökonomisch, politisch und sozial eine starke Rolle im Prozess der Globalisierung spielt, dann müssen wir gemeinsam unsere Initiativen für eine andere, eine bessere Europapolitik verstärken.

Und nur der Vollständigkeit halber will ich zur Rentenpolitik sagen: Die potenziellen Koalitionäre sind mitten in den Verhandlungen. Sie kennen unsere Forderungen von deutlichen Verbesserungen für die Erwerbsunfähigen, über die Vollrente nach 45 Versicherungsjahren bis hin zu einer Solidarrente als Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut. Wie weit sich SPD, CSU und CDU in diesen Tagen bewegen, wissen wir nicht. Für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt das Thema „Sichere Rente“ ebenso auf der Tagesordnung wie die Sicherung eines auskömmlichen Rentenniveaus und unser Nein zur Rente mit 67 samt aller ihrer negativen Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Die Stärke im Betrieb, die schlichte Wahrheit, dass wir umso erfolgreicher sind, je mehr Mitglieder wir haben, die Konzentration der Kräfte, die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften und die Einhaltung der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft in Theorie und Praxis, das sind die wichtigen, ja die zentralen Garanten einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik. Sie sind Voraussetzung dafür, die Zukunft zu gestalten und Gerechtigkeit zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte, gestattet mir noch ein persönliches Wort zu Franz-Josef Möltenberg: Franz-Josef stand 21 Jahre an der

Spitze Eurer stolzen Gewerkschaft, die übrigens tatsächlich die älteste deutsche Gewerkschaft ist. Er hat Eure Organisation geprägt, sie durch manche Stürme geführt, sicherlich manche Tiefen, aber auch viele Höhen erlebt. Er hat Eure Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gewahrt und zugleich immer für eine feste Verankerung in der Gewerkschaftsfamilie gesorgt. Mit ihm tritt auf diesem Kongress nicht nur der dienstälteste deutsche Gewerkschaftsvorsitzende ab, sondern auch ein Gewerkschaftsführer, auf den wir gemeinsam stolz sind. Dir, lieber Franz Josef, sage ich auch persönlich Dank für Dein Engagement im und für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir sind viele Jahre diesen Weg zusammen gegangen. Und wahrlich waren es nicht immer nur leichte Zeiten. Aber Du hast maßgeblichen Anteil daran, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften ihre Politik und Strategie weiterentwickelt haben und dass wir heute wieder ein geachteter, ein starker gesellschaftlicher Faktor sind.

Wenn wir es tatsächlich erreichen sollten, dass wir sowohl den einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und dies flächendeckend in Ost und West, für Jung und Alt jetzt politisch durchsetzen und zugleich die Tarifautonomie zum Beispiel durch eine Verbesserung der Allgemeinverbindlichkeitsregeln und manches andere mehr strukturell stärken, dann hast auch Du einen großen Anteil daran. Ich persönlich danke Dir zudem dafür, dass Du über lange Zeit als Vorsitzender unserer Haushaltskommission und als Dienstältester, also als Dogen der Gewerkschaftsvorsitzenden, mit dafür gesorgt hast, dass wir auch in schwierigen Zeiten das Schiff durch stürmisches Wasser lenken konnten, dass die DGB-Reform ein Erfolg wurde und die Gewerkschaftsbewegung insgesamt wieder so stark ist, dass wir sagen können: Ja, wir sind auf der Höhe der Zeit. Und mit uns zieht die neue Zeit.

Ich wünsche Euch gute Beratungen und der von Euch neu zu wählenden Gewerkschaftsführung allen Erfolg. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

24./25.11.2013, Frankfurt am Main

Auf dem 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall am 24./25.11.2013 in Frankfurt am Main wurde Detlef Wenzel als Nachfolger von Berthold Huber zum neuen Vorsitzenden gewählt. Weitere Gastredner neben Sommer waren Sigmar Gabriel (SPD) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

*Liebe Delegierte,
lieber Berthold, lieber Detlef,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

Ich freue mich sehr, Euch die Grüße des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zu Eurem 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstag überbringen zu dürfen. Ihr, die gesamte IG Metall, könnt stolz darauf sein, was Ihr in den vergangenen Jahren erreicht habt. Ihr habt eindrucksvoll bewiesen, dass Ihr Kampagnenfähigkeit und Durchsetzungskraft in Euren Branchen, Unternehmen und Betrieben organisieren könnt.

Ihr habt einen wesentlichen Anteil daran, dass die Gewerkschaften zu Recht sagen können:

- wir sind in der Lage, die Themen in ihren Organisationsbereichen zu bestimmen,
- wir können erfolgreich die Interessen unserer Mitglieder wahren und
- gleichzeitig auch in unserer Gesellschaft politisch und ökonomisch wirksam werden.

Ihr seid ein starkes Triebwerk unserer Bewegung. Wir alle wissen, Eure Stärke in den Betrieben, die Durchsetzungsfähigkeit Eurer Betriebsräte, Eure Kampagnenfähigkeit, vor allem aber Eure Tarifmacht stärkt auch uns, die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung. Vor allem aber habt Ihr den Gedanken erfolgreich wiederbelebt, dass unsere gesellschaftspolitische, tarifpolitische und betriebspolitische Handlungsfähigkeit umso größer ist, je

stärker wir in den Betrieben verankert sind und je mehr Mitglieder wir haben. Gerade in diesem Punkt wart Ihr Vorreiter und ich bin dankbar dafür, dass Euer Beispiel auf alle Gewerkschaften ausgestrahlt hat und wir die Frage der Mitgliedergewinnung und der Mitgliederpflege noch stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit gerückt haben.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, also das gemeinsame Dach der deutschen Gewerkschaften, hat sich gewandelt. Ich erinnere mich noch sehr genau, als im Februar 2008 Eure Gewerkschaft die Frage aufwarf, ob der Dachverband noch seinen Aufgaben gerecht wird. Damit habt Ihr den Startschuss für die DGB-Reform 2010 gegeben. Wir haben uns in den Städten und Landkreisen neu aufgestellt, unsere Organisation gestrafft und wir konzentrieren uns darauf, beides zu sein: eine gemeinsame Serviceeinrichtung unserer Mitgliedsgewerkschaften – nicht zuletzt im Rechtsschutz. Vor allem aber der gemeinsame politische Arm der Gewerkschaften in den kommunalen Körperschaften, in den Bundesländern, im Bund, aber auch in Europa und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

So konnten wir uns auf unsere zentralen Aufgaben konzentrieren und die Gewerkschaften als Organisation der Arbeit profilieren.

- Wir sind nicht irgendein Verein zur Verbesserung der Welt.
- Wir sind nicht eine x-beliebige NGO, wir sind auch nicht irgendein Sozialverband.
- Wir sind nicht mehr und nicht weniger als die Interessenvertretung der Arbeit.
- Wir sind auch keine Partei, die sich um jedes Politikfeld kümmern muss.

Unsere Stärke entsteht aus der Konzentration auf und unserer Kompetenz in allen Fragen der Arbeit. Daraus erwächst unsere Kraft. Unsere Kampfkraft, unsere Fähigkeit zum Schutz und zur Gestaltung. Und nicht zuletzt sind wir Einheitsgewerkschaft. Parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral. Bei uns können und sollen alle mitmachen, die

- die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten wollen,
- die wissen, dass sie ihre eigenen Anliegen als Arbeitnehmer nur in Gemeinsamkeit mit anderen durchsetzen können,
- die sich Demokratie und Freiheit verpflichtet fühlen
- und sich zu den Grundgedanken von Toleranz und Solidarität bekennen.

Kolleginnen und Kollegen,

- die Stärke im Betrieb,
- die schlichte Wahrheit, dass wir umso erfolgreicher sind, je mehr Mitglieder wir haben,
- die Konzentration der Kräfte,
- die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften und
- die Einhaltung der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft in Theorie und Praxis,

das sind die wichtigen, ja die zentralen Garanten einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik. Sie sind Voraussetzung dafür, die Zukunft zu gestalten und Gerechtigkeit zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, vor zehn Jahren galten die Gewerkschaften in diesem Land als ewig gestrig, als Verlierer der Globalisierung, als Überbleibsel eines untergehenden Industriezeitalters. Und tatsächlich, wir hatten Probleme. Wir hatten interne Probleme aufgrund der Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit. Wir hatten Probleme, weil sich der neoliberale Zeitgeist bei Freunden und Bündnispartnern immer breiter machte, weil sich die Unternehmerpropaganda

- vom nicht wettbewerbsfähigen Standort Deutschland,
- von zu hohen Lohnkosten,
- vor allem zu hohen Lohnnebenkosten
- und von einem nicht mehr finanzierbaren Sozialstaat

politisch immer stärker durchsetzte.

Diese Entwicklung begann sicherlich nicht erst in diesem Jahrtausend. Das begann schon mit der geistig-moralischen Wende der 80er und 90er Jahre, fand aber in der Agenda 2010 ihren Höhepunkt. Die politischen, sozialen und ökonomischen Folgen sind allgemein bekannt.

Und auch wir in der DGB-Familie hatten zugegebenermaßen Schwierigkeiten, uns auf diese Herausforderungen strategisch neu einzustellen. Zu unterschiedlich wurde die Situation in den einzelnen Branchen, zu sehr drückte das Auseinanderklaffen von florierendem Exportsektor und ausbeutungsintensivem Dienstleistungssektor. Die stolzen deutschen Gewerkschaften mussten sich mit einem zentralen Problem herumschlagen:

Einerseits wollten und mussten wir unser stärkstes Mittel, unsere Kernkompetenz, nämlich die Tarifpolitik absichern. Andererseits mussten wir in den Bereichen wirksam werden, in denen sich aufgrund von

- Arbeitgeberverhalten,
- mangelnder Organisationskraft und

- politischer Schützenhilfe

Armutslöhne ausdehnten wie ein Krebsgeschwür. Und nicht zuletzt haben wir doch den Zangenangriff auf unsere Rechte erlebt. Von unten drückte frühkapitalistische Ausbeutung und die massive Ausweitung des Niedriglohnsektors und von Minijobs. Von oben wurde und wird versucht, unsere Tarfkraft durch Scheinselbstständigkeit, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen massiv einzuschränken.

Wir haben einige Zeit gebraucht, um unsere Strategie weiterzuentwickeln und dies in Einigkeit zwischen den Gewerkschaften, was auch nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist. Dabei sind wir dem neoliberalen Zeitgeist nicht auf den Leim gegangen, sondern wir haben erfolgreich daran gearbeitet, diesen Zeitgeist zu drehen. Wir haben dem Zangenangriff auf unsere Rechte zwei zentrale Ziele entgegen gesetzt:

Zum einen kämpfen wir für die Eindämmung prekärer Beschäftigung und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde, um den Absturz von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Arbeitsarmut zu stoppen.

Zum anderen müssen wir die Tarfkraft der Gewerkschaften und die Tarifautonomie stärken und schützen.

Beides zusammen genommen ist der Kern einer „Neuen Ordnung der Arbeit“. Ob es jetzt gelingt, hier einen politischen Durchbruch zu erzielen, wissen wir alle noch nicht. Ich bin mir sicher, dass der SPD-Vorsitzende nach mir und die Bundeskanzlerin morgen Vormittag einiges dazu sagen werden. Seht es mir bitte nach: Ich halte es für unangebracht und für zu früh, das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen heute aus unserer Sicht zu bewerten. Das wird der Bundesvorstand des DGB in einer Sondersitzung am 27. November tun.

Ich will nur so viel sagen: Bewertungsmaßstab sind ausschließlich die Ziele, die wir uns seit einigen Jahren setzen und die wir bis zum heutigen Tag gemeinsam formulieren:

- „Gute Arbeit“,
- „Sichere Altersversorgung“,
- ein „Soziales Europa“ und
- ein „Handlungsfähiger Sozialstaat“.

Es war richtig, sich auf diese Themen zu konzentrieren. Es ist doch kein Zufall, dass genau diese Fragen und unsere Antworten darauf den Wahlkampf

geprägt haben. Und jetzt auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen sind.

Verehrte Delegierte, wir wissen, dass wir bei vielen Themen noch nicht die Meinungsführerschaft erobert haben. Beim Thema Arbeit sind wir sicherlich am weitesten. Beim Punkt der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Sozialstaates stoßen wir nach wie vor auf die größten Widerstände.

- Steuergerechtigkeit,
 - Steuerehrlichkeit,
 - das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen müssen bei der Finanzierung des Staates als die Arbeitnehmerschaft und die sozial Schwachen
- ist noch lange nicht Allgemeingut in der politischen Debatte. Mehr noch: Gerade in der Steuerpolitik ist der neoliberale Zeitgeist noch nicht besiegt. Wahrscheinlich auch, weil Menschen sich von unseren Forderungen betroffen fühlen, obwohl sie gar nicht gemeint sind.

Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor: Auch in europapolitischen Fragen sind wir noch lange nicht durch. So richtig es war und ist, für ein soziales Europa zu kämpfen, den Euro als gemeinsame Währung zu verteidigen und unser Europa vor Spekulantentum und Marktradikalismus zu schützen, so sehr wissen wir, wie wenig wir bislang mit unseren Vorstellungen politisch durchgedrungen sind. Es ist leider keine Selbstverständlichkeit in unserem Land, das sich jeder und jede entschieden populistischen, chauvinistischen, nationalistischen und rechtsliberalen Gedankengut in der Europapolitik entgegen stellt und sich für Solidarität mit den Armen und Arbeitslosen engagiert.

Gerade mit Blick auf die Europawahl müssen wir gegenhalten. Wir haben gute Vorschläge, ich denke da zum Beispiel an unsere durchgerechnete Idee eines Marshall-Planes für Europa, aber wir sehen auch, wie weit wir noch von unserem Ziel entfernt sind. Wenn wir verhindern wollen, dass dieses Europa sozial und politisch zerbricht, wenn wir verhindern wollen, dass in vielen Ländern Europas durch die unglaublich hohe Jugendarbeitslosigkeit eine Generation ohne Hoffnung heranwächst, wenn wir es schaffen wollen, dass dieses Europa ökonomisch, politisch und sozial eine starke Rolle im Prozess der Globalisierung spielt, dann müssen wir gemeinsam unsere Initiativen für eine andere, eine bessere Europapolitik verstärken.

Und auch in der Rentenpolitik wissen wir doch, was unsere Kolleginnen und Kollegen wollen: Wir mahnen

- deutliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente,
- die Vollrente nach 45 Versicherungsjahren und dem 63. Lebensjahr

- den Schutz vor Altersarmut durch eine wirksame Solidarrente und
- nicht zuletzt eine Sicherung des Rentenniveaus

an. Wir wissen uns dabei auf der sicheren Seite. All diese Forderungen werden von der Mehrheit der Bevölkerung für richtig gehalten. Vor allem aber, all diese Forderungen finden breite Unterstützung in unserer Mitgliedschaft, wie auch das Ergebnis Eurer Beschäftigtenbefragung bewiesen hat. 514.000 Beschäftigte aus der Metall- und Elektroindustrie haben deutlich gemacht, was sie wollen. Arbeit: sicher und fair. Sie wollen unbefristete Arbeitsverträge, die Eindämmung der prekären Beschäftigung, ein Austrocknen des Niedriglohnsektors und einen handlungsfähigen und starken Sozialstaat.

Ich bin davon überzeugt, dass nicht nur die Beschäftigten in Euren Branchen dies zum Bewertungsmaßstab politischen Handelns machen, sondern alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land und das unabhängig davon, wo sie ihre parteipolitischen Prioritäten setzen. Die potenziellen Koalitionäre wären gut beraten, dies auch in der Endphase ihrer Verhandlungen im Blick zu halten. Eine Große Koalition hat aus unserer Sicht nur dann Sinn, wenn sie tatsächlich auch Großes für rund 40 Millionen arbeitende Menschen in diesem Land bewirkt.

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Gestattet mir noch ein Wort des Abschieds und des Dankes an Bertold Huber. Berthold und ich haben in den vergangenen gut 20 Jahren in den unterschiedlichsten Funktionen zusammen gearbeitet und wie das so ist in Großorganisationen: Mal gewinnt man, mal verliert man. Was nur wenige wissen: Wir arbeiteten Mitte der 90er Jahre als Vorstandssekretäre unserer Gewerkschaften am Projekt einer Fusion von IG Metall und Postgewerkschaft. Wir wollten eine einheitliche Gewerkschaft in der Wertschöpfungskette von Industrie, Logistik und Kommunikation. Später haben wir, jeder an seinem Platz, aber immer in engen Kontakt, manchmal durchaus streitig, aber stets solidarisch, gemeinsam dafür gearbeitet, die Gewerkschaftsbewegung durch schwieriges Fahrwasser zu steuern und ihre Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Berthold Huber war und ist eine bedeutsame Stimme nicht nur für die IG Metall, sondern auch in der deutschen, europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Wir waren und sind ihm dankbar und wir sind stolz auf diesen großen Gewerkschaftsführer. Ich wünsche Euch und der von Euch neu zu wählenden Gewerkschaftsführung, ich wünsche Dir, lieber Detlef und Dir, lieber Jörg, allen Erfolg.

Verehrte Delegierte, meine Damen und Herren, das war übrigens meine letzte Rede auf einem IG Metall Gewerkschaftstag. Zum anderen müssen wir die Tarifikraft der Gewerkschaften und die Tarifautonomie stärken und schützen. Ich danke Euch für Eure Unterstützung, auch für Eure Kritik und die stets solidarische Begleitung meiner Arbeit.

20. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB NRW

13./14.12.2013, Neuss

Am 13./14.12.2013 fand in Neuss die 20. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB NRW statt. Gastredner waren neben Michael Sommer, die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft (SPD), Karl-Josef Laumann (CDU) und der NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD).

*Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Delegierte,
liebe Hannelore,
lieber Andreas,*

In diesen Tagen sind Reden für mich nicht ganz einfach. Es wird meine letzte Rede auf einer Bezirkskonferenz des DGB in NRW sein. Ich nehme nicht an, dass ihr heute nicht richtig wählt und deswegen nochmal eine außerordentliche Bezirkskonferenz stattfinden wird. Ihr seht schon an der Art und Weise, wie ich jetzt rede, wenn man weiß, dass man aufhört, wird man auch manchmal ein bisschen lockerer und freier. Ich will davon nicht übermäßig Gebrauch machen, an der einen oder anderen Stelle aber heute doch schon.

Als Hannelore eben sprach, habe ich nicht nur an die Koalitionsverhandlungen gedacht, sondern darüber nachgedacht: Jetzt bist du zwölf Jahre im Amt. Wie viele NRW-Ministerpräsidenten hast du denn eigentlich in deiner Amtszeit schon erlebt? Ich bin mir nicht sicher, ob es vier oder drei waren. Ich glaube, ich habe auch noch Wolfgang Clement als Ministerpräsidenten erlebt, der war damals noch Mitglied der SPD, übrigens damals mit einer richtig guten Aktion, wenn ich das mal sagen darf, nämlich mit der Aktion, wo er mit einem Bus durch die Lande gefahren ist, um Ausbildungsplätze zu akquirieren. Das war eine gute Aktion. Das sage ich auch bei alledem, was mich sonst von ihm da möglicherweise trennt, man sollte da auch in der Bewertung immer sauber bleiben. Ich habe Peer Steinbrück erlebt, Herrn Dr. Rüttgers erlebt und jetzt dich Hannelore. Und ich muss persönlich sagen, nicht nur, weil wir uns auch sonst gut verstehen, es ist gut, dass du jetzt

Ministerpräsidentin dieses Landes bist, übrigens auch gut für die Gewerkschaften. *(Beifall)*

Dies sage ich, um die Tatsache wissend, dass es auch ab und zu mal knirscht zwischen euch und dem DGB. Das ist übrigens auch ganz normal. Ich halte es wirklich für ganz normal. Es gibt unterschiedliche Funktionen und Aufgaben, die wir wahrzunehmen haben. Und wir sind als Interessenvertreter der Arbeit manchmal auch ausgesprochen unbequem, möglicherweise auch unangenehm. Und wir wissen auch, dass keine Landesregierung der Erfüllungsgehilfe der Gewerkschaften sein kann – und schon gar keine Koalitionsregierung. Von daher wissen wir schon sehr genau, was geht und was nicht geht. Und wir merken auch sehr genau, ob sich eine Landesregierung bemüht – ja oder nein. Übrigens merken wir das auch bei der Bundesregierung.

Wenn ich sage, das ist heute meine letzte Rede, dann tue ich das auch ein Stückchen mit der Bitte, mir nachzusehen, dass ich versuche, ein paar Sachen politisch einzuordnen in die Erfahrung aus zwölf Jahren DGB-Vorsitzendentätigkeit und auch gleichzeitig erst mal zu Beginn mit Dank. Denn diese zwölf Jahre DGB waren für uns alle keine einfachen Jahre. Wenn ich jetzt sagen würde, ich möchte keinen einzigen Tag davon missen, kann ich nur sagen, ich würde lügen. Das wollte ich heute eigentlich nicht tun. Es gibt durchaus Tage und auch Ereignisse, die ich gerne gemisst hätte. Dazu gehört übrigens auch die Tatsache, dass wir über lange Zeit insbesondere den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften, aber auch unsere in der Fläche tätigen Kolleginnen und Kollegen einiges zumuten mussten.

In der Zeit, als wir permanente Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften hatten, vor allem verursacht durch die Massenarbeitslosigkeit, aber eben auch nicht nur, haben wir auch immer beim DGB gespürt, was es heißt, wenn man mit weniger Geld auskommen muss – Rückzug aus der Fläche, die Tatsache, dass sich immer mehr auf einzelne Kolleginnen und Kollegen im hauptamtlichen Bereich zuspitzte, die Tatsache, dass wir immer wieder überlegen mussten, wie wir den Laden neu sortieren, bis dahin, dass auch die Gewerkschaften die Frage gestellt haben, ob denn ihre 12 %, die sie für den DGB bezahlen, eigentlich gut angelegtes Geld sind oder nicht. All das gehört zu der Geschichte mit dazu.

Wenn ich heute hier stehe und sage, ich bin ganz stolz darauf, dass wir den Laden wieder konsolidiert haben, dann ist das nicht nur das Werk von irgendwelchen Menschen in Berlin und schon gar nicht allein von mir, sondern es ist unser gemeinsames Werk. Wir haben das miteinander durchgerungen.

Wir haben das miteinander durchgestanden. Wir haben auch manches geändert, was zu ändern war, aber wir haben uns wieder aus dem Sumpf gezogen. Und wir steckten tief im Sumpf. Wenn wir heute sehr selbstbewusst und stolz sagen, ja, wir sind wieder eine geachtet und starke Kraft in dieser Gesellschaft, wir sind in der Lage, politisch Einfluss zu nehmen, wir werden heute nicht mehr Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung wahrgenommen – und dies spätestens seit der Krise 2008 –, dann hat das sehr viel damit zu tun, dass wir uns auch irgendwann durchgerungen haben, uns untereinander die Wahrheit zu sagen und zu sagen: Wo sind wir auf dem richtigen Weg und wo sind wir auf dem falschen?

Das war keine einfache Zeit, denn es war schwierig. Wir hatten Brüche. Ich will daran erinnern: Als ich 2002 zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde, hatten wir noch das Problem von Massenarbeitslosigkeit. Wir hatten das Problem von Massenjugendarbeitslosigkeit. Wir hatten das Problem von Ausbildungsplätzen, die nicht zur Verfügung standen. Wir hatten das Problem, dass wir darum gerungen haben, dass jeder junge Mensch in diesem Land einen Ausbildungsplatz kriegt. Und wir wissen heute, wir haben uns nicht vollständig durchgesetzt. Wir schieben immer noch eine Welle von 350.000 jungen Menschen vor uns her, die keine Ausbildung bekommen haben. Das waren die Zeiten. Die sind noch nicht so lange her. Das sind nur – Anführungsstriche – zwölf Jahre. Aber diese zwölf Jahre hatten es in sich.

Wir haben dann erlebt, dass wir in den Gewerkschaften mit den Auswirkungen der neoliberalen Politik, mit den Auswirkungen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik zu kämpfen hatten, aber auch mit den Auswirkungen einer neoliberalen Arbeitspolitik. Und wir haben erlebt, wie die Agenda 2010 sozusagen die Krönung der geistig-moralischen Wende à la Kohl und Thatcher wurde – Im Übrigen, das sage ich ganz bewusst, auch in einer Großen Koalition. Denn vieles von dem, was damals im Gesetzgebungsakt zum Beispiel von Hartz I bis Hartz IV auf den Weg gebracht wurde, ist über den Vermittlungsausschuss gelaufen. Da spreche ich auch niemanden frei. Damals waren viele dran beteiligt, auch diejenigen, die sich heute einen schlanken Fuß machen. Ich will daran erinnern. Damals gab es auch die eine oder andere rot-rote Landesregierung, die mitgestimmt hat.

Und ich will daran erinnern, dass manche Kompromisse über Nacht gemacht worden sind, die zwar schlecht waren, aber gemacht wurden, wie zum Beispiel die Frage, ob man bei der Erbschaftssteuer Betriebsvermögen ausnehmen kann oder nicht. Das waren zwei Menschen, nämlich die Herren Steinbrück und Koch, die das zusammen gemacht haben. Auch das vergesse

ich genauso wenig wie die Tatsache, dass die eigentliche Missbrauchsregelung für die Leiharbeit in einer Nacht- und Nebelaktion im Vermittlungsausschuss gemacht wurde, weil damals nämlich gesagt wurde, dass jeder Tarifvertrag und jede Inbezugnahme auf jeden x-beliebigen Tarifvertrag die gesetzliche Regelung des Equal Pay unterlaufen kann.

All dieses waren Zeiten, wo wir darum gerungen haben, den Wert von Arbeit wieder in den Mittelpunkt zu rücken, wo wir auch darum gerungen haben, welche Rolle die Gewerkschaften denn haben. Sind sie irgendein x-beliebiger Sozialverband, ein Verein zur Verteidigung der Rechte von Hartz-IV-Empfängern? Oder was sind sie im Kern? Sind sie die Organisation der Arbeit?

Und wir hatten gleichzeitig die Tatsache, dass wir Jahr für Jahr immer wieder Mitgliederverluste verkünden mussten. Das macht übrigens keinen Spaß, weder für diejenigen, die das hinzunehmen haben, als auch für diejenigen, die das verkünden mussten. Und dann wurde uns gesagt, ihr seid doch die Dinosaurier des Industriezeitalters. Ihr habt doch fertig – à la Trapattoni. Da war doch klar, ihr habt fertig. Ihr seid nicht mehr da. Und wir haben an ein paar Stellen, glaube ich, richtige Konsequenzen gezogen. Die wichtigste Konsequenz war die, und das werde ich heute zweimal sagen, weil es mir so wichtig ist, dass wir wieder das Mitglied, dass wir den Betriebsbezug in den Mittelpunkt gestellt haben, dass wir gesagt haben, die Stärke der Gewerkschaften macht sich an der Zahl der Mitglieder und nicht am Bewusstsein ihre Spitzenfunktionäre fest. *(Beifall)*

Und da ist gerade hier in Nordrhein-Westfalen Großes, ich sage bewusst Großes, geleistet worden, gerade auch von der IG Metall hier in Nordrhein-Westfalen. Die waren die ersten, die das wirklich dann auch aufs Tapet gebracht haben und das, was in der weltweiten Gewerkschaftsbewegung unter dem sogenannten Organizing-Ansatz diskutiert wurde, praktisch mit Leben ausgefüllt haben, und zwar nicht nur ideologisch, sondern sehr praktisch.

Wenn wir heute sagen können, die Gewerkschaften haben die Trendwende erreicht, dann wissen wir, das ist eine ganz schwierige Geschichte. Weil, auch wir haben demografische Probleme. Auch wir haben die Tatsache, dass wir unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Aber wir drehen jetzt seit Jahren die Zahl der betriebstätigen Mitglieder nach oben, die Zahl der jungen Mitglieder nach oben. Und ich habe gestern von der Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats von ver.di erfahren, dass ver.di jetzt das erste Mal in diesem Jahr mit einer schwarzen Zahl abschließen wird. Das ist eine unglaublich gute Geschichte, genauso wie es die IG Metall vor ein paar Jahren ge-

schafft hat, Kolleginnen und Kollegen. Da sind wir auch stolz drauf. *(Beifall)* Und diesen Stolz haben wir dadurch erreicht, dass wir wieder das Mitglied in den Mittelpunkt gestellt haben, und in den Mittelpunkt gestellt haben, dass wir im Betrieb sind.

Der zweite Punkt ist der, dass wir an den Ausgangspunkt unserer Politik gestellt haben, dass wir nicht irgendein x-beliebiger Verband sind. Wir sind die Organisation der Arbeit. Das ist manchmal sehr viel mehr als eine Partei, aber auch weniger als eine Partei. Denn wir haben nicht den Anspruch, politische Macht zu erringen, sondern wir haben den Anspruch, gegenüber Arbeitgebern und Politik unsere Interessen als eine Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu artikulieren und durchzusetzen. Das ist die Organisation der Arbeit.

Wenn wir uns zu Fragen der Energiepolitik oder zu Fragen der Rente oder zur Frage der Sozialhilfe äußern, dann tun wir dies immer im Bezug dazu, dass wir die Organisation der Arbeit sind. Worauf ich persönlich auch ganz stolz oder wenigsten zufrieden bin, ist, dass das jetzt wieder Gemeinsamkeiten der Gewerkschaften sind, dass wir das auch in der klassischen Politik vom Betrieb bis auf die Europaebene durchhalten und durchziehen. Das hat unser Profil geschärft. Kolleginnen und Kollegen, ich sage das mal ein bisschen hart: Welche Meinung wir zu Afghanistan haben, ist zwar interessant, aber für die Frage, welche Rolle die Gewerkschaften in diesem Land haben, eben nicht, sondern da ist entscheidend, welche Politik wir in Punkto Arbeit machen und welches Profil wir da haben.

Der dritte Punkt, den ich nennen muss und nennen will, ist, dass wir – teilweise auch aus der Not geboren – deutlich akzentuiert haben: Wir haben in Deutschland ein System von Einheitsgewerkschaften. Dieses System von Einheitsgewerkschaften hat ein paar Bedingungsfaktoren und auch einige Schwierigkeiten. Aber zum Schluss ist es das erfolgreichste System, zumindest in dem Wirtschaftsmodell, in dem wir leben und das wir kennen.

Wir sind parteipolitisch unabhängig, aber nicht unpolitisch. Das kann uns niemand vorwerfen. Wir sind konsequent und hart in der Sache. Und wir waren gezwungen nach langer Zeit auch deutlich zu machen, wir sind auch unabhängig von Parteien, die uns möglicherweise näher stehen als andere. Das war eine der Geschichten, die mit der Agenda 2010 zusammenhängt. Aber ich will mal sehr freimütig sagen, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in den Jahren 2004, 2005, 2006, 2007 nicht deutlich artikuliert hätten, wir sind parteipolitisch unabhängig, dann wäre diese Gewerkschaftsbewegung gespalten gewesen. Sie wäre den Bach runter gegangen und sie hätte so-

zusagen das 25-Prozent-Syndrom von anderen auch erwischt. Dass wir das nicht haben, hat was damit zu tun, dass wir sehr bewusst gesagt haben, wir sind Einheitsgewerkschaft, übrigens Einheitsgewerkschaft im sehr umfassenden Sinne. Auch das sage ich beim DGB.

Wir sind Einheitsgewerkschaft auch in dem Sinne, dass wir Menschen ohne Qualifikation und Menschen mit Spitzenqualifikation zusammenschließen, dass wir Menschen zusammenschließen, die in unteren Arbeitsebenen arbeiten und die in Top-Ebenen arbeiten, dass wir Männer und Frauen zusammenschließen, dass wir Arbeiter, Angestellte, und Beamte in einer Bewegung zusammen haben. Und Kolleginnen und Kollegen, wer einmal in der Türkei war und mal mit den Kolleginnen und Kollegen geredet hat, wenn die im Streik waren, und du denen sagst, bei uns ist auch die Polizei, die GdP Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund, dann gucken die dich mit Kinderaugen an und sagen: So was ist möglich?

Ich will nur mal deutlich machen, was das heißt, wenn wir ernsthaft über den Charakter von Einheitsgewerkschaft reden. Das ist die Tatsache, dass wir in Toleranz miteinander, in Achtung miteinander, in Achtung dessen, dass die Menschen unterschiedliche Anschauungen haben, dass sie unterschiedliche politische Prioritäten haben, dass sie unterschiedliche Weltanschauungen haben, dass sie unterschiedliche sonstige Orientierung haben, uns zusammenschließen, weil wir gemeinsame Interessen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Das macht uns stark. Das ist eine Stärke, die wir leben. Und ich kann nur jeden beschwören, was Hans Böckler mal gesagt hat, wir sollten diesen Grundgedanken der deutschen Gewerkschaftsbewegung – entstanden in den Konzentrationslagern und auf den Schafotts der Nazis – wirklich hüten wie unseren Augapfel, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Stark gemacht oder uns wieder erstarkt hat übrigens auch, was ich auch schon mit der Floskel gesagt habe, wir sind nicht mehr Teil des Problems, sondern Teil der Lösung, unser Verhalten in der Krise 2008 ff. Ihr alle habt es erlebt, welche Angst Menschen hatten, als die Finanzkrise auch über Deutschland hereinbrach. Minus fünf Prozent in der Wirtschaftsentwicklung hätten, wenn wir nicht gehandelt hätten, Hunderttausende, ja Millionen zusätzlicher Arbeitsloser, bedeutet. Wir haben doch die Menschen gesehen, die zu uns, zu den Betriebsräten, zu den Gewerkschaftsfunktionären gekommen sind, die gesagt haben, wie sie das auch zu mir gesagt haben: Pass mal auf, Sommer, dein Job ist, dass meiner bleibt.

Und dann haben wir die Aktion gemacht, „keine Entlassung in der Krise“. Dann haben wir die Aktion gemacht, dass wir gesagt haben, wir sind

diejenigen, die jetzt tatsächlich keynesianische Politik in diesem Land durchsetzen. Wir haben uns aber auch dazu bekannt, dass wir in der Krisensituation nichts anderes machen konnten, als sozialpartnerschaftlich zu handeln, dass Regierung, Parteien, Arbeitgeber, Unternehmensführer, Gewerkschaften und Betriebsräte zusammengearbeitet haben und gesagt haben: Wir lassen dieses Land zusammen nicht absaufen!

Kolleginnen und Kollegen, es hat doch was gebracht. Und in der Zeit, wenn wir mit den Menschen geredet haben, mussten wir denen doch nicht mehr erklären, was Hartz IV ist. Die wussten doch, wenn ihre Bude geschlossen wird, dann sind sie nach spätestens einem Jahr nicht mehr in der Lage ihre Eigentumswohnung oder ihr klein Häuschen zu bezahlen. Das war eine Leistung auch der deutschen Gewerkschaften, zu der ich mich ausdrücklich bekenne, ohne zu sagen, dieses Modell ist das Modell, was immer zieht, weil es auch zu einem sozialen Modell in einem kapitalistischen System gehört, dass Gewerkschaften auch in der Lage sind, im Zweifelsfall Gegenmacht zu organisieren. Aber in der Situation der Krise war es notwendig, dieses sozialpartnerschaftliche Handeln zu machen. Und es hat doch auch Erfolge gezeigt – übrigens bis in die eigene Organisationsentwicklung.

Ich sage das deshalb, weil natürlich auch manches heute politisch möglich ist, was ohne diese politische Erfahrung der Jahre 2008 bis 2010 nicht denkbar gewesen wäre. Ich erinnere mich an meinen ersten Besuch als DGB-Vorsitzender in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das war ungefähr so, als ob der Papst den Evangelischen Kirchentag besucht – freundlich, achtungsvoll, aber jeder wusste, der ist von der falschen Seite. Und heute können wir auch in Koalitionsverhandlungen eingreifen. Das ist ein Ausdruck von Stärke, von Stärke der Bewegung und auch von Achtung, die wir mittlerweile erfahren. Diese Achtung kommt allerdings nicht daher, dass wir klug rumschwätzen oder sonst irgendwas, sondern weil im Zweifelsfall jeder weiß, der hat sechseinhalb Millionen Mitglieder im Kreuz, wenn er da kommt. Und im Zweifelsfall ist der auch in der Lage, die zu bewegen.

Dann komme ich noch auf zwei mir wichtige Punkte, die auch wichtig sind für die Frage, wie wir in Zukunft diesen Status erhalten und weiter ausbauen können.

Wir sind mittlerweile eine kampagnenfähige Organisation. Wir sind in der Lage, den langen Atem zu haben, den langen Atem auch durchzutragen. – Mindestlohnkampagne, gegen die Rente mit 67, kein Missbrauch der Leiharbeit, kein Missbrauch von Werkverträgen, ich könnte jetzt weiter aufzählen, Dienstleistungsrichtlinie, unsere Kampagne gegen eine falsche

EU-Politik. All dieses hat gezeigt, wir sind in der Lage, Themen aufzugreifen, zu thematisieren und über eine lange Zeit zu tragen mit dem Erfolg, dass wir heute in diesem Koalitionsvertrag einiges ernten können. Das hat doch nicht nur was damit zu tun, dass einige Leute gut verhandelt haben, das sicherlich auch, sondern es hat auch was damit zu tun, dass auch die CDU/CSU nicht mehr an der Tatsache vorbei kommt, dass 85 % der Leute in diesem Land sagen, wir brauchen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. – Das wäre doch ohne unsere Kampagne nicht gegangen, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall)*

Das Gleiche ist mit der Rente. Wenn wir den Frieden mit der Rente mit 67 gemacht hätten, hätten wir die 63er Regelung jetzt nicht. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Das heißt, wir haben es erreicht über diesen Weg. Und dann wissen wir auch, gewerkschaftlicher Erfolg ist nie Umsetzung der Forderungen 1:1. Auch das wissen wir. Aber wir haben doch den Weg eröffnet und etwas geschafft, auf das wir stolz sein können. Ich glaube, dass ich das nochmal rausarbeiten und sagen muss: Leute, erhaltet die Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften, den langen Atem, auch den wirklich langen Atem zu sagen, das geht über vier, fünf, sechs Jahre. Und wenn ich das Wort Mindestlohn nicht mehr hören kann, dann kommt es möglicherweise bei meinem Nachbarn gerade an.

Das ist bitter teilweise, zu wissen, dass man da Jahr für Jahr den gleichen Stein immer wieder den gleichen Berg hochrollt – das ist wie Sisyphus. Das muss ein glücklicher Mensch gewesen sein, so richtig glücklich ist der erst, wenn der Stein wirklich oben auf dem Berg ist, Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Punkt, an den wir arbeiten müssen. Und wir sind übrigens auch eine Organisation, die mobilisierungsfähig ist. Hannelore, du weißt, dass wir das auch mit den Beamten können zum Beispiel. *(Beifall)*

Und in Punkto Mobilisierungsfähigkeit, will ich nur mal sagen, macht uns keiner was vor. Wir sind die einzige Kraft, die wirklich wenn es Not tut, auch mobilisieren kann. Das ist übrigens was ganz Wichtiges, das wir uns erhalten müssen. Das fängt aber damit an, dass wir mit der Erkenntnis arbeiten, dass wir nicht jede Sau, die gerade durchs Dorf trabt, auch reiten müssen, sondern dass wir uns unsere mobilisierungsfähigen Ziele schon ausdenken und absichern, dass wir insbesondere da unsere Mobilisierungsfähigkeit beweisen, wo es um unser Kerngeschäft geht, wie zum Beispiel in der Tarifpolitik.

Was im Einzelhandel bei ver.di erfolgt ist, wäre doch ohne viele lange Vorarbeit, die dahinter steht, ohne die vielen Aktionen, Diskussionen, ohne die ganze Mobilisierung der Mitgliedschaft und von Verbündeten gar nicht

möglich gewesen. Deswegen sage ich, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, den wir uns sichern und erhalten müssen.

Und last but not least: Einigkeit macht stark! Als wir zerrissen waren zum Beispiel in der Frage, wie gehen wir mit der Agenda um, da waren wir nicht stark. Da hatten wir auch keine starke Führung. Ich hab das neulich Sigmar Gabriel gesagt, als er über seine 82 % gejammert hat. Ich sagte: Sigmar, ich bin 2006 mit 76 % rausgegangen. Das war nicht schön. Aber ich weiß heute sehr genau, dass die Kollegen Recht hatten, indem sie gesagt haben, passt mal auf, dem geben wir mal einen Denkkzettel mit. Wackeln geht nicht, klare Linie halten, versuchen den Laden zu einigen.

Und die Konsequenz daraus ist, wir haben den Laden zusammengehalten. Da sitzen Kolleginnen und Kollegen von mir aus dem GBV. Die wissen, worüber ich jetzt gerade rede. Ein Kompromiss mit den Gewerkschaften hinzukriegen, wo alle acht dahinter stehen, wo du dann auch eine Kampagne drauf aufbauen kannst, wo du weißt, das Haus fällt nicht bei ersten Windzug wieder ein, sondern es ist fest gebaut, das ist eine Arbeit, die macht nicht immer nur Freude.

Alleine an dem Marshall-Plan für Europa haben wir, wenn ich das alles richtig überdenke, ungefähr ein Dreivierteljahr gearbeitet, bis wir alle zusammen hatten. An der Frage, dass wir uns auf das Thema Arbeit und bei welchen Themen Arbeit wir uns konzentrieren, haben wir – ich will es gar nicht sagen – lange gearbeitet. Bis wir die Debatte hatten, wir müssen sowohl gegen die prekäre Arbeit als auch für die Sicherung der Tarifautonomie kämpfen, sozusagen eine Doppelstrategie machen, war es eine ganz schwierige interne Diskussion. Aber es hat sich gelohnt.

Und wir haben heute in den vier Schwerpunkten gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa und handlungsfähiger Staat tatsächlich eine Einigkeit der Gewerkschaften. Das übrigens war die Voraussetzung dafür, dass wir die Kampagnen fahren konnten. Das war übrigens auch die Voraussetzung dafür, dass wir im Wahlkampf die Themen mit bestellt haben, dass wir in der Lage waren, unsere Themen und unsere Antworten darauf wirklich in den Wahlkampf einzubringen. Und das hat gehalten bis zum Schluss in der Koalitionsvereinbarung. Bei der Koalitionsvereinbarung will ich nicht alles wiederholen, was Hannelore gesagt hat, ich will nur an zwei, drei Stellen Akzente setzen, die mir wichtig sind. Der wichtigste Akzent ist zum Thema „Neuordnung der Arbeit“.

Wenn ihr euch zurückerinnert, welche Angriffe auf Arbeit wir alle erlebt haben, dann kann jeder die Einzelschritte belegen. Ich sage immer, schade,

dass Norbert Blüm heute nicht da ist, dann hätte ich ihm wieder die Philip-pika wegen des Beschäftigungsförderungsgesetzes von 1986 gehalten. Das ist nämlich der Beginn der sachgrundlosen Befristung und der Tatsache, dass viele Menschen in diesem Land überhaupt nicht mehr wissen, was ein fester Arbeitsvertrag ist.

Aber ich will die Kette gar nicht aufmachen, sondern will nur sagen: Wir haben eigentlich zwei Grundübel der Entwicklung von Arbeit in den vergangenen 30 Jahren gehabt. Das eine ist die zunehmende Prekarisierung von Arbeit, sozusagen der Zangenangriff von unten auf gute Arbeit. Und auf der anderen Seite der Angriff auf die Tarifautonomie und die Stärke der Gewerkschaften. Die Prekarisierung kennen wir mittlerweile relativ gut. Das war Hartz IV, das waren Minijobs, das waren Ein-Euro-Jobs, das waren Ich-AG und wie der ganze Mist heißt auf der einen Seite. Auf der anderen Seite, von oben, war der Versuch, die funktionierende Tarifautonomie der Gewerkschaften kaputtzumachen.

Das lief über mehrere Instrumente. Das lief bei den Arbeitgebern über den Auszug aus den Arbeitgeberverbänden. Die haben die Arbeitgeberverbände als unseren Tarifpartner massiv geschwächt – mit OT-Mitgliedschaften oder ganz raus oder im Osten nie rein. Dann kommt dazu, dass sich die Arbeitgeber über ein Jahrzehnt verweigert haben, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen zu machen, mit der Folge, dass die Tarifbindung deutlich absank. Als das noch nicht reichte, haben sie dann den Missbrauch von Leiharbeit entdeckt über dieses Gesetz, was in dem Vermittlungsausschuss in der ganz, ganz Großen Koalition gemacht wurde. Da wurde nämlich der Missbrauch der Leiharbeit benutzt, um den Leuten vorzuführen, übrigens, es geht auch billiger, und zwar wesentlich billiger. – Das war der Druck von oben.

Und unser Ziel, auch jetzt in den ganzen Verhandlungen, war, dass wir diese Kette, dass wir diese Zange sprengen. Natürlich kriegen wir nicht alles durch. Hannelore hat da völlig recht, ich will das nur noch mal vielleicht von mir aus akzentuieren. Der Unterschied im Wahlergebnis zwischen SPD und CDU/CSU war 15,8 %. Ich will das jetzt nicht mehr weiter ausführen, sondern ich will sagen: Wenn wir was bewerten, müssen wir auch bewerten, was wir erreichen wollten und wie sind wir auf dem Weg dorthin.

Wir haben bei diesem Zangenangriff auf die gute Arbeit in zwei, drei Punkten wirklich massive Erfolge erzielt, die ich mir auch nicht kaputt reden lasse, auch nicht in Details. Der Erfolg bei der Tarifautonomie ist, dass wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung wesentlich verbessern können, dass

wir die jetzt – sozusagen auch gegen die Arbeitgeber – durchziehen können, wenn sie im öffentlichen Interesse liegt, wenn das Tarifvertragssystem zerstört wird.

Wir haben über die Tarifeinheit die Möglichkeit, tatsächlich auch wieder zu sagen: ein Betrieb, eine Gewerkschaft und ein Unternehmen, eine Gewerkschaft! Und ein Tarifvertrag gilt und nicht das Aufeinanderhetzen der Arbeitnehmer untereinander.

Wir haben jetzt die Möglichkeit bei der Leiharbeit, auch in Ostdeutschland die Schmutzarbeitgeber in die Arbeitgeberverbände zu pressen, indem wir ihnen sagen: Pass mal auf, wenn du von uns eine Abweichung für zwei Jahre haben willst, dann kannst du die haben, aber nur unter zwei Bedingungen: Erstens, du bist im Verband und zweitens kriegen wir dafür was, zum Beispiel Beschäftigungssicherung.

Das will ich noch sagen: Eines der wesentlichen Argumente von der CDU-Seite war in den Koalitionsverhandlungen immer, zu sagen, wenn ihr 8,50 Euro einführt, werden die mit Blick auf die 8,50 Euro sofort die Leute entlassen. Das war die Keule, mit der die gedroht haben. Deswegen haben wir versucht einen Weg zu bauen und haben diesen Weg zum Schluss gemeinsam mit der SPD hingekriegt. Sonst wäre es gar nicht gegangen.

Ich wollte nur an dem Punkt deutlich machen, wir haben die Zange von oben wieder in der Hinsicht gesprengt, dass wir die Tarifautonomie tatsächlich gestärkt haben. Und von unten sind vor allem der Mindestlohn und die Verbesserungen, die wir auch in vielen anderen Fällen erreichen, auch bei der Bekämpfung von prekärer Arbeit, Ansatzpunkte, um die Kette von unten zu sprengen.

Da sind wir noch nicht durch. Hannelore hat doch recht. Wir wollten die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Das war völlig klar. Wir wollten das. Da haben wir uns nicht durchgesetzt. Wir wollten uns auch in anderen Punkten durchsetzen. Wir sind da nicht weitergekommen, aber wir haben Ansatzpunkte für eine neue Ordnung der Arbeit. Wir sind in der Lage, jetzt endlich das Ding wieder aufzumachen, aufzusprengen. Und, Kolleginnen und Kollegen, diesen Versuch ist es wert.

Dabei wissen wir, der Koalitionsvertrag ist das eine und die Durchsetzung ist das andere. Das ist wie mit einem Tarifvertrag. Der muss zweimal, manchmal dreimal erkämpft werden. Nichtsdestotrotz hoffe ich sehr, dass das morgen positiv ausgeht – im Wissen, dass auch manches nicht so ist, wie wir es wollten. Wir haben sicherlich Fortschritte bei der Rente erreicht. Ich will nicht wiederholen, was Hannelore gesagt hat. Da sind Fortschritte,

aber wir wissen auch, es gibt einen zentralen Punkt, wo wir uns nicht durchgesetzt haben, unter anderem, weil er auch in beiden Wahlprogrammen nicht stand, weder bei der Union noch bei der SPD, nämlich die Sicherung eines anständigen Rentenniveaus. Deswegen bleibt das bei uns auf der Tagesordnung. Wir werden davon nicht abkehren, zumal wir Berechnungen gemacht haben, dass wir sagen, man kann es finanzieren, wenn man endlich mit dem Unsinn aufhört, permanent die Rentenversicherungsbeiträge zu senken, sondern stattdessen stabil zu halten oder moderat zu erhöhen. Dann kann man manches finanzieren. *(Beifall)*

Kolleginnen und Kollegen, uns ging es auch um die tatsächliche Verbesserung für die Leute, für die Leute, die die Erwerbsminderungsrente brauchen, weil sie nicht mehr können, und auch um ein Stück soziale Gerechtigkeit zu erreichen bei denen, die 45 Jahre gearbeitet haben oder wenigstens Versicherungsleistungen haben und die möglicherweise arbeitslos waren, dass die dann auch ohne Abzug früher gehen können. Das sind Erfolge, die können sich sehen lassen. Das ist nicht das, was wir sozusagen als Forderungskatalog aufgeschrieben haben, aber, Kolleginnen und Kollegen, das ist das, was in der politischen Situation erreichbar war. Deswegen sage ich, sagen übrigens auch die anderen Gewerkschaftsvorsitzenden, das war der richtige Weg. Das ist ein Einstieg, aber das ist doch nicht das Ende gewerkschaftlicher Arbeit. Wir werden doch jetzt das Gesetzgebungsverfahren begleiten. Wir werden unsere Forderungen weiter aufmachen und, und, und.

Kolleginnen und Kollegen, ich wollte an den beiden Nahtstellen mit Blick auf die Koalitionsvereinbarungen noch mal sagen, wie wichtig es war, dass wir die Themen Arbeit und Rente aufgezoogen haben und dass wir da weitergekommen sind.

Wir sind nicht weitergekommen beim Thema Europa. Da ist vieles von dem, was wir wollen, nämlich eine Kehrtwende zum Beispiel auch in der Politik, wie man mit den Ländern und den Volkswirtschaften und mit der Arbeitslosigkeit, insbesondere mit der nicht hinzunehmenden Jugendarbeitslosigkeit umgeht, nicht erfolgt.

Wir sind auch nicht weitergekommen beim Thema handlungsfähiger Staat. Jetzt sind sechs Milliarden, Hannelore hat Recht, nichts. Das ist viel Geld, aber das Kernübel, nämlich dass die Kommunen und Länder sozusagen gegen die Pumpe laufen und unsere Infrastruktur zunehmend verfällt, ist nicht beseitigt. Das wird auch für uns ein Thema bleiben, weil wir uns nicht damit abfinden können, dass der Staat arm gemacht wird und zum

Schluss die kleinen Leute, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche zahlen – und übrigens auch die Wirtschaft.

Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur nicht nur im Bereich der Bildung, da übrigens auch – als allererstes. Aber wir haben auch ganz gerne, wenn wir mehr als eine Rheinbrücke benutzen dürfen. Dafür braucht man Geld. Deswegen wird die Frage, wie man zu einer vernünftigen Finanzreform kommt, wie man auch dafür sorgt, dass diejenigen, die mehr haben, sich auch beteiligen an der Frage der Finanzierung des Staates, für uns auf der Tagesordnung bleiben. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Das bleibt auf der Tagesordnung. Das müssen wir weiter pflegen und das müssen wir auch weiter hegen.

Die Stichworte sind bekannt – von der Finanztransaktionssteuer, die nicht nur versprochen werden darf, sondern die endlich kommen muss, bis zu einer vernünftigen Erbschafts- und Vermögenssteuer. Auch ein vernünftiger Spitzensteuersatz war unter Kohl keine revolutionäre Situation und wird auch unter Merkel keine revolutionäre Situation sein, sondern auch da wird sich die Union bewegen müssen. Ich will deutlich darauf hinweisen: Wer das nicht macht, macht entweder die Infrastruktur kaputt oder holt sich das Geld bei den kleinen Leuten über andere Wege, zum Beispiel bei der Erhöhung von Kommunalsteuern, bei der Erhöhung von Gebühren und, und, und. Wer das alles nicht will, dass die kleinen Leute so getroffen werden, muss endlich für mehr Steuergerechtigkeit in diesem Land sorgen, Kolleginnen und Kollegen. Anders geht das nicht. *(Beifall)*

Letzte Bemerkung, weil ich merke, dass insbesondere die Organisatoren unruhig werden, wie lange redet der noch. Der hört jetzt gleich auf. Das war die Ankündigung. Kolleginnen und Kollegen, mir war es wichtig, euch noch mal zu sagen, wo ich glaube, was wir in den letzten zehn, zwölf Jahren an gemeinsamen guten Erfahrungen gemacht haben, nicht im Sinne, dass das alles so bleiben muss, sondern im Sinne, dass es ein paar Prinzipien gibt, von denen wir sagen können, das Haus ist jetzt einigermaßen gut bestellt und auf der Basis kann man weitermachen.

Ich bin ganz froh, dass mein potenzieller Nachfolger oder sozusagen designierter Nachfolger im Raum ist. Ich wünsche ihm alles Gute, genauso wie ich dem Andreas nachher für die Wahl alles Gute wünsche. Ich finde, wir machen das auch sehr vorbildlich, auch was die Übergabe anbetrifft. Dass Elke Hannack jetzt an Bord ist, freut mich sehr. Das hilft uns ungeheuer, dass wir insgesamt sozusagen den Generationswechsel bei uns vollziehen. Aber, Kolleginnen und Kollegen, der Generationenwechsel ist nicht nur beim DGB

da. Wir haben fünf neue Gewerkschaftsvorsitzende im vergangenen Jahr gewählt. Jetzt kommt eben die nächste Generation. Die 60-Plus treten ab. Das ist auch gut so. Die 60-Plus haben insgesamt in schwierigen Zeiten etwas hinterlassen, worauf man sagen kann, das geht. Aber was daraus gemacht wird, welche Zukunft dieser DGB hat, welche Zukunft die Gewerkschaften haben, liegt in Hand von der nächsten Generation.

Da will ich nur eins sagen: Diese Generation hat das Recht und die Pflicht, Schwerpunkte neu zu setzen, die Arbeit anders zu sortieren, meinetwegen auch den Stil zu ändern. Ich glaube, es gibt ein paar Punkte, wo sie gut beraten wäre, Grundlinien nicht zu verlassen. Aber auch das muss sie selber bestimmen. In dem Sinne wünsche ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, euren Lieben und denen, für die ihr da seid, alles Gute. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(lang anhaltender Beifall)*

7. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Sachsen

01.02.2014, Dresden

Am 1. Februar 2014 fand die 7. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz Sachsen in Dresden statt. Weiterer Gastredner war der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU).

*Liebe Delegierte der Gewerkschaften auf dieser Bezirkskonferenz,
sehr geehrter Ministerpräsident,
sehr geehrter Vizepräsident des Sächsischen Landtages,
meine Damen und Herren Abgeordnete im Landtag und im Deutschen Bundestag,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Absieits dessen, was ich mir vorgenommen habe jetzt zu sagen, muss ich erst nochmal ein Wort zu den Kolleginnen und Kollegen von Amazon sagen: Dass wir solidarisch mit ihnen sind, ist selbstverständlich. Dass sie einen harten Kampf führen, wissen wir alle. Aber ich glaube, es ist ein sehr, sehr wichtiger Kampf, wie wir vielfach erlebt haben, dass wir manchmal ums Prinzip streiten müssen. Und hier ist ein Prinzip berührt, was uns unglaublich tangieren kann, wenn wir uns nicht erfolgreich bei Amazon durchsetzen. Wenn es amerikanischen Firmen gelingt, ihr Sozialverhalten in Deutschland zu praktizieren und durchzusetzen, dann ist es mit der deutschen Arbeits- und Sozialkultur zu Ende, Kolleginnen und Kollegen.

Ich war vor anderthalb Wochen in den USA, habe Kolleginnen und Kollegen vom AFL-CIO besucht. Es war nicht nur eine schöne Reise. Ich habe erfahren, dass in den USA in der Industrie noch ein Organisationsgrad von sechs Prozent existiert. Ich habe miterlebt und mit den Kollegen diskutiert, dass die Kolleginnen und Kollegen der Automobilarbeitergewerkschaft gemeinsam mit der IG Metall und dem VW-Management jetzt versuchen, gegen den härtesten Widerstand der Rechtskonservativen in den USA einen Betriebsrat in Chattanooga bei VW zu bilden. Und ich habe mit denen über die Frage diskutiert, was es heißt, wenn wir ein Handelsabkommen zwischen der EU und Amerika bekommen und zum Beispiel in diesem Handelsabkommen das niedergelegt wird, was der EU-Kommissar Karel de Gucht fordert, nämlich dass jedes Unternehmen die Staaten in Europa wegen Wettbewerbsschädigung verklagen kann. Damit ist zum Beispiel gemeint: Betriebsräte oder

bestimmte Vorschriften in der Ökologie oder bestimmte Sachen, was zum Beispiel die Zigarettenindustrie anbetrifft, über die Länge und Größe von Zigarettenpackungen und Ähnlichem mehr.

Ich sage, Kolleginnen und Kollegen, was wir hier machen und was die Kolleginnen und Kollegen von Amazon machen, ist sinnbildlich dafür, dass wir durchsetzen müssen, dass das, was sozialpartnerschaftliche Errungenschaften in Europa und in Deutschland sind, nach Amerika exportiert wird und nicht umgekehrt arbeitnehmerfeindliches Verhalten zu uns importiert wird. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Amazon, ihr habt unsere Unterstützung – auch wenn es lange dauert, auch wenn die euch einschüchtern und bedrohen. Gewerkschaften haben übrigens nicht nur eine Gestaltungsfunktion. Wir haben auch eine Schutzfunktion. Und ich verspreche euch, der DGB und die deutschen Gewerkschaften werden alles tun, um euch in diesem Arbeitskampf nicht nur zu unterstützen, sondern euch auch persönlich zu schützen. Denn ihr geht ein hohes Risiko ein, Kolleginnen und Kollegen.

Lasst mich aber jetzt zum Eigentlichen kommen, warum ich heute hier bin. Es ist schon mehrfach angeklungen und ich kann und will es auch nicht verschweigen. Überall, wo ich momentan hinkomme, ist es das letzte Mal, jedenfalls in der Funktion als DGB-Vorsitzender. Und ich möchte auch sagen, wenn ich das auch als überzeugter Berliner sagen darf, als jemand, der im Mai den DGB-Kongress im City Cube noch eröffnen möchte: Das ist eine wirklich schöne Halle und das Schönste daran ist, sie ist offensichtlich rechtzeitig fertig geworden. Und es macht einfach Spaß, in einem so schönen Versammlungssaal zu sein, in einer schönen Stadt wie Dresden.

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen das ja auch eben persönlich gesagt und will es nochmal hier wiederholen: Als ich das erste Mal in meinem Leben nach Dresden kam, ich glaube, das war im Februar 1990, bin ich vom Flughafen die Straße runtergefahren, an der Kaserne der Sowjetarmee vorbei, über Kopfsteinpflaster, habe den Neustädter Bahnhof gesehen und bin anschließend ins Gewerkschaftshaus gefahren und habe gedacht: Oh Gott, oh Gott, so hast du es dir tatsächlich nicht vorgestellt. Und wenn ich heute nach Dresden komme, muss ich sagen, 23 Jahre danach ist viel passiert, viel erreicht, übrigens erreicht worden durch den gemeinsamen Zusammenschluss von Politik, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ohne das Werk der arbeitenden Menschen sähe Dresden nicht so aus. Das sollten die immer wissen, die darüber reden, wenn sie über das schöne Dresden sprechen.

Aber gestatten Sie mir noch eine zweite Anmerkung. Ich kam dann ins Dresdner Gewerkschaftshaus, damals noch als Vertreter der Postgewerkschaft. Da war eine Veranstaltung, auf der der westdeutsche Bundespersonalrat vom Bundespostministerium den ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen von der Deutschen Post erklärte, wie denn in Zukunft die Welt aussieht. Ich werde das Bild nie vergessen und es hat sich frei nach Franz Mehring tief eingeschrieben in die Herzen der Arbeiterklasse. Oben saßen ein paar Wessis und unten schrieben die Ossis mit. Und ich habe mir an dem Tag geschworen: Das ist ein Bild, das willst du nie wieder sehen.

Wir wollen gleichberechtigte Menschen in Ost und West. Wir wollen gleiche Rechte in Ost und West und wir wollen, dass jeder Mensch, jeder seinen Wert hat, egal übrigens, aus welcher Biografie sie oder er stammt. Ich bin stolz darauf sagen zu können für die deutschen Gewerkschaften, letztendlich haben wir als allererste es geschafft, die deutsche Einheit auch in der Organisation zu leben und gleichzeitig zu wissen, dass die Menschen auch ein Recht auf ihre eigene Identität und auf ihre eigene Geschichte haben. – Ja, warum denn auch nicht? Diejenigen, die meinen, sie wären die wesentlich Besseren, stelle ich immer die Frage: Wie hätten ihr denn eigentlich reagiert unter den Bedingungen eines spätstalinistischen Systems? Wie hätten ihr denn reagiert, wenn ihr in die Situation gekommen wärt? Es war einer der Punkte, Sie haben es angesprochen mit dem Blick auf 2010 und ich nehme an, dass auch der Hinweis vorhin auf die Kooperation mit dem Bezirk Berlin-Brandenburg von dir, Iris, darauf zielte. Ja, ich war einer derjenigen, der sich im DGB-Bundesvorstand dafür eingesetzt hat, dass der DGB-Bezirk Sachsen bleibt, und zwar deshalb, weil wir natürlich wussten, dass es Probleme gibt, auch finanzielle Probleme, und dass wir auch nicht sozusagen das Geld ausbuddeln und dann ausgeben können, mir aber völlig klar war, dass die Menschen auch ihre organisatorische Identität brauchen. Ich bin sehr froh darüber, dass es gelungen ist, auch in der Zusammenarbeit zwischen dir und Doro und zwischen den Bezirksvorständen von beiden Seiten, diese Kooperation zu leben. Ich glaube, es war eine richtige Entscheidung des Bundesvorstandes, eben nicht auf eine Fusion zu drängen, sondern zu sagen: Dort, wo man kooperieren kann, sollte man kooperieren. Und dort, wo es nicht geht und die Eigenständigkeit gebraucht wird, sollte man es auch nicht tun. Ich glaube, dieses Modell hat sich bewährt, Kolleginnen und Kollegen.

Aber wenn ich schon den Blick in die Vergangenheit zurück mache, dann möchte ich noch zu zwei, drei Punkten etwas sagen, um den Bogen zur Gegenwart zu schlagen. Als ich Anfang 1990 das erste Mal in Dresden war

und erlebte, was es heißt an Herausforderungen, die deutsche Einheit zu schaffen, und zwar nicht nur materiell, sondern auch ideell. Was wir den Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland zugemutet haben, ein System innerhalb letztendlich eines Jahres zu übernehmen, was so ungefähr vergleichbar ist, als wenn die USA Mexiko aufnehmen und man den Mexikanern sagt, jetzt lernt ihr mal amerikanisches Arbeitsrecht, was wir den Kolleginnen und Kollegen zugemutet haben und gemeinsam erfahren haben, gehört mit zu unserer gemeinsamen jüngeren Tradition. Aber zu unserer gemeinsamen jüngeren Tradition gehört eben auch, Kolleginnen und Kollegen, dass wir alle miteinander erlebt haben, dass natürlich vieles von dem, was unsere Werte sind – Sozialstaatlichkeit, Solidarität, Gerechtigkeit –, auch in diesem Teil unseres Landes diskreditiert war. Und viele Menschen wollten die DM und sie wollten die Freiheit, aber sie wollten nicht unseren Sozialstaat. Darunter leiden wir teilweise noch heute, weil wir natürlich wissen, dass mit dem, was wir artikulieren, was wir wollen, was wir sozusagen in die Debatte werfen, auch immer wieder neu in den Köpfen errungen werden muss, dass das nicht selbstverständlich ist, dass nichts, gar nichts selbstverständlich ist und dass wir teilweise – übrigens auch die Wessis unter uns – lernen müssen, dass wir zwar die gleiche Sprache sprechen, aber mit manchen Begriffen sehr Unterschiedliches meinen.

Das ist etwas, was für mich ein Punkt war, den ich versucht habe mühsam zu lernen und lernen musste. Trotzdem glaube ich sagen zu können: Ja, es hat sich gelohnt. Diese gemeinsame Arbeit hat sich gelohnt. Es hat sich gelohnt, den Aufbau zu machen. Es hat sich gelohnt, in Ostdeutschland eine Perspektive zu schaffen. Wenn ich das mal ganz persönlich sagen darf: Ich habe vor zwei oder drei Jahren eine Lkw-Fabrik in Rheinland-Pfalz besucht, die größte der Welt. Die montieren dort die Mercedes-Lastkraftwagen. Dort habe ich mit jungen Leiharbeitern geredet. Die kamen aus Stendal, nicht Dresden, aber Sachsen-Anhalt. Die haben mir gesagt: Weißt du, ich weiß, dass ich hier nicht das verdiene, was die Stammarbeiter verdienen, aber 17 Euro in Wörth am Rhein ist mir allemal lieber als arbeitslos in Stendal.

Da muss ich sagen: Das ist deshalb so tiefsinnig traurig, was ich gerade erzählt habe, weil es auf zwei Sachen aufmerksam macht, nämlich auf die Tatsache, dass wir die Aufgabe haben, hier den Osten, die neuen Bundesländer tatsächlich zum Blühen zu bringen, dass die Menschen hier eine Perspektive haben, übrigens auch die jungen Menschen eine Perspektive haben, weil wir auch verhindern müssen, dass sozusagen der Export der jungen Menschen in den Westen gleichzeitig dazu missbraucht wird, die Arbeits-

und Lebensbedingungen insgesamt abzusenken, Kolleginnen und Kollegen. Das müssen wir schaffen.

Ich füge hinzu, so richtig gute Erfahrungen haben die Menschen in den neuen Bundesländern mit Westdeutschen ja auch nicht gemacht. Ich glaube, ihr wisst wesentlich besser, worüber ich rede, als ich das selber beurteilen kann. Ich weiß noch, wie die ersten Verwaltungsbeamten, die im Westen nichts wurden, in den Osten kamen und dann hier die Herrenmenschen spielten. Ich kann mich da noch genau dran erinnern. Ich weiß noch, wie es war, als die Unternehmer hier im Osten gesagt haben, jetzt ist der Sozialismus vorbei und wir machen jetzt Wildwest. Und die meinten wild, Kolleginnen und Kollegen. Und die haben hier versucht, jede Form von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kaputtzumachen, zu verhindern, gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. Und es ist eine ganz mühsame Arbeit gewesen, die Menschen für die Gewerkschaften zu begeistern und sie gleichzeitig zu organisieren und diesen Schmutzarbeitgebern, ich benutze den Begriff bewusst, Kolleginnen und Kollegen, beizubringen, was vernünftige Sozialbeziehungen in einem zivilisierten Land sind, Kolleginnen und Kollegen.

Das war eingebettet in die Politik des Neoliberalismus. Denn wir haben doch im Westen erlebt, beginnend übrigens mit dem Putsch in Chile 1973, wie der Siegeszug des Neoliberalismus versucht hat, alles das, was wir an sozialstaatlichen Werten entwickelt haben und was wir unter den Bedingungen des Kalten Krieges auch im Westen besser entwickeln konnten als in anderen Regionen der Welt, wie versucht wurde das zu schleifen. Dann war es Reagan in den USA, dann war es Thatcher in Großbritannien, aber dann war es auch Kohl in Westdeutschland, die alles getan haben, um uns einen Kopf kürzer zu machen und die Gewerkschaften organisatorisch zu schwächen und gleichzeitig Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu schleifen.

Wir haben die Kämpfe gehabt um das Streikrecht im Zusammenhang mit dem § 116 AFG. Wir haben die Kämpfe gehabt um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir haben die Kämpfe gehabt in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, wo gesagt wurde, jede Arbeit ist besser als gar keine, und die CDU dann die Parole ausgab: Jede Arbeit ist sozial. – Und wir sagen, Kolleginnen, Kollegen: Nicht jede Arbeit ist sozial, sondern nur jede anständige, gute Arbeit ist sozial, Kolleginnen und Kollegen!

Damals wurden die Köpfe vergiftet. Und wenn sich heute der Ministerpräsident hier hinstellt und sagt, es ist ganz wichtig, dass wir die Ausbildung machen, ich nehme an, Iris wird nachher noch etwas zur speziellen Situation in Sachsen sagen, dann sage ich: Es waren die Gewerkschaften, die auch in

Zeiten der Massenarbeitslosigkeit dafür gesorgt haben, dass Ausbildungsplätze nicht vernichtet wurden. Wir haben alles getan, um den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie nicht so ein Schicksal haben wie heute die jungen Leute in Spanien, Kolleginnen und Kollegen. Das war unsere Arbeit.

Natürlich ist es wichtig, dass junge Menschen eine Arbeit haben, aber viel wichtiger ist doch, dass sie eine Ausbildung haben, dass sie eine Lebensperspektive haben. Das gilt in Dresden wie in Saragossa. Das lassen wir auch nicht auseinander dividieren. Ich will allerdings auch sagen, wir waren nicht nur ein Stück von einer Erfolgsgeschichte. Wir hatten schwierigste Abwehrkämpfe zu fahren. Wir mussten teilweise um das Überleben kämpfen, Kolleginnen und Kollegen. Und zur Wahrheit gehört auch: So erfolgreich unsere Kampagnen zur Ausbildung waren, so wahr ist auch, dass wir nach wie vor 350.000 junge Leute in Deutschland haben, die nicht ausgebildet wurden, die sozusagen das Nachwuchskräftepotenzial für prekäre Arbeit sind, die eben keine Berufsausbildung haben. Wir müssen alles tun, und ich weiß, Elke mit ihren Leuten kümmert sich da intensiv drum, zum einen zu versuchen, dass wir den jungen Leuten jetzt eine Ausbildung geben, aber gleichzeitig denen, die in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit auf der Strecke geblieben sind, nachträglich eine zweite Chance geben – im wahrsten Sinne des Wortes.

Ich sage euch, Kolleginnen und Kollegen, wenn jetzt die Bundesregierung kommt und zu uns sagt, kommt doch bitte in den Pakt für Ausbildung rein, dann werden wir das machen, aber nur unter der Bedingung, dass das nicht eine Showveranstaltung von irgendwelchen Industrie- und Handelskammern ist, sondern dass was für junge Leute getan wird, und zwar für die, die morgen eine Ausbildung brauchen und für die, die gestern keine bekommen haben. Kolleginnen und Kollegen, das ist unsere Bedingung.

Nochmal zurück zum geschichtlichen Rückblick: Wir haben auch unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit gelitten. Der größte gewerkschaftliche Erfolg in dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends war, dass wir nicht untergegangen sind. Die Gefahr, dass wir untergegangen wären, war groß. Die war besonders groß zu einer Zeit, die heute mit der Zeit der Agenda 2010 umschrieben wird, damals, als sozusagen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Seele verlor und ihre Hand zur Krönung des Neoliberalismus reichte. Die Agenda 2010 ist nichts anderes als die massenhafte Einführung von prekärer Arbeit im Niedriglohnsektor in Deutschland, Kolleginnen und Kollegen. Das bleibt leider die Wahrheit.

Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich sehr genau. Ich war damals schon DGB-Vorsitzender, 2002 gewählt. Der Laden war nicht einheitlich. Der DGB hatte keinen guten Ruf. Ich kann mich noch erinnern, als ich mein erstes Grundsatzreferat hielt und anschließend der Vorsitzende einer großen Organisation in die Bütt ging und sozusagen ein zweites hielt nach dem Motto: Seht ihr mal, der Sommer kann es nicht. Ich habe das sehr genau erlebt. Und manche Wunde habe ich auch immer noch in mir. Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich sage euch: In einer Zeit, wo die Gewerkschaften existenziell bedroht waren, war es unsere gemeinsame Aufgabe, die Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Wir hatten Auseinandersetzungen, wir hatten Schwierigkeiten miteinander herauszufinden, was der rechte Weg ist.

Viele von euch erinnern sich doch noch an die Debatten um die Montagsdemonstrationen. Viele von euch wissen noch, wie wir dazu standen. Viele von euch wissen doch, dass der eine Teil der Gewerkschaftsbewegung gesagt hat, lasst uns mal mit dem Schröder reden, damit der nicht völlig durchdreht. Und die anderen haben gesagt: Das hat bei dem keinen Wert. Und in der Mitte stand der DGB. Dieser DGB-Vorsitzende, der heute vor euch steht, ging dann 2006 in einen gespaltenen Kongress. Das war der schlimmste Kongress, den ich in meinem Leben erlebt habe – nicht nur wegen meines Wahlergebnisses. Ich habe das übrigens neulich mal dem Kollegen Gabriel gesagt: Weißt du, wenn du über ein schlechtes Wahlergebnis jammerst wie jetzt in Leipzig, guck dir mal meins an. Ich weiß, was das heißt. Das macht nicht nur Freude, den Laden immer wieder zusammenzuhalten und immer wieder zu sagen, Leute, eine Gewerkschaftsbewegung, die gespalten ist, hat keine Kraft, weil sie ihre Solidarität untereinander verliert und ihre Schlagkraft nach außen.

Diese Zeit war nicht schön. Sie war übrigens auch in eine Zeit eingebettet, wo wir ständig Mitglieder verloren haben – ständig, Jahr für Jahr drei Prozent weniger Beitragseinnahmen, Jahr für Jahr Rückzug aus der Fläche, immer mehr den Hauptamtlichen gesagt: Leute, schafft schneller Genossen. Und den Ehrenamtlichen haben wir gesagt haben: Leute, tut uns leid, wir würden euch ja gerne draußen betreuen, aber wir haben das Geld, die Kraft nicht mehr. Das war eine Zeit, Kolleginnen und Kollegen, von der ich sage: Es ist gut, dass sie vorbei ist. Aber dass sie vorbei ist, ist nicht von allein gekommen, sondern das ist unser gemeinsames Werk.

Und wenn ich heute, das Wort sage ich heute zum ersten Mal, sozusagen als persönliches Testament ein paar Sachen hinterlassen darf, als Nachdenken an euch, die weiter den Karren ziehen sollen und müssen, dann würde

ich gerne sechs Punkte rausarbeiten, die meines Erachtens diejenigen Punkte waren, die uns wieder auf die Erfolgsspur gebracht haben.

Der erste Punkt war, dass wir die Frage, dass die Stärke der Gewerkschaften von der Zahl ihrer Mitglieder abhängt, wieder ernst genommen haben. Es war namentlich die IG Metall, die begonnen hat, diese Kampagne zu führen und die Trendwende in der Mitgliederentwicklung einzuführen. Ich bin richtig stolz darauf sagen zu können: Es ist gelungen. Der Funke ist zu allen Gewerkschaften übergesprungen. Seit Jahren nehmen wir bei den berufstätigen Mitgliedern wieder zu – über alle Gewerkschaften. Seit Jahren nehmen wieder bei den jungen Mitgliedern zu – über alle Gewerkschaften. Bei fünf Gewerkschaften ist es in diesem Jahr erstmals auch gelungen, dass alle im Saldo eine positive Mitgliederentwicklung haben. Nur um deutlich zu machen, was das auf den Bund bezogen heißt: Wir müssen jeden Tag in Deutschland eintausend neue Gewerkschaftsmitglieder werben, ob das Silvester ist oder Neujahr oder Fasching oder der 1. Mai, jeden Tag tausend neue Mitglieder, um nur den Abgang – zum Beispiel durch Sterbefälle, Austritte und Alter – wettzumachen, Kolleginnen und Kollegen. Dass uns das gelingt, zeigt, diese Bewegung ist stark. Sie lebt. Sie will Zukunft haben. Und, Kolleginnen und Kollegen, das ist das Schönste, was wir sagen können, dass wir wieder Zukunft haben, dass die Menschen zu uns kommen und wir ganz offensichtlich wieder ein Anker für sie sind, wo sie sagen: Ja, das sind unsere Interessenvertreter. Und ich bin bereit, mich persönlich und als Teil der Gemeinschaften aktiv einzubringen, um morgen und übermorgen mein eigenes Schicksal zu verbessern und gemeinsam mit anderen auch das von anderen Kolleginnen und Kollegen. – Das macht uns wirklich stark.

Der zweite Punkt: Wir sind auch im Bewusstsein wieder in die Betriebe und Verwaltungen zurückgekehrt. Das hört sich einfacher an, als es gesagt ist. Aber der Bezug zu den Kolleginnen und Kollegen, die arbeiten, die in Ausbildung stehen, die Arbeit wollen, das macht uns stark, die betrieblichen Konflikte zu bestehen, die manchmal ganz, ganz hart sind, wenn ein Laden geschlossen werden soll, wenn wir über Transfergesellschaften reden, wenn wir über Beschäftigungsgesellschaften reden, wenn wir über Sozialpläne reden, wenn wir über Sozialtarifverträge reden, um Läden am Leben zu erhalten und vor Arbeitslosigkeit zu schützen – aber nach dem Motto: Leistung und Gegenleistung – das macht uns stark. Das macht uns auch übrigens glaubwürdig. Kolleginnen und Kolleginnen, ich will nur daran erinnern: Derzeit laufen die Vorbereitungen – und manche sind schon mittendrin – der Betriebsratswahlen. Neben der Mitgliederfrage ist der ein-

zige wirkliche Gradmesser unseres Erfolges, dass wir in den Betrieben die Betriebsräte stellen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns mit unserer ganzen Kraft jetzt auch auf diese Betriebsratswahlen stürzen, Kolleginnen und Kollegen. Das macht uns auch stark. Oder meint ihr ernsthaft, jemand wie ich könnte zu der Merkel gehen und sagen, wissen Sie, ich lebe eigentlich in einer todkranken Organisation, aber ich fordere dieses und jenes von Ihnen? Das geht doch nur, wenn die wissen, dass wir was im Kreuz haben, tatsächlich im Kreuz haben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir Mitgliederbezug und Betriebsbezug so hochhalten.

Der dritte Punkt, Kolleginnen und Kollegen, ist der, dass ich euch sage, diese Gewerkschaftsbewegung ist nicht ein x-beliebiger Verein zur Verbesserung der Welt. Diese Gewerkschaftsbewegung ist die Organisation der Arbeit. Darin liegt unsere Kernkompetenz. Da sagen die Leute: Das könnt ihr! – Natürlich haben wir auch andere Bezüge, aber wir leiten alles aus der Notwendigkeit von guter Arbeit, von Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von Rechten für ein besseres Leben für diese arbeitenden Menschen ab. Das ist unsere Kernkompetenz und nicht irgendein x-beliebiger Sozial- oder Rentnerverband zu sein, nicht eine x-beliebige NGO, nicht ein x-beliebiger Verein, der sagt, ich mache heute dieses und morgen jenes. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns darauf besinnen, dass unsere Kernkompetenz die Arbeit ist und wir daraus Fragen der Rente, der Sozialversicherung ableiten, meinetwegen auch Fragen der Ökologie oder der Energiewende, dann ist es richtig. Wenn wir so tun, als ob wir heute für Friedensbewegung, morgen Antinazibewegung, übermorgen diese Bewegung sind, dann machen wir einen Fehler. Wenn wir uns engagieren, dann machen wir es aus der Situation und aus der sozialen Rolle der Organisation der Arbeit heraus. Das ist etwas, was ich euch mit auf den Weg geben will, dass wir diesen Kompass nie verlieren.

Natürlich sind wir viertens eine gesellschaftliche Organisation. Ich bin stolz darauf, Vorsteher einer Organisation zu sein, die sagen kann, wir stehen an vorderster Front, wenn es darum geht zu sagen: Kein Platz für Nazis, Kolleginnen und Kollegen. Das wird auch so bleiben. Aber wir tun das doch auch nicht nur aus einem generellen demokratischen Interesse, nicht nur aus einer generellen Hinwendung zu Toleranz und Menschenwürde und Menschlichkeit, das ist selbstverständlich, wir tun es auch, weil wir wissen, dass die organisierte Arbeitnehmerschaft die erste wäre, die kaputt ginge, wenn die Nazis wieder die Macht übernehmen würden. Kolleginnen und Kollegen, wir haben doch nicht vergessen, dass wir im vergangenen Jahr

den 2. Mai 1933 begehen mussten, einen Tag, an dem unsere Vorgänger wahrscheinlich in bester Absicht versucht haben, mit den Nazis zu paktieren, um zu überleben, und erfahren mussten, dass das alte Wort von Otto Wels, „man kann eine Organisation nicht retten, wenn man ihre Idee verrät“, leider stimmt. Wir waren neben den Kommunisten, neben der sozialdemokratischen Partei die Ersten, die die Konzentrationslager füllten. Schon deshalb sagen wir, kein Platz für Nazis, weil, wir wollen Demokratie und Freiheit. Das ist für uns wichtig wie die Luft zum Atmen, Kolleginnen und Kollegen.

Der fünfte Punkt, den ich nochmal rausarbeiten will, ist der: Wir sind Einheitsgewerkschaft, Einheitsgewerkschaft im mehrfachen Sinne des Wortes. Ich habe eben ein bisschen über die Zeit geredet, als wir intern die Agenda-Auseinandersetzung hatten. Meint ihr denn, wir hätten den Laden überlebensfähig gehalten, wenn wir nicht von der emotionalen Treue zu einer Partei, die uns gerade verraten hatte, umgeschaltet hätten hin zu einer Unabhängigkeit zu allen Parteien, wenn wir nicht gleichzeitig gesagt hätten, Leute, wir machen unsere Position an dem fest, dass wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind und den Interessenbezug haben? Und daraus leiten wir unsere Politik ab. Wir sind übrigens stolz darauf, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sich in Parteien engagieren. Das ist notwendig. Die Frage ist nur: Engagieren sie sich dort als Gewerkschafter oder organisieren sie sich in den Gewerkschaften als Parteisolddaten? Das ist der Unterschied. Ich sage euch, das Erste ist richtig und das Zweite ist grundfalsch, denn wir haben ein gemeinsames Anliegen. So gesehen ist die Gewerkschaftsbewegung, weniger als Parteien, aber gleichzeitig auch viel mehr. Wir sind nämlich die Organisation der Arbeit, unabhängig, stolz, selbstbewusst, kritisch gegenüber all denjenigen, die uns gute Versprechen machen, sie sie nicht halten, und sehr wohl solidarisch mit denjenigen, die unsere Forderungen aufnehmen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das stärkt uns. Ich sage das ausdrücklich deshalb, weil Einheitsgewerkschaft mehr ist als die Tatsache, dass Elke Hannack nicht nur eine gute stellvertretende Vorsitzende des DGB ist, sondern auch aus der CDU kommt. Wichtig ist, dass wir insgesamt, Kolleginnen und Kollegen, den Laden zusammenhalten, wir tolerant sind untereinander, dass wir wissen, wir haben verschiedene weltanschauliche Strömungen in den Gewerkschaften. Wir haben unterschiedliche Herkünfte – ja, warum denn auch nicht? Aber uns eint eins, nämlich dass wir solidarisch das Los der arbeitenden Menschen verbessern wollen. Kolleginnen und Kollegen, ich

weise auch ausdrücklich mit Bezug auf die Gewerkschaftsgeschichte darauf hin, dass Einheitsgeschichte mehr ist als nur parteipolitisch gesehen Einheitsgewerkschaft.

Wir sind die Einheitsgewerkschaft von Männern und Frauen und haben in Punkto Gender noch manchen Nachholbedarf in den Gewerkschaften, und zwar nicht verbal, sondern in der Praxis. Wir sind die Einheitsgewerkschaft von Jung und Alt. Auch das stellt uns vor Herausforderungen, wo wir den Jungen nicht nur eine Spielwiese überlassen, sondern wo wir ihnen sagen: Ja, gestaltet eure Zukunft mit, aber bitteschön, tut das in Solidarität der Generationen und lasst euch nicht einspannen, wie jetzt in der Renten-debatte, für seltsame Debatten über Generationenkonflikte.

Wir sind die Einheitsgewerkschaft von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Kolleginnen und Kollegen, lasst mich das mal ganz persönlich sagen. Ich habe mal bei einem Besuch in der Türkei erlebt, wie streikende Arbeiter in der Türkei einem Block von schwarzen Polizisten gegenüberstanden und die als ihre Feinde ansehen und ich denen sagte: Bei uns ist die Polizei Mitglied im Gewerkschaftsbund. – Die hatten Tränen in den Augen, als ich ihnen das gesagt habe. Ich will nur sagen, dass wir so zusammenhängen, dass wir öffentlichen Dienst, private Dienstleistung, öffentliche Dienstleistung, Industrie miteinander verbinden, das macht unsere Stärke aus. Das stellt übrigens ab und zu auch mal die Solidarität vor Herausforderungen, aber man kann die tragen.

Ich wollte darauf hinweisen, dass wir Einheit sehr viel breiter leben müssen, übrigens auch Einheit von unterschiedlichen Kulturen in den Gewerkschaften. Ich weiß, dass ich Vorsitzender eines Vielvölkerstaates bin mit unterschiedlichen Kulturen, unterschiedlichen Herkunftsn, unterschiedlichen Anschauungen, unterschiedlichen Wertvorstellungen, unterschiedlichen Demokratievorstellungen. Was der eine für demokratisch hält, hält der andere für Autokratie usw., usw. Ich gucke immer von links nach rechts und von rechts nach links, wollte ich nur sagen.

Aber trotzdem, diese Gewerkschaftsbewegung ist eine Gewerkschaftsbewegung. Sie gehört zusammen. Die Vielfalt macht uns stark, wenn wir zusammenstehen, wenn wir die unterschiedlichen Kulturen achten. Und Kolleginnen und Kollegen, lasst mich das sagen: Natürlich kann jede große Gewerkschaft mal zu dem und zu dem gehen und dort, dort und dort. Und zum Schluss werdet ihr alle gegeneinander ausgespielt. Es ist gut, dass es den DGB als gemeinsames Dach der Gewerkschaften gibt. Und es ist gut, dass wir den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen.

Kolleginnen und Kollegen, dann wird immer gesagt, ihr macht faule Kompromisse. Übrigens ist nicht jeder Kompromiss faul. Ein Kompromiss birgt in sich, dass man nicht alles durchsetzt, was man will. Aber viel entscheidender ist, dass wir uns gemeinsam einigen auf gemeinsame Positionen, Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wahren. Sonst werden wir gnadenlos gegeneinander ausgespielt und gespalten.

Ich glaube sechstens, das ist eine der ganz wichtigen Lehren, die wir aus dem vergangenen Jahrzehnt gezogen haben, und zwar erfolgreich gezogen haben, dass wir eben zusammenhängen, dass wir uns verständigen und dass der kleinste gemeinsame Nenner immer noch ein gemeinsamer Nenner ist. Und wenn man das nicht tut, hat man überhaupt keinen gemeinsamen Nenner. – Das mal ins Stammbuch geschrieben und hinzugefügt: Ich weiß, das macht nicht immer Spaß. Wenn ich jetzt sagen würde, ich bin jetzt zwölf Jahre DGB-Vorsitzender und ich möchte keinen einzigen Tag missen, dann würde ich lügen. Das will ich nicht. Es war mühsam.

Wenn ich daran denke, den Marshall-Plan für Europa zu entwickeln, neun Monate haben wir an dem Ding gewerkelt – Komma links rum, Komma rechts rum, Forderung links rum, rechts rum. Aber es hat sich gelohnt. Wir haben jetzt eine einheitliche Aufstellung für die Europapolitik, übrigens auch hin zu den Europawahlen. Es war eine unglaublich harte Arbeit, die Gewerkschaften gemeinsam auf einen Kurs für eine neue Ordnung der Arbeit zu bringen, aber es hat sich doch gelohnt – der Kampf für einen Mindestlohn und gleichzeitig für die Stärkung der Tarifautonomie. Wer hätte es denn sonst gemacht, wenn nicht wir?

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich hinzufügen: Ich erinnere mich, dass ich sicherlich im Leben mehrere Fehler gemacht habe. Ein großer Fehler als DGB-Vorsitzender war, dass ich in der Situation der Mindestlohndebatte versucht habe, mit Mehrheiten zu arbeiten. Ich würde das nie wieder tun. Ich kann nur alle mahnen, das auch nicht zu tun. Der DGB als Ausdruck einer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung ist auf Konsens und Gemeinsamkeit angewiesen. Das heißt aber auch, dass die Mitgliedsgewerkschaften sich aufeinander zu bewegen und nicht der eine sagt, wenn ich Nein sagte, bin ich eben die Sperrminorität und es passiert nichts, sondern dass man in Toleranz und in Achtung vor unterschiedlichen Vorangehensweisen, auch Bedingungen in den jeweiligen Bereichen aufeinander zugeht und miteinander versucht den Konsens zu suchen.

Das ist uns jetzt beim Thema Arbeit gelungen. Wir haben uns durchgerungen zu einer gemeinsamen Mindestlohnstrategie und haben uns gleich-

zeitig durchgerungen zu sagen: Wir brauchen doch auch eine neue Ordnung der Arbeit. Denn wir wissen doch, Kolleginnen und Kollegen, dass Arbeit, sozusagen die gute Arbeit, in die Zange genommen wurde. Von unten drücken der Niedriglohnsektor und prekäre Arbeit. Acht, neun, zehn Millionen Menschen arbeiten mittlerweile unter solchen Bedingungen in Deutschland, ein Viertel der Menschen, die in Deutschland einer abhängigen Beschäftigung nachgehen. Und von oben drückt der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen auf tarifvertragliche Bedingungen. Den Kolleginnen und Kollegen in der Industrie wurde doch permanent vorgeführt, es geht billiger – für die gleiche Arbeit 30 % weniger.

Kolleginnen und Kollegen, die Antwort darauf kann doch nur sein, dass wir diese Strategie der Zange dadurch durchbrechen, dass wir eine Doppelstrategie erfolgreich gefahren sind und die unter die Überschrift „Neue Ordnung der Arbeit“ gepackt haben, nämlich die Bekämpfung von prekärer Arbeit und die Stärkung der Tarifautonomie, weil, Letzteres ist die Kernkompetenz der Gewerkschaften.

Lasst mich in dem Zusammenhang ein kurzes Wort zur Koalitionsvereinbarung sagen: Da wird ja so getan, als ob wir jetzt die Gewerkschaftsregierung an der Macht hätten. Das ist völliger Unsinn. Das ist eine Koalitionsregierung, in der wir einiges in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnten – so den Mindestlohn, aber auch nicht ohne Bedingungen und auch nicht ohne Kröte und die eine oder andere Sache, die einem schwer weh tut. Ich will euch aus den Verhandlungen kurz berichten. Natürlich haben wir in der Zeit keine Pressekonferenzen, sondern ich habe meine Aufgabe darin gesehen, mit beiden großen Volksparteien ständig im Kontakt zu bleiben und zu verhandeln. Wir haben das gemacht, auch gemeinsam mit dem Vorsitzenden. So ist auch dieser Mindestlohnkompromiss entstanden. Der Ministerpräsident hat ja heute versucht, die Frage sozusagen zu umaalen. Tatsächlich wurden wir mit dem Hinweis von Frau Merkel konfrontiert, aber auch von Herrn Tillich, dass – wenn abrupt der Mindestlohn eingeführt würde, es in Ostdeutschland Massenarbeitslosigkeit geben würde, weil die Diskrepanz zwischen 4,50 und 8,50 Euro zu groß ist. Ich habe der Merkel dann gesagt: Sagen Sie mal, sind Sie eigentlich von Sinnen? Meinen Sie ernsthaft, dass es ein Geschäftsmodell ist, dass man den Leuten 4,50 Euro bezahlt und sie anschließend zum Sozialamt schickt? Das ist doch kein Geschäftsmodell! Unternehmer dieser Art müssen weg von der Bühne, Kolleginnen und Kollegen.

Aber natürlich war die reale Bedrohung da: Wir entlassen die, wenn der Mindestlohn abrupt kommt. Dann haben wir uns nach mühsamen Ver-

handlungen, wir hatten mehrere Modelle auf dem Tisch, auf dieses Tarifvertragsmodell geeinigt. Wir machen eine zweijährige Einschwungphase. Die ist schwierig, weil wir auch unsere Erfahrungen mit tarifvertraglicher Abweichung bei der Leiharbeit haben. Ich weiß sehr genau, worüber ich rede. Wir haben in den Verhandlungen versucht auszuschließen, und es ist uns auch gelungen, dass es Tarifverträge gibt, die eine Insichbezugnahme auf irgendeinen Schmutztarifvertrag von irgendwelchen Schmutzverbänden mit irgendwelchen Schmutzarbeitgebern haben, sondern dass es sich um Branchentarifverträge von tariffähigen Verbänden handelt – sprich: DGB-Gewerkschaften.

Iris hat mir berichtet, dass die ersten jetzt schon anklopfen. Das ist auch gut so. Wir haben vereinbart zu sagen, wenn die anklopfen, sagen wir ihnen: Herzlich willkommen in der zivilisierten Welt – erster Punkt. Zweiter Punkt: Gehen Sie mal an die Arbeitgeberverbände und dann kommen Sie wieder. Wir machen keinen Tarifvertrag mit irgendeinem Bäckermeister, mit irgendeiner Reinigungsfirma oder mit irgendeiner Sicherheitsbude, sondern wir machen Branchentarifverträge. Und wenn Sie im Arbeitgeberverband sind, sind Sie uns herzlich willkommen. Dann sind wir auch bereit, etwas zu machen. Dass das wirkt, haben unsere Kolleginnen und Kollegen von der NGG bewiesen. Der Tarifvertrag in der Fleischindustrie wäre ohne diesen Mindestlohnkompromiss nicht zustande gekommen. Kolleginnen und Kollegen, die Fleischindustrie ist nicht nur ein blutiges Geschäft, sondern es ist auch ein blutiges Handwerk von einigen wirklich miesen Arbeitgebern. Das war einer der schwierigsten Brocken, der zu knacken war. Kolleginnen und Kollegen, dass das der NGG gelungen ist, ist ein unglaublich großer Erfolg, der uns alle stärkt, der aber auch deutlich macht: Wir finden uns doch mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro nicht ab. Das ist doch nicht der sozusagen ewige soziale Frieden, sondern was wir wollen, ist eine unterste Haltelinie. Iris hat es deutlich gesagt. Darüber bauen wir auf. Darüber wollen wir tarifvertraglich gestalten.

Kolleginnen und Kollegen, wenn niemand mehr an 8,50 Euro denkt, weil die Tarife höher sind, sind wir an dem Status, wo wir heute beim Urlaub sind, wo der gesetzliche Anspruch 24 Tage ist und die Realität sind 30. Das wollen wir auch beim Lohn – nicht mehr und nicht weniger, und zwar so schnell wie möglich.

Ich füge hinzu: Wir haben auch in den Koalitionsverhandlungen verbesserte Regeln zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durchgesetzt. Das muss jetzt alles noch ins Gesetz gegossen werden und da werden wir

noch vieles an Versuchen erleben, uns auszuhebeln. Da erlebt man ja teilweise Diskussionen, wo man sagt: Die hat es doch schon vor sechs Jahren gegeben. Wo war denn damals die Antwort? Wir werden das alles nochmal erleben.

Zum Schluss sage ich euch, Kolleginnen und Kollegen, wir werden es schaffen. Wir werden den Mindestlohn à la Koalitionsvereinbarung durchsetzen. Gestern habe ich in Bayern auf der Bezirkskonferenz geredet und denen gesagt, morgen kommt ja Herr Seehofer zu euch, das ist ja der Häuptling „Gespaltene Zunge“. Dem muss man aller Deutlichkeit sagen: Er hat einen Koalitionsvertrag mit unterschrieben, der eben keine Ausnahmen für Junge, keine Ausnahmen für Alte, keine Ausnahmen für Ost, keine Ausnahmen für Hof oder Plauen vorsieht oder sonst irgendwas, sondern es gibt einen Mindestlohn in ganz Deutschland, Kolleginnen und Kollegen. Und der beträgt 8,50 Euro die Stunde, nicht mehr und nicht weniger.

Ich habe den Ausflug in die Koalitionsverhandlungen gemacht, weil ich ja eigentlich bei dem Thema war: Einigkeit macht stark. Kolleginnen und Kollegen, glaubt ihr denn ernsthaft, wir hätten das erreicht, wenn wir nicht gemeinsam gestanden hätten, wenn wir nicht gemeinsam über Jahrzehnte eine Mindestlohnstrategie gefahren hätten, Kampagnen gefahren hätten, wenn wir nicht in der Lage wären, unsere Leute zu mobilisieren, Kampagnen miteinander zu unterlegen, gemeinsam zu agieren, dann hätten wir das nie geschafft. Das gilt übrigens auch für die Rente mit 67. Wenn wir nur signalisiert hätten, wir machen unseren Frieden damit, dann hätte es weder die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren gegeben, noch Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Die wären zur Tagesordnung übergegangen, Kolleginnen und Kollegen.

Nur, weil wir wirklich seit einem Jahrzehnt immer wieder drücken, bis wir es nicht mehr hören können, es uns aus den Ohren rauskommt, aber immer wieder ansetzen und sagen, ja, wir wollen das, die arbeitenden Menschen wollen das. Sie brauchen es für ein einigermaßen vernünftiges Leben – Kolleginnen und Kollegen, das hat uns stark gemacht. Es hat uns stark gemacht in der Frage der Arbeit. Es hat uns stark gemacht in Fragen der Rente.

Es hat uns noch nicht stark gemacht in Fragen Europas, weil wir nämlich diese Einigung, die wir zwar in Deutschland erreicht haben, noch lange nicht in Europa haben. Und wir haben sie auch noch nicht erreicht bei der Frage eines handlungsfähigen Staates. Die Auffassungen in den Gewerkschaften zur Steuerpolitik sind leider noch höchst unterschiedlich. Wenn wir über die Überschriften reden, ist das alles in Ordnung. Dann sagt jeder, ja, höhere

Erbschaftssteuer muss sein, Vermögenssteuer ist auch gut für Bildung usw., usw. Und eine Finanztransaktionssteuer muss dringend gemacht werden. Allein, es passiert nichts. Kolleginnen und Kollegen, ich führe übrigens auch das Wahlergebnis vom September darauf zurück, dass Teile unserer Leute gesagt haben, die reden zwar von den Reichen, meinen aber uns, weil sie immer noch diese Lüge mit der Merkel-Steuer in Erinnerung haben – nach dem Motto: Wir wollen nicht zwei Prozent Merkel-Steuer, um anschließend drei Prozent Mehrwertsteuererhöhung zu machen.

Da haben wir noch dicke Bretter zu bohren. Wir sind in den Themen noch lange nicht durch. Aber was wir geschafft haben, ist eine gemeinsame Sichtweise auf diese Themen. Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas, was uns dauerhaft stark macht. Nochmal: Mitgliederbezug, Betriebsbezug, Kampagnenfähigkeit, Mobilisierungsfähigkeit, gesellschaftliches Engagement, Einheitsgewerkschaft und gemeinsam sind wir stark, das sind die Erfolgsfaktoren einer guten Gewerkschaftsarbeit, einer Arbeit, von der wir heute und morgen sagen können, es hat sich gelohnt uns dort zu engagieren, unsere Kraft, unsere Freizeit, unser Engagement, unser Wissen, unser Können einzubringen.

Kolleginnen und Kollegen, wenn ich jetzt in drei Monaten gehe, dann tue ich das auch in dem Bewusstsein, dass wir gemeinsam vieles drehen konnten. Aber wir sind natürlich nie fertig. Warum denn auch? Kolleginnen und Kollegen, die Gewerkschaftsbewegung lebt davon, dass die Generationen wechseln, die Führungen wechseln, aber die Bewegung bleibt und lebt. Es gibt das Buch der Prediger, in dem es heißt: „Ein Jegliches hat seine Zeit.“ – Auch ich hatte meine Zeit. Und jetzt ist es die Zeit, zu gehen. Wir haben insgesamt in den Gewerkschaften des personellen Umbruchs.

Wir haben in den vergangenen Jahren fünf neue Gewerkschaftsvorsitzende gewählt. Wir haben eine neue Vorsitzende bei der GdP, eine neue Vorsitzende bei der GEW, einen neuen Vorsitzenden bei der IG BAU, eine neue Vorsitzende bei der NGG und einen neuen Vorsitzenden bei der IG Metall. Und ihr werdet auch einen guten neuen Vorsitzenden beim DGB bekommen. Kolleginnen und Kollegen, die werden weiterarbeiten müssen. Die werden ihre Fehler machen. Und die werden manches richtig machen. Rainer wird zum Beispiel, glaube ich, die Frage der digitalen Arbeit, die Zukunftsarbeit unter digitalen Gesichtspunkten in den Mittelpunkt seines Wirkens stellen. Er wird Fragen der Mitbestimmung möglicherweise stärker akzentuieren. Er wird Fragen von Europapolitik stärker akzentuieren. – Soll er doch, ist doch richtig. Es sind ja auch die richtigen Themen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wir gemeinsam gezeigt haben, wir können uns auch selber aus dem Sumpf ziehen. Und wir waren Anfang der 2000er Jahre leider im Sumpf. Heute sind wir wieder oben. Wir gelten heute nicht mehr Teil des Problems, sondern ohne uns gibt es keine vernünftige Lösung. Und darauf können wir gemeinsam stolz sein. Jetzt bitte ich euch zum Schluss noch um eins: Wenn ihr neue Führungen wählt, dann brauchen die die Unterstützung aller Gewerkschaften. Der DGB kann nur so stark sein, wie die Gewerkschaften ihn lassen. Es ist auch nicht so, dass man sagt, ja, wir stehen ja hinter dir, und zwar immer dann, wenn die Schüsse von vorne kommen, sondern wir stehen hinter euch, damit der Rücken gestärkt wird in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Kolleginnen und Kollegen, dann können wir es schaffen.

Am Dienstag ist Pete Seeger gestorben, ein amerikanischer Sänger und Liedermacher, der der Friedens- und Arbeiterbewegung unglaublich viel gegeben hat, unter anderem das schöne Lied: „We Shall Overcome“. Iris ist im Spätsommer und Frühherbst durch die Vereinigten Staaten gefahren, hat ein schönes Land gesehen, hat gesehen, dass leider die Hymne „Your land is my land“ nicht stimmt, weil dort der Neokonservatismus immer noch an der Macht ist und weil man dort über die Gewerkschaften sagt: Die Republikaner hassen sie und die Demokraten lieben sie nicht. – Kolleginnen und Kollegen, das erleben wir oftmals auch. Aber ich bin ganz sicher, Pete Seeger hatte recht: We Shall Overcome. – Glück Auf, Kolleginnen und Kollegen.

C Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik



Tagung: „60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Erfolgsmodell Mitbestimmung“ am 17. Oktober 2012 in Berlin (v. l. n. r.: Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen, Michael Sommer, Hermann Rappe).

Kundgebung „Reformen Ja! Sozialabbau Nein danke!“

24.05.2003, Hannover

In 15 Städten fanden am 24. Mai 2003 Demonstrationen unter dem Motto „Reformen ja. Sozialabbau nein danke“ statt. Michael Sommer sprach auf dem Klagesmarkt in Hannover. Die Aktion der Gewerkschaften fand im Vorfeld des Außerordentlichen SPD-Parteitages (1. Juni 2003) statt, auf dem die „Agenda 2010“ verabschiedet wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland braucht Arbeit. Und zwar Arbeit, von der man leben kann. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die Arbeitslosenzahlen neue Rekordhöhen erreichen. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass über eine halbe Million junger Menschen von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen worden sind. 550.000 junge Menschen ohne Arbeit und Ausbildung – oder beides: Das ist eine tickende soziale Zeitbombe, die zu entschärfen jeder von uns aufgerufen ist. Wir werden uns niemals damit abfinden, dass die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr 140.000 junge Menschen auf der Straße stehen lassen und nicht ausbilden will. Das sind doch dieselben Arbeitgeber, die in zwei Jahren wieder schreien, dass ihnen die Fachkräfte fehlen! Ein altes deutsches Sprichwort sagt: Wer nicht hören will, der muss fühlen. Und ich sage Ihnen: Wer nicht ausbilden will, der muss zahlen!

Es kann nicht sein, dass weniger als 30 % der deutschen Betriebe ausbilden und sich der Rest drückt! Deswegen erwarten wir von der Bundesregierung: Drohen Sie nicht nur unverbindlich mit einer Ausbildungsplatzabgabe. Führen Sie sie endlich ein! Die Firmen, die nicht ausbilden, müssen endlich ihren Beitrag leisten an die, die ausbilden und für die überbetriebliche Ausbildung – wobei die Ausbildung im dualen System für uns Priorität hat. Denn dass die deutsche Wirtschaft ihrer Ausbildungsaufgabe nicht nachkommt, das steht doch schon seit Jahren auf der Agenda. Und nicht erst im Jahr 2010. Und Im Übrigen: Wir alle merken es doch. Wo es an Moral gebricht,

da helfen auch keine moralischen Appelle. Nicht alle, aber viele deutsche Unternehmer und Manager haben jedoch die Moral verloren. Sie kennen nur ein Vaterland – und das ist ihr Bankkonto. Soziale Verantwortung aber ist nicht ihre Sache.

Da wir gerade bei der Moral sind, erinnere ich auch heute an das Grundgesetz. Darin heißt es: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Doch diese einfache Wahrheit haben viele – ich sage bewusst: nicht alle, aber viele – im Arbeitgeberlager, bei den Managern, bei denen mit großen Vermögen verdrängt. Man könnte auch sagen: Sie können den Hals nicht voll kriegen. Sie sind die eigentlichen Profiteure der Krise. Die einen bluten, schwitzen und weinen. Und diese Herrschaften golfen, segeln und greinen. Ja, sie greinen, es ginge ihnen noch immer nicht gut genug. Ihre Steuern wären zu hoch, sie könnten sich nicht länger paritätisch an der Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme beteiligen, sie wollen endlich heuern und feuern wie in Amerika. Und letztlich wollen sie die Löhne immer weiter drücken. Seitdem es in Deutschland Massenarbeitslosigkeit gibt, also seit Anfang der 80er Jahre, ist die einzige Antwort vieler Unternehmer, dass den sozial Schwachen, den Arbeitslosen, Kranken und Rentnern genommen werden muss, damit es ihnen selbst besser geht. Dafür, das versprechen sie immer wieder, würden sie dann Arbeitsplätze schaffen.

Doch die Wahrheit ist eine andere: Zwanzig Jahre Sozialabbau sind eingegangen mit stetig steigender Arbeitslosigkeit. Und da frage ich den Bundeskanzler: Woher nehmen Sie eigentlich die Hoffnung, dass es diesmal anders sein wird? Übrigens: Auch die alte Bundesregierung hat Sozialabbau immer mit dem Wort Reform kaschiert. Das führte dazu, dass sich die Leute heute die Taschen zuhalten, wenn sie das Wort Reform hören. Und das zu Recht. Ob Rentenreform oder Steuerreform – Es profitieren immer die Fal-schen.

Mit Blick auf die Agenda 2010 frage ich konkret: Wie soll auch nur ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen werden, wenn die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld drastisch gekürzt, die Arbeitslosenhilfe faktisch abgeschafft, der Kündigungsschutz verschlechtert und das Krankengeld privatisiert wird? Wir glauben weder, dass so mehr Arbeit entsteht. Noch denken wir, dass dies etwas mit wirklicher Reform zu tun hat.

Und mehr noch: Ich sage allen Unternehmern in diesem Lande, allen Arbeitgebern und allen Politikern: Wir werden uns dem Weg in eine unsos-ziale Minijob-Republik in den Weg stellen!

Deutschland ist kein Billiglohnland und es darf auch niemals unter der Billigflagge segeln. Denn das gute „Made in Germany“ hat seinen Preis. Wer Qualität verkaufen will, muss auch Qualität bezahlen. Unsere hohe Produktivität, das Können und das Engagement der arbeitenden Menschen ist unser Pfund im harten Wettbewerb einer globalisierten Wirtschaft. Und den Arbeitgebern sei ins Stammbuch geschrieben: Der Geschäftszweck eines Unternehmens ist es sicherlich, Gewinne zu machen, aber doch nicht, die Managergehälter unanständig zu erhöhen, Menschen zu entlassen und nur dann zu investieren, wenn der Staat Subventionen und Steuernachlässe gewährt. Der Geschäftszweck eines Unternehmens ist vielmehr, in neue Ideen zu investieren, Produkte zu entwickeln, Märkte zu erschließen, und so gute Löhne zu bezahlen, dass sich die Menschen diese Produkte und Dienstleistungen auch kaufen können.

Es ist doch bezeichnend, wie die Reaktionen der Wirtschaft auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. März ausgefallen ist. Wie erwartet: Es reicht denen immer noch nicht. Und das, obwohl die Bundesregierung sie schonen will und die Belastungen einseitig uns aufgeladen werden sollen. Dennoch sage ich: Natürlich sind wir bereit, über eine sinnvolle Reformpolitik zu diskutieren. Wir sind immer gesprächsbereit, wenn es wirklich um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geht. Aber genauso widerstandsfähig sind wir – und ich verspreche euch: wir werden es bleiben – wenn es um Sozialabbau geht. Deswegen kann es nicht nur um die Änderung von Details gehen.

Was wir wollen, ist nicht der Abbau des Sozialstaates, sondern sein sozial gerechter Umbau. Echte Reformagenda statt Sozialabbau, das braucht unser Land. Das gilt auch für die Rente, wo die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 ebenso unsozial wäre, wie die Steuerfreiheit für Nacht-, Schicht- und Feiertagszuschläge abzuschaffen. Merke: Zu einer richtigen, zu einer sozialen Politik reichen wir die Hand. Aber wir sind konsequent und prinzipienfest – uns ist unsere Glaubwürdigkeit sehr viel wert. Auf die Rutsche von Wortbrüchen und unsozialen Einschnitten bringt uns niemand. Im Übrigen, auch das sollte der Bundeskanzler verinnerlichen, leben wir in einer demokratischen Gesellschaft und nicht in einer Basta-Republik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ursprünglich hatten wir unsere Kommunikationskampagne unter das Motto gestellt: menschlich modernisieren, gerecht gestalten. Das macht zweierlei deutlich: Wir wissen, dass in diesem Land nicht alles bleiben kann, wie es ist. Und dass wir es modernisieren müssen. Aber bitte schön im Interesse der Menschen, im Interesse der brei-

ten Mehrheit der Bevölkerung und nicht gegen sie. Wer immer erfolgreich modernisieren will, der muss wissen, dass das nur auf der Basis sozialer Gerechtigkeit geht. Genau deshalb haben wir mit unserer eigenen Reformagenda ein Gegenstück zur Agenda 2010 entwickelt.

Da erwarten wir zu aller erst eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik. So wenig wir unseren Kindern unbezahlbare Staatsschulden hinterlassen wollen, genauso wenig können wir jetzt zusehen, wie ihre Eltern arbeitslos werden oder dass eine Millionen Kinder von der Sozialhilfe lebt. Das Argument mit den kommenden Generationen ist wirklich teuflisch – ein klassisches Totschlagsargument, um jeder sinnvollen Kritik ausweichen zu können.

Daraus ergibt sich zweierlei. Zum Ersten: Der Staat muss seine Einnahmebasis verbreitern. Es darf nicht so bleiben, dass unser Gemeinwesen letztendlich nur noch von den Lohnsteuerzahlern und Verbrauchern finanziert wird. Noch ein Wort zur Steuerschätzung und dem, was unser Finanzminister daraus folgert. Hans Eichel holen seine eigenen Fehler ein:

- Wer Steuergeschenke macht, muss sich nicht wundern, dass ihm Geld fehlt.
- Wer ein Land kaputt spart, der verschärft die ökonomische Krise noch weiter.
- Gegensteuern statt weitere pauschale Kürzungen insbesondere bei den Sozialausgaben, das ist das Gebot der Stunde – das ist die richtige Antwort auf die Krise.

Es ist doch ein Unding, dass im internationalen Vergleich Deutschland bei den Unternehmenssteuern im unteren Bereich rangiert, während die Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig steigt. Deshalb erwarten wir, dass aus der Körperschaftssteuer endlich wieder eine Steuer wird. Wir fordern eine Gewerbesteuerreform, die unsere Städte und Gemeinden wieder in die Lage versetzt, zu investieren – und zwar schnell. Wir fordern, die verzweifelten Hilferufe der Städte und Gemeinden endlich aufzunehmen. Und wir wollen auch, dass sich die großen Vermögen und hohen Einkommen stärker als bislang an der Finanzierung dieses Staats und seiner Aufgaben beteiligen.

Zweitens: Angesichts der seit zwei Jahren anhaltenden Konjunkturkrise ist der Sparkurs der Bundesregierung der falsche Weg. Und was der Finanzminister jetzt trotzig ankündigt, ist ein weiterer Schritt auf den Abgrund zu. Richtig wäre es, die Steuerreform insbesondere für die unteren Einkommensbezieher vorzuziehen, um die Massenkaufkraft zu stärken. Richtig wäre es,

mit gezielten Zuschüssen private Investitionen anzureizen. Richtig wäre es, jetzt nicht allein mit Zinsverbilligungen zu kommen, sondern die Kommunen mit Investitionshilfen in die Lage zu versetzen, Straßen zu reparieren, Schulen zu renovieren oder Ganztageseinrichtungen für Kinder zu schaffen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Wachstumsraten ständig weiter sinken, die Binnennachfrage praktisch zusammengebrochen ist und beides dazu führt, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt und die öffentliche Infrastruktur verkommt. Doch ich höre schon die Einwände unserer Kritiker, die sagen, denen fällt auch nicht mehr ein als höhere Steuern und Neuverschuldung. Denen sage ich: Wenn wir dem Grundübel der Massenarbeitslosigkeit nicht beikommen, ist jeder guten Reform die Grundlage entzogen. Ohne konjunkturpolitisches Umsteuern laufen die Reformen ins Leere. Das ist nicht nur meine Weisheit. Sie stammt von Gerhard Schröder. Verkündet am 14. März im Deutschen Bundestag.

Kolleginnen und Kollegen, auch die Gewerkschaften wissen, dass wir vieles in diesem Land zu modernisieren haben. Das Gesundheitswesen. Die Rentensysteme. Das Bildungswesen. Die Integration der Migranten. Wir müssen die Gleichstellung der Frauen endlich verwirklichen und wir müssen uns der Tatsache stellen, dass die Menschen in diesem Land immer älter werden und nach wie vor zu wenige Kinder geboren werden.

Zu all dem stehen konkrete Vorschläge auf unserer Reformagenda. Ich will mich hier heute auf wenige Punkte beschränken. Da ist zum einen das Gesundheitswesen. Zu einer sozial gerechten Reform gehört vor allem, dass der Abkassierer- und Selbstbedienungsmentalität endlich ein Riegel vorge-schoben wird. Wir brauchen mehr Effizienz und mehr wirklichen Wettbewerb. Dazu gehört, dass zum Beispiel die Naturschutzparks für Kassenärzte und Apotheken beseitigt werden. Dazu eine Anmerkung: Es ist leider so, dass diejenigen, die sich am stärksten vom Staat schützen lassen, am lautesten nach Liberalisierung rufen. Aber nur, solange es andere betrifft. Da denke ich zum Beispiel auch an Notare oder Architekten, an C 4-Professoren, die in ihrem Hauptjob wohldotierte Gutachter oder Kommissionspräsidenten sind. Bis hin zu denen, die sich in unserem Gesundheitswesen gut eingerichtet haben. Auch bei Arzneimittelpreisen oder der Apparatedizin würde mehr Markt uns allen – insbesondere den Krankenversicherten – wirklich nachdrücklich helfen. Natürlich weiß ich auch, dass die Kosten für das Gesundheitswesen ständig steigen.

Und hier über sinnvolle Beschränkungen im Leistungskatalog nachzu-denken, ist richtig. Und wir müssen Wege finden, die Sozialabgaben zu

senken, ohne den Grundsatz der paritätischen Finanzierung noch stärker auszuhöhlen. Dass von echter Parität nämlich schon lange nicht mehr die Rede sein kann, das hat das statistische Bundesamt errechnet: Danach tragen die Arbeitgeber nur noch 39 % der Ausgaben für die Gesundheit! Die Beitragszahler aber sind mit 47 % dabei, den Rest zahlt der Staat. Das ist ein Grund mehr, warum wir uns vehement dagegen wehren, nach Heil- und Hilfsmitteln nun auch noch das Krankengeld zu privatisieren. Dieser Plan muss vom Tisch und zwar schlicht und einfach deswegen, weil das Streichen des Krankengeldes unmoralisch wäre. Im Übrigen: Was denkt ihr, wie entschieden die Arbeitgeber für Effizienz im Gesundheitswesen sorgen würden, wenn sie – und nicht wir – die ständig steigenden Kosten allein finanzieren sollten. Ganze Heerscharen ihrer Controller und Revisoren würden sie ausschicken, um den Anbietern Kostenbewusstsein beizubringen. Doch zurück zu den Sozialabgaben. Die Belastung des Faktors Arbeit ist schlicht zu hoch. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass letztendlich nur die Arbeitnehmer und die personalintensiven Betriebe das System bezahlen und der Rest sich fein raushält.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Kosten der deutschen Einheit nach wie vor in einer Größenordnung von 30 Milliarden Euro über die Sozialabgaben finanziert werden. Es ist auch nicht richtig, dass – wie der Name schon sagt – versicherungsfremde Leistungen von den Versicherten erbracht werden müssen. Und es sollte uns nachdenklich machen, dass im internationalen Vergleich die Sozialabgaben in Deutschland am höchsten und die Steuerbelastung insbesondere für Gutverdienende und Selbstständige am unteren Ende rangiert.

Daraus folgt: Wir können unsere Sicherungssysteme nicht mehr allein über die Sozialabgaben finanzieren, sondern müssen über die Steuern stärker alle heranziehen. Deswegen treten wir dafür ein, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der Einführung eines Freibetrages bei den Sozialabgaben nachhaltig zu entlasten und die Differenz mit Steuern zu finanzieren. Allerdings setzt dies voraus, dass dann auch Kapitaleinkünfte, Aktiengewinne, Vermögen und so weiter und so fort endlich vernünftig besteuert werden. Mittelfristig müssen wir unsere Sozialsysteme so gestalten, dass alle, die in diesem Land leben, ihren Beitrag leisten. Wir brauchen eine Solidarversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungskraft einzahlen und bei der alle Einkünfte mit berücksichtigt werden. Von Miet- und Pachteinnahmen bis zu Veräußerungsgewinnen. Das wäre eine wirkliche Reform! Das wäre nicht der Abbau des Sozialstaates, sondern ein vernünftiger Umbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss. Die Gewerkschaften stehen in einer harten sozial- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Wir werden verteufelt. Als Blockierer, als Plage und Schlimmeres. Es gibt ernst zu nehmende Kräfte in diesem Land, in Politik und Wirtschaft, die gegen uns vorgehen, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sozial Schwachen, rechtloser zu machen. Ihnen ist alles ein Dorn im Auge, was ihrem plumpen Egoismus im Wege steht. Die Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag, die Unternehmensmitbestimmung oder der Kündigungsschutz. All das verbinden sie mit dem absurden Vorwurf, Deutschland wäre ein Gewerkschaftsstaat.

Täuschen wir uns nicht: Diese Kräfte haben sich vorgenommen, unser Land, ja, die ganze Europäische Union zu verthatchern. Letztlich wollen sie US-amerikanische Verhältnisse. All diesen Kräften sage ich: Dafür gibt es in unserem Land keine Mehrheit. Auch nicht in den großen Volksparteien. Unsere Botschaft heißt: Das alte Europa braucht keine amerikanischen Verhältnisse. Weder im Völkerrecht. Noch im Arbeitsrecht. Wir wollen eine Welt, in der alle ihren Platz haben, Ältere, Kinder und Jugendliche, Frauen und Männer. Menschen verschiedener Hautfarben und Religionen. Wir wollen Frieden, Solidarität und Toleranz. Wir wollen Arbeit und soziale Sicherheit und dass alle eine gute Zukunft haben.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Zentrale Kundgebung des DGB zum 1. Mai 2005

01.05.2005, Mannheim

Die zentrale Maikundgebung des DGB in Mannheim stand unter dem Motto „Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!“ Neben Michael Sommer sprachen Stefan Rebmann (DGB-Vorsitzender der Region Rhein-Neckar) und Udo Belz (BR-Vorsitzender Alstom Power).

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

In vielen Unternehmen in unserem Land sind die Sitten rau. Da werden die Leute gegeneinander ausgespielt, die Standorte gegeneinander ausgespielt und gar mancher Vorstandsvorsitzende erzählt jedem, der es hören will – oder auch nicht, er müsse eine maximal hohe Rendite erzielen, um nicht von noch größeren Haien geschluckt zu werden. Denen reichen oftmals nicht mal zwanzig Prozent Kapitalrendite. Da herrscht die nackte Gier. Und wen wundert es da, dass solchen Managern die Rechte der Arbeitnehmer nur noch im Wege sind. Wen wundert es, dass solchen Möchtegerneliten das soziale Wohl ihrer Belegschaften, ja letztlich die Würde des arbeitenden Menschen, ziemlich egal sind, zumindest aber, dass für sie die Kapitalinteressen in jedem Fall vorgehen.

Auch hier in Mannheim wissen die Belegschaften von Eichbaum bis Alstom, was ungezügelter Kapitalismus konkret bedeutet, nämlich den Versuch, die Arbeitnehmerschaft zu schwächen, ihre Interessenvertretung zu erschweren, um sie letztendlich leichter erpressen zu können und Leute rauszuschmeißen. Wie man sich in einem solchen Kapitalismus wehrt, wissen die Mannheimer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch – da hilft nur zusammenstehen, da hilft nur Solidarität. Merke: Jede Kapitalismuskritik hilft nur, wenn aus ihr auch praktische Lehren gezogen werden! Übrigens: Dann kann man auch gewinnen – nicht nur in Mannheim, sondern auch in Nordrhein-Westfalen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben lange daran gearbeitet, dem geistigen Siegeszug des ungehemmten Kapitalismus in Wissenschaft, Medien und Politik die Sicht der kleinen Leute, unsere Hoffnungen und Wünsche, entgegen zu setzen. Und die aktuelle Diskussion lässt hoffen: Ganz offensichtlich haben sich die Leute ihr Gehirn doch nicht vernebeln lassen. Sie wissen, was faul ist in unserem Land und was unanständig ist in unserer Wirtschaft.

Die arbeitenden Menschen, die sozial Schwachen, die fünf Millionen registrierten Arbeitslosen, 860.000 junge Menschen ohne Ausbildung und Arbeit sind ein Beleg schreiender Ungerechtigkeit. Sie sind ein Beleg dafür, dass unsere Gesellschaft immer unmenschlicher wird. Das Los der Langzeitarbeitslosen ist besonders schlimm, denn sie haben kaum eine Hoffnung, dass sich ihr Leben verbessern wird. Ihnen wird das elementare Recht auf Arbeit vorenthalten – und zwar zum Teil seit vielen Jahren. Viele von ihnen wissen, dass sie bereits endgültig abgeschrieben wurden und dass der Spruch vom Fördern und Fordern nicht Hoffnung verspricht, sondern oftmals schlicht Hoffnungslosigkeit übertünchen soll. Und wer dies ändern will, der darf bei noch so treffsicherer Kritik an den Auswüchsen des kapitalistischen Systems nicht Halt machen. Falschen Entwicklungen muss man sich in den Weg stellen und es ist nicht unehrenhaft, sich zu korrigieren oder wenigstens nachzubessern. Das gilt auch für Hartz IV von der Zumutbarkeit bis zum Missbrauch von Ein-Euro-Jobs.

So richtig es ist, dass letztendlich nicht der Staat, sondern Unternehmer, die nicht investieren, an der Massenarbeitslosigkeit schuld sind, so richtig ist eben auch, dass die Politik für die Gesetze verantwortlich ist, die das Los von Hunderttausenden, ja, Millionen bestimmen. Und wir nehmen die richtige Kritik an den Fehlentwicklungen in unserem Wirtschaftssystem erst dann ernst, wenn auch die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Dazu gehört, dass diejenigen, die ihr Leben lang in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, nicht nach einem Jahr ohne Job in die Armut fallen dürfen. Es ist und bleibt unwürdig, dass Menschen nach mehr als einem Jahr Arbeitslosigkeit ihr kleines Vermögen aufbrauchen oder gar ihr Zuhause aufgeben müssen. Es ist doch nicht ihre Schuld, dass die Unternehmen in Deutschland keine neuen Jobs schaffen.

Mehr noch: Wir erleben seit Jahren, dass sich viele Unternehmen erst in Deutschland beim Staat die Subventionen abholen, um trotzdem ins Ausland abzuwandern und sich sogar das von den deutschen Steuerzahlen noch vergolden zu lassen. Es ist doch ein Hohn, dass die Verlagerung der Produktion ins Ausland mit der Steuerschuld in Deutschland verrechnet werden kann. Und komme mir da keiner mit Verweis auf die EU: Wenn das tatsächlich EU-konform ist, dann muss man das ändern. Wir sind schließlich nicht irgendwer in Europa und ich erwarte von der deutschen Bundesregierung, dass sie alles daran setzt, derartigen Verwerfungen des Steuerrechts in Europa einen Riegel vorzuschieben.

Kapitalismuskritik hin oder her: Konkrete Taten sind gefordert. Zum Beispiel eine Vereinheitlichung des Unternehmenssteuerrechts in ganz Europa – mit gleichen Steuersätzen, gleichen Bemessungsgrundlagen und gleichen Subventionsbedingungen. Es muss aufhören, dass die Unternehmen ein Land gegen das andere ausspielen und am Ende nur noch kassieren, aber selbst kaum noch Steuern zahlen. Gerade weil wir Europa wollen, dürfen wir zu solchen Ungerechtigkeiten nicht schweigen, die ein soziales Europa unmöglich machen. Wir sagen Ja zu Europa. Aber wir wollen ein menschenwürdiges Europa. Wir wollen kein Europa der Konzerne. Wir wollen ein Europa, in dem die Arbeitnehmerrechte geachtet, die Beschäftigten anständig bezahlt werden und ihre Arbeitsbedingungen menschenwürdig sind.

Dazu gehört, dass wir dem modernen Menschenhandel wirksam einen Riegel vorschieben. Wer Ungarn oder Polen zwingt, sich als Scheinselbstständige in Deutschland versklaven zu lassen, zu Löhnen, von denen man hier nicht leben kann und das bei unerträglichen Arbeitsbedingungen, der ist schlicht und ergreifend kriminell. Mit solchen Auswüchsen der Globalisierung werden wir uns niemals abfinden. Wir werden es auch nicht hinnehmen, dass mit Hinweis auf den europäischen Binnenmarkt zum Beispiel mit einer Dienstleistungsrichtlinie versucht wird, die Löhne zu drücken und die Voraussetzung für Sozialdumping zu schaffen. Es kann doch nicht Recht sein, dass Menschen aus Litauen oder der Slowakei, aus Polen oder Irland in Deutschland arbeiten sollen, aber unser Tarif- und Arbeitsrecht, unsere sozialen Bedingungen für sie nicht gelten sollen! Das ist nicht nur schlecht für die Litauer, Slowaken, Polen oder Iren. Das wäre auch für die deutschen Arbeitnehmer eine Katastrophe, denn es drohte die ständige Erpressung: Entweder, ihr arbeitet auch zu solchen Bedingungen, oder aber ihr arbeitet gar nicht mehr. Es ist gut, dass der Bundeskanzler das Problem ganz offensichtlich erkannt hat. Wir erwarten allerdings, dass er einer solchen Dienstleistungsrichtlinie niemals sein Okay gibt. Und dafür sorgt, dass so etwas nicht europäisches Recht wird. Merke: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es – auch in der Politik.

Ich sage dies auch deshalb, weil die Menschen die Nase davon voll haben, dass politische Deklamationen und konkretes politisches Handeln immer krasser auseinander fallen. Es geht nicht an, dass der Bundeskanzler in einer Regierungserklärung eine höhere Besteuerung der Dividenden ankündigt und sein Finanzminister das ganz offenbar ignoriert. Und genauso ist es ein Unding, dass der Vorsitzende der größten Regierungspartei völlig zu Recht die inhumanen Auswüchse des Ellenbogenkapitalismus beim Namen nennt und der stellvertretende Parteivorsitzende und Wirtschaftsminister dazu la-

pidar erklärt, die Kritik seines Vorsitzenden habe keinerlei Auswirkungen auf das konkrete Regierungshandeln. Was die Menschen in diesem Land erwarten, ist soziale Sensibilität und Verlässlichkeit. Daran gemessen sind sie bei der heutigen Opposition erst Recht schlecht aufgehoben. Und dies im Großen und im Detail. Mal ist man für gesetzliche Mindestlöhne, mal dagegen, mal ist man für die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen und mal dagegen. Aber spätestens, wenn die Arbeitgeberverbände grimmig kommentieren, weiß man wieder, wo es lang geht – nicht die Politik gibt da den Takt an, sondern die Industrie. Dieser Wahnsinn hat Methode. So will die Opposition nach wie vor die Tarifautonomie aushebeln, das Betriebsverfassungsgesetz aushöhlen, und die Unternehmensmitbestimmung beschneiden.

Die Begründungen wechseln, das Motiv bleibt: Man will zurück zum Unternehmerstaat, zurück in den Muff der 50er Jahre, zurück in die Zeit, in der unsere Vorgängerinnen und Vorgänger das Betriebsverfassungsgesetz, die Montanmitbestimmung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mühsam und hart erkämpfen mussten. Diese Zeiten sind nun wahrlich kein Vorbild für eine moderne Industriegesellschaft, selbst wenn sie der neue Bundespräsident zur Ordnung der Freiheit hochstilisiert. Eine solche Ordnung lehne ich ab. Denn in dieser Ordnung sind Arbeitnehmer Menschen zweiter Klasse. Ihre Mitbestimmung ist nicht gewünscht. Ihre Gewerkschaften und Betriebsräte werden als Störenfriede diffamiert und sie selbst werden zu reinen Kostenfaktoren degradiert, obwohl sie es sind, die allein mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit die Werte schaffen und die Gewinne erwirtschaften. So will man uns letztlich die Würde absprechen. Nicht nur, dass ständig versucht wird, unsere Löhne zu drücken, die Arbeitszeiten zu verlängern und uns mit der Drohung zu erpressen, arbeitslos zu werden.

Nein, diese neokonservative Politik will mehr. Da werden alte Gräben neu gezogen. Die zwischen dem Besitzlosen und dem Besitzer, die zwischen dem Armen und dem Superreichen, denen, die zu kuschen haben und denen, die das Sagen haben. Und die Damen und Herren, die eine solche Spaltung der Gesellschaft wollen, werden täglich dreister. Jeden Tag eine neue Idee, wie man den Arbeitnehmern ans Fell kann. Jeden Tag der neuerliche Versuch, ihnen weiszumachen, dass sie selbst schuld sind an der Arbeitslosigkeit, weil sie angeblich zu viel verdienen und zugleich zu wenig Geld ausgeben. Für solche Absurditäten braucht man wahrlich viel Sinnstiftungen. Jeden Tag kommt ein neuer Vorstoß, um sich aus der Verantwortung für das Gemeinwesen noch besser heraus stehlen zu können.

Seit 20 Jahren dieselbe Leier, seit 20 Jahren dieselben Rezepte. Mal brutal einfach vorgetragen, mal wissenschaftlich verbrämt. Doch sie haben alle eins gemeinsam. Sie sind nicht nur unsozial, sie sind vor allen Dingen wirkungslos. Keiner dieser Vorstöße vom Lohnverzicht bis zum Kündigungsschutz hat die Menschen in Arbeit gebracht, im Gegenteil. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt und steigt. Und wer uns jetzt noch erzählen will, die Therapie ist richtig, nur die Medizin ist noch nicht bitter genug, dem sagen wir: Jetzt ist Schluss. Wir wollen und wir brauchen eine andere Politik. Wir wollen eine Politik, die die Würde des Menschen achtet, die aufhört, Menschen zu Kostenstellen zu degradieren. Wir wollen eine Politik, die Arbeit schafft und die menschenwürdige Arbeitsbedingungen sichert.

Wir wollen, dass die Menschen von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können. Nicht zwei, drei oder vier, nein, ein Arbeitsverhältnis muss reichen für ein Existenz sicherndes Einkommen. Wir wollen, dass unsere Jugend wieder eine Zukunft hat und dass die jungen Leute nicht unmittelbar von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Wir wollen, dass jeder und jede eine qualifizierte Ausbildung erhält.

Und schließlich arbeiten wir dafür, dass die Menschen nicht nur einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Reichtum bekommen, sondern auch gleichberechtigt mitbestimmen können im Betrieb und im Unternehmen. Das, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, verstehen wir unter Würde. Und je mehr Menschen sich für diese Ziele engagieren, je mehr Kolleginnen und Kollegen mitmachen und mithelfen, je mehr sich in den Gewerkschaften organisieren, desto größer ist unsere Kraft und unser Einfluss. Nur, wenn wir stark sind, wird es niemand mehr schaffen, uns zu nötigen, gar zu erpressen und uns gegeneinander auszuspielen. Und wenn es sich noch so altmodisch anhört, so sehr hat es Zukunft: Solidarität ist unsere Kraft. Nur sie macht uns stark.

Sicher, wir leben in einer schwierigen Zeit. Aber das scheint das Los vieler Generationen zu sein. Genauso wie unsere Mütter und Väter, wie unsere Großmütter und Großväter niemals aufgegeben haben, genauso wenig kapitulieren wir vor Marktradikalismus und Globalisierung im Kapitalinteresse. Wir haben klare Alternativen und ein lohnendes Ziel. Wir wollen soziale Gerechtigkeit. Es ist doch richtig: Jeder von uns ist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Wir haben Würde und die ist unverzichtbar – wir lassen sie uns nicht nehmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976. Mehr Demokratie in der Wirtschaft“

29./30.08.2006, Berlin

Auf der Jubiläumsveranstaltung von Hans-Böckler-Stiftung und DGB „Mehr Demokratie in der Wirtschaft“ gedachte man am 29./30. August 2006 in Berlin der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes 1976. Festredner waren weiterhin Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und John Monks (Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes).

*Guten Morgen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren.*

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Ich möchte mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie heute zu uns gekommen sind und gleich zu uns sprechen werden. Das ist ein gutes Zeichen. Hier sind Mitbestimmungspraktiker versammelt – Menschen, die wesentlich mithelfen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland stabil und erfolgreich ist und wir eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften sind. Ich freue mich deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, euch hier begrüßen zu können.

Es ist mir eine besondere Freude, hier auch Mitglieder der Biedenkopf-Kommission begrüßen zu können. Sie wurde noch vom Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzt, um darüber nachzudenken, wie wir die Mitbestimmung in Deutschland weiterentwickeln und insbesondere europafest machen können. An ihrer Spitze begrüße ich Herrn Professor Biedenkopf. Ein herzliches Willkommen auch den beiden Sachverständigen, Herrn Professor Streeck und Herrn Professor Wißmann. Auch die Vertreter der Arbeitnehmer in dieser Kommission sind vollständig vertreten. Ich begrüße Günter Rapp, der als Gesamtbetriebsrats- und Konzernbetriebsratsvorsitzender der RWE die Beratungen bereichert, und ich begrüße meinen Kollegen Jürgen Peters, der gleich zu uns sprechen wird.

Bedauerlicherweise sind die Herren von der anderen Seite heute nicht anwesend – dann hätten wir eine öffentliche Kommissionssitzung machen

können. Das hätte aber auch zum Problem werden können, denn unter Umständen wäre dann Vergnügungssteuer angefallen. Deswegen machen wir das – wie verabredet – lieber vertraulich. Wir haben in der Kommission auch verabredet, dass wir uns zum Stand der Beratung vorläufig nicht öffentlich äußern. Dass wir die Themen, die wir heute hier miteinander besprechen, auch in der Kommission besprochen haben und besprochen werden, versteht sich von selbst. Dazu haben wir auch unsere Meinung, die wir auch öffentlich vertreten. Aber es ist vernünftig, keine Kommissionsinterna nach außen zu tragen. Deswegen sind die Spekulationen über ein mögliches Scheitern, die ich heute in manchen Zeitungen gelesen habe, wenigstens verfrüht.

Wir arbeiten daran, dass wir zu einem Ergebnis kommen. Und wir, die Gewerkschaftsvertreter, die Vertreter der Arbeitnehmerseite, arbeiten daran, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen. Denn wir haben ein großes Interesse, dass die Mitbestimmung in Deutschland erhalten bleibt und weiterentwickelt wird. Und wir haben auch ein Interesse daran, dass diese Weiterentwicklung „europafest“ ist – wie viele das nennen. Wir wissen, dass die deutsche Mitbestimmung in Europa immer wieder infrage gestellt wird und wir alles tun müssen, unser System zu erhalten. Daran arbeiten wir, und daran arbeite ich auch persönlich gerne mit, weil die Mitbestimmung ein Erfolgsmodell ist. Ich freue mich, dass nachher John Monks, der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, zu uns sprechen wird. Er wird für uns einen europäischen Blick auf die deutsche Mitbestimmung werfen und ausführen, wie wichtig sie aus Sicht des EGB für ein europäisches Sozialsystem ist. Auch deshalb strengen wir uns an, die Mitbestimmung europafest zu machen.

Die Gewerkschaften haben immer erklärt, dass sie die Mitbestimmung erhalten wollen. Sie hat sich bewährt. Natürlich haben wir weiter gehende Vorstellungen, wir hatten sie auch 1976. Wer sich beispielsweise mit Hermann Rappe unterhält, der seinerzeit als SPD-Bundestagsabgeordneter die Beratungen maßgeblich mit beeinflusst hat, der weiß, dass es teilweise sehr schwierig war, in der damaligen sozialliberalen Koalition einen Kompromiss zu finden. Unsere Erfindung war das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden gewiss nicht. Und dass der leitende Angestellte auf der Arbeitnehmerbank Platz nahm, entsprach auch nicht unbedingt unseren Vorstellungen. Wir sollten auch an einen Tag wie heute nicht verkleistern, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen gab.

Nichtsdestotrotz machen die 730 Unternehmen in Deutschland, die derzeit das Mitbestimmungsgesetz anwenden, damit guten Erfahrungen. Ich

kenne sehr viele Unternehmer, führende Manager und Eigentümer, die die Mitbestimmung wollen. Ich kenne allerdings auch Funktionäre der anderen Seite, die sie nicht wollen, ihnen geht es letztendlich um nichts Geringeres als um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in diesem Land.

Es ist ein gutes Zeichen, dass Sie heute gekommen sind, Frau Bundeskanzlerin, und ich sehe es als ein Zeichen an, dass Sie sich bei allen Differenzen, die es geben mag, zu diesem Erfolgssystem der deutschen Mitbestimmung bekennen – und zwar nicht nur zur betrieblichen Mitbestimmung, die für uns alle ganz, ganz wichtig ist, sondern auch zur Unternehmensmitbestimmung. Da Sie sich selber einmal in der Traditionslinie Konrad Adenauers eingereiht haben, will ich sagen: Die Mitbestimmung war Anfang der 50er Jahre bei Kohle und Stahl ein großer historischer Kompromiss zwischen den Vorstellungen der Verstaatlichung der Wirtschaft einerseits und der freien Marktwirtschaft andererseits, sie war ein fester Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Aber sie war auch ein historischer Kompromiss zwischen zwei großen Männern in der deutschen Geschichte – zwischen Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik, und Hans Böckler, dem ersten DGB-Vorsitzenden. An diese Traditionslinie will ich erinnern. Wir sollten sie fortsetzen. Der 30. ist ein schöner runder Geburtstag, aber der 100. wird noch besser!

Symposium „60 Jahre Tarifvertragsgesetz – Zukunft der Tarifaufonomie“

24.04.2009, Berlin

Die Hans-Böckler-Stiftung und der DGB veranstalteten anlässlich des Jubiläums „60 Jahre Tarifvertragsrecht“ am 24./25. April 2009 ein Symposium in Berlin. 7 Vorträgen folgte eine Podiumsrunde, in deren Rahmen Berthold Huber (IG Metall), Dr. Dieter Hundt (BDA), Ralf Brauksiepe (MdB; arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion), Franz-Josef Möllenbergr (Gewerkschaft NGG) und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) miteinander diskutierten.

*Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Anlässlich unseres Symposiums „60 Jahre Tarifvertragsgesetz – Zukunft der Tarifaufonomie“ möchte ich auch ein Stück Bilanzierung und Rückblick vornehmen. Es war die Zeit von 1933 bis 1945, in der die Demokratie und damit freie Lohnverhandlungen nicht möglich waren. Am 9. April 1949 wurde das Tarifvertragsgesetz mit 13 Paragraphen verabschiedet. Das Grundgesetz trat am 23. Mai 1949 in Kraft. In Artikel 9 Abs. 3 wird die Koalitionsfreiheit, die die Grundlage jeglicher kollektiver Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten ist, festgeschrieben. Dieser Artikel zeigt die Wichtigkeit, die der Verfassungsgeber des Grundgesetzes dieser grundlegenden Freiheit beimisst. Aus dem Grundgesetz und dem Tarifvertragsgesetz leiten wir die Tarifaufonomie seitdem ab. Sie ist und bleibt das zentrale Instrumentarium gewerkschaftlicher Regelungskompetenz.

Es galt und gilt der Grundsatz „ein Betrieb eine Gewerkschaft“. Die Gewerkschaften in Deutschland haben sich aus den Erfahrungen der Zeit vor 1945 dem Prinzip der Einheitsgewerkschaften verschrieben und in rund 300 unterschiedlichen Tarifbranchen nach fachlichem, räumlichem und persönlichem Geltungsbereich die Tarifierung vorgenommen. In den 60 Jahren seit 1949 wurden rund 370.000 Tarifverträge abgeschlossen – die meisten ohne Streiks.

Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände haben die Aufgabe übernommen, für die jeweiligen Branchen tarifliche Regelungen abzuschließen, sowohl für den Bereich des Entgeltes als auch für die Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne. Die Aufgabe des Staates lag darin, einen allgemeinen Rahmen vorzugeben und im Rahmen der Günstigkeit haben die Tarifvertragsparteien bessere Vereinbarungen geregelt, zum Beispiel beim Urlaub oder bei der Arbeitszeit.

Tarifvertragliche Erfolge sind den Gewerkschaften in den Jahren seit 1949 zu keinem Zeitpunkt in den Schoß gefallen. Sie wurden teilweise in harten Tarifkonflikten erstritten und erstreikt. Somit wurden soziale Fortschritte für alle Arbeitnehmer – nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder – erreicht. Sie beruhen alle auf dem Prinzip der Koalitionsfreiheit. Diese sozialen Fortschritte bedeuten eine tragende Säule des sozialen Friedens in Deutschland.

Über viele Jahrzehnte wurde die Tarifautonomie allseits akzeptiert und als Grundlage des deutschen Wirtschaftswunders bezeichnet. Ich denke an die vielen Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gewerkschaften, europäischer oder internationaler Bünde, die uns für dieses System häufig beneideten.

Das deutsche Tarifsysteem war über Jahrzehnte hinweg ein branchenbezogenes System. Dieses schaffte für die Beschäftigten und die Betriebe in einer Branche einheitliche Regelungen und reduzierten somit die Konkurrenz untereinander. Sie sorgten somit für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf Arbeitgeberseite, und Beschäftigte wurden innerhalb tariflicher Vereinbarungen nicht unter Lohndruck gesetzt.

Auch wenn am gestrigen Tag schon ein Rückblick auf die Tarifpolitik der zurückliegenden 60 Jahre erfolgt ist, möchte ich dennoch auf einige wesentliche Tarifetappen hinweisen, die neben eines tariflichen Erfolges auch Einfluss auf die Gesetzgebung und gesellschaftliche Diskussionsprozesse ausübten.

1956 erfolgte die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden. Das Motto dazu hieß „Samstags gehört Vati mir“. Im Jahre 1956 zum Jahreswechsel 1957 ging es um die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall. Die Arbeiter wollten eine Gleichbehandlung mit den Angestellten erreichen. Der Streik dauerte 114 Tage und hat eine besondere Bedeutung, weil im Jahre 1996 ein erneuter Angriff auf die Lohnfortzahlung durch die Bundesregierung unter Helmut Kohl erfolgte. Durch spontane Arbeitsniederlegungen und Protestveranstaltungen in den Betrieben sowie in darauf folgenden Tarifverhandlungen konnte endgültig die 100-prozentige Lohnfortzahlung gesichert werden. Im Jahr 1957 wurde für das Bau-

gewerbe ein Tarifvertrag über eine zusätzliche Alters- und Invalidenbeihilfe abgeschlossen und hat somit für eine gesamte Branche eine besondere Bedeutung, da er zudem allgemein verbindlich ist.

1962 wurde erstmals ein tarifliches Urlaubsgeld in der Holzverarbeitenden Industrie vereinbart. 1965 erfolgte die 40-Stunden-Woche in der Druckindustrie.

1973 wurde der Lohnrahmentarifvertrag 2 für die Metallindustrie Nordwürttemberg – Nordbaden abgeschlossen. Es ging hier um Mindesterlozeiten für Beschäftigte im Leistungslohn sowie Mindesttaktzeiten am Fließband (1,5 Minuten) sowie um Kündigungs- und Verdienstschutz für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dieser Tarifvertrag ist unmittelbar mit dem Namen Franz Steinkühler verbunden. Er läutete damals die nachfolgenden Bestrebungen der Gewerkschaften zur Humanisierung und zur menschengerechten Arbeitsgestaltung in Deutschland ein. 1974 erfolgten im öffentlichen Dienst 11-prozentige Lohnerhöhungen.

1984 stellten die Gewerkschaften die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, mit der das vorhandene Arbeitsvolumen breiter verteilt, die Arbeitsbedingungen humanisiert und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden sollte. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wurde von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl als „dumm und töricht“ bezeichnet. Die Tarifauseinandersetzung dauerten sieben Wochen in der Metallindustrie und zwölf Wochen in der Druckindustrie. Die damit verbundene Veränderung des Paragraphen 116 AFG hatte dann zur Folge, dass unter Leitung von Ernst Breit die Aktion „Wir lassen uns nicht an die Kette legen“ ein großer Erfolg wurde. 1988 konnte mit dem Bundesentgelttarifvertrag für die chemische Industrie nach langjährigen Verhandlungen die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten in der Entlohnung aufgehoben und der Grundsatz eingeführt „gleiches Entgelt für gleiche Qualifikation“.

1990 begann die Tarifierung in Ostdeutschland. Mit der Übertragung der westdeutschen tariflichen Grundstrukturen auf die neuen Bundesländer sowie die schrittweise Anpassung der tariflichen Regelungen und Leistungen. 1996 wiederholte sich der Widerstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen die Herabsetzungsbestrebungen bzgl. der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch die Regierung Kohl. Es fanden spontane Arbeitsniederlegungen gegen die betriebliche Anwendung der Kürzung der gesetzlichen Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall statt und daraufhin wurde tarifvertraglich die Sicherung der 100-prozentigen Entgeltfortzahlung vorgenommen.

2003 wurden durch die DGB-Tarifgemeinschaft zwei bundesweite Tarifverträge für Leiharbeit/Zeitarbeit abgeschlossen. Am 12. März 2003 drohte Bundeskanzler Schröder in seiner „Agenda 2010“ gesetzliche Öffnungsklauseln an, wenn die Tarifverträge nicht „flexibler“ gestaltet würden. 2005/2006 wurde ein neuer Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst abgeschlossen (TVöD). 2007 gab es große Auseinandersetzungen im Bereich der Deutschen Bahn bzgl. eines eigenständigen Tarifvertrages für Lockführer. Hier wurden die Probleme mit mehreren Gewerkschaften deutlich, wenn Einzelinteressen vor Gesamtinteressen von Beschäftigten gingen. Ab Herbst 2008 bedeutete der Ausbruch der Finanzmarktkrise erschwerte Durchsetzungsbedingungen für die Tarifarbeit der Gewerkschaften, die Widerstände für Lohnerhöhungen werden größer, der Schwerpunkt der Beschäftigungssicherung steht gerade in Krisenbranchen im Vordergrund.

Die Aufzählung tarifvertraglicher Erfolge ließe sich noch um sehr viele Beispiele ergänzen. Wichtig ist mir bei der Nennung einiger dieser gewerkschaftlichen und tarifpolitischen Etappen, dass sie von den Beschäftigten der Branche als notwendige Forderungen erachtet wurden.

Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass die Beschäftigten aus Solidarität bereit waren, ihre Arbeitszeit zu verkürzen und auf etwaig höhere Lohnsteigerungen verzichteten, weil die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erfolgen sollte. Ich frage mich heute: Wie sähe die Bundesrepublik Deutschland jetzt aus, wenn die Gewerkschaften den Forderungen der Arbeitgeber in den zurückliegenden Jahrzehnten gefolgt wären, statt einer Verkürzung der Arbeitszeit die Verlängerung der Arbeitszeit zu praktizieren. Auch im Jahre 1993 waren es die Beschäftigten bei Volkswagen, die eine Verkürzung zur Vier-Tage-Woche akzeptierten, um somit eine solidarische Verteilung der Arbeit zu ermöglichen und dadurch viele Entlassungen verhindernen.

Die Arbeitgeber haben in den neunziger Jahren teilweise massiv den Austritt aus den Arbeitgeberverbänden propagiert und den Mitgliedsverbänden eine sogenannte „OT-Mitgliedschaft“ angeboten. Mit rückläufiger Tarifbindung wurden tarifliche Regelungen zunehmend schwieriger und tariflose Zustände nahmen zu. Gleichermaßen geriet und gerät die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen unter Druck, wenn die tarifgebundenen Arbeitgeber weniger als 50 vom 100 der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen. Es liegt also somit an den Arbeitgeberverbänden und den Betrieben selbst, inwieweit sie die tariflichen Regelungen branchenorientiert vornehmen wollen.

Mit einem Rückgang der Tarifbindung und der Zunahme „weißer Flecken“ auf der Tariflandkarte wurde in den letzten Jahren Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Wir haben eine Situation durch die Hartz-Gesetzgebung, dass jede Arbeit bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit zumutbar ist. Diese Sittenwidrigkeit ist definiert als ein Lohn unterhalb von 30 % des Tariflohns oder der Ortsüblichkeit. Dieses hat der Gesetzgeber zu verantworten und die Arbeitgeber haben den Vorteil und die Beschäftigten den Nachteil. Der Niedriglohnsektor hat in Deutschland ein sehr hohes Niveau erreicht und ist mit 23 % im internationalen Vergleich mit den USA gleichzustellen. Wir müssen in Deutschland deshalb über Armutslöhne reden. In den neuen und alten Bundesländern haben wir teilweise Lohnhöhen, von denen man selbst bei Vollzeitätigkeit von seiner eigenen Arbeit nicht leben kann und wo nur noch ergänzende Transferleistungen des Staates eine Existenzsicherung bieten. Die politische Verschärfung des Problems haben viele in Deutschland noch nicht erkennen wollen.

Die Deregulierung hat Arbeitsverhältnisse unsicher gemacht. Als Beispiele der Deregulierung nenne ich hier die Leiharbeit, Minijobs und prekäre Arbeit, Formen, die mittlerweile 30 % aller Arbeitsverhältnisse ausmachen. Sie bedeutet heute Unsicherheit bei der Arbeit, vielfach keine existenzsichernden Löhne und damit schon heute erkennbar später keine auskömmlichen Renten. Am Beispiel der Zeitarbeit kritisiere ich, dass die Arbeitgeberverbände BDA gerade die Abschlüsse der „Christlichen Gewerkschaften“ begrüßen. Sofern Herr Göhner von der BDA hier den jüngsten Beschluss des Arbeitsgerichts Berlins so auslegt, dass sie trotz Aberkennung der Gewerkschaftseigenschaft der Christlichen Gewerkschaften Zeitarbeit weiterhin die Anwendung dieser Tarifverträge propagieren, halte ich das für unverantwortlich und als gezielte Ausnutzung von Dumpinglöhnen. Die BDA möchte ganz offensichtlich über diesen Weg weiter die billige Leiharbeit nutzen.

Es sind auch die Arbeitgeberverbände selbst mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die zu einer Stabilisierung des Tarifsystems beitragen könnten, wenn sie es wollten. Die kürzliche Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Entgelte von Sicherungsposten bei der Deutschen Bahn halte ich für völlig unverantwortlich. Mit dem Hinweis, dass Löhne von rund 10 Euro oberhalb von sonstigen abgeschlossenen Tarifverträgen lägen und somit kein öffentliches Interesse bestünde, ist geradezu beschämend und zeigt, dass hier die Arbeitgeberverbände das Prinzip des Kombilohns bevorzugen und Armutslöhne akzeptieren. Die Löhne von christlichen Gewerkschaften für solche Tätigkeiten belaufen sich auf rund

4,50 Euro pro Stunde. Ganz nebenbei bemerkt. Mit einem solchen Stundenlohn sind Überstunden und Übermüdung vorprogrammiert. Was sagt die Bahn zur Sicherheit?

Aus dem zuvor beschriebenen wird aus unserer Sicht deutlich, dass Deutschland eine Stabilisierung des Flächentarifvertrages braucht. Dazu sollten auch die Arbeitgeber keine Lippenbekenntnisse in ihren jüngsten Veröffentlichungen abgeben. An den Taten wollen wir sie messen.

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist weiß Gott nicht durch Tarifverträge und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ausgelöst worden. Über viele Jahre haben Wirtschaftsliberale in Deutschland weitere Öffnungsklauseln, eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie Niedriglöhne und Tarifabschlüsse unter der Produktivitätsrate propagiert. All diese Maßnahmen sollten den Standort Deutschland sicherer machen. Keiner von diesen sogenannten Experten hat damals ein Augenmerk darauf gelegt, dass es die Finanzmärkte waren, die ganze Volkswirtschaften rund um den Globus in eine elementare und teilweise existenzielle Schieflage gestürzt haben.

Die Auflösungstendenzen der Arbeitgeberseite (die von ihren Verbänden offensichtlich selbst propagiert werden) erschwert die Tarifarbeit. Zur Tarifautonomie und zum Flächentarifvertrag gehören aber auch Arbeitgeberverbände, die sowohl die Bindung ihrer Mitglieder an den Verband, als auch an die Verbindlichkeit geschlossener Tarifverträge zusichern können. Die Gewerkschaften haben deshalb ein grundsätzliches Interesse an starken Arbeitgeberverbänden.

Es ist zu verzeichnen, dass Unternehmer aus den Arbeitgeberverbänden austreten, Tarifverträge werden und einzelne Verbände eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung anstreben. Mit der Ablösung des Flächentarifvertrages befolgen ihre Befürworter einen grundlegenden Wandel des Sozialsystems. Die Kritiker des Flächentarifvertrages haben sich von der Philosophie konservativ-liberaler Ideengeber in der Annahme, über eine weitere Deregulierung des Arbeitsrechts und der Arbeitsverhältnisse neue und sichere Arbeitsplätze schaffen zu können, verleiten lassen.

Die Beschäftigten in Deutschland haben mit ihren Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren jedoch deutlich erkannt, dass eine weitere Deregulierung der arbeits- und sozialrechtlichen Ebene die Not der Menschen nur vergrößert. Mit Blick auf das Jahr 2011 und den Eintritt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit bedarf es in Deutschland Regelungen, damit nicht gan-

ze Branchen unter einen enormen Lohndruck geraten. Das Entsendegesetz bietet dafür die Grundlage.

Im Jahr 1996 erkannte bereits die Regierung Helmut Kohl die Notwendigkeit, die Baubranche in das Entsendegesetz aufzunehmen. Der Widerstand der BDA im Tarifausschuss hat dazu geführt, dass die Bauverbände mit der Gewerkschaft IG BAU einen neuen Tarifabschluss mit einer Absenkung um 17 % abschließen musste. Dieses Tarifdiktat bleibt für mich eine elementare Tarifizensur der BDA, eine Rolle, die sie bis heute spielt. Das Beispiel der Sicherungsposten ist Beleg genug. Die aktuelle Kritik an der Ausweitung des Entsendegesetzes durch die BDA ist für mich unverantwortlich. Die beiden Arbeitgeberverbände aus dem Bausektor haben das Entsendegesetz für den Bausektor von 1996 selbst gelobt, indem sie feststellten, dass ohne einen Mindestlohn im Bereich des Bausektors die Arbeitslosigkeit um 240.000 Beschäftigte höher läge.

Die Auseinandersetzung um die Gestaltung des Niedriglohnsektors zeigt, wie sehr die Arbeitgeber die jetzt neu vereinbarten Branchen des Entsendegesetzes einer harten Prüfung unterzogen haben und auch weiter unterziehen werden. Ich lese gerade in der neuesten Veröffentlichung „Die Krise bewältigen“ von der BDA zur Tarifautonomie „Staatliche Lohnpolitik verhindern: Tarifverträge dürfen nicht durch staatliche Eingriffe außer Kraft gesetzt werden“. Meinen sie damit die Christentarife der Zeitarbeit?

Die untere Entgelthöhe in der Zeitarbeit soll im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz selbst geregelt werden. Die BDA gehört dabei zu den vehementen Verfechtern der Anwendung des niedrigsten Tarifentgeltes der inzwischen als nicht tariffähig angesehenen sogenannten Christlichen Gewerkschaft. Der Hinweis seitens der CDU, eine fast 100-prozentige Tarifbindung mache die Festsetzung einer Lohnuntergrenze nicht erforderlich, verkennt die reale Situation völlig. Ich kann hier an dieser Stelle nur davor warnen, dass sich die politisch konservativen Kräfte in diesem Lande dieser Frage weiter verweigern. Ich bin sicher, die Zeitarbeit wird nach der Krise eine Aufwärtsentwicklung nehmen und wir können nicht zulassen, dass dann die Beschäftigten in der Zeitarbeit weiterhin auf Dauer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse sind. Dieses können und wollen wir nicht weiter hinnehmen und fordern die Politik zu einem unmittelbaren Umdenken im Sinne einer sozialverträglichen Lösung auf.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte für ihre Arbeit einen Lohn erhalten, der nach der Standarddefinition in der Armutsforschung einem Armutslohn entspricht. Sowohl die Arbeitgeber

als auch die Politik müssen erkennen, dass mit dem Instrument des Tarifvertragsgesetzes soziale Standards geschaffen werden. Tarifverträge haben hier eine Ordnungs-, Gestaltungs- und Schutzfunktion. Die Gewerkschaften wollen sie ausfüllen und starten deshalb eine Kampagne. Durch die anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit der neuen EU-Beitrittsländer Ost- und Mitteleuropas ab Mai 2011 besteht zusätzlich die Gefahr, dass ohne tarifvertragliche Regelungen auf Basis des Entsendegesetzes die Konkurrenz alleine zulasten der Beschäftigten geht. Diese muss verhindert werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland die größer werdende EU nicht lediglich als gegenseitige Billigkonkurrenz erleben. Es ist also ein Gebot ökonomischer und sozialpolitischer Vernunft und Verantwortung, jetzt Regelungen zu schaffen, damit solche Verwerfungen nicht entstehen.

Der DGB-Bundeskongress hat im Mai 2006 beschlossen: Zur Stärkung der Tarifaautonomie und der Einführung gesetzlicher Mindestentgelte gehören mindestens:

- die Erleichterung der Voraussetzung zur Erteilung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung,
- die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche,
- eine gesetzliche Regelung, die dieses unterste Tarifentgelt in der jeweiligen Branche als Mindestentgelt sichert,
- die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns.

Für die Gewerkschaften haben tarifvertraglich ausgehandelte Mindestlöhne Vorrang vor gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen. Wichtigstes Ziel muss es jedoch sein, dass in Deutschland Menschen nur zu Löhnen beschäftigt werden dürfen, die mindestens Existenz sichernd sind. Es liegt an den Arbeitgebern, sich nicht länger zu verweigern. Ansonsten gibt es keinen anderen Weg, als dass der Staat hier korrigierend eingreifen muss, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können und die sozialen Sicherungssysteme handlungsfähig bleiben. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb fordern wir: Deutschland braucht den Mindestlohn!

Die Gewerkschaften wollen das größer werdende Europa, sie wollen gleichermaßen aber dieses unter sozialer Ausgewogenheit. Dazu gehören tarifliche Regelungen, die wir auf Basis des Entsendegesetzes umsetzen wollen. Wir brauchen ein Umdenken auf europäischer Ebene vor dem Hintergrund der Urteile Viking und Laval. Sofern dieses nicht erfolgt, werden die Menschen in Deutschland das größer werdende Europa nur als gegenseitige Billigkonkurrenz schließlich wahrnehmen und zukünftig nicht akzeptieren.

Tarifverträge und sozialer Frieden bedeuten Standortvorteile, Tarifverträge können jedoch nur im begrenzten Rahmen zur Beschäftigungssicherung beitragen. Mit Tarifverträgen kann man nicht die Lücke von mehreren Millionen fehlenden Arbeitsplätzen schließen und Mängel in der Wirtschafts- und Strukturpolitik ausgleichen. Tarifpolitik darf auch nicht zum Ausfallbürgen für staatliche Politikdefizite gemacht werden – sie kann diese Rolle auch gar nicht spielen. Tarifverträge sind tragende Säulen des Sozialstaates. Neben der Mitbestimmung garantieren Tarifverträge Rechtssicherheit für die arbeitenden Menschen und Betriebe gleichermaßen. Mit einem Angriff auf die Tarifautonomie zielen ihre Gegner auf das Herz der sozialen Demokratie und das zentrale Instrumentarium der Gewerkschaften. Sollten Teile der Politik und der Arbeitgeber in der jetzigen Krise versuchen, die Tarifpolitik und die Tarifautonomie zu schleifen, dann ist gewerkschaftliche Gegenwehr angesagt.

Zur Zukunft der Tarifautonomie gehört, dass sie den Bedürfnissen und Anforderungen der Menschen Rechnung tragen muss. Wir brauchen eine vernünftige Analyse über Chancen und Schwächen des Standortes Deutschland. In Weiterbildung und Qualifizierung muss aktiv investiert werden. Wir brauchen gerade Tarifverträge mit der Beschäftigungs- und Entgeltsicherung, damit nicht die Beschäftigten die Opfer dieser Krise werden. Wir brauchen eine praktische Solidarität aller gesellschaftlichen Gruppen, auch und gerade in Zeiten ökonomischer Veränderungen, um das Vollbeschäftigungsziel und Sozialstaatsprinzip zu erreichen und zu sichern. Flächentarifverträge wirken konkurrenzmindern und konfliktreduzierend, weil vereinbarte Laufzeiten den Unternehmen einer Branche gleiche Voraussetzungen in Bezug auf Planungssicherheit und Kalkulation garantieren.

Das schon zitierte BDA-Papier formuliert zur Friedenspflicht: „Zentrales Instrument der Tarifverträge ist die Friedenspflicht während der Laufzeit des Tarifvertrages“. Die Arbeitgeber werden jedoch scheitern, wenn sie die Gewerkschaften auf die Funktion des „Ruhestifters im Betrieb“ reduzieren wollen. Die Funktion des Tarifvertrages umfasst aus unserer Sicht außerdem die Schutz- und Gestaltungsfunktion. In der Diskussion um Tarifverträge muss klar sein, dass Tarifverträge Mindestbedingungen regeln und nicht Höchstbedingungen. Öffnungsklauseln dürfen nur den Tarifvertragsparteien vorbehalten sein. Mit einer generellen Verlagerung des Abschlusses arbeitsrechtlicher Vereinbarungen auf die Betriebsebene ließen sich die Gewerkschaften das Streikrecht nehmen. Dieses werden wir niemals zulassen.

Tarifpolitik und das Instrument des Tarifvertrages können und dürfen nicht die Fehler der bisherigen Wirtschaftskrise ausgleichen. Der Flächen-

tarifvertrag beinhaltet einen kollektiven Schutz der arbeitenden Menschen und unterbindet gegenseitige Schmutzkonzurrenz von Betrieben innerhalb einer Branche. Die Reformbefürworter auf der Arbeitgeberseite sollten die Verhandlungen in Bezug auf Flächentarifverträge nicht so verstehen, dass sie damit soziale Mindeststandards aufweichen könnten. Ich stelle sehr deutlich heraus: Tarifverträge sind praktizierte Demokratie im Betrieb und stellen mit der Mitbestimmung für die Beschäftigten eine zentrale Grundlage dar. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderungen nach einer gerechten Beschäftigungs- und Verteilungspolitik.

Die Gewerkschaften haben aus der historischen Erfahrung von 1933 bis 1945 den Neuanfang im Jahre 1949 mit dem Tarifvertragsgesetz genutzt und immer wieder versucht, für Branchen passgenaue Lösungen zu schaffen. Die Tarifaautonomie und das Tarifvertragsgesetz sind somit Voraussetzungen dafür, soziale Belange der Beschäftigten und gesicherte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu garantieren. Dieses soll auch aus gewerkschaftlicher Sicht in Zukunft gesichert werden. In diesem Sinne ein herzliches Glück Auf.

DGB-Kundgebung im Rahmen der Herbstaktionen der Gewerkschaften

06.11.2010, Hannover

Unter dem Motto „Deutschland ist in Schieflage“ rief der DGB am 10. September 2010 zu bundesweiten gewerkschaftlichen Herbstaktionen auf. Mit den Herbstaktivitäten wollten der DGB und seine Gewerkschaften gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat, für die Regulierung der Finanzmärkte und für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt kämpfen. Sommer sprach auf der in Hannover stattfindenden Kundgebung am 6. November 2010

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,*

In unserem Land geht es sozial ungerecht zu. Deutschland ist in Schieflage. Nachdem die Finanzhaie und Wirtschaftsspekulanten die Welt an den Rand des ökonomischen Abgrunds geführt haben, da waren wir, da waren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut genug, den ganzen Laden zu retten. Was wäre denn gewesen, ohne unseren Lohnverzicht bei Kurzarbeit, ohne milliardenschwere Bankenrettungspakete, für die letztlich alle Steuerzahler gerade stehen müssen. Was wäre denn gewesen ohne die von uns energisch geforderten Konjunkturprogramme und die von uns gegen den massiven Widerstand von Teilen der Politik und der Wirtschaft durchgesetzte Abwrackprämie? Es ist unstrittig, dass ein Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent dieses Land in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe gestürzt hätte, wären wir nicht gewesen. Ohne die Opfer der Arbeitnehmerschaft, ohne die vielfältigen Initiativen der Betriebsräte, ohne das Engagement der Gewerkschaften hätten wir heute keinen Aufschwung.

Meine Damen und Herren, in der Krise wurden die Regierenden nicht müde, den sozialen Ausgleich zu predigen und uns soziale Balance zu versprechen. Plötzlich wurde auch das Soziale an der Marktwirtschaft wieder entdeckt, nachdem drei Jahrzehnte lang alles getan wurde, gute Arbeit

durch schlechte zu ersetzen und die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Wie immer, wenn das Kapital die Karre in den Dreck fährt, sind es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die es wieder richten müssen. Und jetzt, wo es vermeintlich wieder aufwärts geht, werden wir behandelt nach dem alten Motto: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Doch so haben wir nicht gewettet. Wir fordern unseren gerechten Anteil. Wir wollen eine faire Behandlung. Und wir wollen nicht allein für eine Krise bezahlen, die wir nicht verursacht haben.

Kolleginnen und Kollegen, es ist unerträglich, wie sich die selbst ernannten Eliten in unserem Land verhalten. Sie sind keine Vorbilder, im Gegenteil, sie haben sich aus unserer Gesellschaft verabschiedet. Sie leben längst in einer Parallelgesellschaft von Boni und Millionengehältern, von Milliardenvermögen und Privatuniversitäten. Und wie alle Herrschenden halten sie sich ihre Hofschranzen und Gaukler, so zum Beispiel Fernsehphilosophen und Ökonomen, die allen Ernstes behaupten, dass man die Reichen von der Steuerpflicht entbinden und es ihrem Gutdünken überlassen sollte, ob, wie und wofür sie sich finanziell am Staatswesen beteiligen. Ich rede von verantwortungslosen Managern, die ehrliche Arbeit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verachten, die uns bekämpfen und sich für etwas Besseres halten. Sie stellen sich über das Gemeinwesen, in vielen Fällen sogar über das Gesetz. In der Krise sind sie abgetaucht und jetzt machen sie weiter, als wäre nichts geschehen. Es ist der eigentliche Skandal unserer Zeit, dass diejenigen, die uns mit ihrer grenzenlosen Gier in diese Krise gestürzt haben, sich heute wieder ungehemmt die Taschen füllen und füllen können – weil die Politik ihnen nicht in den Arm fällt, sondern im Gegenteil, sich ihren Interessen beugt.

Es ist ein altes Spiel, das hier gespielt wird. Es ist nicht modern, was wir erleben, sondern ewig gestrig. Denkt nur an die Maßhalteappelle der Arbeitgeber zu unseren Lohnforderungen. Wenn es gut läuft, dann sind hohe Lohnforderungen stets der Untergang des Abendlandes und wenn es schlecht läuft, dann sind Lohnforderungen Gift für die Konjunktur. Nur bei den Managergehältern gilt diese Regel nicht. Deren Gehälter steigen immer. Heinrich Heine hat das auf den Punkt gebracht: Denn sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein.

Und die Politik, allen voran die Bundeskanzlerin, sang in der Krise das Hohe Lied der sozialen Marktwirtschaft. Und was ist davon übrig geblieben? Ein Land in Schieflage, ein Land der Konfrontation des Kapitals, ein Land, dessen soziale Ordnung Stück für Stück zerstört wird beziehungsweise zerstört werden soll.

Kolleginnen und Kollegen, dazu sagen wir ganz klar „Nein“. Das nehmen wir nicht widerstandslos hin. Und wir werden nicht müde zu kämpfen, bis wir eine wirklich gerechte soziale Ordnung erkämpft haben. Wir werden nicht müde werden zu kämpfen für gute Arbeit, denn wir wollen uns mit Lohndumping und dem Raubbau an Arbeitnehmerrechten nicht abfinden. Wir wollen anständige Löhne, von denen man leben kann. Ohne Zuschüsse des Staates. Ohne die Aufstockung durch Hartz IV. Armutslöhne und staatliche Lohnsubventionen für Ausbeuter verletzen die Menschenwürde. Das ist unerträglich und wir werden uns damit niemals abfinden. Auch deshalb geht der Kampf für einen allgemeinen existenzsichernden Mindestlohn weiter. Wir wollen die Gleichbehandlung jeder Arbeit. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen und wir wollen die Gleichbehandlung der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in den Betrieben, Verwaltungen oder sozialen Einrichtungen. Wir verteidigen den sozialen Schutz in der Arbeit und wollen sichere Arbeitsplätze statt Prekarität und Entrechtung.

Kolleginnen und Kollegen, gut ein Jahr nach der Bundestagswahl hat Schwarz-Gelb die Maske fallen lassen. Sicher, das Milliardengeschenk an die Hoteliers oder die spätrömischen Dekadenzvorstellungen des Vizekanzlers zeigten schon, mit wessen Geistes Kind wir es zu tun haben. Aber mit Rücksicht auf die Krise, wohl auch mit Blick auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen wurde im ersten Jahr von Schwarz-Gelb noch nicht gleich zum großen Schlag ausgeholt – nein, es wurde rumgestümpert und taktiert, die selbst ernannte Gurkentruppe übte noch. Doch nun ist der Herbst der Entscheidungen angebrochen. Und es gibt kaum ein Politikfeld, in dem die Regierung nicht Front macht gegen die Mehrheit der Menschen. Es gibt kaum ein Politikfeld, in dem nicht versucht wird, es dem Kapital wieder recht zu machen.

Es gibt kaum ein soziales Gebiet, in dem nicht weiter Politik gemacht wird gegen Rentner und Alte, gegen Dauerarbeitslose und gesetzlich Krankenversicherte.

Und auch unsere Jugend soll weiter betrogen werden mit einem verlogenen Ausbildungspakt. Selbst das viel gerühmte Beschäftigungswunder ist eine Mogelpackung – das gibt neuerdings sogar die Bundesagentur für Arbeit zu. Nicht 2,9 Millionen Menschen sind in diesem Land arbeitslos – was schlimm genug wäre. Nein. Es sind tatsächlich 4,3 Millionen Menschen, die offiziell Arbeit suchen. Und der Rest wird weiter nicht gezählt. Damit wir uns recht verstehen: Selbst diese Zahlen wurden nur erreicht, weil mit der Agenda 2010 massiv ein Niedriglohnsektor in diesem Land geschaffen und im Übrigen kein Statistiktrick ausgelassen wurde. Denn nach OECD-Zahlen

leben rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Armutslöhnen. Bei den jungen Menschen unter 25 Jahren ist es sogar fast die Hälfte.

Und ich will nicht verschweigen, dass gerade die Jungen in diesem Land um Ausbildung und Zukunft betrogen wurden und weiter betrogen werden. Jetzt schwadronieren sie von einem Facharbeitermangel, den sie selbst produziert haben. Wenn 19 Prozent der Menschen zwischen 20 und 30 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, dann sind das 1,5 Millionen Opfer eines schlechten Schulsystems und mangelnder Ausbildungsbereitschaft der Unternehmer. Dass unglaublich viele junge Menschen in diesem Land nicht wissen können, was eine unbefristete Beschäftigung ist, dass sie mit unbezahlten Praktika abgespeist und in vielfältigster Weise um ihre Lebenschancen betrogen werden, ist für eines der reichsten Länder der Erde mehr als ein Armutszeugnis.

Kolleginnen und Kollegen, dieses Land ist in Schieflage und wir müssen dafür kämpfen, dass dieses Land in Ordnung gebracht wird. Natürlich steht für uns das Thema Arbeit an erster Stelle. Denn es ist ja die Arbeit, die alle Werte schafft. Gut bezahlte, sichere Arbeit ist die wichtigste Voraussetzung für tragfähige soziale Sicherungssysteme, für einen handlungsfähigen Sozialstaat, für Innovation und Zukunftsfähigkeit. Deswegen wehren wir uns heute nicht nur gegen den Ausverkauf guter Arbeit, gegen die Zerstörung anständiger Arbeitsverhältnisse durch den Missbrauch von Leiharbeit, Euro-Jobs, Armutslöhnen oder den Missbrauch von Befristungen.

Es ist schlimm, dass sich diese Regierung zum willfährigen Helfershelfer der Interessen von Arbeitgebern und Besitzenden macht. Es ist schlimm, an wie vielen Beispielen wir diese Anklage festmachen können: Ich denke da zum Beispiel an das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Plan, in Zukunft alle Kostensteigerungen nur noch den Versicherten und das dann auch noch in Form von Kopfpauschalen aufbürden zu wollen.

Ich denke da zum Beispiel an den Deal mit der Atomlobby, die bestellt, und die Regierung, die liefert. Die können sich aussuchen, ob, inwieweit und in welcher Form sie sich finanziell dafür bedanken wollen, dass die Regierung den Atomkompromiss in ihrem Auftrag aufkündigt. Mit Verträgen zwischen Staat und Energiekonzernen sollen politisch andere Entscheidungen in der Zukunft unmöglich gemacht werden. Stuttgart 21 lässt grüßen. In Mittelamerika nennt man das Bananenrepublik. In Mitteleuropa macht es die Demokratie kaputt. Und nun muss die Frage erlaubt sein, ob wir in einem

Land leben, in dem die Unternehmer bestimmen. Leider muss man sie mit „Ja“ beantworten.

Wir haben das erlebt beim Ausbildungspakt, wir haben das erlebt beim Aufkündigen des Energiekompromisses, wir haben es erlebt, als es über Nacht möglich war, Hunderte von Milliarden zu mobilisieren, um die Banken zu retten und es auch in zwei Jahren nicht möglich war, deren Treiben dauerhaft einen Riegel vorzuschieben.

Kolleginnen und Kollegen, wir demonstrieren heute auch dafür, dass endlich wieder Demokratie und Politik das Sagen haben über Entscheidungen für unser Gemeinwesen. Wir demonstrieren dafür, dass unsere Interessen berücksichtigt werden und nicht allein die der wirtschaftlich Mächtigen. Auch dafür ein Beispiel: Uns wird vorgegaukelt, die Rente mit 67 sei unausweichlich. Und das auch noch gesetzeswidrig: Denn die Beschäftigungslage der Älteren lässt auch arbeitsmarktpolitisch die Einführung der Rente mit 67 gar nicht zu. Tatsächlich soll die Rente mit 67 eingeführt werden, damit die künftigen Rentnerinnen und Rentner mit Rentenkürzungen die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung stabil halten. Rechnerisch würde der Verzicht auf die Rente mit 67 maximal 0,6 % höhere Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam bedeuten. Nicht mehr und nicht weniger. Aber so lange bei der Rente oder in der Gesundheit jede Erhöhung von Arbeitgeberbeiträgen zum Tabu erklärt wird, müssen wir blechen. Wir sollen mit Rentenkürzungen und höheren Krankenversicherungsbeiträgen die Gewinne der Unternehmen vermehren. Das ist die Wahrheit, wenn diese Regierung von mehr Netto spricht. Sie meinen nicht unser Netto, sondern das der Unternehmen.

Ein zweites Beispiel: Auch in der Steuerpolitik geht es weiter mehr als ungerecht zu. Angeblich müssen 70 Milliarden Euro im Bundesetat eingespart werden, um der völlig unsinnigen und vor allem unsozialen Schuldenbremse gerecht zu werden. Frei nach dem Motto: Erst bauen wir die Falle auf, und dann schubsen wir andere hinein. Nun sind wir nicht die Schuldenmacher der Nation. Aber wir sind der Auffassung, dass Zukunftsinvestitionen des Staates, dass Investitionen in die öffentliche Infrastruktur die notwendigen Investitionen in Krippen, Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Universitäten eine Generationenaufgabe sind, die solange auch mit neuen Schulden finanziert werden müssen, wie der Staat unterfinanziert ist. Um es ganz deutlich zu sagen: Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Auch nicht der Sozialstaat. Sondern die Finanzkrise des Staates hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Sie ist verursacht durch die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit und

die unglaublich miese Steuermoral von Deutschlands Eliten. Die haben in den vergangenen Jahrzehnten durchgesetzt, dass Deutschland für sie eine Steuer-oase wurde. Steuerflucht, Unternehmenssteuersenkungen, der Verzicht auf die Vermögenssteuer, eine viel zu niedrige Erbschaftssteuer, die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen und haben diesen Staat arm gemacht und insbesondere die Kommunen an den Rand des Ruins getrieben.

Und abermals hören wir das gleiche Lied. Wir sollen dafür gerade stehen.

- Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit Lohnverzicht und unsicheren Arbeitsplätzen,
- die Bürgerinnen und Bürger mit Privatisierungswahn und schlechterer öffentlicher Infrastruktur und
- die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die sozial Schwachen mit neuen steuerlichen Belastungen oder Streichorgien im Sozialbereich.

Dabei gibt es auch dafür vernünftige Alternativen. Wir haben keinerlei Problem, dem Finanzminister vorzurechnen, wie er statt 70 Milliarden Euro bei den kleinen Leuten zu sparen, 70 Milliarden bei den Reichen holen kann.

- 12 Milliarden durch die längst überfällige Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- 22 Milliarden durch die konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und einen energischen Steuervollzug
- 6 Milliarden Euro durch die Abschaffung der Abgeltungssteuer
- 1 Milliarde kann man bei den Hoteliers zurückholen
- 16 Milliarden brächte einer Vermögensabgabe
- 6 Milliarden eine anständige Erbschaftssteuer
- 3,5 Milliarden die Einführung einer Gemeindewirtschaftssteuer, die endlich den Kommunen eine dauerhafte Einnahmebasis sichern würde
- 2,5 Milliarden durch die Rücknahme nur des jüngsten Steuergeschenks an die Unternehmen und nicht zuletzt kann man auch noch
- 3,2 Milliarden aus der Brennelementesteuer erzielen.

Und wenn diese 70 Milliarden Euro immer noch nicht reichen, dann braucht man noch lange nicht an die Mehrwert- oder die Tabaksteuer zu denken. Man könnte zum Beispiel den Körperschaftssteuersatz von 15 auf 25 % anheben und so weitere 11,5 Milliarden Euro erzielen. Merke: Es gibt zu dieser Regierungspolitik vernünftige Alternativen. Man muss sie nur durchsetzen. Und das werden wir immer wieder sagen. Damit niemand behaupten kann, der schwarz-gelbe Unsinn sei alternativlos.

Kolleginnen und Kollegen, dieses Land braucht einen Kurswechsel. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen eine soziale Ordnung, die den Namen auch verdient. Dafür demonstrieren wir in diesen Tagen und Wochen. In den Betrieben und Verwaltungen, aber auch auf den Straßen und Marktplätzen dieser Republik. Es kann sein, dass Schwarz-Gelb meint, unsere Proteste aussitzen zu können. Es kann sein, dass das Kapital weiter auf dem hohen Ross sitzt und meint, es könnte auch in Zukunft die Puppen tanzen lassen. Beide sollten wissen: Damit werden wir uns niemals abfinden. Wir werden weiterkämpfen gegen diese Kumpanei von Kapital und Politik. Wir werden nicht einknicken, denn wir sind angetreten, die Interessen der arbeitenden Menschen zu verteidigen und sozialen Fortschritt durchzusetzen. Wir wissen: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt.

Glückauf!

Tagung „60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Erfolgsmodell Mitbestimmung“

17.10.2012, Berlin

Die Tagung von Hans-Böckler-Stiftung und DGB fand am 17. Oktober 2012 in Berlin statt. Die Festansprache hielt die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen (CDU).

*Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Auch ich bin Jahrgang 52 und habe folgerichtig die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes, dessen Jahrestag wir heute begehen, nicht sozusagen bewusst erlebt. Wenn man heute in den Büchern nachschlägt, dann merkt man, dass offensichtlich die Rezeption des Gesetzes zu seiner Entstehung sich mit der Rezeption heute sehr unterscheidet. Es war nicht gewollt, dieses Kind. Geliebt schon gar nicht.

Die Gewerkschaften wollten wesentlich mehr nach den Erfahrungen mit dem Kampf um die Montanmitbestimmung, waren enttäuscht von diesem Betriebsverfassungsgesetz, waren enttäuscht davon, insbesondere dass der Teil, der sich um die Unternehmensmitbestimmung kümmerte, sie zurückdrängte auf eine dritte Parität, in der von einer Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit noch nicht mal ansatzweise die Rede sein konnte. Sie waren enttäuscht davon, dass eben die Idee der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit nicht trug. Und es war so sehr wohl auch ein Enttäuschungserlebnis, dass es nicht wenige Gewerkschaftshistoriker gibt, die sagen, dass wegen dieses Gesetzes und wegen der aus der gewerkschaftlichen Sicht mangelnden Qualität dieses Gesetzes und seiner Inhalte der damalige DGB-Vorsitzende Christian Fette im gleichen Jahr nicht wiedergewählt wurde. Also etwas, von dem wir heute ja mit anderem Blick drauf gucken und wir uns ja als Deutscher Gewerkschaftsbund und als Hans-Böckler-Stiftung genötigt, ja eigentlich auch innerlich gezwungen fühlen,

eine Festveranstaltung zu machen. Als ich mich auf die Begrüßung heute vorbereitete, habe ich daran gedacht, dass die 50er Jahre auch die Jahre waren, wo auch uneheliche Kinder nicht besonders willkommen waren in der Gesellschaft, zumindest hatten diejenigen, die welche bekamen, größere Schwierigkeiten. Ich weiß, wovon ich rede, zwar nicht wegen mir, sondern wegen meiner Mutter, die das erlebte, aber ich bleibe trotzdem bei dem Bild. Dieses Mitbestimmungsgesetz von 52 war politisch eine Zangengeburt.

Der eine Teil mochte es nicht, ob Adenauer mit seiner damaligen Regierungskoalition es wirklich wollte oder auch sozusagen den kleinsten historischen Kompromiss rausgearbeitet hatte, das lass ich mal alles dabei hingestellt, und große Teile der Unternehmerschaft wollten es allerdings auch nicht. Es gibt ja sehr, sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland, die über Jahrzehnte ihren Frieden mit der Mitbestimmung nicht gemacht haben und eigentlich wir erst ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1979 brauchten, um festzustellen, die Idee gehört zur deutschen Wirtschafts- und Sozialverfassung. Und eigentlich seitdem ist erst ein bisschen – sagen wir mal – Normalität eingekehrt. Ich sag das für diejenigen, die dann immer gerne an andern Stellen Festreden auf das deutsche Sozialmodell halten, bis hin dazu, dass ich noch selber – Mitglied der Mitbestimmungskommission mit Kurt Biedenkopf – erlebt habe, dass es doch durchaus relevante Kreise auch in der deutschen Wirtschaft gab, die eigentlich auch sagten, das, was wir zumindest an Unternehmensmitbestimmung haben, wollen wir zurückdrängen.

Die waren allerdings nicht nur bei der betrieblichen Mitbestimmung beim Zurückdrängen. Die scheint mittlerweile auch aus diesem Kreisen sozusagen akzeptiert zu sein. Aber dass wir eine Festveranstaltung machen und viele wichtige Gäste hier heute bei uns haben, freut uns. Freut übrigens auch den Mitveranstalter, die Hans-Böckler-Stiftung, die das Mitbestimmungsförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes und im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes arbeitend, ist eine selbstständige Stiftung, die im Wesentlichen davon lebt, dass Mitbestimmungsträger die Tantiemen, die sie für ihre Arbeit bekommen im Mitbestimmungsorgan, nicht für sich behalten, sondern an die Stiftung geben und die Stiftung daraus sehr viel Gutes macht, Mitbestimmung fördert, den Gedanken von Mitbestimmung fördert, Wissenschaft und Forschung fördert, Arbeiterkinder fördert, die dann studieren können und, und, und, und. Und ich bin ganz stolz darauf, sie sozusagen in Doppelfunktion als Vorstandsvorsitzender der Hans-

Böckler-Stiftung und als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier begrüßen zu können.

Sie als allererstes, Frau Ministerin. Es freut mich sehr, dass Sie heute die Festrede halten. Ich freue mich sehr, dass zahlreiche Abgeordnete des Deutschen Bundestages heute bei uns sind. Ich freue mich aber auch, dass führende Vertreter der Gewerkschaften hier sind. Ich nenne namentlich Andrea Kocsis und den Kollegen Gustav von der NGG und Andrea, die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, die nachher noch zu uns sprechen wird, und ich freu mich ganz besonders, wenn ich das sagen darf, unter uns Hermann Rappe begrüßen zu können. Hermann Rappe, Hermann steh doch mal auf, ich glaub die Leute freuen sich, wenn sie dich sehen. (*Applaus*) Es freut mich besonders, dass Hermann Rappe, der sozusagen eine lebende Gewerkschaftsgeschichte darstellt in jeder Beziehung, heute hier ist. Hermann war maßgeblich dran beteiligt an den parlamentarischen Beratungen des Deutschen Bundestages zum Mitbestimmungsgesetz 1976. Übrigens auch ein Gesetz, was uns nicht nur Freude bereitet hat und von dem wir allerdings heute auch wissen, wir würden es uns immer besser vorstellen können, ich sag dazu gleich noch etwas, aber vor allen Dingen auch eins, von dem wir heute wissen, wir wollen und wir können nicht mehr auf es verzichten.

Meine Damen und Herren, wenn die Ministerin gleich die Festrede hält, wird sie sicherlich auch sehr viel sagen zur grundsätzlichen Bedeutung der Mitbestimmung. Ich will von mir aus nur einige Schlaglichter werfen. Mitbestimmung ist als Idee und in ihrer Konkretisierung tatsächlich ein Erfolgsmodell. Sie ist nicht unbedingt der dritte Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, aber sie ist ein Beitrag zur sozialen Zähmung eines Kapitalismus und sie ist ein ganz wichtiges Element der sozialen Marktwirtschaft. Sie hat beigetragen zur ökonomischen Prosperität Deutschlands. Sie hat beigetragen zur Emanzipation der Arbeitnehmerschaft. Sie ist ein ganz wichtiges Stück Demokratisierung der Wirtschaft und sie hat eine unglaubliche Fähigkeit bewiesen, Krisen zu vermeiden, zu dämpfen, zu überwinden und zu besiegen.

Ich sage bewusst vielfach „zu vermeiden“, weil wir Frühwarnsysteme haben, weil die Betriebsräte, die Menschen aus der Unternehmensmitbestimmung kommen und sagen, wir müssen dagegen steuern, Gegenmaßnahmen einleiten, mitverantworten, was nicht immer einfach ist und vielfach mitgeholfen haben, dass die Krise gar nicht stattfand. Wir haben mitgeholfen, sie zu dämpfen, sie zu überwinden und sie zu besiegen. Ich erinnere sehr bewusst noch mal an die Lehman-Krise und ihre Folgen für die deutschen Betriebe. Ich erzähle gerne die Geschichte, nicht nur die ich persön-

lich erlebt habe, wie Menschen zu mir kamen und gesagt haben, übrigens dein Job ist, dass meiner bleibt, sondern auch viele der Betriebsräte und Menschen in der Unternehmensmitbestimmung die erlebt haben, dass die Kolleginnen und Kollegen zu ihnen gekommen sind und gesagt haben, du oder ihr müsst davon sorgen, dass der Laden überlebt.

Wir wissen, wir müssen möglicherweise Opfer bringen, aber ihr müsst da mit sorgen, dass der Betrieb überlebt. Und ich kenne mehr als einen Betriebsrat, der mit seinem Geschäftsführer oder seiner Geschäftsführerin zur örtlichen Sparkasse oder zur Bank gegangen ist und gesagt hat, komm, wir brauchen inzwischen Kredit. Wir brauchen Aufträge. Wir brauchen die Möglichkeit, zu überleben. Was dort passiert an Gemeinsamkeit hat etwas damit zu tun, dass die nicht mehr das Gesetz rausgeholt haben. Sie wussten, sie sind zwei Institutionen in dieser Wirtschaftsverfassung Deutschlands in ihrem Betrieb, in ihrem Unternehmen und wir handeln jetzt zusammen zum Wohle des Unternehmens und zum Wohle der Beschäftigten. Und ich sag das deshalb so pointiert, weil ich auch glaube, dass nach der Krise in Deutschland sehr viel stärker das Bewusstsein entstanden ist, zu wissen, wie wertvoll Mitbestimmung ist. Viele der theoretischen Diskussionen, die es vorher gab, ob das denn Sinn macht kenne ich, so auch bei uns die Frage, ist das nicht nur Sozialpartnerschaft, sondern eher Kollaboration statt Kooperation?

Alle die haben erfahren, dass gelebte Mitbestimmung, auch wenn sie sich aus der Institution Gesetz rausbewegt, sondern sagt, wir exerzieren gelebte Kooperation im Betrieb, kann tatsächlich helfen etwas zu retten und für die Zukunft zu sorgen. Mitbestimmung gehört eben zum deutschen Sozialmodell wie die gesetzliche Sozialversicherung oder auch die Tarifautonomie. Vielfach ergänzt sie auch Gesetze und Tarifverträge und wir haben mittlerweile einen Mechanismus entwickelt – gerade in der Tarifpolitik –, wie wir ein Zusammenspiel von Tarifverträgen und Mitbestimmung organisieren. Pforzheim zum Beispiel, das berühmte Beispiel, ist ohne die bewusste Verknüpfung von betrieblicher Mitbestimmung und Tarifautonomie und Unternehmensmitbestimmung nicht denkbar. Die ganze Flexibilität, die wir mittlerweile an den Tag legen in der deutschen Wirtschaft, um zum Beispiel Exportfähigkeit zu erhalten, ist ohne diese Form von Verknüpfung überhaupt nicht denkbar.

Und sie wissen, Mitbestimmung gibt Rechte für die Beschäftigten, aber sie schafft zugleich Verantwortung für die Mitbestimmungsträger. Sie gibt Wertschätzung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sie schafft

Mehrwert für die Betriebe. Sie ergänzt die staatliche Gesetzgebung und sie ergänzt die Tarifpolitik. Unsere Mitbestimmung ist natürlich nicht vollkommen und sie ist eher ein lernendes Modell. Das ist schwierig über ein Gesetz zu sagen, weil Gesetze sind ja erst mal statisch, und man arbeitete dann daran nach 1952 20 Jahre später – 1972 – den nächsten Schritt der Vervollkommnung zu machen. Aber nichts desto trotz ist ja in den 20 Jahren etwas passiert. Mitbestimmung wird praktiziert, wird geachtet, wird missachtet, was auch immer.

Sie lernt selber und wenn ich daran denke, wie viel Menschen in diesem Mitbestimmungssystem sozusagen erzogen wurden, geschult wurden, mit-hin auch in ihre Unternehmen integriert wurden, dann ist das etwas, wo ich sage, es ist ein lernendes Modell. Und da macht man wieder einen Schnitt und sagt, das und das muss verbessert werden und das und das sollte verbessert werden und dann wollen wir immer mehr als uns andere geben wollen. Das gehört übrigens auch dazu, weil wir ja natürlich die besseren Einsichten haben, das ist schon klar, aber entscheidend ist, das Modell lebt und lernt. Und wir werden auch immer durch die betriebliche Wirklichkeit, durch die unternehmenspolitische Wirklichkeit bis hin zu neuen Herausforderungen der Globalisierung natürlich auch mitbestimmungspolitisch immer auf neue Fragen vorbereitet und wir kriegen immer neue Fragen gestellt.

Wenn ich nur aktuell mal darüber reden darf, dass wir sehr große Debatten miteinander führen müssen, wie wir zum Beispiel Betriebsräte in den Arbeitnehmerdatenschutz einbauen oder aber wie wir damit umgehen, dass der Missbrauch von Werkverträgen zu Scheinselbstständigkeit eingedämmt wird und welche Rolle Mitbestimmungsträger spielen können. Ich hab bewusst nur zwei Beispiele genannt, wo sicherlich noch sehr, sehr viel mehr dieser Dinge laufen werden.

Wenn wir heute bei alledem, was es schwierig machte auch in der Entstehungsphase, trotzdem diese Feierstunde machen, dann auch weil wir denjenigen danken wollen, die Mitbestimmung tatsächlich, ja, leben, tragen, machen, Mitbestimmungsträger sind. Ich denke an diejenigen, die das Gesetz erkämpft haben, die die Idee erdacht haben und weiterentwickelt haben. Ich denke an die, die sie ergänzt haben, flankiert haben, um neue Formen, bessere Formen der Unternehmensmitbestimmung, die eben rauswollten aus der Scheinmitbestimmung der Drittelparität hin zu einer Parität, zu einer Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Und ich denke vor allen Dingen an die Hunderttausende und ich sage bewusst Hunderttausende, ich hab mir das nicht leicht gemacht, als ich mir die Zahl aufgeschrieben habe,

die Mitbestimmung praktiziert haben als Betriebsräte, als Jugendvertreter, als Schwerbehindertenvertrauensleute, die für uns auch mit zum Mitbestimmungssystem zählen bis hin zu den Personalräten im öffentlichen Dienst, die unter anderen Bedingungen auch Mitbestimmung betreiben. Das sind Hunderttausende, Hunderttausende von Menschen, alle von denen demokratisch legitimiert. Man muss das immer wissen.

Wenn wir über Mitbestimmung reden, reden wir zugleich immer über die demokratische Legitimation von Menschen in diesem Wirtschaftssystem. Menschen, die viel sehr erfolgreich gearbeitet haben und die immer beiden verpflichtet sind nicht nur durch das Gesetz, sondern auch in ihrem täglichen Handeln. Die sind verpflichtet dem Wohl der Unternehmen und der Wohlfahrt und der Würde der Beschäftigten. Beides und dort, wo das am besten gelingt es miteinander zu verzahnen, ist meines Erachtens Mitbestimmung auch am erfolgreichsten.

Nun habe ich vielfach gehört, zuletzt in der Biedenkopf-Kommission, der ich ja dann angehört habe, das geht nur in Deutschland und das hat sich überholt. Erstens gibt es Formen von Mitbestimmung auch in andern Ländern der Europäischen Union, anders ausgeprägt und bei Weitem nicht so perfekt und perfektioniert, aber wir sind nun mal Deutsche und wenn wir das machen, machen wir das auch gut und richtig und besser. Das ist auch in Ordnung so und wir arbeiten ständig an der Optimierung. Das ist erst recht gut so. Aber wir wissen heute, grade auch nach der Lehman-Krise und jetzt heb ich noch mal auf das Beispiel bewusst ab, so viel Notwendigkeit an Mitbestimmung war nie, übrigens auch so viel Übereinstimmung, dass man Mitbestimmung nicht mehr antasten sollte, war auch nie. Ich bin ganz froh darüber, dass im Grundsatz heute niemand mehr kommt und sagt, wir wollen Mitbestimmung schleifen, abschaffen oder sonst irgendwas.

Es gibt den einen oder andern, der sich darüber aufregt, dass die Betriebsräte zu viel zu sagen haben oder dass wir in der Unternehmensmitbestimmung kritisch zu meinetwegen Managergehältern fragen, aber im Grundsatz, das glaube ich schon feststellen zu können, im Grundsatz wird Mitbestimmung nicht mehr infrage gestellt. Und das ist etwas, auf das wir auch stolz sein können. Vielleicht auch deshalb wird es nicht mehr infrage gestellt, weil so viel Erfolg war noch nie. Ich füge aber hinzu, es gab auch noch nie so viel Grund über die Exportfähigkeit dieser deutschen Mitbestimmung nachzudenken. Und ich sage das sehr bewusst, weil ja viele gesagt haben, das geht nur in Deutschland und wir wollen das nicht und das ist typisch deutsch und wir haben andere soziale Traditionen und, und, und.

Mir begegnet auch als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes unglaublich häufig die Frage, wie macht ihr es denn. Wie habt ihr die Krise bewältigt? In welchem Geist macht ihr das? Mit welchen Instrumenten macht ihr das? Und ich kenne auch diverse Unternehmen zum Beispiel in den USA, die überlegen, ob sie Formen der deutschen Mitbestimmung adaptieren. Oder als ich jüngst bei einem längeren China-Aufenthalt, im August, zum Beispiel mit dem chinesischen Arbeitsminister darüber geredet habe, ob sie nicht gut beraten wären, nicht nur die Leiharbeit in China einzudämmen – was die wahrscheinlich vor der deutschen Bundesregierung tun werden, strengen Sie sich mal an Frau Ministerin (*Applaus*), sonst werden wir selbst noch bei der Regulierung von Leiharbeit von den Chinesen überholt, das hätten wir uns ja auch nie träumen lassen, aber gut, sei es wie es sei – habe ich ihm weiterhin gesagt, wenn Sie wollen, dass Ihr Land nicht sozial implodiert, wenn Sie wollen, dass die Belegschaften nicht behandelt werden wie Abschaum und wie die Ware Arbeit, sondern wenn Sie wollen, dass Belegschaften auch so sich in kreative Innovationsprozesse einbringen, wie das deutsche Belegschaften tun, dann sind Sie gut beraten darüber nachzudenken, ob Sie auch unter den Bedingungen der von Ihnen sogenannten sozialistischen Marktwirtschaft mal anfangen darüber nachzudenken, wie Sie auch die Betriebe demokratisieren. Menschen Ernst nehmen, sie nicht nur als soziale Klimaanlage betrachten, wenn sie Interessenvertretungen haben, sondern sie tatsächlich partitiv beteiligen.

Und ich sage Ihnen, diese Ideen und diese Fragestellung macht nicht nur der deutsche Gewerkschaftsvorsitzende, sondern viele Kolleginnen und Kollegen draußen sagen, ja, wir wollen das nicht eins zu eins und niemand sagt denen, wir wollen das eins zu eins. Darum geht es gar nicht, aber die Idee trägt. Und als die Bundeskanzlerin in der Krise gesagt hat, die soziale Marktwirtschaft ist eigentlich ein Exportartikel für Europa, dann war das eine andere Idee als der Fiskalpakt, sage ich mal so. Aber vor allen Dingen war es eine Idee zu sagen, oh, es gibt etwas, von dem wir auch sozusagen aus unserer historischen Erfahrung heraus etwas übermitteln können in die Welt. Und man kann über ein Sozialmodell nicht nur theoretisch plaudern, sondern ein Sozialmodell muss leben und ein Sozialmodell braucht seine Instrumente und ich glaube eins der wichtigsten ist die Mitbestimmung. In diesem Sinne begrüße ich Sie hier alle und übergebe Ihnen jetzt das Wort, Frau Ministerin. (*Applaus*)

D Wirtschafts- und Finanzkrise



DGB-Kundgebung zum Europäischen Aktionstag am 16. Mai 2009 in Berlin.

Kapitalismus-Kongress des DGB

14./15.05.2009, Berlin

Am 14./15. Mai 2009 veranstaltete der DGB-Bundesvorstand in Berlin den Kapitalismuskongress unter dem Motto: „Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden“. Neben einer Vielzahl von Beiträgen und einer Podiumsdiskussion der von Politikern aller im Bundestag vertretenen Parteien hielt Gesine Schwan (SPD) eine weitere Rede.

a) Eröffnungsrede am 14. Mai 2009

*Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Als der DGB-Bundesvorstand im Dezember 2008 beschloss, diesen Kapitalismus-Kongress zu organisieren, hatten wir in diesem Land eine Wirtschaftsentwicklung, die je nach Prognose stagnierte oder wenn überhaupt, dann nur geringfügig einbrach. Damals waren die Subprimekrise, der Zusammenbruch der Lehman-Bank, das Desaster der Hypo Real Estate, die Schwierigkeiten mancher Landesbanken genauso bekannt wie erste ganz harte Spuren in der Realwirtschaft – insbesondere in der Automobilindustrie. Trotzdem wurde uns suggeriert, es handele sich um eine stinknormale Krise, wie sie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem nun einmal immanent sei.

Wir haben das damals schon nicht geglaubt, denn wir wussten von unseren Vertrauensleuten und Betriebsräten, von unseren Kolleginnen und Kollegen in den Aufsichtsräten und von uns nahestehenden Wissenschaftlern, dass diese Krise tiefer geht, viel tiefer. Denn hier verstärken sich wechselseitig die Finanzmarktkrise, eine tiefe weltweite Konjunkturkrise und eine umfassende globale Strukturkrise bislang nicht gekannten Ausmaßes. Es gibt also Anlass genug, genauer hinzusehen, tiefschürfender nachzufragen, was diese Krise verursacht hat, Ursachen und Anlass auseinander zu halten und unsere Antwort darauf zu suchen.

Wir Gewerkschaften können dies nicht nur im analytischen Sinne tun, sondern sind vor allem praktisch gefordert, weil wir in der Verantwortung für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und

Europa, ja für die Arbeit von Milliarden von Menschen weltweit stehen. Wir müssen analysieren, und wir müssen politische, ethische und ökonomische Schlussfolgerungen ziehen und das schnell. Wir sind überzeugt, dass der Neoliberalismus nicht der richtige Weg ist, sondern in die Sackgasse führt. Wir sind überzeugt, dass der ungebremsste Marktradikalismus nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch versagt hat. Wir sind überzeugt, dass die Politik, die diesen ungebremssten Marktradikalismus ermöglicht hat, am Ende ist. Eine Umkehr ist überfällig! Wir sind auch überzeugt, dass wir alles tun müssen, die Krisenfolgen für die Menschen soweit es geht abzumildern. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren niemals Profiteure der Gewinnmaximierung. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sie jetzt auch nicht dafür büßen müssen.

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es geht uns also um praktische Konsequenzen. Dazu gehört für mich, dass wir endlich wieder den Primat der Politik über die Wirtschaft durchsetzen müssen. Und dass die Politik dann aber auch bereit ist, dieses Primat zugunsten sozialer Gerechtigkeit auszuüben. Dazu gehört für mich allerdings auch, dass wir uns nicht auf die Rolle beschränken, den Laden wieder ans Laufen zu bringen – so wichtig das auch ist. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, dass die Verursacher der Krise nach einer kurzen Überwinterungsphase weitermachen können wie früher.

Natürlich muss der Finanzkreislauf auch im Interesse der Realwirtschaft wieder in Gang kommen. Natürlich müssen wieder Kredite ausgereicht werden – zu vernünftigen Konditionen. Aber Bad Banks sind so lange eine schlechte Idee, wie sie letztlich nur dazu dienen, Cash for Trash zu geben, also Bares für Müll, wie es Joseph Stiglitz kürzlich formulierte. Ich füge hinzu, die bisherigen Pläne zu Bad Banks in Deutschland sehen sicherlich anders aus als die ersten Wunschträume des Bankenverbandes. Aber wir müssen sehr genau prüfen, ob die jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Pläne dreierlei gewährleisten:

- dass die Pläne für Otto Normalverbraucher und Emma Mittellos transparent und durchschaubar sind,
- dass die Steuerzahler heute, morgen und übermorgen so wenig wie möglich belastet werden und auch nicht zeitverzögert Gold für Schrott geben müssen und
- dass die Banken verpflichtet werden, die Bereiche der Realwirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen, wieder mit Krediten zu vernünftigen Konditionen zu versorgen.

Ich sage: keine Leistung ohne Gegenleistung. Keine staatliche Hilfe ohne gleichzeitigen Ausgleich durch gute Risiken. Ich weiß, dass das Bundesfinanzministerium plant, die Mittel für die sogenannten Bad Banks aus dem 500 Milliarden schweren Rettungspaket für die Banken, auch Finanzmarktstabilisierungsgesetz genannt, zu nehmen. Bislang hieß es, dass diese gewaltige Summe im Wesentlichen für Bürgschaften bereit gestellt werde; für Bürgschaften, die, wenn alles gut geht, niemals in Anspruch genommen werden sollen. Nun aber soll sich das ändern. Denn nun sollen die Banken in die Lage versetzt werden, ihre toxischen Assets zu einem nicht geringen Teil in staatlich garantierte Schuldverschreibungen umzuwandeln, für die sie bei der Bundesbank Bares erhalten.

Was diese toxischen Assets am Ende wirklich wert sind, weiß kein Mensch. Und ob die Alteigentümer oder der Steuerzahler am Ende bezahlen müssen, weiß auch noch niemand. Denn das entscheidet sich nach den Plänen der Bundesregierung erst im Jahr 2029. Hinzu kommt, dass die vielfach formulierten Pläne zur Regulierung des Finanzsektors nicht recht vorankommen. Das Bundeskabinett hat jedenfalls noch keinen Gesetzentwurf verabschiedet, mit dem die Finanzmärkte wirksam kontrolliert und reguliert werden könnten, – so wirksam, dass wir niemals mehr in die Verlegenheit geraten, über Bad Banks diskutieren zu müssen. Ich frage: Ist es nicht notwendig, zum Beispiel Leerverkäufe zu verbieten oder die Eigenkapitalregeln zu überprüfen, der Verbriefung und Neuverpackung von Krediten einen Riegel vorzuschieben oder Spekulationen mit Finanztransaktionssteuern einzudämmen, bevor wir die toxischen Assets entsorgen, die genau durch das Fehlen wirksamer Regulierungen entstanden sind? Aber es ist offensichtlich politisch opportuner, ein Finanzmarktstabilisierungsgesetz in einer Woche durch die parlamentarischen Gremien zu peitschen, als wirksame Regulierungsgesetze gegen Banken und Wirtschaft durchzusetzen. Anders herum formuliert: Es wäre richtiger und gerechter, erst die gesetzlichen Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte zu beschließen und erst dann die Müllentsorgung zu ermöglichen.

Und es kann auch nicht sein, dass wir mit der Regulierung warten, bis sich die Shareholder-Value-Kapitalisten in den angelsächsischen Ländern damit einverstanden erklären. Da können wir lange warten. Mich schreckt auch die Drohung mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht. Denn es gibt Finanzgeschäfte, die wir gar nicht machen wollen, weil sie letztendlich ganze Volkswirtschaften zugrunde richten und für die dann die einzelnen Staaten auch gerade stehen müssen.

Das Trauerspiel um die Hypo-Real-Estate-Bank, die Schmierenkomödie um Übernahmeangebote und Verstaatlichung, das Hoffen der Großaktionäre, dass die staatlichen Milliardenbürgschaften ihre Bank retten und sie sich morgen wieder an den Dividenden bedienen können, muss uns allen zu denken geben. Joseph Stiglitz hat Recht, wenn er sagt: „Je mehr Geld wir in den Taschen der Aktionäre und Banker lassen, desto tiefer muss der Steuerzahler in die Tasche greifen.“ Schon das Beispiel HRE zeigt, wie wichtig und wie notwendig dieser Kapitalismus-Kongress ist, mit dem wir in unserer Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft zweierlei erreichen wollen: Umdenken und Gegenlenken!

Dieser Kongress ist bewusst keine Verkündungs- sondern eine Diskussionsveranstaltung. Wir wollen miteinander reden, analysieren und Lösungswege formulieren. Deswegen haben wir Leitfragen für die Foren formuliert und alle Referentinnen und Referenten gebeten, sich mit diesen Leitfragen auseinander zu setzen. Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat dazu Thesen vorgelegt. Sie sollen vor allem Anregung geben, nicht aber letzte Antworten. Der Kongress wird protokolliert und aufgezeichnet, damit wir ihn auswerten können für die gewerkschaftliche Programmatik und Praxis. Ich freue mich auf anregende, vielleicht auch aufregende Diskussionen zwischen Wissenschaftlern und Praktikern, zwischen Gewerkschafterinnen und Politikern, zwischen Medienleuten und Betriebsräten.

Unser Kongress ist hiermit eröffnet.

b) Schlusswort am 15. Mai 2009

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,*

Laut Monatsbericht April 2009 der Bundesagentur für Arbeit gibt es 7.948.681 Millionen Menschen, die vom Arbeitsamt Geld erhalten. Im Einzelnen sind das: 1,2 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld I, knapp fünf Millionen erwerbsfähige Hilfeempfänger – also ALG-II-Bezieher in den unterschiedlichsten Formen und 1,8 Millionen Menschen, die Sozialgeld bekommen. Wir reden also über fast acht Millionen Leistungsbezieher allein der Bundesagentur für Arbeit. Und das, obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise dank unserer Bemühungen noch nicht zu Massenentlassungen geführt hat.

So konnten wir die Menschen vor allem durch die von uns durchgesetzten verbesserten Kurzarbeitergeldregelungen schützen. In den vergangenen Monaten konnten weit mehr als eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittels Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen in den Betrieben gehalten werden. Mit zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bemühen wir uns weiter, die Menschen vor dem Verlust ihrer Existenz zu bewahren.

Was uns Sorgen macht, ist, dass wir arbeitsmarktpolitisch mit Sicherheit noch lange nicht am Ende der Krise sind, auch wenn manche wirtschaftspolitisch die Talsohle schon gesichtet haben wollen. Das heißt: Es bleibt bei unserer zentralen Aufgabe, alles zu tun, Menschen so weit es geht vor den Folgen der Krise zu bewahren. Angesichts der Tiefe der Krise wissen wir aber auch: Das wird nicht nur verdammt schwer, sondern es hat mit dem, was wir alle aus eigener Erfahrung kennen, nur noch wenig zu tun. Es handelt sich weder um die übliche konjunkturelle Überproduktionskrise, noch um eine Blase, die in einer Branche oder einem Sektor geplatzt wäre. Folglich darf niemand zur Tagesordnung, zum Business as usual zurückkehren.

Es müssen grundlegende Veränderungen im System angegangen werden und zwar jetzt, und zwar umfassend – je länger gewartet wird, desto fataler die Folgen für unsere Gesellschaften. Es ist schon ein merkwürdiger Kontrast, mit welcher Hektik gehandelt werden kann, wenn Milliarden bereit gestellt werden, um Geld ins marode System zu pumpen und wie lange geprüft wird, ob und wie Industrieunternehmen vom Staat Hilfe erhalten. Es ist schon grotesk, was in diesem Land für systemrelevant erklärt wird und was dieses vermeintliche Gütesiegel für staatliche Hilfe nicht bekommt. Es ist schon bizarr, mit welchem Aufwand Weltwirtschaftsgipfel vorbereitet, mit wie viel Elan ihre Ergebnisse nicht umgesetzt werden.

So ist bis heute auf den offiziellen Internetseiten der Bundesregierung und des Finanzministeriums das Abschlussdokument von London, dort beschlossen am 2. April, nur zusammengefasst und interpretiert, aber nicht im Wortlaut in deutscher Sprache nachzulesen. Nur wer die englische Wirtschafts- und Diplomatensprache beherrscht, kommt in den Genuss der vollständigen Information und vor allem des Geistes, in dem dieses Dokument abgefasst ist. Die große, gemeinsame Sorge, das Schuldeingeständnis, die Bereitschaft zum Umsteuern wird nur wirklich deutlich, wenn man dieses Dokument im Original auf sich wirken lässt. Aber vielleicht soll die deutsche Öffentlichkeit nicht vom Hauch des „Change“ infiziert werden.

Das ist nur ein Beispiel. Es gibt unglaublich viele kleine Anzeichen dafür, dass in Wahrheit nicht viel geändert werden soll. Dabei habe ich über diejenigen noch gar nicht gesprochen, die die Krise verursacht haben und die nun hoffen, ungeschoren davon zu kommen und morgen weitermachen zu können wie früher. Genau das wollen wir allerdings nicht zulassen. Wir haben diesen Kapitalismus-Kongress veranstaltet, um Ursachen gemeinsam zu analysieren und Lösungen, prinzipielle Lösungen zu finden und politisch umzusetzen.

Wir haben mit dem Umdenken begonnen und werden nicht locker lassen, bis ernsthaft gegengesteuert wird. Es wäre vermessen, jetzt die vielen Diskussionen zusammenzufassen und sozusagen Ergebnisse zu verkünden. Die Gewerkschaften und ihr Bund werden die Ergebnisse und Diskussionen sorgfältig auswerten, Schlussfolgerungen ziehen und in aktive Politik einmünden lassen. Eins ist in allen Diskussionen klar geworden: Wir wollen einen neuen Weg, einen dritten Weg als Alternative zum Neoliberalismus. Wir wollen eine politisch kontrollierte und sozial verpflichtete Marktwirtschaft. Und die ist nur zu haben, wenn die Politik wieder das Primat über die Wirtschaft hat. Anders herum: Wir wollen Demokratie in Staat und Ökonomie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst wenn die Krise schnell zu Ende gehen sollte, werden uns ihre Folgen noch lange, wahrscheinlich Jahrzehnte beschäftigen. Die Furcht der Menschen wird bleiben, solange eine nachhaltige Prävention unterbleibt – also keine grundlegenden Änderungen im System erfolgen. Und die finanziellen Folgen der Krise, die Lasten also, die uns allen aufgebürdet wurden und werden, um die Krise zu beherrschen, werden noch lange die Staatshaushalte faktisch handlungsunfähig machen, den ökonomischen Bewegungsspielraum der Politik unglaublich stark einengen, zusätzlichen politischen Druck auf die Sozialsysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge – einschließlich der Bildung – ausüben und noch unsere Urenkel finanziell belasten. Es sei denn, es wird fiskal- und verteilungspolitisch umgesteuert. In dieser Situation eine Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben, halten wir für verantwortungslose Augenwischerei.

Zum Schluss gilt es Dank zu sagen, Dank an die Referentinnen und Referenten, Dank für eine engagierte Diskussion, Dank für eine gute Organisation und für eine exzellente Vorbereitung.

Stellvertretend für alle anderen danke ich Konny Klingenburg. Wir sehen uns morgen wieder bei der Großdemonstration zum Europäischen Aktions-

tag. Treffpunkte sind der Breitscheidplatz, also die Gedächtniskirche und der neue Hauptbahnhof. Die Kundgebung findet an der Siegessäule statt.

Unser Kapitalismus-Kongress „Umdenken – Gegenlenken“ ist hiermit zu Ende.

Demonstration zum Europäischen Aktionstag „Die Krise bekämpfen! Auf nach Berlin!“

16.05.2009, Berlin

Bei den Europäischen Aktionstagen von 14. bis 16. Mai 2009 in Madrid, Brüssel, Prag und Berlin demonstrierten europaweit mehr als 350.000 Menschen unter dem Motto: „Fight the Crisis. Put People first“. In Berlin organisierte der DGB die Großdemonstration am 16. Mai 2009 unter dem Slogan „Die Krise bekämpfen! Sozialpakt für Europa.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir demonstrieren heute für menschenwürdiges Wirtschaften und ein soziales Europa. Ich begrüße hier und heute 100.000 Demonstrantinnen und Demonstranten zusammen mit Kolleginnen und Kollegen

aus der Schweiz und aus Frankreich,
aus den Niederlanden und aus Belgien,
aus Skandinavien und Italien,
aus Polen und Tschechien, sagen wir:
„Fight the crisis, put people first“ –
„Kampf der Krise, die Verursacher müssen zahlen!“

Skrupellose Kasinokapitalisten und gewissenlose Finanzhaie haben eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst, die mittlerweile zigmillionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Angehörigen in ihrer Existenz bedroht. In Deutschland und in Europa. Ja, sie haben die Welt an den Rand der Katastrophe geführt und das in einem Ausmaß, das nahezu unbeschreiblich ist. Wir müssen nun dafür sorgen, dass diesen Herren das Handwerk gelegt wird!

Doch nicht nur Hedgefonds oder Kreditspekulanten sind schuld, sondern auch jene Politiker in Deutschland und Europa, die ihnen auf den Leim gegangen sind, die alle Schleusen für Voodoo-Geldgeschäfte geöffnet und dabei jeden Schutzdamm gegen die grenzenlose Gier eingerissen haben. Die

Eliten in Politik und Wirtschaft haben versagt! Versagt auf der ganzen Linie! Eine Umkehr ist überfällig!

Machen wir uns nichts vor: Die Krise ist so tief, wie es sich niemand hat vorstellen können. Und auch wenn wir uns das Gegenteil wünschen, müssen wir leider erkennen: Noch ist kein Licht am Ende des Tunnels. Und deshalb muss gehandelt werden! Bevor noch mehr Menschen ins Elend gestürzt werden. Deshalb brauchen wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm! Deshalb brauchen wir ein drittes Konjunkturprogramm, das seinen Namen auch verdient! Deshalb muss die Binnennachfrage angekurbelt werden und zwar jetzt und nicht erst mit Blick auf die Bundestagswahl!

Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig,

- alles zu tun, um die Beschäftigungsbrücken stabiler zu machen,
- alles zu tun, Menschen in Arbeit zu halten,
- alles zu tun, Entlassungen zu verhindern.

Wir haben die Aufgabe, die Menschen vor den Folgen der Krise zu schützen. Aber wir haben auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholen kann! Da ist die Bilanz bisher eher mager.

Wir haben klare Forderungen: Wir wollen, dass Spekulationen endlich eingedämmt werden! Wir wollen, dass Leerverkäufe und Kettenverbriefungen verboten werden! Wir wollen, dass Hedgefonds und Ratingagenturen endlich kontrolliert werden! Wir wollen, dass Unternehmen nicht mehr an kurzfristigen Renditezielen ausgerichtet werden! Und wir wollen wirksame Transaktionssteuern wie die Börsenumsatzsteuer, damit der Finanzsektor auch an den Kosten der Krise beteiligt wird.

Es kann doch nicht sein, dass die Opfer der Krise jetzt auch noch die Kosten der Krise tragen sollen! Wir sagen: Die Verursacher müssen zahlen! Und wenn nicht energisch gehandelt wird gegen Krise und Krisenverursacher, dann wird das Folgen haben für Demokratie und sozialen Frieden. Wir sehen mit Sorge, dass einige Herren aus Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Publizistik, Banken und Industrie einfach zur Tagesordnung übergehen und versuchen, weiterzumachen wie früher. Wir setzen dem ein energisches „Nein“ entgegen. Es darf kein „Weiter so“ geben. Nicht wir stellen den sozialen Frieden infrage, sondern die, die die Folgen der Krise auf den Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abladen wollen. Auch deshalb werden wir keine Ruhe geben.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen heute und nicht erst morgen wirksame europäische Richtlinien zur Kontrolle und Regulierung der außer

Rand und Band geratenen Finanzmärkte. Wir wissen alle, dass wir das nicht allein nationalstaatlich lösen können. Wir brauchen gemeinsame Lösungen in Europa. Aber: Wer nicht vor der eigenen Haustür kehrt, der kann auch vom Nachbarn nicht verlangen, dass er sauber macht. Anders herum: Nur wenn wir selbst bereit sind, an die Regulierung heranzugehen, wenn unsere Regierung und unser Parlament bereit sind, selbst strikte Regeln zu erlassen, werden wir es schaffen, auch die anderen zu überzeugen. So haben es die G-20-Staaten am 2. April nach massivem Druck der Weltöffentlichkeit in London verabredet. Und so muss es endlich umgesetzt werden. Jeder für sich und dann alle gemeinsam.

Kolleginnen und Kollegen, wir demonstrieren heute auch, weil wir ein anderes, ein besseres Europa wollen. Wir wollen ein soziales Europa, das den Namen wirklich verdient. Gerade nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

- gegen sinnvolle Vergabegesetze,
- gegen wirksame Regelungen bei der Entsendung von Beschäftigten,
- ja sogar gegen Tarifautonomie und Streikrecht

sind wir gezwungen, unsere Stimme zu erheben – gegen ein Europa des Kapitals. Ohne ein Durchsetzen der europäischen Grundrechtecharta, ohne den Vorrang der Menschenrechte vor ökonomischen Interessen wird Europa nicht weiterkommen. Ohne eine rechtlich verbindliche soziale Fortschrittsklausel, die durchsetzt, dass die sozialen Rechte immer Vorrang haben vor den ökonomischen Freiheiten des Binnenmarktes, wird dieses Europa in den Herzen der Menschen nicht ankommen – mit allen Folgen, die das für den friedlichen, demokratischen Zusammenschluss der europäischen Staaten haben kann.

Die Politik in Deutschland und Europa muss endlich die Skepsis vieler Menschen aufgreifen und darf sie nicht länger als lästig abtun. Die Menschen in Europa wollen Frieden miteinander. Sie wollen miteinander arbeiten und leben. Sie wollen die Europäische Union als das gemeinsame Zukunftsprojekt nach den bitteren Erfahrungen von zwei Weltkriegen. Aber sie wollen nicht übers Ohr gehauen werden, mit ein bisschen Verbraucherschutz abgespeist und ansonsten als billige Wanderarbeiter deklariert werden.

- Wir kämpfen für Mindestlöhne, Sozialschutz, und eine soziale Fortschrittsklausel.
- Wir streiten für Arbeit und Ausbildung.
- Wir wollen für gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn.

Und auch auf dem Umweg über Europa darf niemand unser Recht auf Streik und unsere Koalitionsfreiheit antasten. Wir brauchen eine europäische Kommission, die den kleinen Leuten in Europa verpflichtet ist und nicht dem großen Geld. Wir brauchen ein europäisches Parlament, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Recht und Stimme verleiht. Wir brauchen europäische Regierungen, die nicht ständig vor der Ideologie des anglo-amerikanischen Shareholder-Value-Kapitalismus einknicken. Wir erwarten vom neu zu wählenden Europäischen Parlament, von der neu zu bildenden Europäischen Kommission, vom Rat der Staats- und Regierungschefs, dass sie endlich das Verlangen der Menschen nach einem sozialen Europa ernst nehmen. Wir wollen ein gemeinsames soziales Europa, in dem es gute Arbeit gibt und ein besseres Leben für alle.

Das Wort hat nun der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, John Monks.

Transformationskongress „Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken“

08./09.06.2012, Berlin

Am 8./9. Juni 2012 veranstalteten der DGB, der Deutsche Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin einen Kongress zu den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen unserer Zeit.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Vor 50 Jahren wäre eine gemeinsame Tagung von Naturschutzverbänden, Institutionen der evangelischen Kirche und dem Deutschen Gewerkschaftsbund undenkbar gewesen. Schon gar zu diesem Thema: Wie können wir Wirtschaft und Gesellschaft so umgestalten, dass sie menschenwürdiger, gerechter, verantwortungsbewusster, ressourcenschonender, umweltschützender, sich des Klimawandels bewusster, krisenfester und damit zukunftsfähiger werden. Vor 40 Jahren wäre eine solche Tagung vielleicht als Teil der Brandt'schen Reformeuphorie denkbar gewesen, einige Bündnisstrategen haben vielleicht sogar davon geträumt.

Aber niemand hat gewagt, sie zu organisieren. Vor 30 Jahren waren in der damaligen Bundesrepublik Deutschland Problembewusstsein und Programmatik über die Verbindungslinien von Arbeit und Umwelt, von der Notwendigkeit eines qualitativen Wachstums, vom Schutz der Natur, von der Achtung der Schöpfung, aber auch von der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Bündnisse veränderungsbereiter Kräfte schon wesentlich ausgeprägter. Andererseits hatte Helmut Kohl gerade die neoliberale und restaurative geistig-moralische Wende ausgerufen und in der DDR versuchte der Stalinismus, sich angesichts seines drohenden Niedergangs mit Repression und geistigem Starrsinn zu retten. Überhaupt waren die 80er Jahre die Zeit, in der die Krisen von heute vorprogrammiert wurden. Privatisierung und Deregulierung, die Entwürdigung von Arbeit, die Vergötzung des Finanzkapitalismus nahmen damals ihren Anfang.

Vor 20 Jahren war zwar das Umweltbewusstsein wesentlich geschärfter als zuvor, der Club of Rome, die Anti-AKW-Bewegung, die Initiativen für eine neue Qualität des Lebens und der Arbeit oder die Erfahrung von Tschernobyl hatten langfristig gesellschaftliche Wirkung erzielt. Ein kritisches Umweltbewusstsein war etabliert. In den Gewerkschaften bestand eindeutige Klarheit, dass Arbeit und Umwelt, Industriegesellschaft und Ressourcenschonung die Achtung vor der Würde des Menschen und der Respekt vor der Natur keine Gegensätze, sondern sich wechselseitig bedingende Notwendigkeiten sind.

Andererseits begann nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus der beinahe ungehemmte Siegeszug des Brutalkapitalismus. Die meisten, die hier sind, kennen nicht nur die Folgen, sondern haben die Entwicklung der vergangenen 20 Jahre ganz oder zumindest teilweise an führender Stelle selbst erlebt und mitgeprägt. Wir haben die Krisen miterlebt, wir haben versucht, die Krisenfolgen für die Masse der Menschen abzumildern. Wir haben uns dem neoliberalistischen Zeitgeist und seiner realen Ausprägung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik entgegengestemmt, manche Schlacht verloren, unsere Schutzfunktion sehr oft auch erfolgreich wahrgenommen und gemeinsam geholfen, das gesellschaftliche Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es so nicht weitergehen kann.

Denn tatsächlich ist diese Welt immer krisenhafter geworden. Privatisierung, Deregulierung und Prekarisierung haben diese Welt nicht besser und sicherer gemacht, sondern das Gegenteil bewirkt. Arbeit wurde und wird entwertet, der Raubbau an der Natur geht weiter, die Menschenwürde wird vielfach mit Füßen getreten. Oftmals wird vergessen, dass es ja nicht nur eine Krise des Finanzkapitalismus und der Banken gibt, die heute verlogen als Staatsschuldenkrise bezeichnet wird, sondern dass die krisenhafte Entwicklung dieser Welt Millionen von Menschen in ihrer Existenzgrundlage bedroht und den Erdball selbst an den Rand des Abgrunds treibt. Hunderte von Millionen müssen hungern, Hunderte von Millionen haben keine Arbeit, Hunderte von Millionen haben keine lebenswerte Zukunft. Der Durst droht immer mehr zum Kriegsgrund zu werden, Krankheiten und Seuchen bedrohen Millionen von Menschen, die Folgen der Erderwärmung für die Zukunft der Menschheit sind zwar bekannter denn je, aber das Krisenbewusstsein steht in diametralem Gegensatz zur praktischen Gegenwehr.

Kurz: Heute wissen wir, so wie es ist, kann es nicht weitergehen. Wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weitermachen wie bisher, werden sich die Krisensituationen ständig verstärken und wird die Krisenhaftigkeit dieser Form des Wirtschaftens immer schneller, häufiger und heftiger zutage treten.

Wir wollen mit diesem Kongress 20 Jahre nach Rio und 40 Jahre nach dem Club of Rome einen Beitrag dazu leisten, dass eine Umkehr eingeleitet wird. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die Finanzmärkte an die Kette gelegt werden müssen, dass die Politik der Deregulierung durch eine Politik der neuen Regulierung abgelöst werden muss. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir die reale Wirtschaft stärken müssen und dass diese reale Wirtschaft sich ressourcenschonender und noch umweltgerechter entwickeln muss.

Es wird interessant werden, wie wir uns auf diesem Kongress zu Zukunftsfragen der Industriegesellschaft positionieren werden. Sicher werden die Umweltverbände andere Akzente setzen als wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die davon überzeugt sind, dass Industriegesellschaft und Wachstum kein Gegensatz zu Klimaschutz und nachhaltigem Wirtschaften sein müssen, wenn es uns gemeinsam gelingt, Wirtschaft und Gesellschaft zu transformieren. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die Antwort auf die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Prekarisierung der Arbeit die Wiedererlangung der Würde der menschlichen Arbeit sein muss, dass gute Arbeit durchsetzbar ist, einschließlich der Vergrößerung der Freiheit der Menschen in der Arbeit. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir auf diesem Kongress auch über einen neuen Umgang mit öffentlichen Gütern konstruktiv diskutieren werden mit dem klaren Ziel, das Verhältnis von Markt und Staat, von Wettbewerb und Regulierung, von Freiheit und Verantwortungsbewusstsein in der Wirtschaft wieder ins rechte Lot zu bringen. Neoliberalismus und Deregulierung können überwunden werden, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, den Transformationsprozess in unserer Gesellschaft voran zu treiben und der demokratischen Politik endlich wieder den Primat über die Wirtschaft einzuräumen.

Ich freue mich jedenfalls sehr, Sie heute alle auf diesem Kongress begrüßen zu können. Ich bedanke mich sehr dafür, dass es möglich war, sich gemeinsam auf die Leitfragen für unsere Diskussion heute und morgen zu verständigen. Dabei wissen wir, Umweltverbände, Kirchen und Gewerkschaften werden auf diese Fragen möglicherweise unterschiedliche Antworten geben. Die Quellen unseres Denkens und Handelns sind sicherlich unterschiedlich. Aber uns eint ein gemeinsamer Gedanke: Wir wollen über die Diskussion und den Diskurs zu einer Verständigung kommen, wie wir Wirtschaft und Gesellschaft umgestalten müssen und wir sind uns einig in dem Ziel, dass die Transformation beginnen muss so schnell wie möglich.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

E Europapolitik und europäische Gewerkschaftspolitik



Demonstration der UGT zur Herbstaktion der Europäischen Gewerkschaften am 29. September 2010 in Madrid.

Europäischer Aktionstag „Aufstehen, damit es endlich besser wird!“

03.04.2004, Berlin

Neben der Kundgebung in Berlin Mitte fanden am 3. April 2004 unter dem Slogan. „Aufstehen, damit es endlich besser wird!“ weitere Kundgebungen in Köln und Stuttgart mit insgesamt über 500.000 Teilnehmern statt.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,*

wenn wir schreiten Seit an Seit

- für eine menschliche Gesellschaft,
- für Arbeit und soziale Gerechtigkeit,
- für ein Land, in dem die Schwachen Schutz erfahren,
- für eine Gesellschaft, die solidarisch ist mit den Arbeitslosen,
- für eine Politik, die den jungen Menschen Zukunftschancen gibt, statt ihr Leben zu versauen,

wenn wir also schreiten Seit an Seit, dann können wir es schaffen. Und nur dann werden wir es schaffen. So gesehen, ist dieser 3. April ein klares Signal an die Herrschenden in Parteien und Wirtschaft, dass Schluss sein muss mit einer Politik, die der Masse der Bevölkerung schadet und die die Reichen immer reicher und die das Kapital und ihre Manager immer dreister werden lässt.

Hunderttausende sind heute Morgen aufgestanden, sehr früh, haben Busse bestiegen und Sonderzüge gefüllt mit einer einzigen Botschaft: Wir sind heute aufgestanden, damit es endlich besser wird. Mit dieser Botschaft wissen wir uns eins mit den Demonstranten in Rom, in 50 französischen Städten, in Bratislava und Ljubljana, in allen Ländern der Europäischen Union von Spanien bis Schweden, von Großbritannien bis Griechenland. Überall dort findet heute der große Schulterschluss statt: der große Schulterschluss zwischen Gewerkschaftern und Studenten, Sozialverbänden und Rentnern,

von Arbeitslosen und Auszubildenden, von linken Kritikern in den Parteien über kirchliche Gruppen, der Friedensbewegung bis zu den Globalisierungskritikern.

Auch hier in Deutschland schaffen wir dieses neue Bündnis: ein Bündnis der Solidarität! Gemeinsam setzen wir dieses Zeichen. Wir können stolz darauf sein:

- In Köln demonstrieren zur Stunde 120.000!
- In Stuttgart sind es 150.000!
- Und wir hier in Berlin haben es auf 250.000 gebracht!

Der Kanzler und die Unionsparteien, Wirtschaftsführer und Manager, also die Ewiggestrigen aus dem Unternehmerlager müssen wissen: Wenn diese asoziale Politik nicht aufhört, dann kommen wir wieder! Wir wollen und wir werden es nicht hinnehmen, dass in Deutschland und Europa nicht die Krise, nicht die Massenarbeitslosigkeit, nicht die Perspektivlosigkeit der jungen Menschen bekämpft werden, sondern die Lasten der Krise nur auf dem Rücken der kleinen Leute verteilt werden. Und erst recht werden wir nicht dulden, dass immer wieder versucht wird, die kleinen Leute, die Habenichtse, gegeneinander auszuspielen: Jung gegen Alt, Arbeitnehmer gegen Arbeitslose, Lehrlinge gegen Studenten, Sozialhilfeempfänger gegen Rentner. Wir lassen uns nicht spalten! Wir stehen zusammen!

Damit das klar ist: Uns geht es heute nicht nur darum, gegen die Umverteilung von unten nach oben zu demonstrieren. Wir protestieren auch dagegen, dass die Politik des Sozialabbaus und der Tatenlosigkeit gegen die Massenarbeitslosigkeit auch darauf zielt, uns die Würde zu nehmen. Es ist an sich schon würdelos, nicht arbeiten zu dürfen, arbeitslos zu sein. Aber es wird völlig unwürdig, wenn mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II in Zukunft 70 % der Langzeitarbeitslosen im Westen und 80 % der Langzeitarbeitslosen im Osten nichts mehr oder wesentlich weniger bekommen. Wir werden diesen Totalabsturz der Arbeitslosenhilfeempfänger nicht akzeptieren.

Und wer immer den Schulterchluss mit den Gewerkschaften und den sozialen Kräften in diesem Land will, der muss wissen, auf dieser Basis wird es keinen Schulterchluss geben. Wer uns weismachen will, dass neue Stellen nur dann entstehen, wenn die Löhne sinken, wenn die Arbeitszeiten länger werden, wenn jeder kollektive Schutz vom Tarif bis zur Mitbestimmung beseitigt und die Arbeitnehmer rechtlos werden, der wird seine Lektion lernen müssen.

Und wer das Propagandamärchen in die Welt setzt, in Deutschland gebe es nur reiche Rentner – um damit zu begründen, dass man zum 1. April die Renten kürzt – und in Zukunft die gesetzliche Rente nicht mehr bringt als die Sozialhilfe, der kann nicht erwarten, dass wir ihn wählen. Ich sage: Sozialabbau ist Mist. Lasst es einfach sein! Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die dieses Land wieder aufgebaut und mit ihrer Arbeit reich gemacht haben, haben so etwas nicht verdient. Sie haben ein Recht auf ein würdiges Alter.

All die, die dazu noch diese Gesundheitsreform zu verantworten haben, mit Praxisgebühr und extrem hohen Zuzahlungen, und die zugleich die Abkassiererlobby von Fachärzten und Apothekern, Pharmaindustrie und Medizintechnik ungeschoren lassen, die sind dafür verantwortlich, dass Gesundheit zur Ware geworden ist, die sich nicht mehr jeder leisten kann. Und da glauben wir auch der Propaganda nicht mehr, dass jeder Kranke die Hilfe bekommen wird, die er braucht. Das ist leider nicht mehr so.

Es ist für mich nicht hinnehmbar, dass eine Regierung, die mit dem Slogan angetreten ist, sie wolle vieles besser machen, nun vieles noch viel schlechter macht. Natürlich wissen wir, dass Union und FDP keine gute Alternative sind. Denn die sind angetreten, das Soziale in der Marktwirtschaft, den Sozialstaat, gänzlich zu schleifen. Aber es ist höchste Zeit, dass die Sozialdemokraten endlich tun, wofür sie bei den Wählern um die Stimme gebeten haben! Sozialer Ausgleich, Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Respektierung der Arbeitnehmerrechte und Schutz für die Schwachen in unserer Gesellschaft. Das haben wir von Rot-Grün erwartet. Was haben wir bekommen? Eine Politik, die zum Beispiel zu verantworten hat, dass jemand, der mit 50 Jahren arbeitslos wird, binnen drei Jahren auf Sozialhilfeniveau leben muss und kaum eine Chance hat, je wieder eine Arbeit zu bekommen.

Ebenso unerträglich ist die neue Zumutbarkeitsregelung für Langzeitarbeitslose. Das ist vom Staat gefördertes Lohndumping. Wer soll denn von ein paar Euro die Stunde leben? Die Familie ernähren und die Miete zahlen? Diese Zumutbarkeitsregelung muss weg. Dieses Land braucht keine amerikanischen Verhältnisse! Wir wollen nicht in einem Europa leben, in dem man zwei bis drei Jobs braucht, um auch nur einigermaßen über die Runden zu kommen. Und all den Unternehmern, die mit Verlagerung ihrer Betriebe ins Ausland drohen, um längere Arbeitszeiten und drastisch gekürzte Löhne durchzusetzen, denen sage ich: Sie werden damit nicht durchkommen. Wer Arbeit wie Dreck behandeln will, der stößt auf unseren Widerstand. Ja, wir werden uns wehren. Und wir wissen auch, dass unsere Kolleginnen und

Kollegen in Polen oder Ungarn, in der Slowakei oder im Baltikum auf Dauer nicht bereit sein werden, für Hungerlöhne zu arbeiten, nur damit die Börsenkurse und die Dividenden westeuropäischer Großkonzerne stimmen. Wir werden nicht widerspruchslos zusehen, wie Spitzenmanager und Unternehmer diesen Staat ausplündern. Wie sie eine Subvention, eine Steuererleichterungen nach der anderen einstreichen und sich um das Gemeinwohl einen Dreck scheren. Denn wenn es um die Pflichten geht, also darum, Steuern zu zahlen, gute Löhne und Sozialabgaben, dann wollen sie sich ins Ausland verdrücken. Und mit dieser Drohung versuchen sie, uns zu erpressen.

Eigentum verpflichtet, sagt das Grundgesetz. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie aufhört mit den Wölfen zu heulen, sondern gegen diese Erpressung einschreitet und diese Verfassungsnorm endlich durchsetzt. Die Regierungen in Deutschland und in Europa, die Parlamentarier in Straßburg und Berlin, auch die Eurobürokraten in Brüssel müssen sich darüber im Klaren sein, dass sonst weder die Herzen noch die Hirne von Millionen für die Idee eines gemeinsamen Europas gewonnen werden können. Wir wollen ein anderes Europa. Unser Europa ist ein Europa der Solidarität, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Aber keines von Ausbeutung, Hungerlöhnen und Massenarbeitslosigkeit. Wir wollen ein Europa, das beweist: Internationalisierung und Globalisierung könnten ein Segen für die Menschen sein und kein Fluch. Aber davon sind wir im Jahr 2004 noch um Lichtjahre entfernt.

Vielleicht schafft es unsere Jugend ja, dorthin zu gelangen. Aber nur, wenn wir sie heute nicht alleine lassen. Die jungen Leute brauchen heute, hier und jetzt, gute Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl. Und deshalb sagen wir, einfach aber für jeden verständlich: Wer nicht ausbildet, der muss zahlen. Und wir werden sehr genau beobachten, ob Rot-Grün ernsthaft versucht, ein Gesetz zur Ausbildungsumlage durchzubringen. Wir werden jedenfalls nicht tatenlos zusehen, wenn eine vereinte Lobby von Unternehmern, Kammern, Arbeitgeberverbänden, wirtschaftshörigen Politikern und übelwollenden Ministerialbürokraten versucht, dieses Gesetz zu torpedieren und damit Hunderttausende von jungen Menschen abermals ihrer Lebenschancen zu berauben. Vergleichbares gilt für die Studenten. Ich halte es für eine bodenlose Verhöhnung, wenn den Politikern keine andere Antwort auf die Studentenproteste einfällt als die Eliteuniversität. Damit wir uns recht verstehen: Ich habe nichts gegen Spitzenforschung. Aber ich habe was dagegen, wenn pharisäerhaft die Bildungsmisere beklagt wird und für Schulen, Kindergärten, Krippen und Universitäten das notwendige Geld fehlt.

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen zusammen für ein soziales Europa und für eine bessere Politik in unserem Land. Alle, die beobachten, was wir hier heute tun, und wer sich hier und heute zusammengefunden hat, sollte wissen: Dieser Tag gibt uns Mut. Und er gibt uns die Zuversicht, dass wir nicht nur heute zusammenstehen, sondern auch morgen und übermorgen. Junge und Alte, Frauen und Männer, Auszubildende und Studenten, Arbeitnehmer und Arbeitslose, Rentner und Kranke – wir lassen uns gegeneinander nicht ausspielen. Wir sind heute gemeinsam aufgestanden, damit es endlich besser wird. Und wir werden nicht ruhen, bis es endlich besser ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Zentrale Kundgebung des DGB zum 1. Mai 2004

01.05.2004, Berlin

Die zentrale Maikundgebung des DGB unter dem Motto „Unser Europa – frei, gleich, gerecht“ fand 2004 in Berlin statt. Weitere Redner waren Tony Janssen (Präsident des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes) und Bernd Rissmann (stellv. Vorsitzender DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg).

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Heute demonstrieren weltweit die, die von ihrer Hände Arbeit leben. Sie demonstrieren für ihre Rechte. Der 1. Mai ist der Tag, an dem wir genauso wie unsere Vorfahren für eine bessere Welt, frei von Armut und Ausbeutung, frei von Angst und Unterdrückung aufstehen. Er ist und bleibt der Kampftag der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Gewerkschaften. Damit wir uns recht verstehen: Der 1. Mai ist ein gesetzlicher Feiertag für die arbeitenden Menschen und er wird es bleiben. Aller Politclowns, die es ja auch in Berlin gibt, zum Trotz. Dieser Tag ist hart erkämpft. Er hat eine demokratische Geschichte und wir lassen ihn uns von niemandem rauben.

Unsere Freiheit besteht nicht darin, sieben Mal 24 Stunden einkaufen zu können, sondern für unsere Arbeit einen Lohn zu bekommen, von dem wir mit unseren Familien menschenwürdig leben können. Und an diesem 1. Mai vergessen wir auch die Millionen Menschen nicht, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel haben. Und das sind mittlerweile eben nicht nur Sozialhilfeempfänger. Es sind auch viele allein erziehende Mütter oder arbeitslose Akademiker, es sind die 50-Jährigen, die nirgendwo mehr einen Job finden und es ist auch ein großer Teil der Rentnerinnen und Rentner, die allein von der gesetzlichen Rente leben und die jeden Euro drei Mal umdrehen müssen. Für die also zum Beispiel zehn Euro Praxisgebühr verdammt viel Geld ist. Ich rede auch von den über 500.000 jungen Menschen, die von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden, die noch nie eine Ausbildung, noch nie eine Arbeit hatten. Und ich denke an die Studenten, die für eine bessere finanzielle Ausstattung ihrer Hochschulen kämpfen. Ich

rede also von denen, denen sich eine soziale und demokratische Regierung verpflichtet fühlen müsste.

Und ich klage erneut an, dass diese Regierung das Gegenteil tut. Ihre Politik ist weder sozial noch gerecht. Die Agenda 2010 ist zum Synonym für die Zweidrittelgesellschaft geworden.

Ganz offensichtlich wird ein Drittel unserer Bevölkerung einfach abgeschrieben. Denn wie anders soll man eine Politik bewerten, die 80 % der Langzeitarbeitslosen ab dem kommenden Jahr jede Unterstützungsleistung drastisch senkt oder sogar völlig verweigert. Über drei Milliarden Euro sollen bei den heutigen Arbeitslosenhilfeempfängern eingespart werden.

Dies ist ein besonderer politischer Skandal. Und zwar deshalb, weil ganz offensichtlich die ganz große Koalition aus Rot-Grün, Union und FDP, die dieses Gesetz beschlossen hat, noch nicht einmal im Ansatz an so etwas wie soziale Ausgewogenheit denkt. Sie kommen überhaupt nicht auf die Idee, die Löcher in den öffentlichen Haushalten und den Sozialkassen auch von denen stopfen zu lassen, denen man es nun wirklich zumuten könnte. Ihnen schwebt vielmehr vor, aus Deutschland ein noch größeres Steuerparadies für Konzerne und Reiche zu machen. Es ist klar: Eine Politik, die nicht einmal versucht, die Lasten gerecht zu verteilen, wird den Irrweg weitergehen, die Opfer der Krise zu Schuldigen zu machen und sie mit Sozialabbau zu bestrafen. Dieser Politik werden wir uns weiter in den Weg stellen.

Wir werden weiter protestieren, bis es endlich wirklich besser wird, und zwar für die Masse der Bevölkerung. Und nicht nur für das Sahnehäubchen unserer Gesellschaft. Es gibt in diesem Land eine Regierung, die ganz offensichtlich meint, die Massenproteste vom 3. April ignorieren zu können. Dieser Regierung sage ich: Wir werden nicht Ruhe geben, bis sie endlich zur Besinnung kommen.

Wir werden nicht locker lassen bei der Bekämpfung von Niedriglöhnen und schon gar nicht mit unserem Kampf gegen die Regelungen zur Zumutbarkeit, die nichts anderes sind als gesetzliche Aufforderungen zum Lohn-dumping. Und wir werden nicht nachlassen mit unserer Forderung, dass endlich eine wirkliche Gesundheitsreform kommt, die jedem Mann und jeder Frau den notwendigen Schutz sichert und der milliardenschweren Abzocke der Profiteure am jetzigen Gesundheitssystem einen Riegel vorschiebt. Wir sitzen auch nicht dem Ammenmärchen auf, all dies müsse man aus Gründen der Generationengerechtigkeit machen. Kein junger Mensch hat etwas davon, wenn ihm die Ausbildungsplätze vorenthalten werden, unsere Schulen verkommen, unser Bildungssystem drittrangig ist und wir zugleich

die Armut unserer Städte am Zustand unserer Straßen erkennen können. Wer sich wirklich um die junge Generation sorgt, der muss diejenigen in die Pflicht nehmen, die die eigentlich Herrschenden in diesem Land sind. Diese Eliten haben sich längst etabliert. Denen muss man nicht auch noch Universitäten hinterher werfen.

Dieses Land steht an einem Scheideweg. Lassen wir uns weiter nötigen mit dem Verweis auf den globalen Wettbewerb und der Drohung von Abwanderung? Lassen wir es zu, dass das Rad der Sozialgeschichte zurückgedreht wird oder betreiben wir endlich eine Politik, die sich der ökonomischen Erpressung konsequent in den Weg stellt? Wir jedenfalls werden uns nicht damit abfinden, dass die Bosse von Großkonzernen in Wahrheit die Richtlinien der Politik bestimmen. Und weil diese Wahrheit sehr konkret ist, warne ich ruhig aber konsequent: Wer die Arbeitszeit verlängern will und dies noch zum Nulltarif, wird auf unseren Widerstand stoßen. Das gilt für die Industrie genauso wie für die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder. Niemand soll sich der Hoffnung hingeben, die Gewerkschaften würden sich spalten lassen und tatenlos zusehen, wie der öffentliche Dienst als genereller Türöffner für Mehrarbeit ohne Lohnausgleich missbraucht werden soll.

Und genauso wenig werden wir auf die Parolen von Sonderwirtschaftszonen und einem gescheiterten Aufbau Ost reinfallen. Abgesehen davon, dass in Ostdeutschland Tag für Tag der Beweis dafür erbracht wird, dass Billiglöhne keine Arbeit schaffen, abgesehen davon sage ich: Der Zustand der Wirtschaft in Ostdeutschland im Jahr 14 der deutschen Einheit, die extrem hohe Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit der Jugend, ist das Produkt einer falschen Sanierungs- und Privatisierungspolitik in den 90er Jahren. Und sonst nichts. Wir lassen uns nicht einreden, dass mit der Solidarität endlich Schluss sein muss. Womit Schluss sein muss ist mit einer Politik, die Milliarden und Abermilliarden aus Lohnsteuer und Sozialabgaben finanziert, die dann im Osten weitgehend verpuffen, aber dafür die Taschen zum Beispiel von Immobilienspekulanten und Subventionsbetrügern füllt. Anfang der 90er Jahre hatten wir noch die Sorge, dass aus den neuen Bundesländern eine verlängerte Werkbank wird. Was das Kapital letztlich daraus gemacht hat, ist nichts anderes als ein verlängerter Ladentisch.

Wenn diese völlig verfehlte Integrationspolitik nun auch noch das Vorbild für die Osterweiterung der EU werden soll, dann gute Nacht Europa. Täuschen wir uns nicht: Gar mancher Manager oder Unternehmer sieht doch seine Zukunft nur so lange in Polen oder der Slowakei, wie er dort die Arbeitnehmer mit Armutslöhnen ausbeuten und die Regierungen finanzpolitisch

erpressen kann. Es ist doch ein mieses Spiel, wenn gar mancher Großkonzern nicht nur die Globalisierung, sondern nun auch die EU-Osterweiterung als Allzweckwaffe gegen Sozialstaatlichkeit und anständige Arbeitsbedingungen einsetzen will. Heute sagen sie noch: Bist du nicht willig, dann gehe ich nach Tschechien. Und zur gleichen Zeit drohen sie den Slowaken mit der Ukraine. Leider ging mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht eine wirkliche Befreiung einher.

Ein schrankenlos waltender Ellenbogenkapitalismus bringt keinen Segen: weder in West noch in Ost. So sehr wir begrüßen, dass Europa heute frei ist von politischer Unterdrückung und bis auf die Krisenherde auf dem Balkan auch frei ist von Krieg, so eindringlich warnen wir vor den Gefahren für den sozialen Frieden. Freiheit heißt für uns immer auch Freiheit von sozialer Not, Freiheit von Angst vor der Zukunft. Wirkliche Freiheit ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht möglich. Und wenn wir heute in Deutschland mit dem Slogan demonstrieren „Unser Europa, frei, gleich und gerecht“, dann ist das eine Demonstration gegen ein Europa der Konzerne und für ein Europa der arbeitenden Menschen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit in der gesamten Europäischen Union.

Um es auf den Punkt zu bringen: Weder in Fragen von Krieg und Frieden noch in punkto Arbeit oder in der Gesundheits- oder Rentenpolitik sind die USA ein Vorbild für uns. Im Gegenteil. Wir wollen kein Europa, in dem man drei Jobs braucht, um nur einigermaßen anständig über die Runden zu kommen. Wir wollen kein Europa, in dem die Spaltung zwischen Reich und Arm immer größer wird. Wir wollen übrigens auch kein Europa, in dem aufgrund sozialer Verwerfungen braune Gewalt, Ausländerhass, Antisemitismus, die Verfolgung von Minderheiten, die Verletzung von Menschenrechten hoffähig wird. Machen wir uns nichts vor: Wenn es uns nicht gelingt, aus unserem Europa mehr zu machen als ein Eldorado für Spekulanten und Finanzjongleure, also den Shareholder-Value-Kapitalismus, dann ist es auch mit der demokratischen Stabilität nicht weit her.

Mit dem heutigen Tag ist unsere Europäische Union größer geworden. 450 Millionen Menschen leben nun in einer Gemeinschaft, die sich dem Gedanken von Freiheit, Gleichheit und sozialer Sicherheit verpflichtet fühlt. Diese Idee ist gut. Aber wir müssen jeden Tag dafür kämpfen, dass sie auch Realität wird. Da kann ich unseren Politikern nur raten, die Sorgen und Ängste von Millionen Arbeitnehmern nicht nur aber auch in Deutschland um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und die Zukunft ihrer Kinder ernst zu nehmen. Mit ein paar flotten Europasprüchen ist es da nicht getan. Wir jedenfalls, die

Gewerkschaften, werden unsere Zusammenarbeit in Europa noch enger vernetzen. Und wir tun dies mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa zu verbessern. Wir stehen dafür, dass es überall besser wird. Einer sozialen Abwärtsspirale mit niedrigeren Löhnen, längeren Arbeitszeiten oder Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten aus dem 19. Jahrhundert werden wir uns gemeinsam in den Weg stellen. Das ist unser Versprechen zum Europäischen Tag der Arbeit im Jahr 2004.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Massendemonstrationen am 3. April haben wir uns auf den Weg gemacht, für eine andere, für eine bessere Politik. Für eine Politik, die sich dem Sozialstaat verpflichtet fühlt, und die sich immer radikaleren Forderungen von Arbeitgebern und Unternehmern in den Weg stellt. Niemand von uns kann glauben, dass ein Demonstrationstag allein, und war er noch so toll, ausreicht, für eine wirkliche Wende zu sorgen. Was wir brauchen ist ein langer Atem und ein aufrechter Gang. Wir dürfen den Konflikten nicht ausweichen und wir müssen sie sowohl in die Gesellschaft als auch in die Betriebe tragen.

Vor allem dürfen wir uns nicht spalten lassen. Wir werden es nicht dulden, dass immer wieder versucht wird, die kleinen Leute, die Habenichtse, gegeneinander auszuspielen: Jung gegen Alt, Frauen gegen Männer, Arbeitnehmer gegen Arbeitslose, Lehrlinge gegen Studenten, Sozialhilfeempfänger gegen Rentner.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, wenn wir weiterschreiten Seit an Seit für eine menschliche Gesellschaft, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für ein Land, in dem die Schwachen Schutz erfahren, für eine Gesellschaft, die solidarisch ist mit den Arbeitslosen, für eine Politik, die den jungen Menschen Zukunftschancen gibt, statt ihr Leben zu versauen, wenn wir also schreiten Seit an Seit, dann können wir es schaffen. Dann werden wir es schaffen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

EGB-Demonstration „Gemeinsam für Europa! Gemeinsam gegen Sozialdumping!“

19.03.2005, Brüssel

Auf der Kundgebung der EGB in Brüssel am 19. März 2005 protestierten circa 60.000 Menschen gegen den Entwurf der Bolkenstein-Direktive (Dienstleistungsrichtlinie).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seid früh aufgestanden. Ihr habt einen langen Weg hinter Euch. Aber es hat sich gelohnt. Wir sind Viele hier auf diesem Platz. Und wir kommen aus verschiedenen Ländern. Aber wir sind uns einig: Wir wollen das soziale Europa!

Wir wollen eine Politik für mehr Arbeitsplätze! Und wir wollen keine schlechten Jobs. Wir wollen Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen von denen man anständig leben kann. Daran werden wir den Gipfel in der kommenden Woche messen. Gemeinsam erheben wir unsere Stimme. Und unsere Botschaft ist klar:

Wir sagen den Regierungen in Europa: Hört auf mit dem Sozialabbau! Hört auf mit dem Wettlauf um niedrigere Steuern! Hört auf, den Konzernen nach dem Mund zu reden!

Wir sagen den Arbeitgebern in Europa: Wir wehren uns gegen niedrige Löhne! Wir wehren uns gegen längere Arbeitszeiten! Wir wehren uns gegen schlechte Arbeitsbedingungen!

Und wir sagen der Europäischen Kommission: Mit der Bolkenstein-Richtlinie seid ihr auf dem falschen Weg!

Bei Dienstleistungen und anderswo: Wir sind für Europa! Aber gegen Sozialdumping!

Wir stehen für ein Europa mit Regeln. Für ein Europa mit sozialen Standards. Für ein Europa, in dem Märkte kein Selbstzweck sind. Für ein Europa der Menschen! Die Grundrechte Europas beginnen mit der Würde der Menschen!

- Wir nehmen die Europäische Verfassung ernst!
- Wir verteidigen die Würde der arbeitenden Menschen und der Erwerbslosen!
- Wir kämpfen für soziale Standards!
- Wir kämpfen für Mitbestimmung!
- Wir kämpfen für mehr und bessere Arbeitsplätze!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen hier mit vielen. Und wir stehen hier gemeinsam:

„Gemeinsam für Europa! – Gemeinsam gegen Sozialdumping.“

Zentrale Kundgebung des DGB gegen die geplante europäische Dienstleistungsrichtlinie

11.02.2006, Berlin

Die DGB-Demonstration unter dem Motto „Europa ja – Sozialdumping nein!“ am 11. Februar 2006 richtete sich gegen den Bolkenstein-Entwurf für eine europäische Dienstleistungsrichtlinie. Sie ging der gemeinsamen Demonstration von Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und DGB in Straßburg am 14. Februar 2006 voran. Auf der Demonstration in Berlin-Mitte sprachen neben Michael Sommer auch Klaus Feuler (Vizepräsident des Deutschen Handelskammertages), Oliver Tschimpke (Präsident Naturschutzbund Deutschland), Barbara Stolterfoht (Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände) und Martin Rocholl (Vorsitzender BUND/Friends of the Earth).

*Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Zehntausende Demonstranten hier in Berlin, am Dienstag Zehntausende Demonstranten in Straßburg protestieren gegen die noch von der alten EU-Kommission geplante Dienstleistungsrichtlinie. Ihr Erfinder, Exkommissar Frits Bolkenstein gehört zu dem neoliberalsten, was Europa zu bieten hat. Er will den freien Markt für Dienstleistungen ohne sozialen Schutz, ohne den Schutz der Umwelt, ohne jedwede Sicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sein Bild von Europa ist offensichtlich das eines ungehemmten, unsozialen Brutalkapitalismus.

Und machen wir uns nichts vor. Auch die jetzige Kommission der Herren und Damen Barroso und Co. hängt im Kern diesem ewig gestrigen Denken an. Allzu gerne sind sie bereit, das europäische Deckmäntelchen auszubreiten, um die sozialen Schutzrechte der Mitgliedsstaaten kaputt zu machen, Arbeitnehmerrechte zu schleifen, Steuerhinterziehung im großen Maße zu ermöglichen und Umweltstandards zu unterlaufen. Und dafür haben sie sich ein tolles Instrument ausgedacht. Das heißt Herkunftslandprinzip.

Dieses Prinzip besagt nichts anderes, als dass jeweils das Recht gelten soll, das in dem Mitgliedsstaat gilt, aus dem die Dienstleistungsfirma kommt und nicht das Recht des Landes, in dem sie gerade arbeiten will. Das heißt, hier in Berlin soll nicht mehr deutsches Arbeitsrecht gelten, wenn eine lettische Malerfirma oder ein portugiesischer Dachdecker ihre Dienste anbieten. Kein deutscher Polizist, kein deutsches Ordnungsamt, keine Gewerbeaufsicht könnte etwas dagegen tun, dass hier bei uns Hungerlöhne von 50 Cent gezahlt, unsere Umwelt zerstört oder unsere Arbeitnehmerschutzrechte mit Füßen getreten werden. Denn das wäre völlig legal – eben europäisches Recht. Mit der Folge, dass damit unsere von uns vielfach hart erkämpften Schutzrechte, Sozialstandards und Einkommen dem Dumping zum Opfer fallen würden. Der freie Fall nach unten wäre vorprogrammiert. Es drohte der Verlust von zigtausend Arbeitsplätzen, eine abermalige Pleitewelle bei den Handwerkern, eine völlige Zerrüttung der Sozialsysteme und, und, und.

Deshalb ist es gut, dass wir heute aufgestanden sind, um diesen Irrsinn zu stoppen. Ja, wir müssen Druck machen. Gegen eine unsoziale Politik, die möglicherweise einigen Arbeitgeberfunktionären und wirtschaftsliberalen Professoren gefällt, die aber die europäischen Sozialstaaten dramatisch zerstören würde. Und das sind eben nicht nur Deutschland, sondern auch Schweden, Frankreich, Belgien oder Österreich. Mache sich niemand etwas vor. Kein Dienstleistungsbereich bliebe ausgespart. Von der Altenpflege bis zum Dachdecker, vom Servicemonteur bis zur Logistik, alle Dienstleistungen, auch die industriellen Dienstleistungen wären erfasst.

Nun wird der eine oder andere sagen: So schlimm wird es doch nicht kommen. Unsere Verhandlungen haben doch schon etwas bewirkt. Das ist auf den ersten Blick richtig. Nachdem in Frankreich und den Niederlanden die Volksabstimmungen über die europäische Verfassung verloren wurden, weil weder die Niederländer noch die Franzosen ein unsoziales Europa wollen, sind einige aufgewacht. Nachdem klar war, dass die Gewerkschaften in ganz Europa nicht locker lassen und unsere Demonstrationen vom 19. März vergangenen Jahres in Brüssel keine Eintagsfliege war, ist hinter den Kulissen hart verhandelt worden. Bis in die letzten Tage hinein. Und da ist gar mancher Fortschritt erzielt worden. Dafür sage ich ausdrücklich Dank.

Ich sage aber zugleich: Wir müssen wachsam bleiben. Denn erstens ist der zwischen den Sozialisten und der Europäischen Volkspartei erzielte Kompromiss, der vielen unserer Forderungen entgegen kommt, noch nicht in Sack und Tüten. Gerade die konservative Fraktion im Europaparlament ist in dieser Frage nach wie vor tief zerstritten.

Zum zweiten: Selbst wenn das Parlament in unserem Sinne entscheiden sollte, ist erst ein Etappensieg erreicht, sicherlich ein wichtiger, aber eben kein endgültiger. Denn dann ist die Kommission mit Barroso & Co. am Zug. Und das ist eben alles andere als die Garantie für sozialen Fortschritt. Letztlich muss der Europäische Rat entscheiden, der Rat der Staats- und Regierungschefs, der in seiner überwiegenden Mehrheit neokonservativ geprägt ist.

Umso wichtiger ist, dass die nationalen Regierungen in dieser Frage eindeutig auf der Seite derer stehen, die sich zu Europa bekennen, aber die ein Europa des Lohn- und Sozialdumpings energisch bekämpfen. Deshalb ist es gut, dass heute zu dieser Demonstration nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur die Sozialverbände, nicht nur die Umweltschützer, nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bündnis 90/Die Grünen, die Linkspartei, ja, auch die CDA aufgerufen haben. Das gibt uns Zuversicht, dass wir auch die nächsten Etappen gewinnen können. Den Vertretern der Parteien und auch der Bundesregierung sage ich allerdings auch: Wir hören ihre Botschaften wohl, wir erwarten aber auch entsprechendes politisches Handeln. Heute und Morgen.

Zum Schluss: In diesen Tagen finden viele soziale Kämpfe statt. Und wir grüßen solidarisch die streikenden Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Wir versichern den Arbeiterinnen und Arbeitern der AEG in Nürnberg wie vielen, vielen anderen, die um ihre Existenz kämpfen – auch hier in Berlin – unserer Solidarität. Seid gewiss: Ihr steht nicht allein. Der erfolgreiche Kampf der europäischen Hafenarbeiter gegen die ebenso unsoziale Hafenrichtlinie Port Package II macht uns Mut. Wenn wir kämpfen, können wir nicht nur gewinnen, wir werden gewinnen. Wir wollen ein friedliches, ein fortschrittliches und ein erfolgreiches Europa. Aber das wird nur kommen, wenn Europa sozial ist. Merke: Europa wird sozial sein. Oder es wird gar nicht sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vorschlag des DGB „Ein Marshallplan für Europa“

24.04.2013, Brüssel

Auf einer Veranstaltung der DGB-Verbindungsstelle in Brüssel am 24. April 2013 in der dortigen Landesvertretung Baden-Württembergs sprach Michael Sommer über den „Marshallplan für Europa“ als Vorschlag des DGB für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn ich mich hier so umschaue, bin ich erstaunt und gleichzeitig erfreut über das Interesse. Als wir die Veranstaltung planten, habe ich gedacht, es werden 30 Leute kommen. Dass es jetzt hier so voll ist, freut mich sehr und zeugt offensichtlich davon, dass Sie ein Interesse daran haben, etwas über unsere Positionierung und auch über unseren Vorschlag eines Marshall-Plans für Europa zu hören.

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung anfangen, die Sie möglicherweise überraschen wird. Ich will Ihnen sagen: Die deutschen Gewerkschaften, deren oberster Repräsentant ich noch für ein Jahr bin, stehen treu und fest zum Euro. Das ist nur auf den ersten Blick eine Selbstverständlichkeit, gerade wenn man die Diskussion, wie wir sie insbesondere in den Medien in Deutschland erleben, betrachtet. Wir haben vor drei Jahren, als das erste Rettungspaket gestartet wurde, für den Euro etwas für die deutschen Gewerkschaften sehr Ungewöhnliches gemacht.

Unserer Öffentlichkeitsarbeit ist normalerweise so gut, dass wir nicht Anzeigen schalten müssen, um in die Öffentlichkeit zu kommen. Wir haben nichtsdestotrotz damals vor der entscheidenden Bundestagsabstimmung eine Anzeige mit der Unterschrift aller Gewerkschaftsvorsitzenden, meine und die der acht Mitgliedsgewerkschaften in große deutsche Tageszeitungen gesetzt, um deutlich zu machen: Wir stehen zum Euro. Wir wollten damit ein Zeichen nach innen und nach außen setzen, übrigens ein Zeichen, von dem ich ausdrücklich sage, es ist auch notwendig, weil die Diskussion in Deutschland teilweise schräg ist und teilweise auch schräg vermittelt wird.

Es ist nicht so, als ob sozusagen das Eintreten für den Euro, gar das Eintreten für Euro-Rettungspakete in Deutschland ein Selbstläufer wäre. Wir

haben genug veröffentlichte Presse, insbesondere die mit den ganz großen Buchstaben, die heißt bei uns BILD, die massiv Kampagnen gegen einige Euromitgliedsländer gestartet haben – so nach dem Motto: Die Griechen verfressen die deutschen Renten und ähnlichem mehr – bis hin zu Schlagzeilen und Darstellungsformen, die dann ihrerseits zum Beispiel in Griechenland auch Reaktionen hervorrufen, die uns auch nicht freuen. Aber ich werde nicht vergessen, dass das eigentlich bei uns anfang und nicht woanders.

Daraus wird oftmals der Schluss gezogen, die Deutschen seien gegen Euro und Eurorettung. Das ist falsch. Ich sage Ihnen das ganz eindeutig. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Das ist deshalb falsch, weil wir klar wissen, zum Beispiel aus aktuellen Meinungsumfragen, dass auf die Frage, ob sie Euro-Rettungspakete gut finden, die Hälfte sagt, ja, schwierig und wir wollen nicht immer zahlen für die und Opfer bringen, auf die Frage, ob sie denn bereit wären, den Euro als gemeinsame Währung aufzugeben, sagen 70 bis 75 % der Deutschen: auf gar keinen Fall! – Und das ist die entscheidende Zahl dabei, die ganz entscheidende Zahl. Daraus wird deutlich, möglicherweise ist dieser Euro und dieses Europa nicht nur geliebt, aber es wird von den Deutschen nicht nur akzeptiert, sondern auch als notwendig erachtet.

Die Zustimmung ist hoch, täuschen wir uns nicht – der Widerstand allerdings auch. Es hat sich jetzt in den jüngsten Tagen eine eher rechtskonservative Partei gegründet. Die heißt „Alternative für Deutschland“ mit nur einem Programmpunkt. Der heißt: Raus aus dem Euro. Und dann wird so gnädig gesagt, der eine oder andere Staat könne langsam austreten und ähnliches mehr. Das sind teilweise hochwohlmögende Professoren, die sich da in dieser Partei versammelt haben. Übrigens auch der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der aber schon häufiger dadurch bekannt wurde, dass er es für notwendiger hält, im Ausland schlecht über Deutschland zu reden als etwas für die deutsche Industrie zu tun.

Ich will darüber jetzt gar nicht urteilen, ich will nur sagen: Natürlich gibt es Gegenbewegungen. Aber auch das ist meine klare Botschaft an Sie: Es gibt ein klares Bekenntnis zum Euro und zu Europa in Deutschland, auch bei den deutschen Arbeitnehmern. Das nicht heißt, dass es nicht kritische Diskussionen gibt und dass wir auch nicht mit dem Argument durchkommen: Wir üben nur Solidarität – dann wird schon alles gut werden. Sondern es gibt Diskussionen, die fragen: Gibt es Fehlentwicklungen in Europa? Gibt es Fehlentwicklungen in europäischen Mitgliedsstaaten?

Jetzt mal ganz ehrlich gesagt, dass es in Griechenland zum Beispiel kein funktionierendes System der Steuereintreibung gibt, treibt mich genauso um

wie die Tatsache, dass es ganz offensichtlich in Deutschland bei den Eliten mittlerweile ein Bewusstsein gibt, das sie in einer anderen Welt leben würden, die ihnen sowohl andere Gehälter als auch andere Steuerbedingungen garantieren würde. Auch das ist für uns nicht akzeptabel – beides nicht. Aber das, worauf ich anspiele, ist nur die Spitze eines Eisbergs. Das erlebt man vielfach. Ich würde es wirklich zu einem Problem der deutschen Eliten hochstilisieren, mehr noch eigentlich auch der europäischen Eliten. Denn wir haben gerade in der Krise gesehen, dass dieses Verhalten – Steuern nach draußen bringen, selbst keine Steuern zahlen, maßlose Gehälter kassieren, die abseits jeder Norm stehen – ja nicht nur ein deutsches Phänomen ist, sondern ein britisches, ein französisches. Und dann findet der eine oder andere mal Asyl in Russland.

Ich habe das vorweg gesagt, um deutlich zu machen, aus welchem Geist heraus wir das gemacht haben und aus welchem Geist heraus sich auch in Deutschland Europapolitik entwickelt. Ich will vielleicht noch einen Gedanken hinzufügen: Die Menschen meiner Generation, ich bin jetzt 61, sind noch mit einem Europabild groß geworden und mit einem Europabild erzogen worden, was davon geprägt war, dass die Deutschen zweimal im vergangenen Jahrhundert große Schuld auf sich geladen haben, zweimal im vergangenen Jahrhundert von deutschem Boden ein Krieg ausging und wir daraus die Konsequenz gezogen haben, dass wir a) nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus wollen und b) auch unsere Perspektive in einem vereinten Europa sehen.

Das ist für Menschen wie mich tragend. Wenn ich Ihnen meine persönliche Geschichte an der Stelle kurz schildern darf: Ich bin in Westberlin groß geworden. Die Mauer wurde gebaut, als ich neun war. Und wenn man nach Westdeutschland wollte, musste man sich vier Stunden an der Grenze anstellen, um überhaupt die Grenze passieren zu können. So bin ich aufgewachsen. Als ich dann im Jahre 1980/81 nach Westdeutschland zog – ich hatte meine erste Berufstätigkeit bei der Postgewerkschaft in Frankfurt – und mich ins Auto setzte und nach Frankreich fuhr, immer guckte ich, wo ist denn die Grenze, und sie nicht fand, ich sah nur, dass die Häuser anders aussehen als in Deutschland. Sie können Sie sich gar nicht vorstellen, was das für ein Gefühl ist für jemanden, der lange Zeit eingemauert war. Ich habe noch diesen emotionalen Bezug zu Europa. Für meine Tochter, die jetzt 23 ist, ist dieser Bezug überhaupt nicht mehr da. Für die ist dieses Europa eine Selbstverständlichkeit – und ich sage: Gott sei Dank! Als ich erlebte, dass in Frankfurt an der Oder die Oderbrücke nicht mehr eine Brücke der Trennung,

sondern tatsächlich eine Brücke der Einheit wurde zwischen Deutschland und Polen und man heute nach Polen so fährt, wie wir es schon lange gewohnt sind nach Frankreich zu fahren, merkt man einfach, was wir gemeinsam erreicht haben.

Nur, meine Damen und Herren, das trägt seit Langem nicht mehr für die heutige Generation mit ihrem Bezug auf Europa. Für die ist das selbstverständlich. Die wollen kein Europa der Grenzen. Die wollen auch kein Europa des Kriegs, im Gegenteil. Für die ist Europa ein gemeinsames Dach, eine gemeinsame Heimat. Aber gerade deshalb glaube ich, dass wir verpflichtet sind, diese Geschichte von Europa neu zu erfinden und zu erzählen. Alleine mit dem Rekurs auf die Vergangenheit geht es meines Erachtens nicht.

Das gilt übrigens auch für vieles, was wir national erleben. Wir begehen jetzt als deutsche Gewerkschaften den 80. Jahrestag unserer Zerschlagung durch die Nazis am 2. Mai 1933. Wir haben daraus viele Konsequenzen gezogen – Einheitsgewerkschaft, Tarifautonomie, Freiheitsrechte, Bekenntnis zu Demokratie. Wenn ich heute mit jungen Gewerkschaftssekretärinnen und Gewerkschaftssekretären rede, merke ich, dass man immer wieder auch anfangen muss ihnen zu sagen, wie wichtig für uns zum Beispiel die Tarifautonomie als Freiheitsrecht ist und nicht nur als ein Mechanismus der Lohnfindung. Es ist nämlich wesentlich mehr. Es ist beides. Und dieses immer wieder ins Bewusstsein zu holen, glaube ich, ist notwendig und ganz wichtig.

Ich persönlich meine, dass ein Teil der momentanen europäischen Legitimationskrise sich auch daraus speist, dass wir es versäumt haben, zwischen durch die Geschichte immer wieder zu erzählen und teilweise auch neu zu erzählen, oder sogar neu zu erfinden. Ich sage das auch mit Blick auf die Europawahlen. Ich glaube, wir alle sind aufgerufen, übrigens auch die Gewerkschaften, unseren Teil zu tun, dass diese Geschichte wieder neu erzählt, neu erfunden wird und sich nur ausruht auf den Zeichen von damals. „Die Schlagbäume nieder“ war schön, aber die Grenzen tatsächlich so einreißen, dass ein gemeinsames Europa entsteht, ist eigentlich die Aufgabe.

Wenn ich über diese Aufgabe rede, dann will ich nur andeuten, in welche Richtung ich denke. Es ist immer sehr schwierig zu beschreiben, was denn das Gemeinsame für Europa ist. Es ist meistens leichter zu beschreiben, was es nicht ist oder was wir auf gar keinen Fall wollen. Wenn man mich fragt, was die Vision der Vereinigten Staaten von Europa von dem Sein der Vereinigten Staaten von Amerika unterscheidet, dann ist es für mich, dass Europa eine Vereinigung von Demokratien und Sozialstaaten unterschiedlichster Ausprägung ist. Das ist konstitutiv und das Gegenteil dessen, was wir an

Liberalismus, aber auch an Brutalkapitalismus jenseits des Atlantiks erleben. Ich glaube, so etwas weiterzuentwickeln, auch in der Diskussion miteinander weiterzuentwickeln, täte Not.

Doch lassen Sie mich zum eigentlichen Thema kommen, weshalb wir Sie heute eingeladen haben und weshalb ich heute zu Ihnen sprechen möchte. Ich wollte es nur in einen etwas größeren politischen Zusammenhang stellen.

Sie wissen und ich weiß, dass der deutsche Ruf momentan in Europa – sagen wir mal – angekratzt ist. Das hat sehr, sehr viel damit zu tun, dass wir oder die deutsche Politik meines Erachtens zwei Fehler machen. Der erste Fehler ist, dass wir wieder eine Attitüde an den Tag legen, die uns schon zweimal historisch ins Verderben gebracht hat, nämlich diese Attitüde, am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Das ist ein Fehler. So wie andere von uns lernen können, können wir viel von anderen lernen. Und dieses Europa besteht darin, dass wir uns wechselseitig in der Diskussion miteinander befruchten und auch wechselseitig sehen: Leute, wir sind es nicht alleine, die das Sagen haben und nicht die, die allein das Sagen haben dürfen.

Das ist eine Attitüde, die haben die deutschen Gewerkschaften nie an den Tag gelegt. Jedenfalls haben wir uns immer darum bemüht. Und dass die deutsche Politik momentan wieder diese Attitüde an den Tag legt, bekümmert mich sehr.

Das Zweite ist, dass sie diese Attitüde noch an den Tag legt für eine Politik, die falsch ist, nämlich die Austeritätspolitik. Die kennen Sie selber von Fiskalpakt bis zum Erbrechen, ich brauche Ihnen das alles nicht zu schildern. Ich will Ihnen allerdings etwas sagen, was möglicherweise als Gedankengang für Sie nicht neu ist, aber was man noch mal ins Gedächtnis rufen sollte. Als Deutschland in der Krise war, und zwar richtig in der Krise 2008/2009/2010, wir in Deutschland das Gegenteil von dem gemacht haben, was heute die deutsche Regierung Europa predigt. Wir haben nicht die Arbeitnehmerrechte abgebaut. Das war eine Garantie, die mir die Bundeskanzlerin dafür gegeben hat, dass wir als Gewerkschaften mitmachen. Da ist nichts passiert, gar nichts, null. Es gibt nicht eine einzige Maßnahme, wo auch nur ansatzweise versucht worden wäre, so etwas wie Kündigungsschutz zu schleifen, Tarifautonomie einzuschränken, Sozialversicherungen abzuschaffen oder irgendwas – nichts, gar nichts!

Das, was wir heute den Kolleginnen und Kollegen, den Menschen im Süden Europas zumuten, die wären noch nicht mal auf die Idee gekommen, uns so etwas überhaupt zu sagen. Ich erinnere mich, wenn ich Ihnen das persönlich sagen darf – das gehört zu den Kernerlebnissen meines Lebens –

an den dritten Adventssonntag vor Weihnachten 2008. Damals gab es im Bundeskanzleramt einen Krisengipfel. Versammelt war die ganze deutsche Regierung – damals Große Koalition – ohne die wir es wahrscheinlich nicht hingekriegt hätten, insbesondere auch der Tatsache geschuldet, dass viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Regierung saßen –, Wirtschaftsforscher, Industrieführer, Siemens, Telekom, Bahn, wen sie auch alles wollten, was in Deutschland einen guten Namen hat, VW, Daimler usw., die Präsidenten der vier großen Wirtschaftsvereinigungen und die Vorsitzenden der drei großen Mitgliedsgewerkschaften und ich.

An dem Tag ist etwas entstanden, was man eigentlich nicht schildern kann, wenn man es nicht erlebt hat. Trotzdem versuche ich, es Ihnen zu vermitteln. Es gab da so eine Stimmung, die da lautete: Wir lassen dieses Land nicht vor die Hunde gehen! Das war in einer Situation, wo uns die Wirtschaftsforscher, die in der Versammlung waren, einen Einbruch von minus 2 % in der Wirtschaftstätigkeit Deutschlands prognostizierten – für uns eine Katastrophe. Tatsächlich hatten wir im Jahre 2009 minus 5 %.

Und an dem Tag ist die Idee geboren worden, die Kurzarbeit in Deutschland als ein Instrument, die Menschen den Betrieben zu erhalten, wieder flottzumachen. An dem Tag ist die Idee geboren worden, ein Bankenrettungspaket zu machen mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit der Banken so zu erhalten, dass die kleinen und mittleren Betriebe in Deutschland nicht zumachen müssen. Es ging nicht um die Banken, sondern es ging um die Kreditgebung hin zu den kleinen und Mittelunternehmen. Das war das Ziel. Da gab es dann übrigens noch ein Nachfolgetreffen dazu.

An dem Tag ist die Idee geboren worden, ein Konjunkturprogramm 1 und 2 zu machen. An dem Tag ist diese berühmte Abwrackprämie geboren worden, die übrigens nie tatsächlich ausgezahlt wurde, sondern zum Schluss von der deutschen Automobilindustrie freiwillig abgegeben wurde, weil sie nämlich gesagt haben, wir haben ja unsere Sonderkonjunktur damit erreicht.

Und jetzt kommt der Clou. Ich habe heute Morgen noch mal bei meinen Ökonomen nachgefragt: Wie viel Geld haben wir denn damals tatsächlich locker gemacht – nur in Deutschland, nur bezogen auf Konjunkturprogramm 1 und 2 – das waren 60 Milliarden Euro. Das war ein Konjunkturprogramm. Das war nicht Austeritätspolitik. Das war das Gegenteil. Wenn ich heute die Bundeskanzlerin treffe, dann frage ich sie: Wie kommen Sie eigentlich dazu, denen das Gegenteil dessen zu predigen, mit dem wir erfolgreich waren, das Gegenteil dessen, dass die Leute zusammengerückt sind, dass wir eine Sozialpartnerschaft hatten? – Sie müssen sich das Klima damals in Deutsch-

land vorstellen. Da sind die Betriebsräte mit ihren Geschäftsleitungen zur örtlichen Sparkasse gegangen und haben gesagt, sorgt mal dafür, dass der Betrieb über Wasser bleibt. Und das Geheimnis der damaligen Politik war, dass wir die Leute nicht entlassen haben und wir die hohe Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten und gefördert haben. Auf der anderen Seite haben wir auch die Betriebe erhalten, die ja auch alle nicht handlungsfähig waren, die normalerweise Pleite gegangen wären, um es mal zugespitzt zu sagen.

Und um es noch mal ökonomisch zu beantworten: In der damaligen Situation gab sehr bewusst von der Begrifflichkeit her einen Rekurs auf unsere eigene Geschichte. Ohne Marshall-Plan, ohne dieses European Recovery Program, wäre Deutschland nie und schon gar nicht so schnell nach Krieg und Zerstörung, nach der Beendigung der Schreckensherrschaft der Nazis ökonomisch und politisch wieder auf die Beine gekommen, nie im Leben! Das war die ökonomische Voraussetzung dafür, dass wir es geschafft haben, dass wir die industrielle Basis in Deutschland nicht nur wieder herstellen konnten, die war ja teilweise zerstört, teilweise wurde sie demontiert, sie wurde erneuert, modernisiert. Das, worauf wir heute aufbauen, worauf zum Beispiel in Baden-Württemberg die Industrie aufbaut, hat viel damit zu tun, dass diese Firmen damals wieder aus dem Nichts heraus, aus der Zerstörung entstanden, aufgebaut wurden, modern aufgebaut wurden, gleichzeitig eine neue Arbeits-Force kam, die das dann auch nutzte, und wir daraus Deutschland – insbesondere in den industriellen Zentren – dauerhaft zum Weltmarktführer machen konnten.

Und das wäre ohne dieses europäische Programm nicht gelaufen. Ohne den Marshall-Plan wäre es nicht gelaufen. Deswegen haben wir genau diesen Begriff genommen, weil es gleichzeitig Modernisierung und Ankurbelung der Wirtschaft ausmacht, beides zusammengekommen.

Und das Zweite ist, wir wissen, dass man nicht nur ökonomisch stabilisieren muss, sondern dass wir auch insgesamt modernisieren müssen. Wir haben beides miteinander verbunden, nach der deutschen Einheit sind wir diesen Schritt gegangen.

So ist die Idee des Marshall-Plans entstanden. Bei dem Marshall-Plan möchte ich Ihnen sagen, er ist ein bisschen kompliziert, aber nur auf den ersten Blick, auf den zweiten eigentlich nicht. Er geht davon aus, dass wir sagen: Schafft einen europäischen Zukunftsfonds. Der muss erst mal gespeist werden aus einer solidarischen Finanzierung heraus. Wenn die existiert fußt er nicht mehr auf staatlichem Kapital oder auf öffentlichem Geld, sondern

er macht dann den Versuch, dass wir sagen: Bietet doch denjenigen, die frei revolvierendes Kapital haben und die heute auf den Weltkapitalmärkten versuchen ihre Renditen zu erzielen, die Möglichkeit, in Europa ihr Kapital in europäische Zukunftsprojekte zu investieren.

Was wir wollen, ist mit diesem Programm eigentlich, privates Kapital mobilisieren – im klaren Wissen, dass man ohne die Mobilisierung privaten Kapitals in keinem der europäischen Länder tatsächlich die Krise lösen kann. Alleine mit öffentlichen Investitionen geht es nicht.

Der dritte Punkt, den wir da herausgearbeitet haben, ist, dass wir nicht sagen, gebt das Geld mit der Gießkanne aus, sondern konzentriert euch auf die Felder der Zukunftsinvestitionen, die wir in Europa brauchen – ob das Breitband ist, ob das altersgerechtes Leben und Arbeiten ist, ob das Energiewende ist usw. Sie können ja selber nachlesen. Das ist eigentlich das Geheimnis.

Und jetzt will ich noch mal etwas zur Finanzierung sagen: Wir haben gesagt, Leute, macht eine solidarische Finanzierung. Und das Programm, was wir dann aufgelegt haben im Vorschlag, ist sehr ehrgeizig. Es soll jährlich 2 % des Bruttoinlandprodukts der Europäischen Union ausmachen, sprich, 240 Mrd. Euro im Jahr, auf 10 Jahre gerechnet, sagen mir meine Ökonomen 2,6 Billionen Euro, eine unglaublich hohe Summe.

Ich will diese Summe nur noch mal ein bisschen in den historischen Kontext stellen. Über die 60 Milliarden in Deutschland habe ich vorhin geredet – nur zur Bekämpfung der Krise 2008 bis 2010 als Investitionsprogramm. Aber ich will es noch in einen anderen Zusammenhang stellen. Wenn Sie alles zusammenrechnen, was momentan in Europa zur Stabilisierung des Bankensystems ausgegeben worden ist – EFSM, ESM, bilaterale Verträge, Geld der Europäischen Zentralbank, Tenderprogramme der Europäischen Zentralbank usw. –, kommen Sie, wenn Sie nachrechnen, in der Summe 2.000 Mrd. Euro, sprich, zwei Billionen Euro. Die haben wir ausgegeben derzeit in Europa nur zur Stabilisierung des Bankensystems. Und jetzt sehen Sie sich mal die Erfolge dieser Politik an, gemessen an der sozialen Situation, an der ökonomischen Situation und an der demokratischen Situation. Da sagen wir: Es ist allemal sinnvoller, die gleiche Summe zu mobilisieren für Arbeit, Zukunft, Innovation, Investition. Das ist der Hintergrund.

Und jetzt sagen wir, das kommt natürlich alles nicht aus sich selbst heraus, sondern wir müssen einen Startschuss machen. Der Startschuss wäre nach unserer Meinung eine einmalige Vermögensabgabe bezogen auf Deutschland von 3 % der Vermögen über 500.000 beziehungsweise einer Million,

je nachdem, ob man verheiratet ist oder nicht. Diese einmalige Vermögensabgabe von 3 % als Speisung des Fonds vorzunehmen.

Jetzt komme ich zu dem Punkt: Ich habe bewusst jetzt über deutsche Zahlen geredet, weil wir nicht wissen können als deutsche Gewerkschaften, auch gar nicht uns anmaßen, es wissen zu sollen, wie man Vergleichbares in anderen europäischen Ländern machen könnte. Ob man eine Vermögensabgabe macht, ob man Erbschaften entsprechend besteuern würde oder was auch immer. Aber unsere Idee ist, diejenigen, die wirklich Besitz haben in Europa, mit einer einmaligen Solidarabgabe an der zur Grundspeisung eines solchen Solidarbeitrages, eines solchen Zukunftsfonds, zu beteiligen.

Dann sollen Kredite ausgegeben werden, wie bei einer normalen Bank. Und wer privates Kapital heranziehen will, wird wissen, dass privates Kapital a) Sicherheit und b) Zinsen will. Da haben wir gesagt, die Sicherheit ist dadurch gegeben, dass die europäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sozusagen diesen Fond tragen, aber die Zinsen müssen bezahlt werden. Deshalb haben wir den Vorschlag unterbreitet, die Zinsen aus einer gemeinsam in Europa zu erhebenden Finanztransaktionssteuer zu bezahlen und genau diese Steuer für die Finanzierung eines solchen Zukunftsfonds einzusetzen. Jetzt weiß ich auch, ich kenne das auch aus meiner früheren Tätigkeit als junger Gewerkschaftssekretär, ich habe früher mal bei einer 1.-Mai-Rede fünfmal den „Starfighter“ ausgegeben, es geht einem locker über den Mund. Wenn man dann ein bisschen älter wird, fängt man dann schon an, etwas sorgfältiger darüber zu reden. Ich will Ihnen sagen, nach unserer Auffassung, und das ist die gemeinsame Auffassung der deutschen Gewerkschaften, kann man natürlich viel Geld für viele gute Zwecke ausgeben – bis zur Welthungerhilfe. Wir haben uns entschieden, auch als politische Aussage von uns, zu sagen, wir wollen diese Steuer auch gar nicht in Deutschland verwenden, sondern wir wollen sie verwenden als europäische Steuer zur Garantie eines solchen europäischen Zukunftsfonds, um daraus die Zinsen zu bezahlen und die anfallenden Entschädigungsraten. Dann würde sich ein solches Programm selber refinanzieren. Das ist das, was dahinter steht. – Und dann, wie gesagt, nicht mit der Gießkanne, sondern Vorschläge machen.

Jetzt haben wir zugegebenermaßen Vorschläge aus der deutschen Sicht gemacht. Woher hätten wir sie sonst machen sollen? Das ist unser Erfahrungshintergrund. Aber wir haben ausdrücklich unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Was ist sinnvoll zum Beispiel in Griechenland, in welche Bereiche zu investieren?

Ist es Leichtindustrie? Ist es Energiewende? Ist es Tourismus? Ist es Schiffbau? Ich weiß es nicht.

Aber die Kolleginnen und Kollegen in Griechenland wissen es sehr wohl, genauso wie in Spanien oder in Portugal oder sonst wo.

Wir haben nur Felder aufgezeigt beispielhaft, wo wir glauben, dass es Sinn machen würde – am Beispiel Breitband-, also IT-Infrastruktur, wo wir zum Beispiel in Deutschland wissen, wir tun immer so, als ob wir die Besten wären, aber wenn man sich die Breitbandinfrastruktur auf dem flachen Land in Deutschland ansieht, kommt einem das Jammern. Wenn wir uns die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland angucken, mit Ausnahme der schönen Autobahnen Nord-Süd, kommt einem das Jammern. Wenn man sich den Zustand der Schulen in Deutschland ansieht, kommt einem das Jammern. Wenn man sich das Kindergartensystem in Deutschland anguckt, dann überfällt einen tiefe Trauer und tiefe Scham.

Also, wir haben viele Felder, auf denen man etwas machen könnte und machen müsste. Und so meinen wir, dass auch die Kolleginnen und Kollegen in den anderen europäischen Ländern wüssten, wo man etwas machen kann und etwas machen muss.

Was haben wir gemeinsam? Die Aufgabe, Bildung zu schaffen für unsere Kinder, innovative Industrien zu schaffen, wesentlich stärker auch wegen anderer politischer Ziele in erneuerbare Energien zu investieren. Was wäre sinnvoller, als auch jetzt zu planen, wie wir mit der immer älter werdenden Generation in Europa klarkommen, wie wir Wohnprojekte, wie wir Betreuungsprojekte machen, wie wir eine Infrastruktur für alte Menschen schaffen? Das sind alles Zukunftsthemen, die kommen auf uns zu.

Und was liegt näher, als in der Krise zu sagen, Leute, lasst uns doch mal diese Felder anpacken. Wo können wir notwendigerweise investieren? – Bis hin – ich bin davon ja ein großer Anhänger – auch große gemeinsame europäische Projekte zu schaffen, um den Menschen auch sichtbar zu machen: Das ist ein europäisches Projekt! Das geht über mehrere Länder. Und das ist auch ein Zeichen für das Zusammenwachsen von Europa. Es geht also, um es andersrum zu sagen, uns nicht um den 44. Verkehrsflughafen in Spanien, sondern uns geht es um Zukunftsinvestitionen. Es geht auch nicht um die 5. Küstenautobahn in Deutschland, sondern es geht uns darum, tatsächlich zu sagen: Wo können wir diese Ökonomie zukunftsweisend aufbauen?

Und wenn Sie sich diese Punkte weiter ansehen, werden Sie feststellen, sie haben eins gemeinsam. Sie haben sicherlich einen sozialen Aspekt, aber sie haben auch den Aspekt, dass wir damit einen Beitrag zur Stabilisierung

von Beschäftigung und Schaffung von Zukunftsfähigkeit für die junge Generation wollen.

Wobei ich ausdrücklich noch einmal wiederhole: Ich gehe da nicht mit der Attitüde ran nach dem Motto, am deutschen Wesen muss die Welt genesen, und will Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen: Wenn Sie mit den spanischen Kollegen reden, was ich sehr intensiv tue, und denen sagen, wir haben unglaublich gute Erfahrungen in Deutschland mit dem System der dualen Berufsausbildung und unsere Leute, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter sind, sind vielen Ingenieuren in der weiten Welt teilweise auch an Wissen überlegen – einfach über diese Form von Ausbildung, dann sehen die mich alle ganz freundlich an und dann gilt dieses alte Gedicht von Rilke: „Dann ging der Blick hinein und es hörte im Inneren auf zu sein.“ – Weil nämlich klar ist, dass kulturell in Spanien die berufliche Bildung einen wesentlich niedrigeren Stellenwert als zum Beispiel in Deutschland hat. Das heißt, man kann nicht einfach Systeme implementieren, übertragen und so tun, als ob das dann so wäre. Sondern man muss auch die kulturellen Aspekte mitnehmen.

Und so bauen wir gemeinsam, zum Beispiel auch mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, Projekte in Spanien auf, mit Seat zusammen und ähnlichen. Dazu sagen wir „Ja“! Aber das sind Momente der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Politik. Nichts wäre schlimmer, als einfach den deutschen Berufsbildungskommissar durch die Gegend zu schicken.

Ich karikiere das bewusst, aber ich will Ihnen noch mal deutlich machen, mit welchem inneren Zugang wir da rangehen. Es ist ein Vorschlag. Es ist der Versuch, einen Vorschlag zu machen, dass wir in Europa ein gemeinsames Bild von Zukunftsfähigkeit entwickeln und dort dann Geld hinein geben, gezielt Geld hinein geben, nicht mit der Streubüchse oder, wie wir in Deutschland zu sagen pflegen, mit der Gießkanne.

Und ich möchte noch etwas zusätzlich sagen und dann noch mal an die Frage anknüpfen, wie es weitergeht mit diesem Europa. Wir als deutsche Gewerkschaften sind zutiefst davon überzeugt, dass ohne eine ökonomische Stabilisierung Europas auch eine politische Stabilisierung Europas nicht gelingen wird. Und jetzt sage ich aus meiner Sicht, auch im Beisein des Kommissars, etwas sehr Kritisches zum momentanen Zustand der europäischen Institutionen, des europäischen Institutionengefüges. Mir gefällt es überhaupt nicht, dass mittlerweile faktisch immer haarscharf an den Lissabonner Verträgen, an den Konstitutiven dieser Europäischen Union vorbei regiert

wird, dass über bilaterale und multilaterale Verträge versucht wird, die normative Kraft des Faktischen einzusetzen und die europäischen Institutionen auszuhöhlen.

Dem kann man meines Erachtens nur etwas entgegensetzen, in dem man tatsächlich diese europäischen Institutionen dazu bringt, dass sie ihre Rechte wahrnehmen, auch gegen einen Europäischen Rat verteidigen und für ein gemeinsames Europaprojekt werben. Das sind mehrere Komponenten in einem. Das sind übrigens auch an der einen oder anderen Stelle Kritikpunkte. Ich will nur eins sagen, es steht mir nicht zu, das im Einzelnen zu beurteilen: Ich sehe eine große Gefahr einer sozialen Rückentwicklung in Europa. Und der Geist dessen, in dem ein Austeritätspakt hier gemacht worden ist, Fiskalpakt genannt, und der „Geist von Sixpacks“ und anderen Sachen ist der, dass man etwas will, was die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedenfalls nicht akzeptieren werden, nämlich ein Zurück zu einem reinen europäischen Binnenmarkt ohne einen sozialen und demokratischen Bezug.

Das ist etwas, was wir nicht wollen und weswegen wir antreten, das anders zu machen. Das heißt, wir haben eigentlich die Aufgabe, drei Sachen zu machen, ökonomisch zu modernisieren und die Ökonomie in Europa anzuregen, dafür haben wir einen Vorschlag unterbreitet, und gemeinsam die Diskussion voranzutreiben – und da sind wir auch erst mal Lernende und Fragende und nicht Antwortende –, wie wir das soziale Europa weiterentwickeln und wie wir ein demokratisches Europa weiterentwickeln. Letzte Bemerkung: Ganz offensichtlich stößt ja unser Vorschlag auf eine gewisse politische Resonanz. Ich merke das bei den Gewerkschaften. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat Teile unserer Ideen aufgenommen. Wir finden Interesse auch in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit. Wir finden nur kaum Widerhall in der europäischen Politik, insbesondere in der europäischen Regierungspolitik. Und das beklage ich ausdrücklich und außerordentlich.

Wir haben übrigens auch – so sind wir nun mal gestrickt – nicht nur Papiere gemacht, sondern auch versucht dafür zu werben, nicht nur bei unseren europäischen Kollegen, sondern zum Beispiel auch bei der deutschen Bundesregierung. Wenn mir dann allerdings die deutsche Bundeskanzlerin sagt, ja, sind ja alles interessante Vorschläge und ich gucke mal, ob es noch irgendwelche freien Mittel im Bereich von europäischen Fonds gibt, die man einsammeln kann, dann sage ich: Das reicht nicht. Wir brauchen keine Politik des Tropfens auf den heißen Stein. Wir müssen schon für

diesen heißen Stein den Feuerwehrschauch rausnehmen, um mal im Bild zu bleiben. Da muss man dauerhaft spritzen, um den abzukühlen. Da muss man richtig Wasser in die Hand nehmen und nicht mit Tröpfchen arbeiten.

Das ist sehr typisch dafür, wie deutsche Politik betrieben wird, wenn sie derzeit überhaupt betrieben wird. Sie wird meist nach dem Motto betrieben, man tut so, als ob, aber man tut nichts. Da sind übrigens die Damen und ab und zu auch mal darunter ein Herr in der deutschen Bundesregierung durchaus in der Lage, das sehr perfekt zu verkaufen. Man tut so als ob, aber man tut nichts. Das bemerken wir übrigens auch in der deutschen Innenpolitik, vom Mindestlohn bis zur Rente. Ich brauche da gar nicht nach Europa zu gehen. Wenn ich bei Europa bleibe, sage ich: Wir alleine in Deutschland werden die Kraft nicht aufbringen können, zu einer Änderung der Politik zu kommen. Das muss von allen ausgehen, die es gut meinen mit einem demokratischen, sozialen Europa. Andererseits sage ich Ihnen: Wir sind noch nicht zu spät, aber es ist schon arg spät, wenn wir dieses Europa wirklich in eine gute Zukunft führen wollen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

F Internationale Gewerkschaftspolitik



Empfang des IGB Kongresses durch Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. Oktober 2009 vor dem Bundeskanzleramt.

Gründungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB)

01.11.2006, Wien

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) wurde auf einem vom 1. bis 3. November 2006 tagenden Kongress in Wien durch den Zusammenschluss der beiden demokratischen internationalen Gewerkschaftsorganisationen – des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA) – und acht weiterer Gewerkschaften, die zuvor keinem internationalen Dachverband angehört hatten, gegründet. Michael Sommer wurde zum stellvertretenden Präsidenten und außerdem zum Vorsitzenden des Lenkungsausschusses, dem Entscheidungsgremium des neuen Verbandes, gewählt.

*Danke Frau Präsidentin,
liebe Sharan,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Von diesem Gründungskongress des neuen Internationalen Gewerkschaftsbundes geht eine Aufbruchstimmung aus, erwarten wir einen Motivationsschub für den Zusammenbau einer internationalen Gewerkschaftsbewegung, gestaltet als Einheit aus der Vielfalt gewerkschaftlicher Traditionen. Aus der Gründungsgeschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus seiner Organisationsentwicklung kennen wir die Vorteile, die es mit sich bringt, eine Einheitsgewerkschaft, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung jenseits trennender ideologischer Schranken aufzubauen.

Der DGB wurde zeitgleich mit dem IBFG gegründet. Das war in der hohen Zeit des Kalten Krieges, der Teilung Deutschlands, der Berlinblockade, der Blockkonfrontation und der Systemkonkurrenz. Dem DGB gelang es, bei allem Respekt vor der Meinungsvielfalt in unserer Mitgliedschaft, am Prinzip der einheitlichen Interessenvertretung über Höhen und Tiefen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik und dann im wiedervereinigten Deutschland festzuhalten.

Da war es aus unserer eigenen Erfahrung heraus selbstverständlich, uns im Gründungsprozess des neuen Internationalen Gewerkschaftsbundes besonders zu engagieren und die Generalsekretäre unserer beiden Weltorganisationen bei ihrer extrem schwierigen Kärnerarbeit zu unterstützen. Die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit unter Einschluss vieler wichtiger, bisher unabhängiger Organisationen ist bereits ein Wert an sich.

An dieser Stelle: ein herzliches Willkommen für all die Neuen. Und an diejenigen Gäste, die dafür noch nicht bereit waren, die Botschaft: Die Türen des IGB bleiben auch weiter offen. Dieser Gründungskongress, dieser Einigungskongress setzt nicht den Schlusspunkt, sondern den Anfang im Prozess der gemeinsamen Interessenwahrnehmung.

Wir alle werden in dieser historischen Woche hier in Wien an Stärke gewinnen, aber der Erfolg wird sich daran messen, wie wir von jetzt an auf gleicher Augenhöhe mit den Institutionen der Globalisierung unsere Interessen zur Geltung bringen können.

Da wird sich schon im nächsten Monat bei unseren Treffen mit den Internationalen Finanzinstituten, mit Internationalem Währungsfonds und der Weltbank erweisen, ob sich unsere neu gewonnene Stärke in eine Zunahme unserer Einflussnahme auf die Politik dieser Machtfaktoren in der Globalisierung umsetzen lässt.

Unsere Stärke muss bewirken, dass die Internationale Arbeitsorganisation die ihr angemessene herausragende Stellung im internationalen System einnimmt.

Juan Somavía hat in seiner Rede deutlich gemacht, welchen strategischen Stellenwert unser gemeinsamer Kampf für menschenwürdige, für anständige Arbeit in der Globalisierung hat.

Unser Gründungskongress hier in Wien ist eine organisatorische Glanzleistung, für die wir auch unseren österreichischen Gastgebern besonderen Dank schulden.

Die Organisation, das Gewinnen von Mitgliedern ist das Lebenselixier von Gewerkschaften, es ist ein Kern der sozialen Integration in unseren sonst so unterschiedlichen Gesellschaften.

Auch hier stehen wir vor gewaltigen neuen Herausforderungen.

Wir sind jetzt besser aufgestellt als zuvor, denn wir hatten die Kraft zu einem Neubeginn. Wir können, alle zusammen, Vieles noch besser machen. Denn auch für uns, für unseren IGB wird gelten: Gemeinsam geht es besser, wenn wir nur wollen! Vielen Dank

Sozialpartnerkonsultationen anlässlich des Treffens der Arbeitsminister der G-20-Staaten

26./27.09.2011, Paris

Am 26./27. September 2011 richtete Frankreich in Paris das zweite Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G-20-Staaten aus. Auf der Agenda standen Beschäftigung, soziale Sicherung, Arbeits- und Sozialrechte sowie Politikkoherenz. Als Präsident des IGB nahm Michael Sommer an den Beratungen teil.

*Meine Damen und Herren Minister,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Zuerst einmal möchte ich mich bei der französischen Regierung – und hier insbesondere bei dem Arbeitsminister, Monsieur Bertrand, dafür bedanken, dass diese Arbeitsministerkonferenz der G-20-Staaten überhaupt stattfindet und dass die Sozialpartner zu einem Meinungsaustausch eingeladen worden sind. Unsere französischen Gastgeber haben damit eine unserer gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt, die wir seit Beginn der G-20-Runden hatten: nämlich ein regelmäßiges Treffen der Fachminister für Beschäftigung und Sozialpolitik, verbunden mit einer Konsultation der Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Sie haben mit diesem zweiten Arbeitsministertreffen eine Serie begründet, Herr Minister Bertrand, was für sich genommen schon verdienstvoll ist. Und ich höre, dass auch unter dem kommenden mexikanischen G-20-Vorsitz diese Serie fortgesetzt werden soll. Dafür Dank an die mexikanische Regierungsdelegation.

Erinnern Sie sich noch an das Zitat aus dem Schlusskommuniqué der G-20-Regierungschefs letztes Jahr in Seoul? Da hieß es sinngemäß: „Wir wollen Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung stellen ...“

Es sieht bis heute nicht danach aus, als hätten sie dieses Versprechen ernst gemeint. Stattdessen ist – bis auf wenige Ausnahmen – in fast allen G-20-Ländern das Wachstum schwach und wenig beschäftigungswirksam.

Es droht uns vielleicht schon bald eine neue Rezession mit verheerenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und menschlichen Folgen. Vor diesem düsteren Hintergrund können und dürfen die G-20-Regierungen nicht ihren haushaltspolitischen Irrweg weitergehen: Das Kaputtsparen öffentlicher Haushalte schafft keine Impulse für die Arbeitsmärkte – im Gegenteil. Wenn wir das Beschäftigungsniveau vor der Krise wieder erreichen wollen, müssen wir – so hat es jedenfalls die OECD ausgerechnet – allein in der G 20 in den nächsten fünf Jahren 110 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.

Das geht nicht ohne fiskalische Anreize und ohne staatliche Konjunkturprogramme. Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Zeit, dass die G-20-Regierungen ihren unvernünftigen Sparkurs aufgeben und auf Expansion umschalten?

Allergößte Sorge bereiten uns die stetig steigenden Zahlen junger Menschen, die ohne Arbeit sind. Die offiziellen Zahlen sind meines Erachtens noch zu niedrig angesetzt. Viele Millionen junger Leute tauchen überhaupt nicht in der Statistik auf, weil sie entmutigt und enttäuscht gar nicht mehr nach Arbeit suchen.

Da tickt eine Zeitbombe, die von vielen Regierungen – auch in der G 20 – einfach ignoriert wird. Jedes Jahr drängen 45 Millionen neue junge Leute auf den Arbeitsmarkt. Sie müssen sich in prekären und ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnissen verdingen, sie erhalten keine vernünftige Ausbildung, sie haben keine Lebensperspektive.

Schauen sie sich an, was derzeit in der arabischen Welt passiert: Die jungen Leute, die dort die alten Despoten stürzen, haben nicht nur Hunger nach Freiheit und Demokratie. Sie wollen auch menschenwürdige Arbeit und ein sicheres Einkommen – wie wollen sie sonst eine Familie gründen?

Jugendbeschäftigung, oder besser gesagt: Der entschiedene Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit wird die große Herausforderung der kommenden Jahre sein und wir würden es sehr begrüßen, wenn auch die G-20-Arbeitsminister dieses Thema mit hoher Priorität behandeln.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung schlägt einen „Internationalen Pakt für Jugend-Beschäftigung“ vor, der nach dem Vorbild des Globalen Beschäftigungspaktes der Internationalen Arbeitsorganisation ein ganzes Maßnahmenbündel für diese besondere Zielgruppe staatlicher Arbeitsmarktpolitik vorsehen sollte.

Ich denke hier an Lehrstellen- und Ausbildungsgarantien, berufsbegleitendes Lernen, hochwertige Praktika und zum Beispiel an zeitlich begrenzte Arbeitsplatzgarantien für junge Berufsanfänger. Der Phantasie sind keine

Grenzen gesetzt, wenn es um die beruflichen Perspektiven einer ganzen Generation geht. Und wir als Gewerkschaften sind gerne bereit dazu, mit Regierungen und Arbeitgebern an der Ausgestaltung und nationalen Umsetzung eines solchen globalen Paktes für Jugendbeschäftigung mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren Minister, erinnern Sie ihre Chefs an ihre Versprechungen vom letzten Gipfel in Seoul: Beschäftigung gehört wieder an die Spitze der politischen Agenda. Und ihre Ministerkonferenz kann dafür ein entscheidendes politisches Signal aussenden.

G Allgemeine Politik



Anti-Atom-Demonstration zur Fukushima-Katastrophe am 14. März 2011 vor dem Bundeskanzleramt.

Militärische Weiterbildung

„Innere Führung. Politische und ethische Haltungen und Orientierungen für Offiziere“

08.03.2011, Hamburg

Auf Einladung von Oberst Dr. Uwe Hartmann (Leiter Studienbereich) der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg hielt Michael Sommer am 8. März 2011 eine Rede zum Thema „Die Gewerkschaften und ihr Verhältnis zur Bundeswehr“.

*Sehr geehrte Herr Dr. Hartmann,
sehr geehrte Damen und Herren,*

Ich danke Ihnen für die freundliche Begrüßung. Ich möchte gleich am Anfang gestehen, dass diese Rede für mich schon eine kleine Herausforderung ist. Herausforderung ist ja eins dieser missbräuchlich benutzten Worte im Deutschen – wie Nachhaltigkeit und ähnliches mehr. Aber es ist schon etwas Besonderes, hier bei Ihnen zu reden. Denn Sie haben natürlich Recht mit Ihrer Eingangsbemerkung. So unkompliziert und eindeutig und klar ist das Verhältnis von Gewerkschaften und Bundeswehr in diesem Land nicht. Das Beste, was man tatsächlich sagen kann, ist, dass man weitgehend nebeneinander her lebt und sich aus den Angelegenheiten des anderen weitgehend heraushält, was ich persönlich für falsch halte.

Sie haben auf die Geschichte von Bundeswehr und Gewerkschaften hingewiesen. Die Historie ist eine, die, wenn man das in den positiven Bereichen sieht, im Wesentlichen sozialliberal geprägt ist. Ich nehme jetzt den Gewerkschaftserlass von 1966 vom damaligen Verteidigungsminister von Hassel aus, der noch aus der Zeit davor stammt. Das war noch die Zeit, die geprägt war durch große Auseinandersetzungen, nämlich die Rolle der Bundeswehr im Inland und die Notstandsgesetze. Ich will ausdrücklich an diesen zeitlichen und den historischen Kontext erinnern.

Ich habe das Glück, dass Klaus Beck sich in Fragen der Bundeswehr sehr gut auskennt. Denn er ist nicht nur Bundesvorstandssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der damit höchste nicht Gewählte im Deutschen

Gewerkschaftsbund – also die Amerikaner würden dazu Chief of Staff sagen. Er ist außerdem Hauptmann der Reserve und nimmt, wie Sie schon sagten, seit 1998 im Beirat der Inneren Führung den Sitz der Gewerkschaften wahr, und tut dies, so ich glaube, auch sehr befruchtend. Als ich mich auf die heutige Rede vorbereitet habe, hat er mir mit klugem Rat beiseite gestanden.

Es gab einige Marksteine in den Beziehungen zwischen der Bundeswehr und den Gewerkschaften. Helmut Schmidt war der erste Verteidigungsminister, der den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes besuchte und es gab dann noch einen zweiten, Georg Leber; aber das war es dann schon – danach gab es keinen mehr. Georg Leber war auch der erste und wahrscheinlich letzte Gewerkschaftsvorsitzende, der Bundesminister der Verteidigung wurde, woran sich heute kaum jemand erinnert. Das ist etwas, was wir heute möglicherweise für nahezu ausgeschlossen halten würden. Warum das so ist, dazu möchte ich gleich kommen.

Wenn man zurückblickt, dann stellt man fest: Diese Verbindungslinien sind 35–40 Jahre alt. Dazwischen ist faktisch nichts passiert. Das hat sehr viel damit zu tun, dass die Gewerkschaften natürlich immer – sagen wir mal – ein kritisches Verhältnis zu den Streitkräften hatten. Das wiederum hat etwas zu tun mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, die die Streitkräfte und das Militär auch immer als ein Instrument ihrer eigenen Unterdrückung empfunden hat. Menschen meiner Generation haben zwar einen anderen historischen Hintergrund. Aber diese Skepsis gegenüber dem Militärischen ist etwas, was sehr tief eingepflanzt wird in die eigene Sozialisation.

Da ist die Tatsache, dass Arbeiter als Kanonenfutter missbraucht wurden. Und die Tatsache, dass das Militär als Unterdrückungsinstrument nach Innen eingesetzt wurde. Darüber ging vieles an demokratischen Traditionen, auch des Militärs, verloren. Wenn Sie heute mal einen Gewerkschaftsfunktionär fragen, wer denn der Herr Reichspietsch war, dann blicken Sie meist in fragende Gesichter, gerade bei den jüngeren. Die wenigsten wissen dass er einer der Führer der Matrosenrevolte im November 1918 war. Und somit an der Wiege zur Weimarer Republik stand.

Ich mache das deshalb, wenn Sie so wollen, feuilletonistisch, weil ich Ihnen eigentlich vermitteln möchte, woher dieses Spannungsverhältnis kommt. Es wurde weiter gepfflanzt. Über die Freikorps, den Kapp-Putsch, die Rolle der Reichswehr in der Weimarer Republik und die der Wehrmacht in der Nazizeit. Und offensichtlich war es für die Gewerkschaften auch in der westdeutschen Nachkriegszeit immer schwierig, ihren Frieden mit der Bundeswehr zu machen. Am Anfang stand die Wiederbewaffnung, bei der die

Gewerkschaften im Wesentlichen dagegen standen. Nicht in Frontstellung zum Militär, ich sage das ausdrücklich, sondern eher in einer Frontstellung zum Militarismus, was damals oft gleichgesetzt wurde. Es gab dann die sehr kritische Debatte um die Notstandsgesetze, auf die ich nachher gerne noch mal zurückkommen möchte. Und dann gab es die Phase, auf die Sie einleitend hingewiesen haben, in der wir versuchten, unseren Frieden miteinander zu machen. Ich bedaure persönlich sehr, dass das fast zu einer Art gleichgültigem Frieden geworden ist, bei dem man mehr neben- als miteinander her agierte und agiert. Da sind viele Chancen verloren gegangen, der wechselseitigen Befruchtung aber auch der gewerkschaftlichen Organisationsmöglichkeiten. Ich hab noch als junger Gewerkschaftssekretär gelernt: „Na ja, gut die ÖTV, die organisiert Zivilbeschäftigte und dann ist auch gut.“ Das war, wenn man so will, der Minimalkonsens, das gewerkschaftliche Einmaleins, das man als junger Mann lernte.

Dann kommt dazu, dass Gewerkschaften sich immer verstehen als ein Teil des gesellschaftlichen Fortschritts und damit eher des linken Spektrums. Wobei das für die deutschen Gewerkschaften nur sehr bedingt gilt. Ich will das ausdrücklich sagen. Eine unserer Lehren aus der Erfahrung der gemeinsamen Unterdrückung von Gewerkschaften war, dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg – übrigens fast als deutsches Unikat – gesagt haben: Schafft die Einheit! Und das galt für fast alle Gewerkschafter, egal wo sie herkamen, welcher Partei sie anhängen und welcher Couleur oder Weltanschauung sie waren.

Unsere Vorväter und Vormütter haben nach dem Zweiten Weltkrieg Einheitsgewerkschaften aufgebaut und zwar sehr bewusst. Als eben nicht sozialdemokratische oder christlich-soziale Richtungsgewerkschaften. Wir hatten zwar auch in der Weimarer Republik die gewerkschaftlichen Verbände, zum Beispiel für Männer und Frauen, für Beamte und Arbeiter. Aber es ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, daraus eine Einheit zu schaffen. Das prägt die Gewerkschaften bis heute.

Die deutschen Gewerkschaften sind in ihrer Konstitution sehr unterschiedlich verglichen mit denen in Belgien oder Frankreich, in Italien oder in Polen. Ich bleib mal bewusst bei Polen, weil das ein weniger bekanntes Beispiel ist. Wir haben in Polen eine sehr schwache Gewerkschaftsbewegung, eine, die zerfällt in den Teil der eher katholischen Arbeiterpartei-bewegung, nämlich Solidarność, und den Teil, der eher aus der alten kommunistischen Ära kommt, den OPZZ-Gewerkschaften – das sind, wohlwollend betrachtet, Transformationsgewerkschaften linkssozialistischen Musters. Beide extrem

schwach. Beide bekämpfen sich aufs Messer. Beide reden kein Wort miteinander; nur wenn ein Dritter aus dem Ausland dazu kommt, setzen sie sich zusammen an einen Tisch.

Ich betone das deshalb, weil ich Ihnen vermitteln möchte, was es eigentlich heißt, Einheitsgewerkschaft zu sein, den Laden zusammen zu halten, ein Gewerkschaftsbund zu haben, der Interessen unabhängig vertritt von parteipolitischer Färbung, Weltanschauung oder auch Geschlecht. Übrigens auch Arbeiter, Beamte und Angestellte, Führungskräfte und Hilfsarbeiter in einer Organisation – all das, was Einheitsgewerkschaft ausmacht in der Bundesrepublik.

Aber zurück zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundeswehr: Gerade in den 60er und 70er Jahren war das Verhältnis zur Bundeswehr dominiert von der Frage: „Wie stehst du eigentlich zur Wehrpflicht?“ Und viele unserer jungen Leute sind geprägt worden nicht nur durch die politischen Auseinandersetzungen, die ich beschrieben habe, sondern auch zum Beispiel über die Frage der sogenannten Kriegsdienstverweigerung. Das hat sie geprägt bis hinein in ihr Privatleben. Als ich Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre anfang, in den Gewerkschaften aktiv zu arbeiten, hatten wir dann die Diskussionen, die damals dieses Land prägten unter dem Stichwort „Friedensbewegung“ und „Nato-Doppelbeschluss“. Und auf eines lege ich Wert, auch in der historischen Rückschau: Wir haben damals etwas erreicht in der Debatte, eine Differenzierung, auf die wir heute noch mit Stolz, Zufriedenheit und vor allem auch mit einer gewissen Perspektive zurückblicken. Natürlich hat es in der Debatte um den Nato-Doppelbeschluss Stimmen gegeben, die sich gegen die Nato und die Bundeswehr an sich richteten, aber sie waren nicht prägend in der Debatte. Was prägend war, das war das Bekenntnis zu einer Bundeswehr, die immer im Rahmen des Völkerrechts handelt und die, wenn sie schon international agiert, dann auf Grundlage eines internationalen Mandats. Es ist ein großer Unterschied, ob man Auslandseinsätze generell ablehnt oder ob man sagt: „Wir wollen“, wie wir es damals nannten, „Blauhelmeinsätze“. Und ich glaube, dass das ein ganz wesentliches Moment dafür war, dass sich das Verhältnis von Gewerkschaften und Bundeswehr im Inneren entspannte. Auch in der Friedensbewegung waren wir diejenigen, die ein differenziertes Verhältnis zu diesen Themen hatten.

Für uns war natürlich auch die Frage wichtig, ob der Übergang von der Landesverteidigung hin zu Interventionsstreitkräften ein Weg ist, den dieses Land gehen sollte oder nicht. Wenn Sie mir erlauben, würde ich an dieser Stelle gerne etwas Biografisches einflechten: Mein Schwager war Tornado-

Pilot der Bundeswehr, Major. Er ist 1992 im Fliegerhorst Büchel tödlich abgestürzt. Er war Fluglehrer bei der Bundeswehr, flog Piloten ein, die ausgestiegen waren, was damals häufiger vorkam. In der Zeit davor hatten wir relativ intensiven Kontakt. Sein Hauptmotiv, zur Bundeswehr zu gehen, war immer die Landesverteidigung. Ich habe ihn deshalb gefragt, wie er damit umgeht, nicht mehr das Land gegen einen möglichen Angriff des Warschauer Pakts zu verteidigen, sondern Einsätze „out-of-area“ zum Beispiel gegen Jugoslawien zu fliegen. Seine Antwort damals: „Du, ich bin jetzt 36, muss noch zwei Jahre und dann will ich sowieso Fluglehrer in den USA werden. Und diese Frage bleibt mir Gott sei Dank erspart.“ Ich hab Ihnen diese kleine Geschichte bewusst erzählt, weil sie mich tief geprägt hat und weil sie, wie schwierig der Umbruch auch für die unmittelbar Betroffenen, nämlich die Soldaten war. Ich erinnere mich auch noch an die Trauerfeier im Fliegerhorst in Büchel, wo der General die Truppe in der Trauerrede schon darauf einschwor, dass man doch in Zukunft andere Aufgaben wahrzunehmen hat.

Zu den großen Leistungen der Bundeswehr nach der Wende gehört zweifellos die erfolgreiche Integration der NVA. Das gilt für Art und Weise, wie es gemacht wurde, die Lautlosigkeit, mit der dies gelungen ist und der Konsequenz, mit der es gemacht wurde. Ich will das ausdrücklich sagen, weil meist nicht zur Kenntnis genommen wird, was es eigentlich heißt, zwei, wenn man so will, feindliche Armeen zusammenzuführen.

Bei den Gewerkschaften hat es in dieser Zeit hat es kaum Diskussionen über die Streitkräfte gegeben. Es gab weder eine Debatte über Kriegsdienstverweigerung noch über die Wehrpflicht. Wir haben darauf geachtet, dass unsere Jugendvertreter im Zweifelsfall freigestellt wurden, damit sie Jugendvertreter werden können. Manche wurden auch Jugendvertreter, damit sie freigestellt wurden. Das will ich gar nicht verschweigen, uns ist ja nichts Menschliches fremd. Wir haben zwar gewusst, dass unsere Söhne, sofern wir welche hatten, zur Bundeswehr gingen. Trotzdem war die Bundeswehr in den Gewerkschaften kein Thema, allenfalls im betrieblichen Alltag, weil einer fehlte, dessen Stelle freigehalten wurde. Teilweise war man auch ganz froh, bestimmte Probleme der Zeit, wie zum Beispiel die Massenarbeitslosigkeit, an der ein oder anderen Stelle „elegant“ lösen zu können. Eine ernsthafte Befassung mit dem Thema gab es aber nicht. Man machte seine Anträge auf Gewerkschaftskongressen zu diesem und jenem. Selbst das, was ich auch persönlich für eine große humanitäre Leistung der Bundeswehr halte, nämlich der Einsatz im ehemaligen Jugoslawien, spielte in unseren Debatten kaum eine Rolle. Selbst wenn jemand wie ich darauf hinwies, dass

die Bundeswehr mitten in Europa ein furchtbares Blutvergießen beendet und wir stolz darauf sein können, blieben die Reaktionen verhalten. Das Thema wurde ausgeblendet. Debatten wie bei den Grünen – Kosovo-Einsatz ja oder nein, Farbbeutel links oder rechts – haben wir gar nicht geführt. Diese Debatten fanden in den Gewerkschaften einfach nicht statt.

Möglicherweise haben Sie auch nicht über die Gewerkschaften geredet, sich möglicherweise geärgert, wenn wir mal gestreikt, nicht die richtige Forderung gestellt haben oder bei der Beamtenbesoldung nicht so weit kamen, wie Sie es sich gewünscht hätten. Aber unterm Strich war es ein geregeltes Neben- statt Miteinander.

Ich erinnere mich dann an den 20. Juli 2005. Mein Freund Walter Kolbow, damals Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, hatte mich eingeladen, an der Rekrutenvereidigung in Berlin am Bendlerblock teilzunehmen. Und stellen Sie sich vor: Ich bin dahin gegangen. Das war, sagen mir mal, zumindest ungewöhnlich. Ich hab diese Entscheidung noch mit meiner Frau diskutiert und mir war nicht klar, mit welcher Reaktion innerhalb der Gewerkschaften ich zu rechnen hatte. Wird das als normal wahrgenommen, dass der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Repräsentant der organisierten Arbeiterschaft in Deutschland, zu einem Rekrutengelöbnis geht oder nicht? Wird das in den Gewerkschaften toleriert? Ich kann ihnen heute sagen: Es wurde akzeptiert, niemand hat mich danach darauf angesprochen, weder positiv noch negativ. Es war normal. Und es gehört auch, wie ich finde, zu meiner Arbeit. Genauso wie es zu meiner Arbeit gehört, dass ich heute bei Ihnen rede. Nur wollte ich Ihnen anhand dieses Beispiels schildern, wie schwierig es ist, dieses Verhältnis auszutarieren. Und ich hab dann Klaus Beck gefragt, welcher Gewerkschaftsvorsitzende denn noch bei der Bundeswehr war. Ihm sind maximal vier Fälle in den vergangenen 40 Jahren eingefallen. Das ist einer der Gründe, warum ich Ihre Einladung angenommen habe: Wir müssen mit diesem Unsinn Schluss machen. Wir sollten miteinander reden, über die Rolle der Bundeswehr und die Rolle der Gewerkschaften, möglicherweise auch über Berührungspunkte.

Und ich füge hinzu: Gerade jetzt! Wir befinden uns gesellschaftlich in einem spannenden Umbruchprozess. Wir haben nach der Überwindung der Weltwirtschaftskrise die große Chance, dieses Land in ein goldenes Jahrzehnt zu führen, wenn wir ein paar Sachen in Ordnung bringen. Wir haben aber auch gleichzeitig die Gefahr, dass vernünftige Arbeitsverhältnisse immer mehr zerstört werden durch prekäre Arbeit. Das ist der Grund, warum

wir uns im Moment so engagieren. Wir haben die Chance, dieses Land innovativ nach vorne zu führen und führen gleichzeitig eine technikfeindliche Debatte, dass es knallt. Ich war neulich bei einer Firma in Esslingen, die Weltmarktführer bei der Herstellung von NC-Drehmaschinen ist. Und dann sage ich zu denen: „Sagt mal, wo ist denn eure Nanoforschungsabteilung?“. Da haben die gesagt: „Dahinten in der Ecke, damit niemand weiß, dass wir die haben.“ So bringen wir dieses Land nicht nach vorne.

Die schnelle Überwindung der Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, dass wir in Deutschland so etwas wie ein Jobwunder schaffen können, wenn die gesellschaftlichen Kräfte – Politik, Arbeitgeber, Gewerkschaften – zusammenstehen. Wir sind besser aus der Krise gekommen als andere, weil die Sozialpartnerschaft und weil die Mitbestimmung funktioniert, wenn man es nur will. Wir haben alle Chancen. Aber es gibt auch weiterhin gewaltige Risiken: Die Finanzkapitalisten zocken weiter wie die Schönen und Reichen im Casino von Monte Carlo. Gestoppt werden können sie nur politisch und das ist ein ganz wichtiger Umbruchprozess, bei dem wir erst am Anfang stehen. Entscheidend ist, ob wir in der Lage sind, die Weltfinanzmärkte, übrigens auch die nationalen Finanzmärkte, in den Dienst der Realwirtschaft und damit der Menschen zu stellen oder nicht.

Mit Umbrüchen kennt die Bundeswehr sich aus. Und Sie wissen selber, vor welch großem Umbruchprozess die Bundeswehr gerade jetzt steht. Und dazu würde ich ganz gerne noch einiges aus meiner sehr persönlichen Sicht sagen. Wenn ich überhaupt die Beschlusslage des deutschen Gewerkschaftsbundes tangiere, weise ich darauf hin. Weil es eigentlich gar keine gibt. Es gibt nur eine negative Beschlusslage, die es eigentlich gar nicht geben dürfte, weil wir normalerweise nicht nur sagen, wogegen wir sind, sondern auch wofür. Wir hatten auf dem vergangenen DGB-Bundeskongress im Mai 2010 in Berlin zwei tragende sicherheitspolitische Anträge. Der eine war, wie bei der Zusammensetzung der Delegierten nicht anders zu erwarten, der Antrag, so schnell wie möglich aus Afghanistan raus zu gehen. Der wurde mit großer Mehrheit angenommen, ganz ohne Aussprache. Der zweite Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, übrigens nach intensiver Aussprache. Das war der Antrag unserer Gewerkschaftsjugend, die Wehrpflicht abzuschaffen. Man beachte: 40 Jahre nach den Wehrpflichtdebatten der 60er und 70er Jahre bekennen sich die deutschen Gewerkschaften zur Wehrpflicht! Dabei ging es gar nicht so sehr um die Abschaffung der Wehrpflicht, sondern aller Zwangsdienste, also auch des Zivildienstes. Ich selbst und auch einige Gewerkschaftsvorsitzende haben sich in die Debatte eingeschaltet

und deutlich gemacht, dass die Bundeswehr Teil dieser Gesellschaft ist und dass die Wehrpflicht ein wichtiges Bindeglied ist zwischen Gesellschaft und Bundeswehr. Ich war übrigens selbst überrascht, mit welcher Mehrheit wir die Abstimmung gewonnen haben. Aber es war für mich auch ein Zeichen, dass die Gewerkschaften nach 40 Jahren Nichtdebatte ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht haben. Deswegen war das für mich so ein wichtiges Ereignis.

Umso mehr beklage ich, dass wir über die Bundeswehrreform in diesem Land nicht gesellschaftlich diskutieren. Um es noch deutlicher zu sagen: Ich halte es nahezu für einen Skandal, dass die Debatte über die Zukunft der Bundeswehr, der Wehrpflicht, der Sicherheitsarchitektur dieses Landes, dass unser Verständnis der Bundeswehr – als Verteidigungsstreitkräfte oder als Interventionsstreitkräfte –, dass diese Debatte faktisch nicht geführt wird in der Gesellschaft. Es wird über Afghanistan geredet, übrigens verlogen von den meisten Seiten aus. Aber über die Frage, welche Zukunft eine so wichtige Institution dieses Landes haben soll, wird im Hauruckverfahren entschieden und die Diskussion fällt aus.

Ich erinnere mich an die Eröffnung des Kongresses der Gewerkschaft der Polizei im vergangenen November. Dort sprach der Bundespräsident. Ich hab in meiner Rede danach den Bundespräsidenten darauf hingewiesen, dass er demnächst in die Situation kommen wird, eine neue Wehrverfassung als Gesetz zu unterzeichnen. Und ich habe ihn gebeten, die Frage zu prüfen, ob eine solche Wehrverfassung mit dem historischen Kompromiss der Bundeswehr und der Notstandsgesetze überhaupt in Übereinstimmung zu bringen ist. Denn als die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, ging man davon aus, dass diese Notstandsgesetze von Wehrpflichtigen ausgeführt werden und nicht von in Afghanistan geschulten oder für Afghanistan geschulten Soldaten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Ägypten, wo die segensreiche Wirkung einer Wehrpflichtarmee bei einem Einsatz im Inneren unbestreitbar war. Aber in Deutschland wird über diese Fragen überhaupt nicht debattiert. Und darum geht es mir: Wir sollten über das Für und Wider der Wehrpflicht und die Folgen ihrer Abschaffung wenigstens diskutieren und sie nicht einfach durchwinken, als ginge uns das Thema gar nichts an. Auch wenn man dann am Ende zum selben Ergebnis kommt.

Die Gewerkschaften haben in den 80er und 90er Jahren über Themen wie „Blauhelm-Einsätze“ oder „UN-Mandatierung“ intensiv diskutiert, mehr als die politischen Parteien es heute tun. Wie wenig solche Fragen heute debattiert werden, ist bei der umstrittenen Äußerung von Horst Köhler deut-

lich geworden, die am Ende zu seinem überraschenden Rücktritt führte. Der ehemalige Bundespräsident wurde zum Teil heftig kritisiert, aber seine Äußerung war mindestens gedeckt durch das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Da steht nämlich drin: „Wir fordern die Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands.“ Die Frage wäre, wer das denn machen soll und wie? Machen wir das mit ökonomischen Mitteln, machen wir das militärisch oder ist damit die Piratenbekämpfung am Horn von Afrika gemeint? Ich habe auch keine Antworten auf diese Fragen, aber ich stelle sie, weil sie gestellt werden müssen. Wir müssen diskutieren, welche Aufgaben in Zukunft auf die Bundeswehr warten und welche Sicherungsarchitektur wir eigentlich wollen. Welches Bild haben wir von der Bundeswehr der Zukunft, wie wird das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft sein, wie steht es um das Prinzip der Inneren Führung bei einer Berufsarmee und wie kann die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleiben? Ich stelle bewusst nur Fragen, Antworten habe ich nicht. Ich habe vielleicht die eine oder andere Meinung, aber ich habe keine Antworten. Was ich einklage, ist eigentlich eine Debatte über diese Fragen. Und was ich in den Parteien erlebe, übrigens auch im Deutschen Bundestag, ist einfach zu wenig.

Ich will aber mit meiner Meinung nicht hinterm Berg halten. Ich glaube, dass die vornehmste Aufgabe einer Bundeswehr immer noch die Landesverteidigung ist. Jetzt können Sie mir natürlich entgegenhalten: „Gegen wen sollen wir uns jetzt verteidigen?“ Wir sind umgeben von Freunden, ein Angriff von außen ist derzeit faktisch ausgeschlossen. Aber wer weiß denn, wie die politische Situation, in zehn bis zwanzig Jahren aussieht und ob die Sicherheitspolitik dann noch geprägt ist durch den Kampf gegen den Terrorismus? Ob wir dann nicht völlig andere Formen von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Konflikten haben? Wir wissen nicht, welche Entwicklung Russland nehmen wird, ob die Pax Americana hält oder ob der Raketenabwehrschirm der Amerikaner halten wird in der „Gründerkammer der Interventionspolitik“? Wer sagt Ihnen denn, in welcher Art und Weise wir in Zukunft, möglicherweise multilateral, die Handelswege dieser Welt schützen müssen? Multilateral, nicht alleine! Und auch nicht gegeneinander. Ich bin zuversichtlich, dass Europa ein sicherer und stabiler Kontinent bleibt, aber diese Fragen müssen zumindest diskutiert werden. Und das passiert nicht, jedenfalls nicht in der breiten Öffentlichkeit. Und da gehört diese Debatte hin.

Noch ein Beispiel, wie teilnahmslos Politik und Öffentlichkeit derzeit mit Fragen zur Bundeswehr umgehen: Die Weise-Kommission hat ihren Bericht

unter die Überschrift gestellt: „Vom Einsatz her denken“. Vielleicht bin ich jetzt etwas zu wertkonservativ, aber in meinem Grundgesetz steht: „Der Bund richtet zu seiner Verteidigung Streitkräfte ein.“ Das ist etwas anderes, als „Vom Einsatz her denken“. Welcher Einsatz denn? Als Blauhelm am Horn von Afrika? Oder in Kunduz? Oder im Kosovo? Warum, in welchem Umfang und mit welcher Legitimation? Mir geht es hier nicht um die Einsätze im Einzelnen. Was ich eigentlich will, ist, dass wir eine Debatte führen um die Rolle der künftigen Bundeswehr. Und darin einbettend dann die Frage stellen: „Was ist denn eigentlich mit der Wehrverfassung, die wir haben? Welche Rolle spielt darin die Wehrpflicht?“ Vielleicht setzen wir sie aus, zu dieser Entscheidung kann man kommen. Aber was ist denn dann zum Beispiel dieser freiwillige Wehrdienst? Die Discountvariante des Soldaten auf Zeit?

Ich stelle hier viele Fragen, weil ich finde, dass wir diese Debatte miteinander führen sollten. Und wenn wir sie nicht aus den gesellschaftlichen Organisationen heraus führen, dann werden wir es wohl gar nicht tun. Und dann werden wir uns vielleicht in fünf bis zehn Jahren die Augen reiben und fragen, was denn da eigentlich passiert ist. Und möglicherweise kommen wir dann zu anderen Antworten als heute und sehen in einigen Jahren die Aufgaben der Bundeswehr völlig anders. Dann haben wir möglicherweise eine Bundeswehrreform in die Wege geleitet für eine Aufgabe, die sich so nicht mehr stellt oder vielleicht besser von Polizeikräften wahrgenommen werden sollte.

Ich will an der Stelle bewusst einen Strich machen und im letzten Teil meines Referates zu Fragen des Verhältnisses von Gewerkschaften und Bundeswehr übergehen. Wir pflegen mit dem Bundeswehrverband eine freundschaftliche Beziehung, ab und zu auch mal eine Kooperation. Es ist kein Gegeneinander, aber auch kein Miteinander, sondern, wenn man so will, ein freundliches Nebeneinander. Aber das ist meines Erachtens nicht genug. Ein Beispiel: Ich habe mit Ihrem Universitätspräsidenten die Frage diskutiert, was ihm lieber sei: weniger Leute besser bezahlt oder mehr Leute schlecht bezahlt? Als Gewerkschafter würde ich natürlich sagen: „Mehr Leute gut bezahlt“. Diese Frage ist wichtig für die Zukunft der Bundeswehr. Denn das Thema Fachkräftemangel betrifft auch die Bundeswehr. Sie steht, ob sie will oder nicht, im Wettbewerb mit den Unternehmen um die besten Köpfe des Landes. Natürlich darf es hier nicht nur um Geld gehen. Nicht immer geht es um das, was zwischen Daumen und Zeigefinger entschieden wird. Aber unwichtig ist die Geldfrage deswegen auch nicht. Alleine vom Denken wird der Mensch nicht satt und vom Dienen übrigens auch nicht. Diese Frage ist

schon von zentraler Bedeutung für die Bundeswehr: Werden im Rahmen der Bundeswehrreform die notwendigen Gelder bereitgestellt, damit man die Leute für die Bundeswehr gewinnt und an sich bindet, die man braucht?

Der zweite Punkt, den ich ganz gerne ansprechen möchte, weil es mir auch persönlich auf der Seele brennt, ist der Umgang mit den Soldatinnen und Soldaten. Wir haben aus guten Gründen eine Parlamentsarmee und ich halte das für richtig. Aber das heißt auch, dass der Bundestag mit in die Verantwortung genommen wird. Und eins geht nicht – unabhängig davon, wie ich persönlich zum Afghanistan-Einsatz stehe – wenn ein Parlament als Vertretung des deutschen Volkes Soldaten ins Ausland schickt, dann hat es gefälligst dafür zu sorgen, dass diese Soldaten anständig ausgerüstet und so gut wie möglich geschützt werden. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist nicht nur eine Frage des Anstands, sondern auch eine des Selbstverständnisses eines Parlaments. Wie kann ich die Leute nach Afghanistan schicken und gleichzeitig das Schicksal der Soldaten ignorieren, übrigens auch dann, wenn sie nach Hause kommen? Das geht nicht! Das Parlament trägt die Verantwortung für die Menschen, die sie in fremde Länder schickt und von den sie im äußersten Fall erwartet, das eigene Leben zu riskieren.

Und dann sind wir bei den ganz normalen Bedürfnissen von Soldatinnen und Soldaten, die Klaus Beck zu Recht immer wieder im Beirat der Inneren Führung thematisiert hat. Soldaten sind natürlich in irgendeiner Form „Arbeitnehmer der besonderen Art“, aber sie sind am Ende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine Familie haben, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern wollen, die einen Anspruch auf ordentliche Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten haben. Bedenkt man die enormen physischen und seelischen Belastungen, denen gerade die Soldaten im Auslandseinsatz ausgesetzt sind, brauchen wir meines Erachtens einen intensive Dialog der Bundeswehrführung mit den Sozialverbänden und den Sozialpartnern. Themen gibt es genug, ich nenne an dieser Stelle nur die öffentliche Gesundheitsversorgung oder die soziale Sicherung. Was ist denn mit dem Soldaten, der drei bis vier Jahre nach seinem Einsatz an posttraumatischen Belastungsstörungen erkrankt, die Bundeswehr aber längst verlassen hat. Was machen wir mit dem? Wie sorgen wir dafür, dass diejenigen, die zurückkommen, nicht im Zweifelsfall in Hartz IV landen? Was machen wir mit denen, wie helfen wir ihnen? Das sind nur zwei Beispiele und es ist notwendig, dass wir in den Dialog treten über diese Fragen und dass wir eintreten für die Menschen, die sich für den schwierigen Soldatenberuf entschieden haben. Und ich biete dies ausdrücklich an, übrigens ohne hier gleich neue

Mitglieder werben zu wollen. Es geht mir darum, Ihnen anzubieten, in der Diskussion zu bleiben über solche gemeinsame Aufgaben. Und ich würde mich persönlich freuen, wenn wir neben diesen Fragen der unmittelbaren sozialen Situation von Menschen, die den Soldatenberuf ergriffen haben, auch über die gesellschaftliche Rolle von Bundeswehr und Gewerkschaften diskutieren würden. Ich sage noch mal: Ich beanspruche wahrlich nicht, die allein glückselig machenden Antworten zu haben. Aber ich möchte, dass die Gesellschaft endlich wieder über die Zukunft der Bundeswehr diskutiert und dies nicht den Fachkreisen und den Schlagzeilen überlässt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Anti-Atom-Demonstration „Atomenergie stoppen – sichere Energieversorgung schaffen!“

26.03.2011, Berlin

Aufgrund der Reaktorkatastrophe von Fukushima fanden in Berlin, Hamburg, Köln und München Demonstrationen (insgesamt ca. 250.000 Menschen) statt, zu denen zahlreiche Umweltverbände, Parteien und der DGB unter dem Motto „Atomenergie stoppen – sichere Energieversorgung schaffen!“ aufgerufen hatten. Die Berliner Abschlusskundgebung am 26. März 2011, auf der Sommer vor ca. 150.000 Hörern sprach, fand am Potsdamer Platz statt.

*Meine Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen.*

Noch immer steigt Rauch auf vom Atomkraftwerk Fukushima. Es ist außer Kontrolle. Niemand weiß, was dort im Inneren gerade geschieht. Doch nicht einmal von diesem Grauen lassen sich die Lobbyisten der deutschen Atomindustrie aus der Fassung bringen.

Sie beschwichtigen. Sie erklären unverdrossen, dass alles nicht so schlimm sei. Schon gar nicht so schlimm wie Tschernobyl. Sie sagen, dass wir Deutschen zu Panik neigen. Sie behaupten, dass die Polen und die Franzosen viel schlauer seien, denn die wüssten, dass auf Kernenergie nicht verzichtet werden kann.

Was für ein Unsinn! Kaum ein Land ist industriell so vergleichbar mit Deutschland wie das Hightechland Japan. Und ausgerechnet dort, in Fukushima, ist der schlimmste Albtraum wahr geworden! In Fukushima ist auch das sogenannte Restrisiko seit zwei Wochen keine minimale Größe mehr.

Für die Menschen im weiten Umkreis, ja, auch für die 35 Millionen Menschen im Großraum Tokio liegt dieses Risiko heute bei 100 %. Denn der GAU ist da. Und ob es ein Super-GAU ist, das weiß niemand so genau. Auch dies ist erschreckend. Dass es niemand weiß.

Meiler explodieren, Feuer lodern, Brennstäbe liegen trocken, da muss die Feuerwehr gegen ein atomares Inferno anrücken, Techniker suchen mit

Taschenlampen ihren Weg und wir sollen Betreibern wie diesen noch vertrauen? Unser Leben anvertrauen? Nein und nochmals nein. In Japan nicht. Und in Deutschland nicht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hiroshima und Nagasaki haben die Menschheit erschreckt, aber nicht zur Umkehr bewegt. Nach Tschernobyl hat man uns gesagt, das liege an der alten sowjetischen Technik. Und hat weitergemacht wie bisher. Und jetzt? Nach Fukushima? Lassen wir uns da wieder einlullen?

Ich sage: Es ist Zeit, endlich Konsequenzen zu ziehen. Zu erkennen, dass Atomkraft schlicht zu groß ist für Menschen. Dass Menschen diese Kräfte nicht beherrschen können. Der Ausstieg aus der Atomenergie war richtig. Er ist richtig. Es war falsch von der Bundesregierung, diesen Weg zu verlassen.

Und es ist falsch, jetzt einfach mal drei Monate zu warten – in der Hoffnung, dass sich die Sorge bis dahin wieder in Luft aufgelöst hat.

Das wird nicht passieren. Dieses Mal nicht. Wir vergessen das Leid der Menschen nicht, nicht in Tschernobyl und nicht in Fukushima. Und wir kommen wieder! Bis die Uralt-Atomkraftwerke dauerhaft abgeschaltet sind. Und wieder ein annehmbarer Fahrplan für den endgültigen Atomausstieg steht! Sicher, wir müssen geordnet aussteigen – aber so schnell wie möglich. Und unumkehrbar.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir handeln in Verantwortung für uns. Und für alle nachfolgenden Generationen. Um die Dimension zu erfassen, über die wir hier reden, reicht ein kurzer Blick zurück: Hätten die Römer vor 2000 Jahren in Trier ein Atomkraftwerk gebaut und einen Super-GAU erlebt, wäre Rheinland-Pfalz noch heute Sperrzone. Das dürfen wir dem Planeten nicht antun. Auch deshalb fordern wir den Atomausstieg in Deutschland.

Meine Damen und Herren, wir sind heute auch hier, um Zeichen zu setzen. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Japan. Wir trauern mit ihnen um die Toten, die Verletzten, die Heimatlosen, die Waisen, die Hungernden, die Frierenden. Wir denken an die mutigen Feuerwehrleute und die Arbeiter aus Fukushima, die unter schwersten Bedingungen Tag für Tag kämpfen, um Leben zu retten. Wir denken an die Menschen, die jetzt nicht mehr wissen, was sie essen und trinken sollen. Deren Leitungswasser verseucht ist. Die nicht wissen, aus welcher Ecke des Meeres ihr Fisch kommt. Die Angst haben um ihre Kinder.

Wir wissen, dass das, was dort geschieht, uns alle angeht. Auch deshalb haben wir heute ein neues, ein gutes Bündnis geschlossen. Ich freue mich,

dass auch die Parteien zu dieser Demonstration aufgerufen haben, die SPD, die Grünen, die Linke. Es ist eine altbewährte Lehre der Arbeiterbewegung: Nur gemeinsam sind wir stark.

Wir sind aber auch hier, um der Atomlobby und allen Verfechtern der Atomindustrie zu sagen: Nicht mit uns! Wir haben genug von den Lügen, den Beschwichtigungen, den Verharmlosungen! Unsere Botschaften an Bundesregierung und Kernkraftlobby sind klar:

1. Wir lassen uns keine Angst machen. Die Lichter werden nicht ausgehen, wenn es in Deutschland keine Atomkraftwerke mehr gibt. Von 17 Meilern sind derzeit gerade mal 4 voll am Netz. Und trotzdem ist genug Strom da.
2. Die Atomenergie ist keine Brückentechnologie. Diese Brücke ist in Fukushima endgültig eingestürzt.
3. Wir wollen erneuerbare Energien. Auch das schafft Arbeit.
4. Hört auf, den Beschäftigten Angst zu machen. Die deutsche Wirtschaft wird ohne Atomstrom nicht zusammenbrechen, denn es gibt genug vernünftige Alternativen.
5. Sogar die Beschäftigten in den Atomkraftwerken werden noch auf Jahrzehnte gebraucht. Schon um die Folgen des atomaren Wahnsinns zu beseitigen und den Müll zu entsorgen, der bis jetzt schon angefallen ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Gewerkschaften stehen für einen Fortschritt, der die Natur und die Umwelt achtet. Wir wollen diesen Fortschritt, weil wir zum Industriestandort Deutschland stehen. Wir wissen: Unsere Zukunft, die Zukunft des Industriestandortes hängt von einer sicheren und sauberen Energieversorgung ab. Auch von neuen Netzen. Wir stehen zum Energiesparen, zu Energieeffizienz und zu einem raschen Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir haben die Kraft dazu.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Antikriegstag 2012

01.09.2012, Schloß Holte-Stukenbrock

Auf der Mahn- und Gedenkveranstaltung des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“ zum Antikriegstag 2012 sprach Michael Sommer am 1. September 2012 auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof Schloß Holte-Stukenbrock. An der Veranstaltung nahm auch der Botschafter der russischen Föderation Vladimir Grinin teil.

*Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Botschafter Grinin
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter anderer Botschaften in der Bundesrepublik Deutschland,*

Ich freue mich sehr, dass sie hier sind. Ich freue mich auch deshalb sehr, dass sie hier sind, weil sie sehen können und berichten können, dass ganz offensichtlich es in diesem Land nicht nur eine Kultur des Wegschauens, des Wegsehens, des Verdrängens gibt, sondern eine ganz intensive Kultur des Hinschauens, des Dabeiseins, des Nichtvergessens, der Trauer und der Mahnung.

Und was mich besonders freut ist, dass unter uns Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines von der Gewerkschaftsjugend organisierten Zeltlagers sind, das sozusagen diese Tradition wach hält. Und ich bin wirklich stolz darauf, derzeit Repräsentant einer Bewegung zu sein, die sich eines nie vorwerfen lassen muss, nämlich, dass wir nie an der vordersten Stelle gestanden hätten im Kampf gegen Krieg und Faschismus.

Ich bin stolz, dass wir sagen können, bei alldem was uns auch intern trennt, dem was uns auch alles intern möglicherweise unterschiedlichen Blick werfen lässt, auf Syrien und Afghanistan, wir waren immer diejenigen, die immer gesagt haben, Krieg ist nie eine Lösung. Und wahrscheinlich deshalb, weil wir natürlich auch erfahren haben, dass zum Schluss die Völker gegeneinander in Kriege geführt wurden, aber die Völker nie die Feinde waren, sondern die Völker für Andere die Kastanien aus dem Feuer holen mussten und zum Schluss immer es die Arbeiterinnen und Arbeiter, die kleinen Leute waren, die die Zeche bezahlt haben, den Blutsold bezahlt haben

und die Kriege bezahlt haben. Ich will darauf noch mal im Verlaufe meiner Rede zurückkommen.

Als wir den ersten Antikriegstag-Aufruf machten, haben wir darüber geschrieben „Nie wieder Krieg“. 1957 haben wahrscheinlich meine Vorgängerinnen und Vorgänger nicht gewagt drüber zu schreiben „Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus“, obwohl dieser Schwur von Buchenwald zusammengehört und ich stehe mit meinen Kolleginnen und Kollegen, übrigens auch mit Annelie Buntenbach aus dem DGB-Bundesvorstand, die heute auch hier ist, wir stehen dafür zu sagen, wir stehen für beide Botschaften „Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus“, weil wir wissen, dass beides zusammengehört.

Aber lassen sie mich zu Beginn etwas sagen, weil ich glaube, das ist das Wichtigste, was man an einem solchen Ort tun muss. Jetzt können sich Historiker streiten, ob 63.000, 65.000 oder 70.000 Menschen zu Tode kamen an diesem Ort. Alleine die Zahl sich deutlich zu machen, was es heißt, das an einer einzigen Stelle in Deutschland – und mag sie noch so groß eingezäunt gewesen sein – 65.000 Menschen gequält, zu Tode gehungert, gemartert, schlicht und ergreifend verreckt sind, muss uns alle unglaublich betroffen machen. Wenn man sich vorstellt, es ist eben kein Tag wie heute und es regnet, es ist kalt, ich denk da immer drüber nach, wenn ich in Sachsenhausen in dem KZ nahe von Berlin, wo wir auch eine Gedenkstätte für die ermordeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter errichtet haben, seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Was hat das eigentlich geheißen, für Menschen in dieser Situation leben zu müssen, ihren Freund, ihren Nachbarn, ihren Kollegen, ihren Kameraden sterben zu sehen, selber zu versuchen zu überleben und gleichzeitig auch, was ja hier auch verbirgt ist in diesem Straflager, Widerstand zu organisieren und dann gemeinsam mit den amerikanischen Truppen auch die Befreiung vorzubereiten. Was muss das bedeutet haben für die Menschen in den Konzentrationslagern, was muss es für die Menschen bedeutet haben, die von den Nazis aus politischen Gründen ermordet, erhängt wurden, wie einer unser großen Vorgängern Wilhelm Leuschner, der daraus die Konsequenz zog, schafft die Einheit.

Vor Beginn dieser Veranstaltung hat mich ein Kollege von der IG Metall von einem Geschichtsprojekt interviewt. Die bereiten einen größeren Dokumentarfilm zum Sturm auf die Gewerkschaftshäuser vor, was sich im nächsten Jahr zum achtzigsten Mal jährt, durch die Nazis. Wir haben geredet über viel Versagen von Gewerkschaften, über die Notwendigkeit Einheit zu schaffen, über die Notwendigkeit zusammen zu stehen und auch über

Versagen und Fehler. Und ich glaube einer der wichtigsten Sätze, der mir persönlich tief in der Seele brennt, in der Beurteilung der damaligen Zeit ist der von Otto Wels. Er hat damals gesagt, man darf nie mit der falschen Seite paktieren, man kann eine Organisation nicht retten, wenn man ihre Idee verrät. Und diese Weisheit zu sagen, die Idee trägt, man kann durch Verrat der Idee die Organisation nicht retten, weil dann die Organisation auch stirbt. Es ist etwas, was für die Gewerkschaften glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt ist und deswegen sage ich, die Idee der Gewerkschaften ist die, wir sind die Organisation der Arbeit, wir sind für die kleinen Leute da, wir stehen für Demokratie und Freiheit und deswegen sind wir gegen Krieg und Faschismus.

Und wir gedenken an einem Tag wie heute, der markiert die Zeit, als es losging mit dem 1. September 1939 mit dem verbrecherischen Überfall auf Polen, begonnen mit einer Geschichtslüge, begründet mit dem Rassenwahn und dem Weltmachtstreben der Nazis. Wir gedenken heute nicht nur der Opfer hier, der 65.000 Menschen, die hier gestorben, verreckt sind, sondern auch der unzähligen, der Millionen von Toten, die der Zweite Weltkrieg nicht forderte, kein Krieg fordert irgendwas, sondern es sind Menschen, die Soldaten befehligt haben und sie in den Krieg geführt haben und die Krieg über Andere gebracht haben und die die Kriegsverbrecher sind. Und im deutschen Namen ist unglaublich viel Leid über die Völker gebracht worden, im Westen Europas, im Süden Europas, übrigens auch in Griechenland und nicht zuletzt in der Sowjetunion. Und zu den dann auch tragischen Lehren dieses Krieges, wie auch anderer Kriege gehört, dass er zurückkam zu seinen Verursachern.

Als ich vorhin im Auto saß und mich auf die Rede hier heute vorbereitete, habe ich, wie oftmals in solchen Stunden, an meine Mutter gedacht. Meine Mutter war, wie Hunderttausende ihrer Generation, auch Kriegsoffer und nicht nur deshalb, weil sie 2 Kinder im Krieg verloren hat und weil ihr Mann im Krieg blieb, sondern weil ihr ganzes Leben durch diesen Krieg zerstört war. Zum Schluss war sie die geächtete Mutter eines unehelichen Kindes, nämlich von mir, vertrieben von ihrer Familie in der Adenauer-Zeit der 50er Jahre. Und wenn man heute mit vielen Menschen redet in meinem Alter, dann erfährt man im Prinzip beim zweiten und dritten Nachfragen immer wieder diese Geschichte. Das diese Kriegsoffer ja nicht nur die Opfer waren, die unmittelbar gestorben sind, sondern dass die Völker an sich Opfer des Krieges wurden, jeder, jede für sich in irgendeiner Form tangiert durch diesen Krieg. Und wenn ich mich mit meiner Mutter unterhielt, dann war das nicht so, dass sie gesagt hat, Junge ich war vom Anfang an im Widerstand, sondern sie hat zu mir gesagt, ich hab daran geglaubt, ich war geblendet, ich habe gedacht, es wird

besser, ich habe gedacht, die Arbeitslosigkeit geht vorbei und dass man nicht bei Juden kaufen sollte, war schon in Ordnung. Sie hat mich eben, Gott sein Dank, nicht angelogen, aber sie hat zu mir gesagt, Junge, dich holen sie nie wieder. Sie hat mich pazifistisch erzogen, weil sie eben wusste, was es heißt, im wahrsten Sinne des Wortes, Kriegsoffer zu sein.

Und wenn ich heute darüber nachdenke, dann denke ich auch darüber nach, in meinem Büro steht eine Trommel, die ist ein Geschenk der freien ägyptischen Gewerkschaftsbewegungen und die war auf dem Tahrir-Platz im Einsatz. Ich bin ganz stolz auf diese Trommel und ich guck sie morgens immer an, wenn ich in dieses Büro gehe und gleichzeitig weiß ich, sie steht für einen sozialen Konflikt, den die Kolleginnen und Kollegen, die mir diese Trommel geschenkt haben, wahrscheinlich verloren haben, weil nämlich die freie Gewerkschaftsbewegung nicht nur auf dem Tahrir-Platz niedergeknüppelt wurde, sondern auch heute wieder niedergeknüppelt wird.

Ich sage das deshalb mit der großen Nachdenklichkeit, die – ich glaube – ein solcher Tag auch mit sich bringen sollte, weil es eben auch Antworten geben muss, aber keine einfachen Antworten gibt. Und dieses Antwort „Nie wieder Krieg“ gehört für mich zum Beispiel zu sagen, ja, was müssen wir eigentlich tun? Als Demokraten, als Gewerkschafter, welche Antworten müssen wir geben, wo müssen wir auch „Nein“ sagen, wo müssen wir sagen „So nicht!“

Und ich will versuchen ein paar Antworten zu geben und wende mich jetzt unmittelbar an Sie, Herr Botschafter. Ich bin stolz darauf sagen zu können, es war richtig und gut, dass wir nicht nur die Verständigung zu Polen und zu Frankreich gesucht haben und sie Gott sein Dank auch haben, sondern auch heute wissen: Die Deutschen und die Russen sind keine Feinde, sondern sie sind Menschen auf diesen Planeten mit ihren Hoffnungen, mit ihren Wünschen, mit ihren Erwartungen. Und wenn solch eine Initiative wie „Blumen für Stukenbrock“ mit dazu beigetragen hat, dass es in der Zeit des kalten Krieges so etwas gab, wie den Hinweis, übrigens, die Toten, die hier liegen, waren keine Untermenschen, sondern Menschen. Und die Toten, die hier liegen sind eigentlich für uns gemeinsam eine Mahnung, eine gemeinsame Zukunft zu suchen und nicht trennende Vergangenheit. Dann ist das etwas Positives. Und deswegen freue ich mich auch sehr, dass sie heute hier sind. Als Repräsentant ihres Landes, genauso wie ich mich auch freue, dass Vertreter der Botschaft von Belarus da sind. Und genauso entschieden sage ich, es wäre noch schöner, wenn wir Demokratielehrer nach Belarus schicken würden, anstatt Polizisten auszubilden, wie man besser das Volk unterdrückt.

Ich sage das auch als Jemand, der gemeinsam mit dem deutschen Außenministerium mehrfach dafür sorgen musste, dass zum Beispiel freie Gewerkschafter in Belarus nicht mehr im Knast sitzen. Aber es sitzen immer noch welche im Knast. Und ich glaube auch, dass an einem solchen Tag man nicht sozusagen die Woge der Harmonie darüber gießen kann, sondern an bestimmten Stellen muss man sich an das erinnern, was Wolfgang Borchert mal unnachahmlich dichtete, nämlich auch einfach zu sagen, es gibt bestimmte Sachen, da gibt es nur eins „Sag Nein“. Und man muss auch zur Unterdrückung und zur Bekämpfung von Menschenrechten „Nein“ sagen.

Und wenn ich das sage, dann weiß ich, wie schwierig es auch ist, Antworten zu geben. Ich persönlich gehöre zu den Menschen, die glauben, wir befinden uns mitten in einer Zeitenwende. Und weil wir Teil dieser Zeitenwende sind, können wir sie natürlich nicht beurteilen, weil wir ihr historisches Ende nicht kennen. Zu dieser Zeitenwende gehört sicherlich das Ende des Ost-West-Konflikts. Mit allem drum herum, mit dem Sieg des Brutalkapitalismus auf der einen Seite, mit dem Aufkommen der Herrschaft, der weltweiten Herrschaft eines Finanzkapitals einschließlich seiner Spekulation und der gleichzeitigen Verlagerung der klassischen Konfliktsituation von Ost-West auf Nord-Süd, auf Stellvertreterkriege, auf die Auslagerung von Kriegen, auf den Versuch, Kriege zu rechtfertigen als Mittel der Politik, aber dann mit anderen Begründungszusammenhängen und allen drum herum. Und wer mir heute sagt, er habe einfache Antworten, dem kann ich nur sagen „Entweder denkst du nicht genügend nach oder du lügst.“ Es gibt darauf keine einfachen Antworten.

Es gibt, wenn ich die Gemeinsamkeit in meinem eigenen Kopf ziehe, allerdings eine, von der ich glaube, dass sie gültig ist, nämlich, dass wir immer wieder die Erfahrung machen, weder Krieg, noch Gewalt sind adäquate Antworten auf gesellschaftliche, soziale Probleme oder auf Konflikte zwischen Völkern. Dieses führt immer dazu Krieg und Gewalt, dass die Konflikte nicht gelöst, sondern verschärft werden. Das ist die gemeinsame, wenn man so will, negative Erfahrung die wie machen. Wir ringen gemeinsam immer wieder darum, um positive Antworten. Sei es in Libyen, in Syrien, in Afghanistan. Ich persönlich bin davon überzeugt, ganz persönlich, dass es keine Paktiererei mit den Taliban geben darf, und genauso bin ich davon überzeugt, dass die Bundeswehr und andere Truppen aus Afghanistan raus müssen. Aber ich bin nicht davon überzeugt, dass es dann dem afghanischen Volk wirklich besser ginge. Und ich bin davon überzeugt, dass wir dann daran mitarbeiten müssen, an besseren Lösungen, auch für die Menschen, die dort leben.

Und deswegen ist der Antikriegstag auch gleichzeitig eine Mahnung, so was wie Prävention zu betreiben, Prävention im mehrfachen Sinne. Die größte Quelle von Konflikten auf der Welt ist immer noch Armut, Hunger, Durst, schlicht und ergreifend die Angst, morgen und übermorgen nicht mehr vernünftig leben zu können. Und deswegen ist das Wichtigste, was wir auch als Botschaft raustragen können: Die wichtigste Prävention gegen Krieg und Gewalt ist sozialer Fortschritt, Gerechtigkeit, ist der Kampf gegen diese Grundübel der Welt. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass es eine neue Form/Verteilung von Reichtum geben muss. Für unser Land heißt das, dass wir auch alles tun müssen, um ehrlich heran zu gehen, Rüstungsexporte insbesondere an Unterdrücker zu verhindern und nicht nur ökonomisch auf Exporte zu setzen. Zur Wahrheit gehört allerdings, dass die Bundesrepublik Deutschland – wie auch andere Industrienationen natürlich – zu den Exporteuren von Rüstungsgütern gehört und dass sich die Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel der IG Metall im Einzelfall sehr schwer damit tun, wie man damit umgeht. Umso aner kennenswerter ist es, dass es gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung war, allen voran die IG Metall, die immer wieder versucht hat, Konversionsprojekte aufzulegen, um deutlich zu machen, es gibt vernünftige Alternativen zum „Bau von Panzern“. Henschel in Kassen zum Beispiel war ja mal die „Panzerschmiede der Republik“ und hatte die große Hoffnung, mit dem Transrapid praktisch ein Konversionsprojekt setzen zu können.

Ich sage das, weil ich deutlich machen will, an diesem kleinen Beispiel, dass man über Alternativen nachdenken kann und nachdenken muss. Ich warne nur an einen solchen Tag wie heute davor, nur das Wollen an die Spitze zu setzen und nie darüber nachzudenken, wie man es auch realisiert. Wir müssen, glaube ich, beides tun. Und dieses Nachdenken sollte uns nicht dazu verführen, dass wir sagen, ja wir lassen alles laufen und das ist alles irgendwo schon im Gleichgewicht. Nichts in der Welt kommt von alleine und wir müssen uns aktiv einbringen. Wenn wir nicht die Stimme erheben für eine andere Welt, auch für eine Welt, in der zum Beispiel Rüstung geächtet wird, in der die Vision von Obama nicht nur eine goldene Rede im goldenen Prag war, sondern Vision von Politik wird und bleibt, egal wer Wahlen gewinnt, das ist die konkrete Aufgabe vor der wir stehen. Und nicht nach dem Krieg der Sterne zu gucken, sondern nach den Sternen zu greifen, mit dem Ziel, dass wir nie wieder Krieg haben, das wäre die Botschaft, die wir brauchen.

Mit der gleichen Entschiedenheit muss ich noch ganz kurz sagen, der zweite Teil der Botschaft lautet: nie wieder Faschismus. Und da gibt es für

uns auch kein Pardon. Faschismus ist keine Gesinnung. Faschismus ist die als Ideologie runtergebrochene Form des Verbrechens und sonst nichts. Und wer immer so tut, als ob man das verniedlichen könnte und als ob man das relativieren könnte und sozusagen die Brücken einebnen will zwischen rechten Konservatismus und Neofaschismus und neofaschistischer Ideologie, dem sage ich: Hörst auf damit, so etwas überhaupt nur ansatzweise hoffähig zu machen, sonst wacht ihr auf und sagt, oh, es gibt den nationalsozialistischen Terror. Oh, welch Wunder. Und dabei sind die Antworten relativ klar: Verbot von Kameradschaften, Verbot der NPD, wirklich, das staatliche Vorgehen gegen rechten Terror und nicht sein Decken durch Verfassungsschutzbehörden.

Ich erinnere mich, dass ich mal in den 80er Jahren für meinen damaligen Vorsitzenden eine Rede schreiben musste. Das war der Zeitpunkt, wo Richard von Weizsäcker die große Rede „Was lernen wir“ 1985 gehalten hat. Übrigens eine Rede, die man nie toppen kann, die man eigentlich immer nur noch mal nachlesen muss, weil sie wirklich grandios das zusammenfasst, was zu tun war, Aber wir haben uns dann damals darauf geeinigt, mein Vorsitzender und ich, dass wir versuchen, einige Lehren daraus zu ziehen. Aber jetzt will ich die Rede von damals nicht wiederholen, schon gar nicht mit Blick auf die Zeit.

Ich will nur eines sagen: Eine der Lehren, über die heute wenig geredet wird, aber die wir damals schon im Blick hatten, war, dass endlich vielleicht auch mal die Justiz anfängt, ihr Verhältnis zur Freiheit und Demokratie mal auch geistig zu ordnen. Es ist ein Unding, unter dem Mantel der Meinungsfreiheit zu sagen, jede rechte Truppe könnte sich zusammenrotten und menschenverachtendes Zeug von sich geben. Ja, das ist ein Unding! Es ist ein Unding, dass man schlicht und ergreifend so tut, als ob jede Meinung gleichwertig wäre und als ob man nicht in einer Demokratie, die ja auch die Lehren aus dem Faschismus ziehen sollte, sagen muss, es gibt Anfänge von faschistischer Verbreitung von Gedankenwelten, die man schlicht und ergreifend unter Strafe stellen muss, auf gar keinen Fall sozusagen die Polizei dazu bringen darf, dass man das auch noch beschützen muss. Und ich weiß sehr genau wie es die Kolleginnen und Kollegen der GdP hassen, das tun zu müssen, und aber gleichzeitig natürlich rechtsstaatlichen Gesichtspunkten verpflichtet sind. Also dass die Justiz mal anfängt, ihr Verhältnis von Demokratie, Freiheit und Beurteilung von faschistischer Ideologie neu zu ordnen, das ist in diesem Land allerdings überfällig. Das meine ich allerdings sehr.

Und zu den Lehren gehört übrigens auch, dass wir den Blick nach innen richten und sagen „Wie viel lassen wir eigentlich zu?“ An alltäglichen Ras-

sismus, an alltäglichen faschistischen Schwadronieren, am alltäglichen Vorgehen gegen Menschen, die anders sind oder anders aussehen als wir. Und ich lebe ja nun in einer Stadt, wo man das erlebt, immer wieder und wo man sagen muss, es gibt zwei Punkte. Der eine Punkt ist der, man lebt anders und man lebt es anders vor. Dafür steht übrigens unsere Gewerkschaftsjugend, dafür stehen die Gewerkschaften in der Aussöhnung beispielsweise mit den russischen Kollegen, den israelischen Kollegen, den palästinensischen Kollegen, egal mit wem. Wir stehen dafür, dass wir zusammenstehen und zusammenhalten. Aber, wie klammheimlich gucken wir denn weg, wenn der Asylbewerber an der Tankstelle schlecht behandelt wird, wenn in Berlin ein Rabbiner zusammengeschlagen wird. Wenn schlicht und ergreifend der türkische Jugendliche keine Chance auf eine Lehrstelle hat, weil er einen falschen Namen hat. Ich sag das deshalb so nachdenklich, weil ich glaube, dass zu unserem glaubwürdigen Kampf gegen faschistische Ideologien auch gehört, dass wir im alltäglich Dasein jeder von uns das aufbringt, was John F. Kennedy einmal einklagte, nämlich Zivilcourage. Dabei deutlich zu machen, wir stehen gegen jede Form vom Fremdenhass, Rassenwahn, faschistischer Ideologie, egal wie sie immer daher kommt. Das ist eine Mahnung an uns. Umso wichtiger ist es, dass wir hier junge Leute haben, die sich hier engagieren.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Wir sind vorbeigegangen an Grabsteinen. Einige tragen Namen, wie mir vorhin unser Führer und Pfarrer sagte, wahrscheinlich sind 15.000 Namen identifizierten worden von Opfern, die hier waren, das heißt aber auch, 50.000 sind nicht identifiziert. Menschen, von denen wir nicht wissen, ob sie hier gestorben sind, wann sie hier gestorben sind, unter welchen Umständen sie hier gestorben sind.

Ich denke in solchen Situationen immer an das Wort von Heinrich Heine: „Unter jeden Grabstein liegt ein Stück Weltgeschichte.“ Und ich denke daran, was wäre aus jeden der einzelnen Menschen geworden, wenn sie hätten weiterleben können. Wenn sie ihr Schicksal hätten gestalten können, ihr Leben, ihr kleines Glück.

Nun lassen sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die historischen Stätten bleiben und dass wir diesen historischen Stätten nirgendwo auf der Welt mehr neue hinzufügen. Das tun wir am besten dadurch, dass wir gemeinsam eintreten für Frieden und Demokratie, gegen Krieg und Faschismus.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

FES-Wanderausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“

04.06.2013, Frankfurt am Main

Zur Eröffnung der FES-Wanderausstellung „150 Jahre Sozialdemokratie“ hielt Michael Sommer in der Frankfurter Paulskirche am 4. Juni 2013 diese Rede. Weitere Ansprachen hielten Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD).

*Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,*

Bevor ich zu meiner eigentlichen Festrede komme, möchte ich persönlich zwei Vorbemerkungen machen:

Das ist die erste und die einzige Rede, die ich zum 150. Geburtstag der SPD halte. Es ist übrigens auch die erste und einzige, um die ich gefragt worden bin; aber ich will noch eine zusätzliche Bemerkung machen: Ich bin von Peter Struck gefragt worden, und zwar am Tag bevor er starb – und ich hab gesagt, Peter, meinst du, dass das so eine gute Idee ist, es ist eure Feier, euer Geburtstag. Und dann hat er gesagt, machst du schon. Und er hatte ja diesen natürlichen rauen Charme, den wir alle an ihm schätzten und da hab ich gesagt, ja, mach ich.

Ich sag das deshalb, weil, so sehr ich Kurt Beck schätze und mich sehr freue, dass er jetzt Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, so sehr kann ich auch nicht vergessen, dass ich diese persönliche Beziehung zu Peter Struck hatte und ihm diese Zusage gegeben habe und fühle mich sozusagen ein Stückchen auch heute in der Verpflichtung sehe, auch in Memoriam Peter Struck zu reden.

Das Zweite, was ich sagen will, ist: Es war schon immer mal mein Ziel, in der Frankfurter Paulskirche zu reden, und zwar aus vielen Gründen heraus, nicht nur weil es die Wiege der Demokratie ist, sondern weil ich insbesondere mit dieser Paulskirche ein Gedicht von Georg Herwegh verbinde. Das geht so:

„Zu Frankfurt an dem Main
Sucht man der Weisen Stein
Sie sind gar sehr in Nöten
Moses und die Propheten
Präsident und Sekretäre
Wie er zu finden wäre
Im Parla- Parla- Parlament
Das Reden nimmt kein End!“

Und dann schreibt Herwegh zum Schluss: „Umringt von Feindeslagern, 400 Gänse gägen.“

Und dieser Herwegh hat mit der Geschichte dieser Fahne und der Arbeiterhymne, die wir eben hörten, sehr viel zu tun. Herwegh war nämlich der Dichter dieser Zeilen. Herwegh war Revolutionär 1848 und im Hecker-Lied heißt es dann: Und dann fiel dem Herwegh bei, dass der Hinweg besser sei. Er ist nämlich geflüchtet beim badischen Aufstand in die Schweiz und war verfeimt in der deutschen Demokratie- und Arbeiterbewegung. Und es war Ferdinand Lassalle, der den völlig verarmten Herwegh bat, sozusagen als Auftragswerk diese Hymne zu dichten. Herwegh starb dann kurz danach, immer noch verfeimt. Übrig geblieben sind diese berühmten Zeilen: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht.“

Und jetzt fragen Sie mich wahrscheinlich, woher ich das alles weiß? Ich bin stolzer Absolvent der Georg-Herwegh-Oberschule in Berlin-Hermsdorf und deswegen habe ich mich dem Namensgeber meiner Schule auch mal gewidmet, aber es bringt mich dann auf meinen eigentlichen Text.

Ich hab mich gefragt, es ist so viel gesagt worden in den letzten Wochen und Tagen zur SPD und über die SPD, vieles Richtige und sehr viel Kluges und sehr viel Originelles, wie näherst du dich eigentlich deiner eigenen Partei in einer solchen Festrede. Und ich hab mich entschieden, das wie folgt zu machen, zu sagen, was die SPD für mich eigentlich ist.

Für mich ist sie zuallererst die Partei der Arbeit. Das war ihr Ursprung, das ist ihr Bezugspunkt und das ist auch das, was sie der deutschen, der europäischen, ja wenn man so will, auch der emanzipatorischen Bewegung auf der Welt hinterlassen hat, im sehr, sehr Guten.

Mit der SPD und ihrem Kampf verbinden wir den 8-Stunden-Tag, die Tarifautonomie, die Mitbestimmung, wenn man so will die Emanzipation der arbeitenden Menschen. Das ist für mich SPD. Das ist sie nicht allein, aber das ist sie vor allem.

Und das ist sie und das wird ihr niemand nehmen, von der Abschaffung der Kinderarbeit bis hin, jetzt hoffentlich demnächst, der Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland.

Und wenn wir heute um gute Arbeit kämpfen gemeinsam mit der SPD, dann wissen wir, dass die SPD und die Gewerkschaften auch manches auf dem Weg teilweise mal an Gemeinsamkeiten verloren hatten, aber diesen Bezugspunkt zur Arbeit, den Bezugspunkt dazu, dass arbeitende Menschen eine Würde haben und dieser Würde auch in Staat und Gesellschaft entsprochen werden muss, das ist unser gemeinsamer Ursprung und Auftrag zugleich.

Zum Zweiten ist die SPD für mich die Partei der sozialen Gerechtigkeit in vielfältiger Hinsicht. Der Schutz vor Ausbeutung, vor sozialer Not stand am Anfang, übrigens in unterschiedlichsten Ausprägungen: Genossenschaftswesen, Selbsthilfe, Arbeiterbildungsvereine als Ursprung dessen, dass man sich überhaupt emanzipieren kann, selbst emanzipieren kann.

Die Sozialversicherung weiterzuentwickeln, zu schützen, eine Sozialversicherung gegen die Grundübel eines arbeitenden Lebens aufzubauen, gegen die Standardrisiken eines Lebens, die wir alle haben, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Berufsunfähigkeit, das verbinde ich mit der Sozialdemokratie.

Natürlich war es nie die Sozialdemokratie alleine, aber ohne die Sozialdemokratie wäre es nie gegangen. Schon gar nicht in der Ausprägung und ich beziehe das ausdrücklich auch auf das Sozialstaatspostulat unseres Grundgesetzes. Ohne dieses Postulat, ohne dass wir sagen, die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat, ohne dieses Sozialstaatsprinzip, das die Sozialdemokraten erkämpft und normiert haben, gerade auch in der Regierungszeit Willy Brandts, ohne diese Durchsetzung des Sozialstaatspostulats sähe diese Republik, übrigens auch dieses Europa anders aus. Auch das ist SPD.

Zum Dritten, hab ich das der Heidemarie Wieczorek-Zeul eben schon gesagt, aber ich hab es mir hier auch selber aufgeschrieben, ist für mich die Sozialdemokratie auch die Partei der Geschlechtergerechtigkeit. Du hast darauf hingewiesen, auf August Bebel, die Frauen im Sozialismus. Ich hab mir hier noch aufgeschrieben Clara Zetkin. Ich hab mir hier auch noch aufgeschrieben, dass das Frauenwahlrecht von der SPD erkämpft und durchgesetzt wurde und du hast auf Elisabeth Selbert hingewiesen, auf die rechtliche Gleichstellung der Frauen im Grundgesetz.

Und wenn man über Frauen redet in dieser Partei, für diese Partei und die wichtige Rolle von Frauen, dann denkt man natürlich auch an viele Frauen, die diese Partei geprägt haben. Ob es Annemarie Renger ist. Regine Hilde-

brandt oder andere. Die Namen kennen wir alle. Elisabeth Schröder, Marie Juchacz und, und, und, und. Ich will ausdrücklich sagen, die SPD sollte stolz darauf sein, dass sie die Partei der Gleichberechtigung ist und das auch aktiv deutlich machen. Ich sage das auch grade mit Blick darauf, dass sich ja einige anschicken, ihr diese Rolle streitig zu machen. Und ich finde, es ist des Kampfes Wert genug zu sagen, das waren wir nicht nur in der Geschichte, sondern wir sind es auch in der Zukunft, dass wir diese Geschlechtergleichheit durchsetzen werden.

Zum Vierten ist für mich die SPD die Partei der Demokratie.

Sie ist nicht nur die älteste demokratische Partei, sondern sie ist die einzige Partei, die für sich in Anspruch nehmen kann, niemals, niemals die demokratischen Grundsätze und das Bekenntnis zur Demokratie verletzt zu haben. Niemals, unter gar keinen Umständen, sondern dass sie die Demokratie erkämpft hat und dass sie sich sehr frühzeitig dafür entschieden hat, den Weg der Demokratie zu gehen.

Das ist übrigens etwas, was Menschen wie mich geprägt hat, nach ersten kommunistischen Verirrungen meiner Jugendzeit zu sagen, nein, das will ich nicht. Ich will den Weg eines demokratischen Sozialismus, eines Sozialismus, der von der Mehrheit der Menschen getragen wird, der durch demokratische freie Wahlen errungen wird. Ein demokratischer Sozialismus, der sich immer wieder der Zustimmung der Menschen versichert und der im Zweifelsfall, wenn er irrt, auch bereit ist zu sagen, dann trete ich jetzt mal für eine Zeit ab, um wieder um neue demokratische Macht zu kämpfen.

Und deswegen habe ich persönlich zum Beispiel eine sehr enge Beziehung zu so einer historischen Figur wie Salvador Allende, der für mich in Südamerika auch die Personifizierung dieses demokratischen Sozialismus' war, nämlich zu versuchen, den demokratischen Weg zu gehen.

Aber, ich hab das eben sehr bewusst gesagt, auch ein bisschen biografisch mit Blick auf meine eigene Vergangenheit, als ich mitkriegte, dass Wolf Biermann ausgebürgert wurde, weil ein stalinistisches System es nicht ertrug, dass in seinen eigenen Reihen Widerspruch da war, da war für mich mein kommunistisches Experiment zu Ende und da war für mich klar, es gibt keine vernünftige Alternative für einen echten Linken zum demokratischen Sozialismus. Dafür steht die SPD.

Ich will an diesem Tag bewusst an einige Stationen erinnern, die damit verbunden sind. Das ist das allgemeine Wahlrecht und die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts. Ich will daran erinnern, dass es in Preußen zum Zeitpunkt der Gründung der SPD noch das Dreiklassenwahlrecht gab.

Ich will daran erinnern, dass die SPD trotz Sozialistengesetz sich dazu bekannt hat, den Weg des Parlamentarismus und der freien Wahlen zu gehen und die Mehrheit dann, die größte Fraktion auch im kaiserlichen Reichstag stellte.

Ich will daran erinnern, dass die SPD die Schöpferin der ersten freiheitlichen Demokratie auf deutschem Boden war und dass der Namensgeber unserer Stiftung, ich hab das neulich mal in so einem Fernsehinterview gesagt, eigentlich so ein bisschen etwas ist wie der deutsche Obama. Er war der erste Arbeiter an der Spitze eines Staates. Er war der erste frei Gewählte, er war der erste Sozialdemokrat, er war der erste Nichtadlige. Alles das ist auch ein Stück Sozialdemokratie, denn Ebert steht dann auch für die SPD.

An Otto Wels ist erinnert worden. Ich will das Zitat nicht wiederholen, so wertvoll es ist und so sehr es eigentlich auch in die Köpfe von jungen Menschen hineingehört und in denen von den Alten verbleiben sollte, will an ein anderes Wort von Otto Wels erinnern, auch mit Blick auf die eigene Geschichte der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben ja in diesem Jahr auch einen Jahrestag, und zwar einen nicht schönen, nämlich den 80. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis.

Wir haben das auch in einem Festakt in Berlin begangen. Auch dort hat Bundespräsident Joachim Gauck eine, wie ich fand, sehr nachdenkswerte und nachlesenswerte Rede gehalten, insbesondere auch zur Bedeutung der Mitbestimmung und der Freiheit von Gewerkschaften. Ich will in dem Zusammenhang an ein anderes Wort von Otto Wels erinnern, der einmal sagte: „Man kann eine Organisation nicht retten, indem man ihre Idee verrät.“ Und genau das haben die Gewerkschaftsführer wahrscheinlich mit guten, mit einer guten Meinung, mit einem guten Willen 1933 getan. Sie haben versucht, die Organisation zu retten, indem sie mit den Nazis paktierten und sind am 2. Mai 1933 dabei blutig bestraft worden.

Wir nehmen das zum Anlass, sehr kritisch auch auf unsere eigene Geschichte zu blicken und auch zu wissen, Gewerkschaftsbewegung ist genauso wie Parteien ohne Freiheit und Demokratie nicht denkbar.

Deswegen habe ich mich auch immer persönlich darüber aufgeregt, als die Kandidatur von Joachim Gauck zum Bundespräsidenten begann, dann immer gesagt wurde: Ja, der überbetont den Freiheitsbegriff. Und ich hab immer gesagt, Leute, ich bin der Weltpräsident der freien Gewerkschaften, ich bin da übrigens stolz drauf. Wir sind frei von Parteien, von Staat, von Arbeitgebern. Wir sind nur unseren Mitglieder verpflichtet und den Interessen der arbeitenden Menschen, sonst nichts. Und was gibt es Schöneres, als

so was zu sagen, wir sind nicht der Büttel von irgendwem, auch nicht von irgendeiner Staatspartei. Gott sei Dank.

Wenn ich darüber rede, dann will ich auch daran erinnern, dass wir, auch die Gewerkschaften und die SPD, einen weiteren Jahrestag nicht vergessen sollten, nämlich den 17. Juni 1953. Das war auch das Fanal von Freiheit und Arbeiterbewegung, übrigens an der Spitze politisch ausgefochten von einem großen Sozialdemokraten, nämlich von Ernst Reuter. Und auch das gehört dazu.

Ich habe bewusst diese drei Stationen mal genannt, ich hätte andere nennen sollen und viele andere nennen können, ich habe bewusst diese drei Stationen genannt in dieser Festrede, um deutlich zu machen, ja, die SPD ist unter allen Bedingungen immer wieder die Partei der Demokratie gewesen und eine Partei, die der Demokratie verpflichtet ist.

Die SPD ist, um das Fünfte zu nennen, auch die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der politischen Freiheit. Sie ist die Partei der sozialen Freiheit und sie ist auch die Partei der Freiheit der Arbeit.

Letzteres ist das, was wir als Gewerkschaften am meisten mit dieser Partei verbinden. Und ich bin ausdrücklich denjenigen wie Carlo Schmid dankbar, die ins Grundgesetz das wichtigste Freiheitsrecht der deutschen Gewerkschaften hineingeschrieben haben, nämlich die Tarifaufonomie. Das ist das wichtigste Freiheitsrecht, das wir überhaupt haben, errungen erstmals unter sozialdemokratischer „Regentschaft“ in der Weimarer Republik und jetzt normiert in unserem Grundgesetz. Das gehört auch zur Partei der Freiheit.

Dass wir dann Freiheit verteidigen überall auf der Welt, dass die SPD immer auch an der Spitze derer stand, die die Freiheitsbewegungen auf der Welt unterstützt haben, gefördert haben, übrigens gemeinsam mit der Stiftung, das gehört auch dazu.

Sehen Sie mir nach, wenn ich das sehr persönlich sage, auch noch mal biografisch – für jemand, der neun Jahre alt war, als in Berlin die Mauer gebaut wurde, kann ich Ihnen nur sagen und Euch nur sagen, es ist für mich immer wieder eine Freude, persönliche Freude zu erfahren, was Reisefreiheit eigentlich bedeutet. Man kann es, so glaube ich nur ermessen, dieses Maß an Freiheit, wenn man es selber, dieses Recht auf Freiheit, beschnitten bekommen hat.

Ich erinnere mich noch, als ich mein erstes Auto kaufte, war ein Ford 12M, 500 Mark damals gekostet und zu meinen Verwandten nach Düsseldorf wollte und vier Stunden an der Zonengrenze gestanden habe. Das war

bevor Willy Brandt und Egon Bahr in ihrer neuen Ostpolitik Verträge abschließen konnten.

Das gehört prinzipiell für mich zur SPD, dass sie niemals so einen bürgerlichen Freiheitsbegriff alleine benutzt hat, aber sich auch nie hat in so eine Rolle reindrängen lassen, dass Freiheit erst dann erfolgreich ist, wenn die ökonomische Freiheit herbeigeführt ist und bis dahin könne man auf die politische und auf die menschliche Freiheit verzichten. Genau dieses hat die SPD nie gemacht. Der Freiheitsbegriff ist für uns umfassend und die SPD sollte stolz darauf sein, dass sie sich wirklich als die Partei der Freiheit bekennen kann und auch nennen darf.

In dem Zusammenhang eine kurze Bemerkung: Als ich noch jünger war als heute gab es eine lange Debatte darüber, dass ein damaliger sozialdemokratischer Finanzminister einmal im Deutschen Bundestag sagte, dass die CDU/CSU nicht in der Tradition dieser Freiheit steht. Das war noch eine politische Debatte, die geführt wurde, um deutlich zu machen, das deutsche Bürgertum und seine Parteien sollten schön ruhig sein, wenn sie so tun, als ob sie immer demokratisch und immer strukturiert gewesen wären und man es zulassen darf, dass sie zwölf Jahre der deutschen Geschichte einfach ausgeblendet werden. Das darf man nicht. Und es gehört eben auch zu der Geschichte der SPD als Partei der Freiheit, dass eben für diese Freiheit Menschen ins Exil gegangen sind, ins KZ geworfen wurden, in Gefängnissen waren, ermordet wurden, aufgehängt wurden.

Auch das gehört dazu. Und auch das ist etwas, wir haben eben kurz darüber geredet, darf man so was wie dieses Moorsoldatenlied heute Abend singen oder nicht, es gehört in irgendeiner Form schon zur Parteigeschichte nach meiner Einschätzung, weil es eben deutlich macht, dass jemand wie Carl von Ossietzky oder auch ein Willy Brandt oder auch ein Otto Wels für ihr Recht auf Demokratie und Freiheit gezwungen wurde, das Land zu verlassen, eingekerkert wurde, ermordet wurde. Auf diese Opfer will ich gleich an anderer Stelle noch mal eingehen.

Ich will auch deutlich machen, dass die SPD für mich ganz persönlich die Partei des Friedens ist. Auch das ist etwas, worauf diese Partei stolz sein kann. Und Thorsten Schäfer-Gümbel hat darauf hingewiesen, natürlich gab es auch immer wieder Widersprüche in der Geschichte. Und auch dazu gehört die Debatte um die sogenannten Kriegskredite 1914. Auch das sollte man nicht aus dem Gedächtnis, das muss man sich auch nicht rausstreichen, so nach dem Motto, das gehört zu den schlechten Szenen, den Ungereimtheiten

unserer Geschichte, sondern es gehört auch dazu, auch die Tatsache, dass die Partei sehr intensiv gestritten hat, ob dieser Weg richtig oder falsch ist.

Aber die SPD war die erste Partei, die sofort, als die Chance da war, den Frieden wieder herzustellen nach dem Ersten Weltkrieg, versucht hat, diese Chance zu ergreifen, dafür verfeimt wurde, viele auch ihrer Politiker verfeimt wurden. Übrigens auch Friedrich Ebert. Er und andere haben immer wieder gemahnt, auch im Verein mit anderen sozialdemokratischen Parteien Europas, dass die Sozialdemokratie eine Bewegung des Friedens ist. Und wenn wir heute über die Partei des Friedens reden, dann denken wir natürlich vor allem auch an Willy Brandt.

Wir tun es in großer Dankbarkeit und wir wissen alle, wie sehr wir uns gefreut haben, als er den Friedensnobelpreis bekam und wir alle zutiefst davon überzeugt waren, er hat ihn zu Recht bekommen. Denn er hat ihn bekommen, weil er, obwohl er in einer ganz schwierigen, historischen Situation Bürgermeister, Regierender Bürgermeister von Berlin-West war, nie aufgehört hat, sowohl an die deutsche Einheit als auch an den Weg des Friedens zur Durchsetzung dieses Ziels zu denken.

Und immer, wenn ich an Willy Brandt denke, dann denke ich auch, was war das für ein starker Mensch, der – obwohl persönlich verfeimt – eigentlich in der tiefen Überzeugung lebte, man braucht den ganz langen Atem, aber zum Schluss sind Demokratie und Freiheit stärker als Unterdrückung und autoritäre Regime. Und er hat Recht behalten.

Wir sollten das auch heute bedenken, wenn wir teilweise darüber nachdenken, ist denn diese Demokratie, ist diese Freiheit noch zukunftsfähig, ja oder nein.

Zum Schluss, glaube ich, sollten wir uns dazu bekennen, dass wir in der tiefen Überzeugung leben, dass Demokratie und Freiheit sicherlich schwieriger sind als autoritär einfach den Daumen drauf zu machen. Aber selbst in autoritären Regimen wie China werden wir erleben, dass auf Dauer Freiheit und Demokratie stärker sind und sie sich dem nicht entziehen können.

Und das sage ich auch sehr bewusst an die Adresse von einigen Wirtschaftsführern. Ich kann mich an ein Gespräch mit einem nicht ganz unwichtigen früheren Wirtschaftsführer erinnern, er ist nicht mehr im Amt, der zu mir sagte: „Wissen Sie, Herr Sommer, ob nicht die Idee des weisen Führers letztendlich der Idee der Freiheit und Demokratie überlegen ist, das weiß ich nicht.“ Ich sage, ich weiß es. Sie ist überlegen und auf Dauer wird man Menschen nicht unterdrücken können, weil die Menschen sich wehren werden. Gott sei Dank.

Und wenn ich über meine eigene Partei nachdenke und jetzt darüber geredet habe, dass sie die Partei des Friedens ist, dann will ich ausdrücklich daran erinnern, dass bei alledem, was mich zu der Person selbst trennt, dazu auch gehört, dass die Partei, die SPD, die Partei des Friedens war und ist und dazu gehört, auch die Rolle Gerhard Schröders bei der Ablehnung des Irak-Krieges – ohne jede Frage.

Übrigens ist die SPD auch die Partei Europas. Sigmar Gabriel weist gerne darauf hin, dass die SPD 1925 in einem Parteiprogramm beschlossen hat, dass sie die Vereinigten Staaten Europas will als politische Zielsetzung. Das ist ein unglaubliches Vermächtnis und wir sollten bei alledem, was uns heute plagt mit Europa, daran denken, dass wir die Partei Europas bleiben.

Ich will allerdings daran erinnern, dass wir auch grade hin zur jüngeren Generation das Ziel Europa neu denken und neu erarbeiten müssen. Das Europa des Friedens ist sicherlich ein Wert an sich. Aber für viele junge Menschen ist es heute eine Selbstverständlichkeit und auch da sage ich Gott sei Dank. Aber was Europa auch ausmacht, dass es ein Europa der Sozialstaaten ist, ein Europa der Demokratie sein muss, ein Europa des Zusammenwirkens und nicht nur ein ökonomischer Raum. Und es muss übrigens auch ein Europa der Solidarität sein. Das sage ich grade mit Blick auch auf die unglaublich und nicht hinzunehmende, in keiner Sekunde hinzunehmende Jugendarbeitslosigkeit in den Peripherieländern, die wir heute erleben. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für dieses Europa, gerade auch die Sozialdemokraten.

Die SPD ist übrigens auch die Partei der sozialen Gestaltung der Globalisierung. Heidemarie Wiecezorek-Zeul hat da eben einige, wie ich fand, wichtige Bemerkungen dazu gemacht. Ich will nur zwei hinzufügen. Die SPD war gerade in den Glanzzeiten der Sozialistischen Internationalen eine Partei, zu der andere kamen, Befreiungsbewegungen kamen und gesagt haben, helft uns. Und wir haben geholfen. Ob Hans Matthöfer in Spanien, ob Portugal, ob in Ländern Afrikas, all überall haben wir geholfen, Südamerika, Nicaragua und, und, und.

Ein bisschen, wenn ich das mal so sehr dezent andeuten darf, hat die Sozialistische Internationale ja wohl ihren Glanz verloren. Es ist eben nicht mehr die SI Willy Brandts, Olof Palmes, Golda Meirs, Harold Wilsons, Bruno Kreiskys und wie sie alle hießen. Wir tun gut daran, daran nicht zu verzagen, sondern immer wieder einen neuen Anlauf zu unternehmen, zu wissen, die Sozialdemokratie ist auch eine internationalistische Bewegung. Das was jetzt in Leipzig begonnen wurde am Vorabend des Geburtstages der Partei, nämlich

zu versuchen, über die Bildung einer „Progressive Alliance“ wieder etwas zu machen, dass wir Fortschritt in die Welt bringen, halte ich für extrem wichtig.

Und ich will ausdrücklich sagen, auch wir in der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind den Weg gegangen, die frühere Kraft wieder zu gewinnen und zum Zweiten auch zu versuchen, dass wir eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung auf der Welt haben.

Ich will allerdings ein zweites kritisches Wort mit anmerken. Wir brauchen national, europäisch und international sowohl starke sozialdemokratische Parteien als Gewerkschaften. Wir sind ja bekannterweise, ich komm da gleich noch mal drauf zurück, Einheitsgewerkschaft, sehr bewusst. Parteipolitisch unabhängig, also nicht Partei, aber auch nicht unpolitisch. Und wir teilen auch gerne aus, übrigens auch in Wahlkampfzeiten.

Aber wir haben natürlich ein Problem. National, europäisch und weltweit. Gewerkschaften sind immer nicht mehr und nicht weniger als Organisationen der Arbeit. Sie sind Interessenvertreter von Arbeiterinnen und Arbeitern. Sie sind niemals Partei. Wir streben nicht nach politischer Macht. Wir brauchen aber sozusagen als Folie, auf die wir uns beziehen können, regierende Sozialdemokraten im Land, in Europa, in der Welt, weil ohne das uns ja der politische Adressat fehlt und wir bestenfalls immer nur sozusagen mit den fortschrittlichen Kräften der Neokonservativen an der einen oder anderen Stelle zusammenarbeiten können.

Aber ohne starke Sozialdemokraten wird uns der große Wurf nie gelingen, weil wir mit tarifpolitischen, mit betrieblichen Mitteln, mit Mitteln der Mitbestimmung niemals falsche politische Entscheidungen konterkarieren noch gestalten können – weder in Deutschland, noch in Europa, noch in der Welt.

Deswegen brauchen wir eine starke Sozialdemokratie überall auf der Welt. Und deswegen ist es für uns so wichtig, dass wir eine starke Sozialdemokratie haben, grade weil wir als stolzer Teil dieser Arbeiterbewegung sagen: Wir sind wer. Wir können auch was, aber wir wissen auch, was wir nicht können und was wir nicht sollen.

Und immer dann, wenn Gewerkschaften dem Versuch erliegen sind, Ersatzpartei zu werden, dann ist es schief gegangen. Ob das die Debatten so in der Zeit der Agenda waren hier in Deutschland, oder ob es Debatten waren in Israel, wo die Histadrut da eine eigene Partei gegründet hat usw. Ich könnte die Dinge alle aufzählen, rauf und runter und kann nur sagen, lasst es bleiben. Die Arbeitsteilung, die wir miteinander gefunden haben, Gewerkschaftsbewegung einerseits und der politische Arm der fortschrittlichen

Kräfte, und das ist die Sozialdemokratie, andererseits, diese Arbeitsteilung ist gut, aber sie bedarf auch der beiderseitigen Stärke und Stärkung.

Beides brauchen wir.

Dabei sage ich dann auch, sozusagen mit einer kritischen Anmerkung, wenn wir über die soziale Gestaltung der Globalisierung sprechen, dann reden wir natürlich auch darüber, dass diese Globalisierung derzeit unter der Hegemonie des Neoliberalismus stattfindet. Und ich glaube, dass wir die Stärke nur wiedergewinnen können, wenn wir diese Hegemonie brechen. Thorsten, du hast völlig recht mit Blick auf die Banken und du hast völlig recht, wenn du darauf hinweist, dass wir den Primat der Politik wieder herstellen müssen. Aber wir müssen es überall tun und wir dürfen dem neoliberalen Zeitgeist nicht auf den Leim gehen, obwohl wir wissen, dass Willy Brandt Recht hatte, als er mahnte: Wir müssen immer auf der Höhe der Zeit bleiben.

Das heißt aber nicht, dass wir immer mit dem Zeitgeist wandern müssen, zumal wenn er neoliberal ist.

Sozusagen zum Schluss möchte ich noch etwas sagen, was für mich die SPD auch ist. Sie ist die Partei des kleinen Fortschritts für die kleinen Leute. Das ist übrigens was ganz Großes. Die SPD war nie, vielleicht in ihren Anfängen, eine revolutionäre Partei. Sie hat dann sich sehr schnell zu einer reformistischen, aber damit sehr erfolgreichen Partei gewandelt, die immer wieder gesagt hat, wir erkämpfen den Fortschritt Stück für Stück, mal ein größeres Stück, mal ein kleineres Stück.

Manchmal ging es auch ein Stück zurück, aber sie muss eins bleiben: Sie muss diese reformistische Partei des Fortschrittes bleiben und sie muss es bleiben für die kleinen Leute. Wobei die kleinen Leute nicht mehr die kleinen Leute des Ursprungs sind. Das waren nur die Arbeiter. Es sind mittlerweile auch andere. Aber die kleinen Leut', wie der Kurt Beck so gerne sagt, für die sind wir da.

Und wir sind die Partei derer, die Partei der kleinen Leute oder derer, die es gut mit den kleinen Leuten meinen. Die anderen haben ihre eigenen Parteien, die brauchen die SPD dafür nicht. Das will ich an der Stelle auch sagen, was für mich auch zu dieser Partei gehört.

Ganz zum Schluss ist diese Partei für mich ein Zusammenschluss von Menschen für Menschen und wir hatten große Menschen in dieser Partei. Einige Namen sind genannt worden. Ich will die um einige ergänzen beziehungsweise wiederholen. Das ist eben Lassalle, Bebel, Liebknecht, Ebert, Müller, Wels, Schumacher, Brandt, Wehner, Carlo Schmid oder Annemarie Renger. Und ich hab bewusst Lebende jetzt nicht genannt. Ich glaube, die

Geschichte sollte man immer so noch mal vielleicht mit fünf Jahren Distanz betrachten. Ich will allerdings auch daran erinnern, das sei mir nachgesehen, dass zu diesen großen Personen der deutschen Sozialdemokratie auch Gewerkschaftsführer gehörten, wie Legien, Leuschner, Böckler, Brenner, Klunker oder Breit. Auch Willi Richter und andere. Die Namen, viele, viele von denen waren immer beides. Sie waren in allererster Linie Gewerkschafter, aber sie waren auch prägende Gestalten der Sozialdemokratie, die durchaus mit der Sozialdemokratie ihren Streit ausfechten konnten, aber trotzdem immer wussten, was und wo ihre politische Heimat ist.

An einen möchte ich besonders erinnern, an Wilhelm Leuschner. Er bedeutet mir persönlich sehr, sehr viel. Er ist für mich sozusagen der Urahn der Einheitsgewerkschaftsbewegung. Er war hier in Hessen Innenminister und als ich vor einigen Jahren die Ehre hatte, mit das Gewerkschaftshaus, das neue Gewerkschaftshaus der IG Metall eröffnen zu dürfen, habe ich den Kollegen gesagt: Besonders stolz dürft ihr auf eure Postanschrift sein. Es ist nämlich die Wilhelm-Leuschner-Straße. Das gilt übrigens auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund und ich freue mich sehr, dass wir dieses Andenken an Wilhelm Leuschner auch wachhalten. Weil er jemand war, der in vielfacher Hinsicht das verkörpert, wofür Sozialdemokratie und SPD stehen. Er kämpfte gegen die Nazis in Hessen. Er kämpfte für die Demokratie und für die Freiheit unter den Nazis und er sorgte mit seinem Vermächtnis dafür, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung geeint wurde. Und in seinen Fußstapfen befinden sich viele heute und diese vielen gehören auch mit zur Geschichte der Sozialdemokratie, leider wurden sie bislang nie in Festreden genannt, die vielen sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Allerdings will ich eins auch sagen: Die deutsche Sozialdemokratie ist vor allem auch eins. Sie ist heute der Zusammenschluss von über 500.000 Männern und Frauen, die sich dieser Partei verbunden fühlen, die ihren Beitrag bezahlen, die in den Ortsvereinen oder in Abteilungen sind, die Funktionen übernehmen, die an den Infoständen stehen, die sich in den berühmten Hinterzimmern versammeln, Menschen also ohne die Demokratie, lebendige Demokratie nicht denkbar wäre. Und die unterschiedlichste Anschauungen haben, aber die eins eint: Sie stehen gemeinsam für die Idee Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Editorische Anmerkungen

Die Zusammenstellung der Reden erfolgte durch die Herausgeber dieser Publikation Klaus Beck und Klaus Mertsching. Die Texte wurden zum Großteil vom Sekretariat von Michael Sommer als Textdateien zur Verfügung gestellt. Einige wenige Reden wurden alternativ davon erschlossen. Dies sind:

Teil A

02.05.2008 – 75. Jahrestag der Zerschlagung freier Gewerkschaftsarbeit, online verfügbar unter: <http://www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/geschichte-2-mai-1933> [abgerufen am 7.5.2014]

02.05.2013 – 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften, online verfügbar unter: <http://www.dgb.de/themen/++co++ea5c7112-1294-11df-40df-00093d10fae2> [abgerufen am 7.5.2014]

Teil B

28.05.2002 – Grundsatzrede, in: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.); Protokoll. 17. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin, 27.–31. Mai 2002, Berlin 2002, S. 84-95

11.11.2013 – Gewerkschaftstag der NGG, in: Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (Hrsg.); Tagesprotokoll. 16. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin, 11.–14.11.2013, Hamburg 2011, S. 13-18

Teil C

30.08.2006 – 30. Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976, in: Hans Böckler Stiftung (Hrsg.); Mehr Demokratie in der Wirtschaft. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung vom 30.8.2006, Düsseldorf 2006, S. 12-15

24.04.2009 – 60 Jahre Tarifvertragsgesetz, Redemanuskript erhalten von Reinhard Bispinck, WSI-Tarifarchiv

17.10.2012 – 60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz, Transkription einer Audio-Datei der gehaltenen Rede von Michael Sommer, online verfügbar unter: <http://www.dgb.de/themen/++co++b35506b4-1903-11e2-9714-00188b4dc4> [abgerufen am 7.5.2014]

Teil G

08.03.2011 – Militärische Weiterbildung, von Michael Sommer selbst redigiertes Redemanuskript

04.06.2013 – FES Wanderausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.); „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!“ Eröffnungsreden, Bonn 2013, S. 37-50

Bildrechte

Umschlag: DGB/Plambeck

Bild zu **A** (S. 10): Franka Bruns

Bild zu **B** (S. 42): DGB/Simone M. Neumann

Bild zu **C** (S. 104): Steffen Weigelt

Bild zu **D** (S. 144): DGB/Simone M. Neumann

Bild zu **E** (S. 160): DGB/UGT

Bild zu **F** (S. 190): DGB/Simone M. Neumann

Bild zu **G** (S. 196): DGB/Ralf Steinle